Donnerstag, 28. November 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 277 - 48. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38.00 bfr. Dänemark 8.75 dkr. Frankreich 7.00 F. Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2.20 hfl. Norwegen 7.50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6.50 skr. Schweiz 2.00 sfr. Spanien 150 Pts. Kanarische Inseln 175 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Wackersdorf: Die Klage der bayerischen SPD mit dem Ziel, im Landtag einen Untersuchungsausschuß im Zusammenhang mit den Genehmigungen für die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf einzusetzen, hat das Bayerische Verfassungsgericht abgewiesen. (S. 4)

Hessen: Der Eintritt der Grünen in die Landesregierung und die damit verbundene Regierungsumbildung kosten 6,6 Millionen Mark.

Kirche: Einerseits nimmt die Religiosität in der Bundesrepublik Deutschland zu, andererseits gibt es eine abnehmende Kirchen- und Papsttreue, ergab eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach unter den deutschen Katholiken. Die Umfrage wurde im Hinblick auf die derzeit in Rom tagende Bischofssynode erhoben.

Hamburg: Hans Apel (SPD) wird wieder Bundestags-Kandidat des Kreises Hamburg-Nord. Mit 72 der 138 Delegierten der Wahlkreiskonferenz brachte der frühere Bundesminister die Mehrheit hinter sich.

Auslieferung? Ägypten hat die maltesischen Behörden um Auslieferung des Luftpiraten ersucht, der zusammen mit vier Komplizen am Wochenende ein ägyptisches Verkehrsflugzeug entführt hatte. Er hatte die Stürmung der Maschine als einziger von den Entführern überlebt.

„DDR“: Nach Angaben kirchlicher Kreise haben die Behörden in Ost-Berlin zehn der rund 50 Wehrdienstverweigerer, die Anfang November inhaftiert worden waren, wieder auf freien Fuß gesetzt. Dabei soll es sich ausschließlich um kirchliche Mitarbeiter handeln.

Frankreich: Eine der drei größten Gewerkschaften hat regelmäßig finanzielle Zuwendungen aus den USA für die weltweite Bekämpfung des Kommunismus erhalten. Dies bestätigte der Chef der gemäßigten Gewerkschaft „Force Ouvrière“ (FO), André Bergeron gestern in Paris.

Portugal: Staatspräsident Eanes hat den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen auf den 26. Januar festgelegt.

ZITAT DES TAGES



„Wir müssen unsere Bundesrepublik ökonomisch und finanzwirtschaftlich wetterfest machen, soweit dies in unseren Kräften steht, falls zu einem späteren Zeitpunkt wieder einmal internationale Turbulenzen aufkommen sollten“

Finanzminister Gerhard Stoltenberg am zweiten Tag der Haushaltsdebatte
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Verbraucherpreise: In der Bundesrepublik Deutschland sind im November im Vergleich zum Vorjahresmonat die Preise um 1,8 Prozent gestiegen, teilte das Statistische Bundesamt gestern mit.

Italien: Ein geradezu dramatisches Ausmaß hat die Staatsverschuldung angenommen. Sie wird Ende dieses Jahres erstmals so hoch sein wie das diesjährige Bruttoinlandsprodukt. (S. 14)

Veba: Deutschlands umsatzstärkster Konzern wird für 1985 „mindestens“ die gleiche Dividende wie für das Vorjahr zahlen. Dies kündigte Vorstandschef von Bennigsen-Foerder in Essen an. Der Konzernüberschuß konnte in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 19 Prozent auf 387 Millionen Mark gesteigert werden. Das Unternehmen steht vor dem besten Jahresergebnis seiner Geschichte. (S. 15)

Börse: Am Aktienmarkt sezte sich die Abwärtsbewegung fort. WELT-Aktienindex 247,33 (252,10). Auch bei den Renten war der Trend eher nachgebend. BHF-Rentenindex 104,440 (104,464). Performance-Index 108,365 (108,359). Dollar-Mittelkurs 2,5495 (2,5689) Mark. Goldpreis 328,15 (331,25) Dollar.

KULTUR

Ballett: Höhepunkte bei der Ballett-Premiere dieser Saison an der Deutschen Oper Berlin war ein 1978 in Tokio preisgekrönter, barfuß getanzter „Pas de deux“ zum dritten Satz aus Gustav Mahlers fünfter Symphonie. Die beiden Gaststars Sylvie Guillem und Ivan Michaud faszinierten in ihrer sinnlichen und zugleich formalisierten Körpersprache. (S. 25)

Ausstellung: Obwohl Max Ernst Landschaften im eigentlichen Sinne nie gemalt hat, zeigt das Kunstmuseum Bonn in Zusammenarbeit mit einer Baseler Galerie derzeit unter dem Motto „Landschaften“ insgesamt 70 Werke des Malers. Die Ausstellung macht deutlich, daß es sich um extrem künstliche Landschaften handelt. (S. 25)

SPORT

Schach: Das deutsche Team belegte bei der Mannschafts-Weltmeisterschaft nach einer Niederlage gegen die UdSSR Platz neun. Es erkämpfte nur einen Sieg – über Afrika (S. 11)

Fußball: Der internationale Verband plant für 1988 eine Weltmeisterschaft in der Halle, an der 24 Mannschaften teilnehmen sollen. Sie soll in Nordamerika stattfinden. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Raumfahrt: Wenige Stunden nach ihrem Aufsehen erregenden Nachtstart von Kap Canaveral hat die amerikanische Raumfähre „Atlantis“ gestern morgen einen mexikanischen Fernmeldesatelliten auf eine Umlaufbahn geschickt. Aus dieser Bahn schoß er sich mit seinem eigenen Triebwerk in eine höhere. (S. 26)

Schweigepflicht: Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, daß die ärztliche Schweigepflicht nur die unbefugte Offenbarung von persönlichen Patientendaten verbietet. Die Kassenärztliche Vereinigung darf Röntgenaufnahmen und medizinische Befunde von Patienten aber zur Leistungskontrolle anfordern. (S. 26)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Schneefall. Minus 3 bis 2 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Falle am Hindukusch – Leitartikel von Herbert Kremp zu Afghanistan S. 2

Zaire: Mobutu genießt die Macht, das Volk zahlt die Zeche – Von Achim Remde S. 3

Spaniens NATO-Kurs: Parlamentsdebatte erneut verschoben – Vorgezogene Wahlen? S. 5

Umwelt – Forschung – Technik: Die „Polar 2“ – Ein Eiswächter im sechsten Kontinent S. 7

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

Sicherheitspolitik: Johannes Rau prägt den Begriff von der „Überlebenspartnerschaft“ S. 12

Buch des Tages: Fakten und Legenden: Taheris Khomeini-Biographie – Von J. Liminski S. 24

Fernsehen: Zum achtzehnten Mal die Verleihung der „Goldenen Europa“ in Saarbrücken S. 24

Komet Halley: Der Lichtbesen und die Zuchtrute Gottes – Letzte Erscheinung 1910 S. 26

WELT-Report: Private Krankenversicherung – Bedarfsgerechte Leistungspalette S. 21–23

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Abtreibung: CSU verlangt politisches Zeichen aus Bonn

Beratungen mit der CDU über besseren Schutz des ungeborenen Lebens

MANFRED SCHELL, Bonn

Die CSU-Führung hat den Entwurf für eine Entschließung des Bundestages „zum Schutz des ungeborenen Lebens“ ausgearbeitet. Das Papier, das von dem Parteivorsitzenden Strauß, dem Landesgruppenvorsitzenden Waigel und den fünf Bundesministern der CSU gebilligt ist, soll in Gesprächen mit der CDU-Führung auf seine „Mehrheitsfähigkeit“ in der Union ausgelotet werden.

Gestern gab es eine Unterredung in dieser Sache zwischen Waigel und CDU-Generalsekretär Geißler, Beratungen mit Fraktionschef Dregger sind vorgesehen. Die CSU will „ein politisches Zeichen“ setzen, gleichwohl zielt ihr Vorstoß nicht auf eine materielle Änderung des Abtreibungsparagraphen 218. Außerdem ist die CSU-Führung skeptisch, ob angesichts von Widerständen in der CDU und in der FDP eine Entschließung überhaupt zustande kommt.

In dem fünf Seiten umfassenden Entwurf heißt es: „Knapp zehn Jahre nach dem Inkrafttreten der Strafrechtsreform drängt sich im Hinblick auf die tatsächliche Entwicklung von Schwangerschaftsabbrüchen immer deutlicher die Frage auf, ob der Staat seiner grundgesetzlichen Schutzpflicht für das werdende Leben wirksam gerecht wird“. Allein im Jahre 1984 seien schätzungsweise 200 000 Schwangerschaftsabbrüche von den Kassen abgerechnet worden, mehr als 80 Prozent aller statistisch erfaßten Abbrüche würden unter Hinweis auf eine „sonstige schwere Notlage“ begründet. Dazu erklärt die CSU: „Der außergewöhnliche Anteil der Notlagenindikation zwingt zu dem Entschluß, daß es sich in der Praxis um einen eklatanten Mißbrauch der vom Gesetzgeber aufgestellten Kriterien handeln muß“.

Nach dieser „Zustandsbeschreibung“ werden in dem Entschließungsentwurf, der auch die Zustimmung der Frauen in der CSU-Landesgruppe gefunden hat, „schnell realisierbare Änderungen“ vorgeschlagen:

– Die vor jedem Schwangerschaftsabbruch zu treffende Feststellung über die dafür gegebene Voraussetzung soll künftig vom Arzt „eingehend schriftlich“ begründet werden. „Der Arzt, der den Abbruch der Schwangerschaft vornimmt, hat die Feststellung und den feststellenden Arzt schriftlich festzuhalten und darzulegen, welche Abbruchsvoraussetzungen er selbst bejaht“. Diese „Begründungs- und Mitteilungspflichten sind Voraussetzung für die Leistungsgewährungen der gesetzlichen Krankenkassen“.

– Die soziale Beratung soll, so heißt es im CSU-Positionspapier, „nur durch eine anerkannte Beratungsstelle“ vorgenommen werden. Beratungsstellen müssen entsprechend der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975 zugunsten des Lebens beraten. „In Beratungsstellen oder in personellem oder räumlichem Zusammenhang mit Beratungsstellen dürfen keine Indikationen festgestellt oder Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Die Beratung muß vor der Indikationsfeststellung erfolgen. Die Bedenkzeit zwischen Beratung und Indikationsfeststellung wird von drei auf fünf Tage verlängert“.

Verlangt wird außerdem „mehr Klarheit“ über die tatsächliche Zahl der Abbrüche. Trotz gesetzlicher Meldepflicht für den Arzt würden weniger Schwangerschaftsabbrüche vom Statistischen Bundesamt gemeldet als tatsächlich bei Krankenkassen abgerechnet werden.

DER KOMMENTAR

Drohgebärden

BERNT CONRAD

Michail Gorbatschow hat seinem Gipfelpartner Ronald Reagan nachträglich die Zähne gezeigt. Trotz einer „insgesamt positiven“ Bilanz des Genfer Treffens kündigte er gestern für den Fall einer Realisierung des SDI-Programms Gegenmaßnahmen an, die „effektiv, wirksam und billiger“ sein und die amerikanische Weltraumverteidigung neutralisieren würden.

Mit dieser schon in Genf verbreiteten Drohung hatte der sowjetische Parteichef offensichtlich gleich drei Adressaten im Visier: Die Amerikaner, die er ungeachtet der festen Haltung Reagans in Sachen SDI unter Verhandlungsdruck setzen will; die Westeuropäer, bei denen er gerade in dieser Frage mit einer ängstlichen Gemütslage zu rechnen können glaubt; schließlich das eigene Funktionärskorps, das nicht denken soll, Gorbatschow sei, weil er mit dem US-Präsidenten fünf Stunden lang unter vier Augen geplaudert und anschließend freundlich gelächelt hat, politisch „weich“ geworden.

Tatsächlich aber besteht keinerlei Anlaß, sich durch Gorbatschows Ankündigung irritieren zu lassen; denn der gleichen Methode hatten sich seine Vorgänger bereits vergeblich bedient, um die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses zu verhindern. Die damals angedrohte sowjetische Nach-Nachrüstung entpuppte sich als ohnehin geplante Modernisierung. Wesentlich anders wird es sich angesichts der von den Sowjets schon jetzt betriebenen Erforschung von Weltraumwaffen auch diesmal nicht verhalten.

Die Propaganda-Aktion nach Genf, das auch von Gorbatschow als „Chance eines neuen Anfangs“ bewertet worden war, gehört ebenso wie die sowjetische Ablehnung der jüngsten amerikanischen Abrüstungsvorschläge zum unveränderten Instrumentarium des Ost-West-Verhältnisses. Um so gelassener sollten Amerikaner und Europäer nun ihre nächsten Schritte gegenüber Moskau vorbereiten. Dabei spricht alles dafür, Reagans Rezept – Verhandlungs- und Gesprächsbereitschaft auf der Basis eigener Stärke – konsequent beizubehalten.

Kohl macht Briten Mut für Europa

„Offenes Wort unter Freunden“ in Cambridge / Konsultationen mit Margaret Thatcher

DW. Bonn/London

Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor Absolventen der Universität Cambridge versucht, in Großbritannien noch vorhandene Vorbehalte gegen die EG und den europäischen Einigungsprozeß insgesamt abzubauen. Auf einer Pressekonferenz mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zeigte sich Kohl gestern nachmittag zuversichtlich, daß die am kommenden Montag beginnende Konferenz der EG-Regierungschefs in Luxemburg „ein ganzes Stück“ vorankommen werde. Kohl hielt sich zu den regelmäßigen deutsch-britischen Konsultationen in London auf.

Je mehr es Europa gelinge, mit einer Stimme zu sprechen, umso mehr würden die Europäer in der Lage sein, ihre Interessen zu wahren und in der Welt ihrem Wort Gehör zu verschaffen, gab der Kanzler seinen Zuhörern in Cambridge mit auf den Weg. „Ich glaube, auch in Großbritannien wird das Ziel politischer Einigung nicht mehr wirklich in Frage gestellt“, fügte er hinzu.

Der Kanzler ging dann mit einem „offenen Wort unter Freunden“ auf britisches Unbehagen angesichts mancher Entwürfe für eine politische Union ein: „Der Begriff der europäischen Union ist ebenso ausfüllungsbedürftig wie entwicklungsfähig. Eine Begriffsbestimmung hätte den Nachteil, der unterschiedlich ausgeprägten Bereitschaft, die eigene Souveränität hinter die Gemeinschaft zurücktreten zu lassen, Rechnung tragen zu müssen.“

SEITE 2:
Nach Übersee

Kohl definierte die europäische Einigung als einen fortlaufenden Prozeß der „Umsetzung einer Vision in die Realität“. Er verband damit die Aufforderung, theoretische Streitigkeiten „hinter uns zu lassen“, denn der europäische Einigungsprozeß sei „für uns alle irreversibel geworden“. Europa habe nicht das Ziel, nationale Eigenheiten in einem Schmelztiegel aufzulösen. „Das Gegenteil ist der Fall. Wir werden unsere Identitäten dann am besten wahren, wenn wir unsere Politik in gemeinsamen Strukturen verwirklichen.“

Kohl vertrat zudem die Auffassung, daß sich Auffassungsunterschiede über die Europapolitik schon heute auf die praktischen Fragen reduzierten. In der praktischen Politik gelte es jetzt, im kommenden Jahrzehnt den Binnenmarkt zu vollenden. Großbritannien gebühre das Verdienst, mit die Initiative zu einem Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ergriffen zu haben, lobte der deutsche Regierungschef. Die enge und vertrauensvolle Freundschaft mit den USA bedeute nicht, daß die europäischen

● Fortsetzung Seite 12

Bundeshaushalt bleibt hinter Wachstum zurück

HH. / Mk. Bonn

Optimistisch über die weitere wirtschaftliche Entwicklung äußerten sich am zweiten Tag der Haushaltsdebatte des Bundestages die Sprecher der Regierungsparteien. Der Kurs der marktwirtschaftlichen „Erneuerung“, der 1982 mit dem Regierungswechsel eingeschlagen wurde, zahle sich immer mehr aus. Demgegenüber forderte die SPD-Opposition höhere staatliche Investitionen zur Bekämpfung der Arbeitlosigkeit. Der Bundeshaushalt 1986 weist mit einem Volumen von 263,5 Milliarden Mark nur eine Steigerungsrate von 2,2 Prozent auf. Er bleibt damit wieder hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurück.

Mit Überraschung wurde die Ankündigung von Finanzminister Stoltenberg aufgenommen, daß trotz der zu Jahresbeginn 1987 stattfindenden Bundestagswahl der Haushalt 1986 verabschiedet werden soll.

Seiten 2, 8 und 12: Weitere Beiträge

Neuer EG-Etat berücksichtigt Erweiterung

DW. Brüssel

Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft hat in seiner zweiten Lesung des EG-Haushalts 1986 einen Haushaltsentwurf mit einem Gesamtvolumen von 32,68 Mrd. ECU (72,8 Mrd. Mark) vorgelegt. Die Finanzminister einigten sich nach fast 20stündigen Diskussionen in Brüssel darauf, ihren Entwurf aus erster Lesung um 890 Millionen ECU (1,9 Mrd. Mark) zu erhöhen.

Der Rat berücksichtigte mit seinen geänderten Ansätzen nun weitgehend die für den EG-Beitritt von Spanien und Portugal zum 1. Januar 1986 anfallenden Kosten. Der dänische EG-Kommissar Henning Christophersen erläuterte, daß die beiden neuen EG-Mitgliedstaaten damit eine voraussichtlich ausgeglichene Bilanz haben werden. Sie würden nicht bereits im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft in der Gemeinschaft zu „Nettozahlern“.

Seite 13: Süderweiteruog

Kreml droht mit „Gegenmaßnahmen“

SDI ist für Gorbatschow eine Angriffswaffe / Frage des Abzugs aus Afghanistan angesprochen

DW. Moskau

Eine Woche nach dem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen in Genf hat Kreml-Chef Michail Gorbatschow die jüngsten amerikanischen Abrüstungsvorschläge für strategische Atomwaffen als „halbherzig und in vieler Hinsicht ungerecht“ bezeichnet. Die Antwort Washingtons auf die sowjetische Initiative sei ferner „einseitig und klar vom Streben nach einer militärischen Überlegenheit der USA und ihrer NATO-Verbündeten diktiert“, sagte Gorbatschow gestern auf einer Sitzung des Obersten Sowjets (Parlament der UdSSR) im Moskauer Kreml.

Die Hauptsache an den amerikanischen Vorschlägen sei, daß sie kein Verbot von Weltraumwaffen vorsähen, erklärte der Parteichef. Die USA wollten die Schaffung solcher Waffen legitimieren. Gorbatschow bekräftigte die sowjetische Position, daß es ohne ein Verbot von Weltraumwaffen kein Abkommen über eine Reduzierung von Atomwaffen geben könne. Gleichzeitig brachte er seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die USA in Genf nicht ihr letztes Wort in dieser Frage gesprochen hätten.

Gorbatschow kündigte wirksame Gegenmaßnahmen für den Fall an, daß die USA ihr Programm einer Raketenabwehr im Weltraum (SDI) realisieren sollten. Die sowjetische Antwort werde effektiv und weniger kostspielig sein und das amerikanische SDI-Programm neutralisieren. Der Kreml-Chef bezeichnete SDI erneut als ein reines Angriffssystem. Dadurch würde die „gefährliche Illusion“ einer atomaren Erstschlagmöglichkeit unter dem Schutz eines solchen „Schildes“ geschaffen.

Gorbatschow bezeichnete den Genfer Gipfel mit US-Präsident Ronald Reagan insgesamt aber als positiv und betonte die Bedeutung des persönlichen Kennenlernens. Er sagte jedoch auch, daß zwischen beiden Staaten tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten nicht nur in Fragen der Abrüstung, sondern auch im Bereich der Regionalkonflikte und anderen Gebieten weiterbestünden.

Reagan habe in Genf die Afghanistan-Frage angesprochen, sagte der Kreml-Chef. In diesem Zusammenhang sei von sowjetischer Seite bekräftigt worden, daß die UdSSR „konsequent für eine politische Regelung der Lage um Afghanistan“ eintrete. Die Sowjetunion sei dafür, daß Afghanistan ein „unabhängiger und blockfreier Staat“ werde. Er habe sich für eine Regelung eingesetzt, die die Nichteinmischung in innerafghanische Angelegenheiten garantiere, sagte Gorbatschow. Das würde auch die Lösung der Frage des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ermöglichen. Gorbatschow wiederholte die sowjetische Beschuldigung, daß vor allem die USA durch Finanzierung und Bewaffnung der „konterrevolutionären Banden“ eine Normalisierung der Lage um Afghanistan vereitelten.

Terroranschlag auf Polizei in Athen

DW. Athen

Bei einem Bombenattentat in der griechischen Hauptstadt wurden ein Polizist getötet und vierzehn weitere verletzt. Der in einem Volkswagen versteckte Sprengsatz wurde von Mitgliedern einer „Gruppe 17. November“ über Kabel gezündet, als ein Bus mit Beamten der Anti-Terror-Polizei gerade vorbeifuhr. Der Anschlag geschah in unmittelbarer Nähe einer Tankstelle und eines Kindergartens.

Die Terrorgruppe leitet ihren Namen aus der Studentenrevolte von 1973 gegen das damalige Obristenregime her, und hat seit 1975 für sechs politisch motivierte Mordanschläge die Verantwortung übernommen, darunter auch für den Tod zweier amerikanischer Offiziere.

Seite 5: Organisation 17. November

Attentat auf hohen Sikh-Geistlichen

DW. Neu-Delhi

Während des Gebets auf der weißen Marmorpromenade wurde der oberste Geistliche der Sikhs im Goldenen Tempel von Amritsar, Gianni Sahib Singh, bei einem Attentat in den Rücken geschossen und schwer verletzt, sein ebenfalls getroffener Leibwächter verblutete. Die Täter, vermutlich extremistische Sikhs, konnten zwischen tausenden Besuchern entkommen.

Nach dem Angriff von Regierungstruppen auf das Tempelgelände im Juni 1984, bei dem mehr als 1200 Menschen ums Leben kamen, war der Geistliche wiederholt für den Ausgleich mit Neu-Delhi eingetreten. Radikale Sikhs verlangen jedoch weiterhin einen unabhängigen Staat.

„Daumenschrauben“ für die Forscher?

PETER PHILIPPS, Bonn

Es ist die zurückhaltende Sprache des Wissenschaftlers, die Heinz A. Staab benutzte, um seine Probleme zu verdeutlichen: Die Max-Planck-Gesellschaft, deren Präsident er seit einem Jahr ist, sehe „mit Sorge, daß die Fähigkeit und die Bereitschaft“ von Bund und Ländern, diese international renommierte Wissenschafts-Organisation angemessen zu finanzieren, „unterschiedlich“ sei.

Im Klartext: Obwohl Forscher aus Max-Planck-Instituten wieder durch Nobelpreise (Physiker Klitzing und Mediziner Köhler) die Bedeutung der Institution unterstrichen haben, ziehen die Finanzminister die Daumenschrauben an. Bevor über die Berechtigung von Anforderungen für den laufenden Etat gesprochen werden konnte, war der Zuwachs schon grundsätzlich auf drei Prozent beschränkt worden. Angesichts neuer Forschungsbereiche und der hier entscheidenden Teurungsraten von fünf bis sechs Prozent bei den Großgeräten bedeutet dies Minuswachstum. Fazit von Staab: „Seit mehr als zehn Jahren hat unsere Gesellschaft einen stagnierenden Haushalt“, schiebe bei der Ersatzbeschaffung von Geräten einen unbewältigten Investitions-Berg von 20 Millionen Mark vor sich her.

Bei rund einer Milliarde Mark liegt der Jahresetat inzwischen, mit dem rund 10 000 Mitarbeiter an 60 Instituten wirtschaften müssen. Die Grundlagenforschung mit dem Anspruch, die Besten des Faches zu verpflichten, reicht von der Erarbeitung eines automatisierten Verfahrens zur Unterscheidung von Krebs- und gesunden Zellen über die Erforschung eines Strafvollzugs mit weniger hohen Rückfallquoten bis zur AIDS-Forschung. Der Aufwand für diese breite Palette entspricht der Hälfte dessen, was eines der großen deutschen Chemieunternehmen alleine für die eigene Forschung ausgibt.

So nimmt die Zurückhaltung der Gesellschaft gegenüber Großprojekten wie der Beteiligung an bemannter Raumfahrt nicht wunder: Angesichts zurückgegangener finanzieller Ressourcen stehe, so Staab, die „big science unter einem ganz besonderen Zwang der Rechtfertigung durch herausragende Forschungsleistungen“ und müsse dort ihre Grenzen finden, „wo sie beginnt, die Vielfalt unserer übrigen Forschungslandschaft ernstlich einzuschränken“.

Dennoch, in dem Eureka-Projekt sieht Staab ein zukunftsträchtiges Unternehmen, an dem man sich wohl beteiligen werde. Es wäre aber, so seine Kritik, besser, wenn die bestehenden internationalen Kontakte genutzt und die Zusammenarbeit nicht „von oben übergestülpt“ würden. Das SDI-Projekt hingegen ist für seine Organisation grundsätzlich kein Thema, da zu ihren Grundprinzipien der freie Austausch von Informationen und Wissenschaftlern gehöre, eine teilweise Geheimhaltungs-Abschottung in den Instituten unvorstellbar sei.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Staunen über Stoltenberg

Von Heinz Heck

Der Beifall am Schluß der Stoltenberg-Rede geriet zur Demonstration. Die Koalition feierte in der Haushaltsdebatte den Mann, dem sie vielleicht den Löwenanteil der Regierungserfolge in dieser Legislaturperiode verdankt. In dem Maße, wie dem immer als „kühl" apostrophierten Blonden Autorität zugewachsen ist, hat sich auch sein Auftreten spürbar verändert.

Früher gab es vor allem „sachbezogene" Redebeiträge, die von Zeit zu Zeit eher den Applaus anstandshalber erhielten. Heute ist Stoltenberg manchmal nicht wiederzuerkennen, läßt sein vorbereitetes Manuskript beiseite. reißt das Plenum mit, löst Beifall und sogar Heiterkeitserfolge aus. Die Reaktionen seiner Parteifreunde fallen nicht zuletzt deshalb so stürmisch aus. weil man sich noch immer nicht an den gewandelten Stoltenberg gewöhnt hat, weil immer noch ein gehöriger Schuß Überraschung im Spiel ist. Keine Frage: Der erste unter den Ministern hat mit seinen Erfolgen und seiner Popularität an Kontur gewonnen. Das wird die Opposition auch im nächsten Bundestagswahlkampf zu spüren bekommen, dessen erste Anzeichen bereits in dieser Debatte vernehmlich sind.

Vogels Vorwurf an die Regierung etwa, sie habe „die Schwachen ohne Barmherzigkeit belastet und die Reichen geschont", ist für den Finanzminister willkommene Vorlage. Ganz unbarmherzig erinnert er an Ungereimtheiten der Schmidt-Ära, wie etwa die Kindergeldkürzung 1981, und macht zugleich deutlich, daß die Entlastung der Familie mit Kindern bei der Steuersenkung 1986/88 für die Koalition Vorrang habe.

Nach seiner Rückkehr nach Bonn haftete Stoltenberg zunächst in den Augen vieler das Bild vom starrsinnigen Fiskalisten an. Dieses Bild wurde nicht nur von der Opposition gepflegt. Schließlich hätten auch manche Mitglieder der Koalition, die nach Jahren wieder an den Hebeln der Macht sitzen, dies gern durch Verteilen von Wohltaten demonstriert. Inzwischen ist Haushaltsdisziplin als Tugend anerkannt; selbst Apel hat den Vorwurf vom „Kaputtsparen" aus seinem Repertoire gestrichen.

Nach Übersee

Von Reiner Gatermann

Gastlich und freundlich" beschrieb der Bundeskanzler den ihm bereiteten Empfang zum Routinetreffen mit der britischen Premierministerin in London. Niemand wird dies bezweifeln. Außer Zweifel steht jedoch auch, daß weder Helmut Kohl seine britische Kollegin von den Vorzügen einer europäischen „Union" überzeugen, noch umgekehrt die Premierministerin den Bonner Gast für ihre Vorliebe für konkrete und faktenträchtige Detailgespräche gewinnen konnte.

Es bleibt schwer für Bonn und London, auf höchster Ebene eine gemeinsame Wellenlänge zu finden. Auf der Pressekonferenz nach Abschluß der gemeinsamen Konsultationen – der durch eine verspätete Ankunft erlittene Zeitverlust wurde bei den Gesprächen unter vier Augen ausgeglichen – wurden die tiefliegenden Meinungsunterschiede vor allem in der Frage nach der politischen Zukunft Europas deutlich.

Frau Thatcher war kategorisch: „Die Vereinigten Staaten von Europa wird es nicht geben." Aus deutscher Sicht, so meint Helmut Kohl, ist dies ein verhängnisvoller Standpunkt. Trotz schleppender Fortschritte müsse man an weitergesteckten visionären Zielen festhalten.

Aber der Kanzler kann auf einer Insel, deren Bewohner (wie er zu recht in seiner Rede vor Studenten in Cambridge anmerkte) nach „Übersee" reisen, wenn sie den Kanal überqueren, und auch lediglich von der EEC und nicht von der EC (EG) sprechen, nicht erwarten, daß sie sich schon heute mit dem Gedanken anfreunden sollen, einmal nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu Europa zu gehören.

Da beide Regierungschefs sich seit langem darin einig sind, daß sie für den politischen Europazug kein Gespann bilden können, und da sie die unterschiedlichen Auffassungen auch als Faktum hinnehmen, braucht es durchaus nicht zu verwundern, daß die Londoner Gesprächsrunde „gastlich und freundlich" verlief. Deutlicher werden die Klüfte zwischen Bonn und London jedoch in den Verhandlungen innerhalb der Gemeinschaft auftauchen, wenn es ums Detail geht, in dem laut Kohl „der Teufel liegt", den beide aber gleichermaßen ins Spiel bringen.

Fleisches-Unlust

Von Hans-Jürgen Mahnke

Das, was die deutschen Verbraucher nicht nur zu Weihnachten gern hätten, offeriert jetzt die Europäische Gemeinschaft dem Ausland, nämlich hochwertiges Rindfleisch zu bescheidenen Preisen. Die Bestände in den Kühlhäusern haben ein solches Ausmaß erreicht, daß sie regelrecht verschleudert werden müssen. Und dabei handelt es sich noch nicht einmal um die älteste Ware.

Der eigentliche Skandal ist trotzdem nicht der Umstand, daß Sowjetmenschen zu Weihnachten hochwertiges Fleisch aus der EG-Produktion – finanziert vom europäischen Steuerzahler – kaufen können, für das ein deutscher Händler frei Rampe Kühlhaus den dreifachen Preis zahlen muß. Der Skandal ist, daß es überhaupt soweit kommen konnte. Dabei kommt dies noch nicht einmal überraschend.

Die Situation zeichnete sich seit langem ab. Wer sich bei der Festsetzung der Preise nicht an den Marktverhältnissen orientiert, der stellt die Weichen für Überschüsse, der muß mit immer härteren dirigistischen Mitteln eingreifen, ganz zu schweigen von den Belastungen für die Steuerzahler.

Selbst wenn zu den Billigstpreisen der Export jetzt wie geschmiert laufen sollte, dann schafft dies zunächst nur Probleme für die Kühlhäuser, die zu einem Teil immer noch mit Subventionen gebaut werden. Denn mehr als eine Atempause läßt sich so nicht gewinnen, es sei denn, die Weichen werden neu gestellt, die Preise können wieder für einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage sorgen. Immerhin nehmen die Schlachtungen doch zu, wenn jetzt eine weitere „Rentenaktion" anläuft: Entschädigung für Bauern dafür, daß sie keine Milch prodizieren.

Die Lage ist verfahren. Und sie kann dauerhaft nur mit Mut und Weitsicht geändert werden. Rindfleisch ist dabei nicht einmal das Hauptproblem. Milch und Getreide verschlingen noch höhere Summen. Die EG-Kommission hat bereits die Verfütterung von Butter an Kälber ins Spiel gebracht. Sinn macht dieses alles nur, wenn der Unsinn so auf die Spitze getrieben werden soll, daß auch der letzte begreift, daß sich etwas ändern muß.



Aus-Weg gesucht KLAUS BÖHLE

Die Falle am Hindukusch

Von Herbert Kremp

Die Sowjets erzeugen von Zeit zu Zeit Gerüchte über Afghanistan. Es gehört zu dem Bild, das Gorbatschow in der Weltöffentlichkeit von sich verbreiten will, ein gewisses Unbehagen über das militärische Engagement in Mittelasien erkennen zu lassen. Vor dem Genfer Gipfel erklärten die Herolde, man fühle sich am Hindukusch strapaziert, das Land sei gebirgig, es entstünden Verluste. Auf dem Gipfel nahm Gorbatschow die diesbezüglichen Fragen Reagans zur Kenntnis und zeigte Interesse an einer „politischen Lösung".

Das sind Kamin-Perspektiven. Die Sowjets würden ihre recht unglücklichen 130 000 Mann gern zurückziehen, könnten sie auf andere Weise die Hand über dem Land halten. Denn die Sache wird peinlich. Der Krieg, der mit dem Einmarsch am 27. Dezember 1979 nach dem Motto anhob, „seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen", währt fünf Jahre und elf Monate, also drei Monate länger als der Zweite Weltkrieg. Er kostet mehr Geld als die Alimente für Kuba. Er bereitet Ärger in den Vereinten Nationen, die seit dem 15. Januar 1980 mit unverändert großer Mehrheit den „Rückzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan" fordern. Er verprellt die Dritte, vor allem aber die chinesische und die islamische Welt.

Das sind Argumente, aber sie haben, für sich betrachtet, keine Folgen. Die Sowjetunion ließ es nie zu, daß im Bereich ihres unmittelbaren Zugriffs eine „sozialistische Revolution" rückgängig gemacht wurde. Auch Gorbatschow kann sich das nicht leisten. Die Einnahme des Landes, das schon viele unter Kolonialherrschaft zu bringen suchten, verfolgt im übrigen eine geopolitische, eine strategische Logik: Rußland strebt seit jeher an die Küsten des warmen Meeres, man hat das Eis satt. So betrachtet, ist Afghanistan eine vorgeschobene Bastion, die man nicht aufgibt. Und schließlich ist dieser Krieg eine immer größer werdende Investition in die Ehre der Armee. Die neue sowjetische Führung drängt das Militär aus der Politik in die Kasernen zurück – unausrottbar ist die Furcht vor der bonapartistischen Eventualität –, das ist schwierig genug. Ein Rückzug ohne volle Wahrung des Besitzstandes, ein Vietnam – das wäre eine Schmach. Es entspricht sowjetischem Selbstverständnis und der daraus resultierenden Kriegsdoktrin, daß Kriege, also auch Guerrilla-Kriege, gewonnen werden müssen. Wo käme man sonst – andernorts – hin?

Abnutzungskriege bringen Weltmächte in ein Dilemma. Der asiatische Operationsraum ist insgesamt schwierig, weil dort der Mensch sich stärker wähnt als die Maschine. Das war nicht nur Mao Zedongs Gewißheit: Nach der Explosion der ersten chinesischen Atombombe jagte er ein Regiment in Gummianzügen durch das Detonationsgebiet (darüber gibt es einen eindrucksvollen Film). Die Vietnamesen machen mit der kambodschanischen Guerilla eine ähnliche Erfahrung: Der Endsieg bleibt aus, deshalb wollen auch sie eine „politische Lösung".

In Afghanistan stößt die hochgerüstete, aber etwas drogengefährdete Rote Armee auf zwei Elemente des Widerstands: Die Stammesstruktur des Volkes macht jeden Vertrag, der mit der „Stadt Kabul" abgeschlossen werden könnte, zu einem Fetzen Papier. Und der Islam vermittelt eine besondere, dem Westen seit jeher und für immer unverständliche Haltung gegenüber dem Leben. Die Mudschahedin sind islamische Krieger. Sie sind gläubig, mithin stärker als der sowjetische Soldat. Das Ungleichgewicht der Bewaffnung spielt eine Rolle, aber es entscheidet nicht. Die gepanzerte Macht kann ein asiatisches Land überrennen, aber nicht befrieden. Sie verwandelt sich in den Elefanten, der sich einer Mücke wegen den Rüssel zerschlägt.

Es ist die Eigenart des afghanischen Volkes, die den Weg zur politischen Lösung verlegt. Sie wäre ein Rückweg, denn „Lösungen" gibt es in der sowjetisch-afghanischen Vertragsgeschichte seit 1921. Damals wurde ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Chruschtschow suchte engere Beziehungen und leitete die handelspolitische Abhängigkeit des Landes ein. Mohammed Daud besiegelte diese Abhängigkeit 1977 für dreißig Jahre. Nach der Revolution der prosowjetischen, aber in sich gespaltenen Demokratischen Volkspartei – die Macht gründete sich auf städtische Bürger und Offiziere – schloß die Sowjetunion 1978 mit dem Regime Taraki einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag ab, in dem es heißt: „Jeder soll den anderen konsultieren und entsprechend dem Abkommen geeignete Maßnahmen ergreifen, um Sicherheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität beider Länder zu gewährleisten" (Artikel 4). Dieser Vertragstyp, für den Moskau eine große Vorliebe entwickelt hat, bedeutet Unterwerfung oder – im Falle von Widerstand oder Gefahr im Verzuge – Besetzung. Im April 1980 wurde die zeitweise Stationierung sowjetischer Truppen in Afghanistan „vertraglich" vereinbart. Praktisch an die Sowjetunion abgetreten hat die Regierung Karmal 1981 den Wakhan-Korridor, an dessen östlichem Ende Afghanistan an China grenzt.

Die Sequenz der Verträge illustriert das strategische Interesse Moskaus; es spricht gegen die Rückkehr zur nur-politischen Lösung. Die Anzeichen deuten eher auf eine systematische Destabilisierung Pakistans, das Gorbatschow in seinem Begräbnis-Gespräch mit Präsident Ziaul Haq offen bedrohte. Die ethnische Grenze Pakistans ist offen und weich, die Situation trotz der islamischen Härtung des Regimes labil. 3,8 Millionen Afghanen sind in das arme Land geflüchtet; die Guerrilla bezieht aus Pakistan Waffen und Kommandos. Verlockend nah breitet sich der Indische Ozean aus. Aber der Tigersprung birgt ein erhöhtes Kriegsrisiko. Deshalb ist zu vermuten, daß die Sowjets zuwarten und in Afghanistan Position halten. Was der sowjetische Soldat nicht vermag, sollen Spielzeugbomben, chemische Waffen und die Ausrottung ganzer Dörfer erledigen. Da das westliche Fernsehen nicht anwesend ist, fällt das nicht sehr auf.



Gläubig, mithin stärker: Afghanischer Widerstandskämpfer FOTO: LEROY/STUDIO X

IM GESPRÄCH Matyas Szürös

Kadars Außenpolitiker

Von Carl Gustaf Ströhm

Die kommunistischen Staaten und Parteien müßten „nationalen Besonderheiten" größere Aufmerksamkeit als bisher widmen. Sie müßten akzeptieren, „daß es keine ewig gültigen Lösungen" beim Aufbau des Sozialismus gebe, wenn man die „spezifischen Bedingungen" eines jeden Landes nicht berücksichtige. Mit solchen Thesen, die man in früheren Jahrzehnten als titoistische Ketzerei bezeichnet hätte, trat jüngst ein hoher ungarischer Parteifunktionär an die Öffentlichkeit: Matyas Szürös, ZK-Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und zuständig für Außenpolitik in der Budapester Parteiführung.



Die spezifischen Bedingungen berücksichtigen: Szürös FOTO CAMERA PRESS

Szürös, der sich in diesen Tagen zu Gesprächen mit der Bundesregierung in Bonn aufhält, ist einer der interessantesten politischen Köpfe aus Janos Kadars jüngerer Garde. Der heute 52jährige wurde als junges KP-Mitglied 1953 bis 1959 zum Studium an das Moskauer Institut für internationale Beziehungen entsandt. In den sechziger und frühen siebziger Jahren war er im ungarischen Außenministerium und im außenpolitischen Apparat des ungarischen ZK tätig. Von 1975 bis 1978 war er ungarischer Botschafter in Ost-Berlin, anschließend bis 1982 vertrat er Budapest als Botschafter in Moskau. Parallel zur Moskauer diplomatischen Tätigkeit war er auch Abteilungsleiter für Außenpolitik im ZK der ungarischen KP.

Seit 1983 steht Szürös an der Spitze der ungarischen „Partei-Außenpolitik". Gerade in dieser Zeit haben Ungarns Stellungnahmen zu internationalen Fragen, die in früheren Jahren eher farblos gehalten waren, neues Gewicht erhalten. Szürös begann Anfang 1984 in der theoretischen Zeitschrift der ungarischen Partei, „Tarsadalmi Szemle", die Rolle der „nationalen Interessen" kleinerer Staaten im Sozialismus zu definieren.

Das brachte ihm heftige Angriffe des tschechoslowakischen Parteiorgans „Rude Pravo" – und überraschende Unterstützung durch die SED in Ost-Berlin ein. Wenn sich in letzter Zeit ein subtiles politisches Zusammenspiel zwischen Budapest und Ost-Berlin entwickelt hat – wie es etwa während der Auseinandersetzungen um den 1984 nicht zustande gekommenen Honecker-Besuch in Bonn erstmals sichtbar wurde –, so hat dabei sicher Szürös mit Pate gestanden, der die deutschen Probleme Honeckers aus seiner Botschafterzeit genau kennt. Bei allen sonstigen Unterschieden sind Budapest und Ost-Berlin gemeinsam an einem weiteren ungestörten Ausbau ihrer Westkontakte interessiert. Daher hat Szürös auch stets die Verbindungen zwischen Bonn und Ost-Berlin begrüßt und diskret gefördert.

Auch die im Ostblock und bei den Sowjets nicht unumstrittene Budapester Formulierung, wonach die kleineren Staaten Europas zu beiden Seiten der ost-westlichen Grenze eine besondere Rolle bei der Aufrechterhaltung des Friedens spielen müßten, stammt aus der Denkschule dieses ungarischen KP-Politikers. Parteichef Janos Kadar hat diese These übrigens bei seinem jüngsten London-Besuch bei Gesprächen mit Margaret Thatcher herausgestrichen.

Im Gegensatz zu orthodoxen sowjetischen Thesen vertrat Szürös am 2. November im Budapester Parteiblatt „Nepszabadsag" die Auffassung, daß im Ostblock größere Flexibilität notwendig sei. Die nationale Frage ist gerade für Budapest angesichts von drei Millionen Ungarn außerhalb der Staatsgrenzen zu einem Schlüsselproblem geworden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kieler Nachrichten

Sie schreiben zur Bundesbahn:

Die Bahn will mit Hochgeschwindigkeit in die Zukunft fahren: In den neunziger Jahren werden die Intercities mit 250 km/h über die neuen Superstrecken rasen. Zweifellos kann die noch immer von Riesendefiziten geplagte Bahn erstens einen technischen Innovationsschub und zweitens eine Aufpolierung ihres Images vertragen ... Auch der „normale" Bahnverkehr läßt noch genügend Möglichkeiten für Verbesserungen. Das Urteil der Kunden bildet sich nicht in erster Linie im Hochgeschwindigkeitsbereich, sondern durch tägliche Erfahrungen.

Lübecker Nachrichten

Sie gehen auf die Haushaltsdebatte ein:

In der Regel ist eine Haushaltsdebatte die Stunde der Opposition. Das aber war die gestern begonnene, viertägige Aussprache des Bundestages über den 264-Milliarden-Mark-Etat 1986 nicht – trotz aller Bemühungen der SPD, die Regierung auf allen Feldern scharf zu kritisieren. Vieles davon mag berechtigt sein. Aber aufs Ganze gesehen hatte die Koalition, die ihr Tief vom Jahresanfang überwunden zu haben scheint, die besseren Karten. Von Bundeskanzler Helmut Kohl ist man es gewohnt, daß er sich betont selbstbewußt gibt, auch in für ihn schlechten Zeiten. Davon gab es in der Vergangenheit mehr als genug. Der Optimismus, den er gestern im Bundestag ausstrahlte, ist jedoch nicht zweckorientiert oder nur ein Ergebnis seiner Vorstellungen. Er beruht auf einem soliden Fundament.

WESER KURIER

Die Bremer Zeitung sieht Schwierigkeiten für einen Honecker-Besuch:

Prinzipielles steht bei Honecker & Co immer noch höher im Kurs als harte Währung. Mit einem Tauschgeschäft menschliche Erleichterungen gegen D-Mark würde sich Honecker bei einem Besuch nicht abspeisen lassen. Er will grundsätzlich mehr politisches Gewicht, nämlich Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Auflösung der Salzgitter-Erfassungsstelle für Grenzzwischenfälle oder Regelung der Elbgrenze auf der Mitte des Stromes. Während selbst in der eigenen Partei belächelte oder ärgerlich zur Kenntnis genommene Vordenker wie Lafontaine oder dessen Juso-Chef Gillo unumwunden das Eingehen Bonns auf die Forderungen der DDR propagieren, um Bewegung in erstarrte Fronten zu bringen, wird im offiziellen Bonn einer derartigen Neuorientierung während eines Honecker-Besuchs unüberhörbar der Riegel vorgeschoben.

Die SPD, die Verfassung, das Menschenrecht: Was gilt?

Die Teilung kann nicht die letzte Antwort der Geschichte sein / Von Enno v. Loewenstern

Wenn Sie wieder glaubwürdig werden wollen in der Deutschlandpolitik, meine Damen und Herren der SPD, dann müssen Sie uns und dem deutschen Volk verbindlich sagen, was Sie eigentlich wollen: Stehen Sie zur Verfassung oder nicht? Ist für Sie die DDR Ausland oder nicht? Ist für Sie die deutsche Frage offen oder begraben? Was gilt?"

So Alfred Dregger; und er stellte klar, was für die Union gilt: „Wir jedenfalls bleiben dabei, daß die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas nicht die letzte Antwort der Geschichte sein kann. Wir halten daran fest, daß die jetzige, aus Krieg und den Konflikten der Siegermächte entstandene Ordnung Europas durch eine Friedensordnung abgelöst werden muß, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der europäischen Völker und auf ausgehandelten Friedensverträgen der europäischen Staaten mit den beiden Weltmächten beruht."

Er fuhr fort: „Unser Ziel ist ein vereinigtes Deutschland als Gliedstaat eines vereinigten Europas. Das wäre nicht ein Zurück zum Vorkriegszustand ... Ein in Nationalstaaten gegliedertes, aber vereinigtes Europa könnte nicht offensiv sein, da das Ziele voraussetzen würde, auf die sich die europäischen Staaten niemals einigen könnten."

Wie hat die SPD das einst gesehen, wie sieht sie es heute? Dregger zitierte das Godesberger Programm von 1959: „Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk." Er hätte auch Brandts, Ollenhauers und Wehners Erklärung von 1963 an die Adresse der Heimatvertriebenen zitieren können: „Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten ... Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft. Wer an diesem Feuer sein kleines Parteisüppchen zu kochen versucht, kann vor dem großen Maßstab der Geschichte nicht bestehen."

Und nun Apels Erklärung und die anderer SPD-Sprecher, daß die deutsche Frage „nicht mehr offen" sei, oder Lafontaines Ruf nach Anerkennung einer „DDR-Staatsbürgerschaft": „Sie, meine Damen und Herren von der SPD", sagte Dregger, „Sie haben Ihre Moral in der Deutschlandpolitik verloren. Sie denken geschichtsfremd. Wer geschichtsfremd denkt und sich beflissen Tagesopportunitäten unterwirft, wird von der Geschichte widerlegt werden."

Es ist Dregger zu danken, daß er mit solcher Klarheit an den Gang der Geschichte erinnert hat; er weiß sehr wohl, daß am Feuer der Tagesopportunität, so manches Parteisüppchen brodelt – nicht nur links. Die Aufregung um einen möglichen Besuch Honeckers hat viele Gemüter parteiübergreifend bewegt, die allen Ernstes zu glauben scheinen, es werde sentimentale Zuwendungen und ein allgemeines Vergessen der Mauertoten und der in den Zuchthäusern Gequälten geben – wie viele von der SPD darunter! –, wenn Wiebelskirchens verlorener Sohn Seit' an Seit' mit einem beflissenen Provinzsuppenkoch zu den Klängen von Bergmannskapellen schreitet.

Die Aufregung war wieder einmal umsonst; er kommt nicht. Es gilt als sicher, daß Honecker ein Parteichef auf Abruf ist. Kenner der Lage rechnen mit einer letzten Wiederwahl beim SED-Kongreß im nächsten Frühjahr und mit seiner Ablösung im Jahr danach, gleichviel, ob sein Favorit Krenz oder der in Leningrad geborene Werner Jarowinsky (wie manche erwarten) die Nachfolge antritt. Jedenfalls aber wird nicht mehr angenommen, daß Honecker jemals noch die West-Reise gestattet wird, die er selbst sich wünscht.

Da reden nun viele von den weltpolitischen Möglichkeiten einer besonderen Politik zwischen den „beiden deutschen Staaten"; dabei wissen auch die glühenden Bekenner dieser Politik und ziehen es dieser Tage betrübt ins Kalkül, daß das angeblich souveräne Oberhaupt der angeblich so souveränen „DDR" keinen Schritt tun kann und sich keinen Tag im Amt halten kann ohne Erlaubnis seines Oberherrn. Wen bevorzugt der? Eine Fraktion in Ost-Berlin empfiehlt sich, zu der Hermann Axen gezählt wird. Sie mißtraut Honeckers Verhältnis zur Bonner Regierung und möchte lieber auf die SPD setzen.

Ihr bietet sich die SPD mit nunmehr umgeleiteter ganzer Leidenschaft als Setz-Gelegenheit an, mit gleich zwei Neben-Außenpolitiken: einmal durch Verträge von Partei zu Einheitspartei und außerdem durch die saarländische Variante. Man hat verlernt, daß Moral nicht nur ein Sonntagsredenthema ist, sondern ein harter Faktor in der Politik; man glaubt an eine geschichtslose Generation von Wählern, für die das Menschenrecht mit linsengerichtsnotorischem Formelkram von „konkreten Schritten", „spürbaren Verbesserungen" und „Realitäten" übertüncht werden kann. Aber man sagt es nicht so; vielmehr bemüht auch Lafontaine die Geschichte: „... daß die gegebene Rechtslage widersprüchlich ist und daß sie daher nicht für alle Ewigkeit Bestand haben wird." Er weiß gar nicht, wie recht er hat und wie gewiß wir es erfahren werden – aber anders, als er es meint.

Mobutu genießt die Macht, das Volk zahlt die Zeche

Zaires Staatschef Mobutu feiert 20 Jahre Macht. Er soll fünf Milliarden Dollar auf seinen Konten haben. Genauso hoch ist sein Land verschuldet. Korruption und verletzte Menschenrechte auf der einen Seite, Stabilität und pro-westliche Orientierung auf der anderen Seite – Mobutu, für den Westen ein Konfliktfall zwischen Moral und Interessen.

Von ACHIM REMDE

An einer Schnur um den Hals baumelte ein Monokel, auf der Nase saß eine Brille. Die Orden, groß und prächtig wie kostbarer Weihnachtsschmuck, nahmen sich daneben höchst wirkungsvoll auf dem schwarzen „Abacoste" aus – der vom zairischen Präsidenten Mobutu auf der Suche nach afrikanischer Authentizität Anfang der 70er Jahre eingeführen Variante des Herrenanzugs.

Das Stöckchen, das er trug, hatte einen alten, kostbar ziselierten Silbergriff und – sozusagen um dem Ganzen die Krone aufzusetzen – prangte am Revers eine goldene Krone. Solcherart unauffällig, mit liebenswürdiger Nonchalance, bewegte sich unter den 1000 geladenen Gästen des Gala-Diners im „Volkspalast" von Kinshasa Don Jaime de Mora y Aragon, spanischer Grande und Bruder der belgischen Königin, der sich selbst als liberalen Anarchisten bezeichnet und vielerorts als „enfant terrible" verschrien ist, begleitet von seiner charmanten Frau, die auch reichlich mit Klunkern behangen war.

Der 55jährige Mobutu feierte den 20. Jahrestag der 2. Republik, die 1965 mit seinem zweiten Staatsstreich begonnen hatte. Mit dem ersten hatte er 1960 kurz nach der Unabhängigkeit zum Wechsel von Lumumba zu Tschombé beigetragen, nachdem er mit 29 Jahren vom Feldwebel zum Stabschef avanciert war. Doch das Chaos der kongolesischen Wirren war erst fünf Jahre später beendet, als er, diesmal selbst und anscheinend für immer, die Macht übernahm. Seitdem gilt er als Garant politischer Stabilität, als fester Verbündeter des Westens und einer der reichsten Männer der Welt.

Die Bokassas und Idi Amins sind in Afrika verschwunden. Mobutu ist keiner von ihnen. Die Gänge, die – wie Gerüchte besagen – aus unterirdischen Verliesen direkt in krokodilverseuchte Gewässer führen sollen, hat niemand gesehen. Als Schweizer Zeitungen berichteten, daß abgeschobene Asylbewerber bei ihrer Rückkehr nach Zaire sogleich hingerichtet worden seien, präsentierte Mobutu die Totgesagten der Weltöffentlichkeit: Sie waren heil und gesund. Der frühere Premierminister Nguza Karl-I-Bond, der im Exil in Brüssel zum Sturz Mobutus aufgerufen hatte, lebt heute wieder unbehelligt in seiner Heimat und ist als Botschafter für Washington im Gespräch.

Doch selbst für die Verhältnisse in Afrika, wo die Einheitspartei die Regel und Meinungs- und Pressefreiheit die Ausnahme sind, scheint Mobutus Regime repressiver als die meisten anderen zu sein. Die einen behaupten, der Westen diskreditiere sich durch die Wahl solcher Freunde. Die anderen meinen, der Westen lege an seine Freunde besonders strenge Maßstäbe an. Staatsminister Möllemann, der die Bundesregierung bei den Feierlichkeiten vertrat, erklärte der WELT, man müsse Freund und Feind mit derselben Elle messen, und sprach deshalb bei seinem Besuch immer wieder diskret die Frage der Wahrung der Menschenrechte an. Zur Zeit sind fünf deutsche Polizisten bei der Ausbildung einer zairischen Zivilschutztruppe tätig. Doch ihr Einsatz ist zunächst auf sechs Monate beschränkt. So sehr man beim Aufbau einer an rechtsstaatlichen Grundsätzen orientierten Ordnungsmacht behilflich sein möchte, so wenig will man zur Festigung eines repressiven Regimes beitragen.

Lassen sich auf diese Weise aus den Menschenrechtsverletzungen politische Konsequenzen ziehen, so stößt es auf praktische Schwierigkeiten, ähnliche Konsequenzen aus der Korruption zu ziehen, für die Mobutus Regime ebenfalls eine traurige Berühmtheit erlangt hat. Niemand weiß, wie hoch das auf fünf Milliarden Dollar geschätzte Privatvermögen des Präsidenten wirklich ist, und vor allem kann ihn niemand dazu anhalten, selbst die hohe Auslandsverschuldung Zaires zu tilgen, die ebenfalls *fünf Milliarden Dollar* beträgt.

Westliche Entwicklungshilfegeber neigen zu der Annahme, Mobutu sei nach 20 Jahren an der Macht finanziell so saturiert, daß sein Drang zur Bereicherung eigentlich nur noch abnehmen könne. Mit einem neuen Mann an der Spitze des Staates bestehe dagegen die Gefahr, daß dieser sich von Grund auf neu bereichern werde. Ohnehin ist eine Alternative zu Mobutu nicht in Sicht, und zur Überraschung aller hat seine Regierung Auflagen und Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds seit über einem Jahr pünktlich erfüllt.

Und die waren hart. Der Schuldendienst macht gegenwärtig die Hälfte der Deviseneinnahmen aus. Der offizielle Kurs der früher horrende überbewerteten nationalen Währung „Zaire" entspricht nunmehr fast dem tatsächlichen Wert. Das Land ist dabei, die verlorene Kreditwürdigkeit wiederzuerlangen. Doch eine solche Entwicklung hat ihren Preis. In erster Linie ist es die breite Masse der Bevölkerung, die die Last des Stabilisierungs-Programms zu tragen hat. Die Lebenshaltungskosten steigen, ohne durch entsprechende Gehaltserhöbungen aufgefangen zu werden. Erst für Mitte nächsten Jahres ist mit einer Besserung zu rechnen. Die Durststrecke bis dahin stellt die Leidensfähigkeit der Bevölkerung weiterhin auf die Probe. Unter Hinweis darauf fordert Mobutu bei jeder Gelegenheit und auch in seiner Tischrede beim Gala-Diner schnelle Erleichterungsmaßnahmen als Belohnung für sein Wohlverhalten. Die Bundesregierung will für 1986 ihre finanzielle Entwicklungshilfe um 20 Prozent erhöhen und tendiert dazu, sich für eine vorzeitige Umschuldungsaktion zu verwenden.

Daß Mobutus Ansehen auch in Afrika nicht das beste ist, zeigte sich daran, daß von den 50 afrikanischen Führern nur ein knappes Dutzend zur Feier erschienen war. Doch dabei spielen auch andere Dinge mit, wie die führende Rolle, die Mobutu bei der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel gespielt hat. Immerhin war der senegalesische Präsident und turnusmäßige Vorsitzende der Organisation für Afrikanische Einheit, Diouf, zugegen, der ebenfalls in seiner Rede um leichter zu erfüllende Kreditkonditionen bat, im Gegensatz zu Mobutu jedoch betonte, daß es für Afrika keine Alternative zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen gebe.

Staatsminister Möllemann nutzte die Gelegenheit zu politischen Gesprächen mit Diouf, der im März 1986 zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik kommt, und dem moçambiquanischen Staatschef Samora Machel sowie Regierungsvertretern aus Sambia und Angola. Möllemann wird, wie er der WELT erklärte, Anfang nächsten Jahres eine Reise in die sogenannten Frontstaaten unternehmen. Dementsprechend war die Lage im südlichen Afrika zentrales Thema seiner Gespräche. Trotz unterschiedlicher Auffassungen in der Frage von Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika sieht Möllemann Chancen, im Dialog zwischen der südafrikanischen Regierung und den gemäßigten Führern der schwarzen Mehrheit zu vermitteln. Sein Eindruck war, daß in den Frontstaaten die radikalen Töne geringer werden.

Star des Abends war neben der Frau des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, die ihren Mann vertrat, die Tochter des amerikanischen Präsidenten, Maureen Reagan, die als Leiterin der US-Delegation angereist war. Mit auffälligem Dekolleté glänzte sie an der Seit des togolesischen Präsidenten Eyadema auf einem Ehrenplatz. Multimilliardär Adnan Kashoggi, Händler in Öl und anderen Kostbarkeiten, war mit eigener DC-8 gekommen und wurde von Mobutu in Privataudienz empfangen.

Als zeitweilig die Dessertteller ausgegangen waren, funktionierte Don Jaime – in allen Lebenslagen Herr der Situation – die Tortenböden zu diesem Zwecke um. Erst ganz am Schluß wurde sein allzeit freundliches Lächeln etwas melancholisch: Vor der monumentalen Treppe des kilometerlangen „Volkspalastes" blieben der Graf und die Gräfin mutterseelenallein zurück. Ihr Wagen war in der langen fünfspurigen Schlange der Autos, die auf dem riesigen Platz vorfuhren, nicht aufgetaucht.



Gala-Diner im Volkspalast: Danielle Mitterrand an der Seite des Gastgebers Mobutu
FOTO: ACHIM REMDE



Kunst im Kanzleramt: Ein Kopf von Hans Uhlmann und von Ernst Ludwig Kirchner „Mädchen im Tub" FOTOS: KATALOG

„Wir warten auf die Kunsthalle"

Eine Vernissage im Kanzleramt, das ist nicht nur ein Gesellschafts- und Kunst-Ereignis, das ist auch ein Plädoyer des Kanzlers für eine „Bundes-Kunsthalle" in Bonn.

Von EBERHARD NITSCHKE

Ein hochgewachsener Herr aus Deutschland versuchte im New Yorker Guggenheim-Museum die Leitung zu Leihgaben für ein Haus in Bonn zu erwärmen, dessen Name „Kanzleramt" in der Liste berühmter Ausstellungshallen nicht zu finden war. Der Mann hieß Helmut Kohl. Doch auch dieser Name half nicht, Leihgaben gab es nicht. Doch der Kanzler ließ sich dadurch nicht von seinem Ziel abbringen, der Kunst in Bonn den ihr gebührenden Platz zu verschaffen. Der jüngste Schritt auf diesem Wege, dessen Ziel ein Gebäude mit dem Arbeitstitel „Bundes-Kunsthalle" ist, war am Dienstag abend die Eröffnung einer Ausstellung „Deutsche Meisterzeichnungen des 20. Jahrhunderts" in seinem Amtssitz mit rund tausend Gästen.

Kohl setzt damit eine Tradition fort, die von seinen Vorgängern Brandt und vor allem Schmidt begonnen worden war. Doch zeitgenössische Kunst oder gar Avantgarde war bei den Ausstellungen, die Helmut Schmidt inszenieren ließ, bisher nicht vorhanden. Aber Schmidt, der mit seiner Frau Hannelore zu den prominentesten Gästen der Kunst-Party gehörte, hat immerhin die Moore-Plastik „Large Two Forms" für den Platz vor dem Kanzleramt angeschafft, hat den abhörsicheren „NATO"-Saal des Hauses, den die Architekten als Kunstwerk an sich empfanden, mit dem Triptychon „Paraphrasen zu den Nationalfarben" von dem Bildhauer und Maler O. H. Hajek ausstatten lassen, machte Konferenzsäle zu „Schmitt-Rottluff"- oder „Heckel-Zimmern", ließ im Kabinettsaal den von August Macke entworfenen Gobelin mit einem zärtlichen orientalischen Liebespaar aufhängen.

„Die Kunst", meinte Kohl zur Begrüßung der Gäste bei der Eröffnung der Schau mit hundert Werken aus der Nationalgalerie Berlin, „gehört zur Selbstfindung der Bundesrepublik Deutschland". Nach den Anfängen sei es nun „nur folgerichtig", die bisherige Auswahl durch Werke bis zur Gegenwart zu ergänzen.

Der Bürger, der seinem Regierungschef auf die Kunstetagen folgen will, wird freilich seine Schwierigkeiten haben. Um den Arbeitsablauf im Kanzleramt aufrechtzuerhalten und die Sektion „Sicherheit" nicht völlig zur Verzweiflung zu bringen, sind pro Woche fünf Besuchergruppen zugelassen, die in aller Regel aus dem ganzjährig fließenden Strom von Gästen aus den Wahlkreisen von Bundestagsabgeordneten gezogen werden sollen. Außerdem will man Schulklassen einladen, und wer in Bonn bis zum Ende der Ausstellung am 6. Januar 1986 nicht zum Zuge kommt, muß nach Schloß Cappenberg bei Dortmund fahren, wo die Meisterzeichnungen von Käthe Kollwitz, Oskar Schlemmer, Johannes Geccelli und Gerhard Hoehme, um nur die wichtigsten zu nennen, vom 10. Februar bis 13. April des nächsten Jahres zu sehen sein werden. Kein Wunder, daß der Generaldirektor der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz, Professor Wolf-Dieter Dube, bei seiner Einführungsrede sagte: „Wir warten auf die Bundes-Kunsthalle, schon um unsere Präsenz in Bonn zu verstärken – und nehmen sie auch gerne in unsere Verwaltung."

Allerdings sind die Besucherzahlen früherer Ausstellungen im Kanzleramt durchaus achtbar gewesen. 2000 Menschen sahen innerhalb einer Woche Bilder und Plastiken von Max Ernst. Als sieben Plastiken des Künstlers, der 1976 starb, ins Ausland verkauft zu werden drohten, griff vor einigen Jahren der Bund zu und erwarb die Werke für 1,6 Millionen Mark. Zwei der Plastiken blieben im Kanzleramt, fünf kamen als Leihgabe in das vom Inhalt her bedeutende, vom Gebäude her jämmerliche Städtische Kunstmuseum Bonn als Dauer-Leihgaben.

Selbst wenn die elf Landesvertretungen in Bonn, deren Kunstausstellungen im Lauf der Jahre immer wertvoller wurden, sich noch so anstrengen und sogar dafür plakatieren, bleibt der Zulauf gebremst. Schon weil für die Besucher die Bürozeiten zu beachten sind und am Wochenende im Regierungsviertel die Türen verrammelt bleiben. Ein Sprecher des Kanzleramtes: „Wir können uns mit unserer Öffentlichkeit durchaus sehen lassen." Wie man dabei das für Bonn übliche Übermaß von Beamtentum bei Vernissagen abbaut, muß noch überlegt werden, auch ob Kunst an solcher Stelle stets in Konkurrenz mit Stehbüffet geboten werden muß.

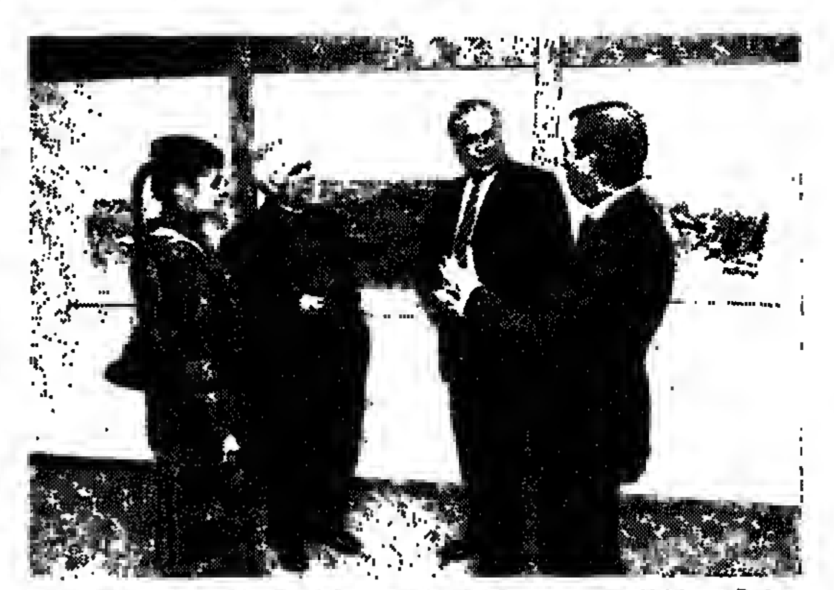
Was Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Vorgänger mit ihren Ausstellungen erreichen wollten und wollen, ist in manchen Teilen schon realisiert. Seit die Bundesregierung 1970 den Vorschlag des Malers Professor Georg Meistermann, des damaligen Vorsitzenden des Deutschen Künstlerbundes, aufgriff, zeitgenössische Kunst durch Erwerbungen des Bundes zu fördern, ist inzwischen eine bedeutende Sammlung zustande gekommen, die allerdings mangels zentraler Aufnahmemöglichkeiten ein Schattendasein fristet. Seit 1970 erscheint im Haushaltsplan des Bundes regelmäßig eine sechsstellige Summe mit der Zweckbestimmung „Erwerb zeitgenössischer Kunstwerke zur kulturellen Repräsentation des Bundes".

Als 1981 das für „Kunst" zuständige Bundesministerium des Inneren mit den so gesammelten und in allen möglichen Amtsräumen aufgehängten und ausgestellten Werken in Bonn eine Ausstellung veranstalten wollte, mußte der gesamte Bestand des Städtischen Museums ins Depot. Gerhart Baum, damals Bundesinnenminister: „Läßt sich die Situation besser illustrieren? Ich halte das für einen unwürdigen Zustand." Gerade wer den Föderalismus als Wesenselement staatlichen und kulturellen Lebens uneingeschränkt bejahe, müsse in der Errichtung einer Bundes-Kunsthalle auch eine föderative Verpflichtung der Länder sehen.

Doch keine Rede-Kunst hat bisher die Hauptbremse auf dem Wege zur Realisierung der Halle lösen können. Für Kultur sind nun einmal die Länder zuständig. Wenn es nach dem ehemaligen SPD-Kanzleramtsminister Horst Ehmke geht, dann muß dieser riesige Stolperstein durch Gründung einer GmbH überbrückt werden, in der neben dem Bund und der Stadt auch Nordrhein-Westfalen und Berlin vertreten sein könnte – schon weil man auf die Kunstschätze der alten deutschen Hauptstadt eben nicht verzichten kann, um wirklich repräsentativ zu sein.

Doch von solchem Gerangel war bei Kohls Vernissage, die als echtes Bonner Ereignis empfunden wurde, nicht die Rede. Der Kanzler ließ sich unter kundiger Führung von Werk zu Werk geleiten, wobei gerade die vielen Bilder „Ohne Titel" seine volle Aufmerksamkeit fanden. Die vier Künstler, von denen Werke in die Ausstellung aufgenommen wurden und die auch persönlich anwesend waren, neben Geccelli und Hoehme noch die Professoren Heinz Mack und Bernard Schultze, zeigten sich erstaunt über die Tatsache, „daß die Leute die Bilder wirklich ansehen". Der Literat und Schriftsteller Karl Garbe ließ unter den Bildern „Mondspiel" und „Stilleben Z 10" von Paul Klee Kohl die Botschaft zukommen: „Ich bin zwar SPD-Mitglied, aber ich muß Sie über den Klee loben!"

Der Stellenwert, den die Kunst seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland in Bonn erreicht hat, ist trotz aller deutlichen Mängel inzwischen beachtlich. 1968 zum Beispiel waren die Flure der Ministerien von Werken der bildenden Kunst noch weitgehend leer, verteilten sich im Bundesministerium des Innern laut Inventarliste über rund tausend Zimmer und Säle 318 Bilder vorwiegend des Typs „Verlorene Heimat im Osten", wurden drei Gemälde im Haus 3, Sitzungssaal 19, in einem Ordner mit der Aufschrift „Geräte" geführt.



Fachkundiger Vortrag für den Kanzler von Professor Wolf-Dieter Dube; Zuhörer sind der Künstler Johannes Geccelli und seine Frau Regina
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Hatte der Düsseldorfer Maler Oswald Petersen noch, wie auf der Leinwand ehrlicherweise angegeben, den ersten Bundesinnenminister Robert Lehr „nach Fotos" für 2000 Mark plus 120 Mark Rahmen der Nachwelt übermittelt, so war 1968 im Etat überhaupt nichts mehr für „Kunst" vorgesehen, und im Bundesministerium der Verteidigung auf der Hardthöhe erfuhr man damals auf Nachfrage, daß „Kunst" durch eine Bronzebüste Friedrichs des Großen, im übrigen durch eine Fotogalerie der Minister dargestellt werde.

Dieser Zustand hat sich inzwischen in Bonn grundlegend geändert, vielleicht schon weil in dem Band „Kunst für den Bund" aus dem Bundesinnenministerium von 1981 festgestellt wurde: „Eins darf nicht zugelassen werden, nämlich daß die Kunst als entbehrlicher Luxus angesehen wird und den Streichungen an erster Stelle und am nachhaltigsten zum Opfer fällt." Skeptikern kann man nur noch dadurch begegnen, daß man ihnen die neue „Bundes-Kunsthalle" zeigt. Insofern war Helmut Kohls Vernissage auch eine Art erster Spatenstich.

Schulstreit „schön parallel" zum Wahlkampf

óg. Wiesbaden

Der hessische Kultusminister Karl Schneider (SPD) ist entschlossen, die mit rotgrüner Mehrheit beschlossene Einführung der Förderstufe in Hessen trotz schwebender juristischer Verfahren landesweit und flächendeckend durchzusetzen. Dazu erklärte Schneider gestern in Wiesbaden, er werde notfalls das Instrument der „Ersatzvornahme" gebrauchen, um in den widerstrebenden CDU-regierten Städten und Kreisen Frankfurt, Fulda und Fulda Land allgemeinverbindliche Förderstufen anstelle der bisherigen Klassen 5 und 6 des gegliederten Schulsystems einzurichten. Der Streit darüber werde „schön parallel zum Bundestagswahlkampf" für 1987 entbrennen.

Gegen das Förderstufenabschlußgesetz hat die CDU beim hessischen

Staatsgerichtshof Normenkontrollantrag gestellt. Frankfurt hat beschlossen, gegen das Gesetz Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht einzulegen. Nach Schneider habe dies jedoch für die zum 1. August 1987 vorgeschriebene Einführung der Förderstufe „keine aufschiebende Wirkung". Die Weigerung Frankfurts, einem vom Landtag beschlossenen, geltenden Gesetz Rechnung zu tragen, bezeichnete der Minister als „Rechtsbruch".

Wie Schneider mitteilte, werde die Zahl der Förderstufenschüler schon vom 1. August 1986 an von derzeit 62 auf 75 Prozent anwachsen. Auch Kreise mit CDU-Mehrheit hätten bereits mit den Vorbereitungen begonnen. Dagegen wolle der SPD-regierte Kreis Bergstraße aus technischen Gründen erst 1987 nachziehen.

Gegen die hessische „Zwangsförderstufe" will auch die Bürgeraktion „Freie Schulwahl" beim Staatsgerichtshof klagen. Für die sogenannte „Volksklage" sammelt die Elternvereinigung noch bis Anfang Dezember notarisch beglaubigte Unterschriften. Für die Klage reichen hier die Unterschriften von einem Prozent der Wahlberechtigten – insgesamt rund 41 000, eine Zahl, die nach Meinung von Beteiligten „weit überschritten werden dürfte".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Start für Wackersdorf erst nach Richterspruch

Baubeginn im Dezember? / Anschläge auf beauftragte Firma

PETER SCHMALZ, München

Vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof begann gestern in München eine mündliche Verhandlung, deren Ausgang eine wichtige Vorentscheidung über das weitere Schicksal der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf bedeutet. Sollte der 22. Senat die Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan ablehnen, werden noch in der ersten Dezemberhälfte die Rodungsarbeiten auf dem 110 Hektar großen Gelände aufgenommen. Ein Auftrag über zehn Millionen Mark ist bereits an eine Firma aus der Region erteilt.

Da die Bezirksregierung in Regensburg wesentliche Teile der Baugenehmigung für sofort vollziehbar erklärte, könnte die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (DWK) mit den Arbeiten bereits beginnen. DWK-Vorstand Günther Scheuten kündigte jedoch an, man wolle den ersten Richterspruch abwarten: „Wir glauben, daß wir dieses Abwarten dem Gericht schuldig sind."

Die Klage wurde von zwei Landwirten, einem Gastwirt und einem Campingplatzbetreiber aus der Nachbarschaft des Baugeländes eingereicht. Sie befürchten radiologische und chemische Auswirkungen sowie Gefahren für das Grundwasser. „Wir stehen am Beginn eines Verfahrens um die größte, teuerste und gefährlichste Atomanlage, die in der Bundesrepublik je geplant wurde", erklärte Klägeranwalt Wolfgang Baumann, Würzburg, am ersten Verhandlungstag.

Obwohl die Thematik nach der bei Verwaltungsgerichtsverfahren üblichen spröden Form behandelt wird, regte sich unter den zahlreichen WAA-Gegnern, die teilweise mit einem Bus aus der Oberpfalz angereist waren, immer wieder Protest, so daß sich der Senatsvorsitzende zu dem Hinweis genötigt sah, Zuhörer seien keine Beteiligten des Verfahrens. Mit einer Entscheidung wird erst in einigen Tagen gerechnet.

Zahlreiche Bewerbungen

Sollte das Gericht – was allgemein erwartet wird –, die Klagen abweisen, wird die DWK, die zu dem Verfahren zwei Anwälte und neun weitere Mitarbeiter entsandte, rasch handeln: Sie wird dem zuständigen Landratsamt Schwandorf unverzüglich eine Baubeginnanzeige zustellen und kann eine Woche nach deren Eintreffen die Arbeiten aufnehmen. Ein genauer Tag ist noch nicht festgelegt, doch „wir beabsichtigen auf jeden Fall, damit noch im Dezember zu beginnen", erklärte DWK-Sprecher Peter Schmidt gegenüber der WELT.

Der Geschäftsführer der mit der Rodung und einigen Erdarbeiten beauftragten Baufirma beklagt das lange Zuwarten. Sollte der Bodenfrost tiefer eindringen, bestünde die Gefahr, daß die meisten Arbeiten erst im nächsten Frühjahr durchgeführt werden können. „Dabei könnten wir dort jetzt schon 100 Leute beschäftigen", erklärt der Firmenmanager. Im Gegensatz zu den WAA-Gegnern – nach Ansicht des Baufirmen-Chefs in der Mehrzahl Schüler, Lehrer und andere Beamte – ist der Wunsch der Bevölkerung nach Arbeit an dem Projekt groß: „Uns liegen bereits Hunderte von Bewerbungen vor."

Daß der Mann darum bittet, seinen Namen und den der Firma nicht zu nennen, hat einen ernsten Hintergrund, denn nachdem die Auftragsvergabe bekanntgeworden war, wurden er und der Firmeninhaber rund um die Uhr durch anonyme Telefonanrufe terrorisiert.

Auch Gewalt gegen Sachen ist seither an der Tagesordnung. Zucker und Sand wurden in die Tanks der Baufahrzeuge geschüttet, Keilriemen durchgeschnitten. Ein Bagger und ein Lader im Gesamtwert von knapp einer halben Million Mark gingen in Flammen auf, an jedem Gerät entstand ein Schaden von etwa 70 000 Mark. Die Firma ist zwar versichert, muß aber 20 Prozent der Schäden selbst tragen. „Schlimmer sind für uns aber die Folgeschäden, wenn ein Gerät für sechs Wochen ausfällt oder die Leute morgens auf die Baustelle kommen und nicht arbeiten können", erklärte der Geschäftsführer.

Einen erheblichen Schaden fügte auch der SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer dem Landkreis Schwandorf zu, indem er als amtierender Landrat seine Unterschrift unter die Baugenehmigung verweigert: Die anfallenden Gebühren in Höhe von 170 000 Mark stehen jetzt der für das Landratsamt aktiv gewordenen Bezirksregierung zu. Sollte sich das Landratsamt auch bei der weiteren Genehmigung verweigern, könnten sich die ihm dadurch entgehenden Einnahmen auf Millionenhöhe summieren.

Eine Niederlage erlebte die SPD-Landtagsfraktion gestern vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof: Mit einer Stimme Mehrheit lehnten die Richter die Organklage der SPD auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Wiederaufarbeitungsanlage ab und begründeten ihre Entscheidung u. a. mit dem Hinweis, die Regierung habe das Parlament wiederholt sehr eingehend und umfassend informiert. Da das Gericht einige der Fragen dennoch für verfassungskonform erklärte, will die SPD nun nach einstimmigen Beschluß aufgrund eines reduzierten Fragenkataloges einen neuen Ausschuß fordern.

Die „DDR" will Flüchtlinge früher aufspüren

F. DIEDERICHS, Berlin

Nach dem vollständigen Abbau der Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze will die „DDR" jetzt mit einer Mobilisierung der Grenzbevölkerung „Sicherheit und Ordnung" an der Demarkationslinie erhöhen und so offenbar durch besondere Schulung der Bevölkerung erreichen, daß sogenannte „Sperrbrecher" – im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden 67 erfolgreiche Fluchten über die innerdeutsche Grenze registriert – frühzeitig aufgespürt und gemeldet werden. Dazu sollen auch die „DDR"-Grenztruppen ihre Zusammenarbeit mit der Bevölkerung intensivieren.

Die „DDR" setzt bei der Grenzsicherung in jüngster Zeit verstärkt vor allem darauf, Fluchtversuche ihrer Bürger so früh wie möglich zu erkennen und zu verhindern. Dies steht im Zusammenhang mit dem Abbau von Selbstschußapparaten und Minen an den Grenzbefestigungen. Gerüchte über die Aufhebung des Schießbefehls wurden bislang nicht bestätigt. Um den Grenzbereich dennoch fast undurchlässig zu machen, wurden in den vergangenen Monaten nach Erkenntnissen des Bundesgrenzschutzes aufwendige elektronische Warnsysteme installiert.

Von entsprechenden Direktiven der SED-Führung berichtete jetzt das „Informationsbüro West" in Berlin, das sich dabei auf Quellen wie die Ostberliner Zeitschrift „Militärwesen" und weitere „DDR"-Publikationen, die von Einwohnerversammlungen in Grenzorten berichteten, stützt. Die Direktiven der SED zielen vor allem auf die Festigung des politischen Bewußtseins der Grenzbevölkerung und auf die Erhöhung ihres Engagements beim „zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze der DDR".

Eine wachsende Zahl der „DDR"-Grenzbewohner wirkt derzeit an der „Sicherung der Staatsgrenze" direkt als Grenzhelfer oder auch in den paramilitärischen „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" mit. Im Grenzort Zarrentin (Bezirk Schwerin) unterstützt beispielsweise fast ausnahmslos jeder arbeitsfähige Landwirt die Grenztruppen, wie auf einer Einwohnerversammlung mitgeteilt wurde. Um das Vertrauensverhältnis der Bevölkerung zu den Grenztruppen zu festigen, sollen die Soldaten der Nationalen Volksarmee der „DDR" nach internen Weisungen im Grenzgebiet „vorbildlich und diszipliniert" auftreten und die „politisch-ideologische Arbeit mit der Grenzbevölkerung" intensivieren.

Nach Erkenntnissen des Bundesgrenzschutzes ist die Grenze durch aufwendige elektronische Warnsysteme noch undurchlässiger gemacht worden. Die Rolle von Minen und Selbstschußautomaten nimmt vor allem der neue Grenzsicherungszaun „GSSZ 80" ein.

Lafontaine bekräftigt umstrittene Äußerungen

Rehberger warnt vor Diskussion über „DDR"-Staatsbürgerschaft

ULRICH REITZ, Saarbrücken

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) hat gestern in einer Landtagsdebatte um Verständnis für seine umstrittenen Äußerungen über die Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft geworben. Lafontaine hatte in einem Interview kurz nach seiner Rückkehr aus Ost-Berlin seine „eigene Position" in dieser Frage so umschrieben: „Wenn man tatsächlich einen normalen Reiseverkehr will, dann wird man irgendwann die Frage der Staatsbürgerschaft (der „DDR", die Red.) so entscheiden müssen, daß sie anerkannt wird."

In seiner Regierungserklärung betonte der Ministerpräsident zwar, daß die saarländische Landesregierung bei ihren Bemühungen um eine Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen „den gegebenen rechtlichen Rahmen, insbesondere das Grundgesetz der Bundesrepublik und den Grundlagenvertrag" beachten wolle. Dann schränkte er aber ein: „Dies ändert jedoch nichts an meiner Einschätzung, daß die gegebene Rechtslage widersprüchlich ist und das sie daher nicht für alle Ewigkeit bestand haben wird."

Offensichtlich als Reaktion auf die Klarstellung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, die SPD spreche nicht von „Anerkennung" sondern von „Respektierung" der „DDR"-Staatsbürgerschaft, vermied Lafontaine die in diesem Zusammenhang umstrittene Vokabel. Gleichzeitig ließ er jedoch seine Bereitschaft durchblikken, den deutschlandpolitischen Status quo zu verlassen. Gerade die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen habe gezeigt, „daß ein langwieriges Festhalten an vermeintlich unverzichtbaren Restpositionen in der Sache oft nicht weitergeführt hat und von der Entwicklung überholt wurde".

Lafontaine bezog sich bei seinen weiteren Äußerungen auf die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai, in der dieser erklärt hatte, den widerstreitenden Rechtsansprüchen müsse das Verständigungsgebot übergeordnet werden. Für ihn sei in der Deutschlandpolitik daher „entscheidend", welche konkreten Schritte unternommen würden, „um spürbare Verbesserungen im geteilten Deutschland zu erreichen", sagte Lafontaine.

Mit Empörung reagierte die Opposition aus CDU und FDP auf die Ausführungen Lafontaines. FDP-Fraktionschef Horst Rehberger stellte in seiner Erwiderung klar, daß der, der einer Anerkennung der „DDR"-Staatsbürgerschaft das Wort rede, nicht mehr Rechte für die Bewohner der „DDR" fordere. „Vielmehr plädiert er dafür, ihnen ihre Rechte als Deutsche in der Bundesrepublik zu nehmen, sie als Ausländer oder gegebenenfalls als Asylanten zu behandeln und die Berliner in die Staatenlosigkeit zu entlassen. Einer derartigen Entrechtung unserer Landsleute in der DDR und Berlin können wir aber nie und nimmer zustimmen", sagte Reberger an die Adresse Lafontaines.

Lafontaine stelle die „Fakten auf den Kopf", wenn er behaupte, die Schwierigkeiten im Reiseverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten resultieren aus der Weigerung der Bundesregierung, eine eigenen „DDR"-Staatsbürgerschaft anzuerkennen. Nicht das Grundgesetz stehe einer Normalisierung im Reiseverkehr im Wege, sondern „die Mauer in Berlin und die Stacheldrahtverhaue an der DDR-Grenze."

Für die CDU-Fraktion erhob der ehemalige Finanzminister Edmund Hein den Vorwurf, Lafontaine wolle Vorteile auf Kosten anderer erreichen. Die „Extras", die er von der „DDR"-Führung bekommen habe, seien ihm als „Exponent einer pazifistisch-neutralistischen Politik" zugestanden worden.

Trotz der mit aller Schärfe geführten Auseinandersetzung, in deren Verlauf Rehberger Lafontaine unter anderem vorwarf, die „DDR"-Staatsbürgerschaft bereits anerkannt zu haben, einigten sich die drei Fraktionen auf Initiative des FDP-Chefs in der Mittagspause der Debatte auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag zur Deutschlandpolitik. Die Grundlage des Kompromisses bildet ein SPD-Antrag, in dem es unter anderem heißt, „Leitidee der Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten ist das allen Menschen zustehende Selbstbestimmungsrecht".

Weiter heißt es: „Die deutschlandpolitischen Normen müssen dahingehend überprüft werden, ob sie dem Ziel, die Menschen zusammenzuführen und ihnen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu garantieren, förderlich sind." Diese interpretierbare Formulierung wird aber nun durch ein verfassungspolitisch eindeutiges Bekenntnis zum Fortbestand einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft ergänzt: „Als Volksvertretung eines Bundeslandes, dessen Bevölkerung am 23. Oktober 1955 ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben durfte, bekräftigt der Saarländische Landtag, daß die Bürger der DDR in der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Recht als Deutsche und damit als Inländer nicht beeinträchtigt werden dürfen, solange ihnen in der DDR die Ausübung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts untersagt ist." FDP-Sprecher Axel Künkeler wertete den Kompromiß mit Blick auf die vorherigen Ausführungen Lafontaines als einen „Rückzug der SPD".

Breit signalisiert Widerstand gegen „Streikbremsen"

DW. Bonn

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird nach den Worten seines Vorsitzenden Ernst Breit eine Neufassung der sogenannten Neutralitäts-Verpflichtung der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen nicht hinnehmen. Zur Eröffnung des zwölften Beamtentages des DGB kündigte er gestern in Bonn den „nachhaltigen Widerstand" der Gewerkschaften gegen die geplante Änderung des Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz an. Bei einem Ausschluß des Anspruchs auf Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld für „kalt ausgesperrte" Arbeitnehmer hätten es die Arbeitgeber in der Hand, die Gewerkschaft bei Arbeitskämpfen „in kurzer Zeit finanziell zu ruinieren und auf Dauer handlungsunfähig zu machen". Am Dienstag hatte der DGB-Vorsitzende dem parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU, Rudolf Seiters, versichert, eine „Mahnwache" wie sie von DGB-Mitgliedern in der vergangenen Woche im Privathaus abgehalten worden sei, werde sich nicht wiederholen.

Saar-CDU nennt neuen Kandidaten

UR. Saarbrücken

In der innerparteilichen Diskussion um einen Nachfolger für den verstorbenen Vorsitzenden der saarländischen CDU, Werner Scherer, zeichnet sich eine „saarländische Lösung" ab. Nach Angaben aus der CDU-Führung wurden bei einer gemeinsamen Sitzung von CDU-Vorstand und Fraktion als potentielle Kandidaten der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Peter Jacoby und der Vorsitzende des Kommunalen Abfallbeseitigungsverbandes Heinrich Schussler genannt. Weder Schüssler noch Jacoby haben jedoch bislang ihre Bereitschaft erklärt, den Landesvorsitz zu übernehmen.

CDU-Ausschuß für ein SDI-Abkommen

rtr. Bonn

Der CDU-Bundesfachausschuß für Sicherheitspolitik hat sich für ein Regierungsabkommen mit den USA über eine deutsche Beteiligung am amerikanischen SDI-Forschungsprogramm ausgesprochen. In dem gestern veröffentlichten Beschluß des CDU-Gremiums wird die deutsche Beteiligung an dem Programm für eine Raketenabwehr ausdrücklich empfohlen. Die Zusammenarbeit sollte durch ein Regierungsabkommen gesichert werden, das über die bisherigen unzureichenden Regelungen des Geheimschutzabkommens mit den USA hinausreiche.

Budapester Lob für die Bundesregierung

BERNT CONRAD, Bonn

Als „beispielhaft" bewertet der ungarische ZK-Sekretär Matyas Szürös die Beziehungen zwischen seinem Land und der Bundesrepublik Deutschland. „Unsere Standpunkte sind in vielen Fragen sehr nahe. Wir schätzen die konstruktive Rolle der Bundesrepublik hoch ein. Sie ist beim zurückliegenden Kulturforum in Budapest besonders gut zum Ausdruck gekommen. Es lag nicht an uns beiden, daß dieses Forum nicht mit einem schönen Dokument abgeschlossen werden konnte", sagte Szürös bei einem Mittagessen mit Staatsminister Jürgen Möllemann in Bonn.

Der enge Mitarbeiter von Parteichef Janos Kadar fügte hinzu: „Es gab einen ungarischen Überbrükkungsvorschlag, der aber von einem unserer Verbündeten *verhindert* worden ist." Szürös spielte damit auf Rumänien an, das offensichtlich als Revanche für die Kritik an der schlechten Behandlung der ungarischen Minderheit in Rumänien einen Verhandlungserfolg der Gastgeber beim Kulturforum in Budapest unbedingt verhindern wollte.

Szürös, der auch dem auswärtigen Ausschuß des ungarischen Parlaments vorsteht, hält sich auf Einladung der Bundesregierung in Bonn auf. Nach Gesprächen mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Bundestagspräsident Philipp Jenninger, Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble und den Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen wird er heute *zum Abschluß* mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammentreffen.

Bei allen Begegnungen fiel die persönlich wie politisch ungezwungene Art des Ungarn auf. „Daß ein Sekretär des Zentralkomitees und parlamentarischer Ausschußvorsitzender in der Lage ist, hier einen offenen, ungebundenen Meinungsaustausch zu führen, ist keine schlechte Form der Diplomatie", konstatierte er selbst.

Szürös, der eine Doktorarbeit über das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" geschrieben hat, war im vergangenen Jahr als Befürworter einer eigenen Rolle der kleinen und mittleren Staaten und Verfechter eines ausgleichenden außenpolitischen Kurses mehrfach zustimmend von der SED zitiert worden. In Bonn bemerkte er: „*Es ist interessant, daß unsere außenpolitischen Ansichten* mit denen der DDR immer mehr übereinstimmen. Das war nicht immer so." Er setzte hinzu: „Nicht nur wir Ungarn, alle in Europa haben Interesse daran, daß die beiden souveränen deutschen Staaten gute Beziehungen zueinander unterhalten." Erst vor zwei Wochen hatte die SED-Zeitung „Neues Deutschland" aus einem Zeitungsbeitrag des ungarischen ZK-Sekretärs zitiert, in der ein im gewissen Sinne unabhängiger Weg sozialistischer Länder befürwortet wurde.

Kandidatenwahl führt zu Unruhen in der Dominikanischen Republik

Gewerkschafter gingen in den Untergrund / Terroristenring aufgedeckt / Zwei Tote

W. THOMAS, Santo Domingo

Eine Welle der Gewalt schockiert die Nation und weckt Furcht vor einer Rückkehr in die düstere Vergangenheit. Santo Domingo und andere Städte erlebten Straßenkämpfe, die neben Verletzten auch Todesopfer forderten. Zwei junge Männer erlagen ihren Stich- und Schußwunden.

Die Dominikanische Republik, in den sechziger Jahren einer der dramatischsten Kriegsschauplätze Lateinamerikas, taumelt seit Tagen wieder in eine Krise. Die Wahlen der regierenden sozialdemokratischen „Dominikanischen Revolutionspartei" (PRD) für die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten provozierten Konfliktstimmung. Anders als während des Bürgerkrieges 1965, der fast 2000 Todesopfer forderte und zu einer Intervention von US-Truppen führte, verliefen diesmal die Fronten durch eine Partei, die PRD. Die Rivalitäten zwischen dem Senatspräsidenten, Jacobo Majluta (50), und dem Bürgermeister der Hauptstadt, José Francisco Pena Gomez (49), kamen zum Ausbruch.

Die Mehrheit der 350 000 PRD-Mitglieder scheinen sich für Majluta entschieden zu haben, nach letzten Auszählungen lag er mit 54,7 Prozent in Führung. Dennoch erklärte sich auch Pena Gomez zum Sieger. Er einigte sich jedoch mit Majluta, das Wahlergebnis durch ein unabhängiges Gremium prüfen zu lassen. Beide appellierten an ihre Anhänger, Ruhe zu bewahren.

Nervös registrierte Majluta aber eine Ankündigung seines Widersachers, er werde seine Leute im ganzen Land „mobilisieren" und am Sonntag eine Kundgebung in Santo Domingo veranstalten. Zudem verkündeten enge Vertraute des Präsidenten Salvador Jorge Blanco, sie würden diese „schmutzigen" Wahlen anfechten.

Pena Gomez, ein schwarzer Dominikaner, der sich als einer der Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale (SI) profilierte, genießt die Unterstützung Blancos. Während der vierjährigen Amtsperiode Blancos haben sich die Sozialdemokraten hoffnungslos zerstritten. Obgleich Blanco und Pena Gomez nicht immer einer Meinung sind, schlug sich der Präsident im Wahlkampf auf die Seite des Bürgermeisters. Majluta, von 1978 bis 1982 Vizepräsident der Republik und nach dem Selbstmord des Präsidenten Antonio Guzman einige Wochen amtierender Staatschef, hatte bereits vor vier Jahren um die PRD-Kandidatur gekämpft und gegen Blanco verloren.

Seit Anfang letzter Woche hören die sechs Millionen Dominikaner alarmierende Nachrichten. Die Regierung teilte mit, die Sicherheitskräfte hätten einen Terroristenring aufgedeckt, der Attentatspläne gegen Geschäftsleute, Politiker und Journalisten hegte. Die „Dominikanische Volksbewegung" (MPD) sei von der puertoricanischen Untergrundorganisation „Macheteros" dabei unterstützt worden. Nach der Festnahme von zwölf Verdächtigen gingen viele linksgerichtete Politiker und Gewerkschafter in den Untergrund.

Während sich die Streitkräfte mit einer Erklärung hinter die Regierung stellten, übten zwei Expräsidenten scharfe Kritik: Juan Bosch (76), der Führer der marxistisch beeinflußten „Dominikanischen Befreiungspartei" (PLD), sprach von einem „Märchen", die Regierung wolle lediglich ein Klima der Unruhe schaffen. Joaquin Balaguer (77) von der „Sozialchristlichen Reformpartei" (PRSC) verurteilte die blutigen Fehden der Regierungspartei und mahnte zur Vernunft.

Ganz gleich, mit wem die Sozialdemokraten im Mai nächsten Jahres in den Wahlkampf ziehen – sie haben diesmal kaum Chancen. Alle Meinungsumfragen signalisieren einen Sieg Balaguers, der bereits von 1966 bis 1978 das Land regierte. Das hohe Alter des christdemokratischen Politikers und die Tatsache, daß er kaum noch sehen kann, ändern nichts daran.

Autobombe gegen Polizeibus in Athen

Verbindungen der „Organisation 17. November" zur RAF wahrscheinlich

E. ANTONAROS, Athen

–Auf eine Weise, die in Griechenland bisher ungewöhnlich ist, haben Terroristen am späten Dienstag abend einen Anschlag auf einen Mannschaftswagen der Athener Polizei verübt. Bei der Explosion wurde ein Polizist getötet, einer ist klinisch tot, und weitere elf wurden schwer verletzt. Die Verantwortung für diesen Gewaltakt übernahm die „Organisation 17. November", auf deren Konto zahlreiche Mord- und Bombenanschläge in den letzten zehn Jahren gehen. Die Attentäter hatten einen Sprengsatz in einem VW an der Peripherie der Innenstadt versteckt. Als der Bus mit den 23 Polizisten vorbeifuhr, zündeten sie die Autobombe mit einem Kabel aus etwa 120 *Metern Entfernung. Hunderte* von Fensterscheiben wurden zerstört, blutüberströmte, von Glassplittern getroffene Körper lagen auf der Straße.

Nach Angaben der Polizei ist es ein Wunder, daß es nicht zu einer noch größeren Katastrophe kam, weil sich die Explosion neben einer Tankstelle ereignete. Die Polizei hat eine Großfahndung nach drei Verdächtigen eingeleitet, die vor der Explosion Passanten gewarnt haben. Ministerpräsident Papandreou verurteilte den „feigen Anschlag". Er sei ein Beweis dafür, daß „destabilisierende Kräfte" die Demokratie stören wollten. Während Papandreou offenließ, ob es sich bei den Attentätern um Linksextremisten oder „andere *verschwörerische Mechanismen*" handele, haben die Ermittlungsbehörden keinen Zweifel, daß es die „Organisation 17. November" war.

Der Wortlaut eines Bekennerbriefs, der Athener Zeitungsredaktionen zugeschickt wurde, ist nahezu identisch mit früheren Verlautbarungen dieser Organisation, die seit 1975 Terrorakte verübt. Ihren Namen bezieht sie vom Datum des Aufstandes der Studenten des Athener Polytechnikums 1973 gegen das Obristen-Regime. Beim Gedenktag dieser Erhebung, die der Anfang vom Ende der Militärdiktatur war, wurde am vorletzten Wochenende bei Zusammenstößen zwischen Extremisten und Polizei ein minderjähriger Demonstrant erschossen. Dieser Tod war der Auslöser für die schlimmsten Krawalle der letzten Jahre in Athen.

Spektakulär sind die Mordanschläge, die die Terroristen vom „17. November" verübt haben: Immer mit derselben Waffe haben sie Diplomaten, Polizisten und Journalisten umgebracht. Ihr erstes Opfer war 1975 der CIA-Mitarbeiter Richard Welch, es folgten drei griechische Polizeibeamte, die unter den Obristen gefoltert haben sollen. Im November 1983 bekannte sich die Gruppe zum Mord am US-Marineoffizier George Tsantes, einige Monate später schlug ein Mordanschlag auf einen US-Unteroffizier fehl.

In der Athener Innenstadt wurde am 21. Februar dieses Jahres der konservative Zeitungsverleger Nikos Momferatos ermordet. Am 1. März wurde vor der deutschen Botschaft in Athen eine Bombe entschärft – in einem Bekennerschreiben war von Verbindungen zwischen der „Organisation 17. November", der RAF und der französischen Actioo Directe die Rede. Solche Kontakte existieren nach den Erkenntnissen der griechischen Polizei zweifellos. 1976 hatte die Polizei auf der Ferieninsel Mykonos den damals in Deutschland gesuchten Terroristen Rolf Pohle gefaßt. Pohle ist seit seiner Haftentlassung in Deutschland *wiederholt* in Griechenland gesehen worden.

Einen Erfolg gegen die Terroristen hat die griechische Polizei bisher nicht vorweisen können. Bei einem Schußwechsel im Mai in Athen, bei dem ein Polizist getötet wurde, erschoß ein Täter seinen verletzten Gefährten, offenbar um zu verhindern, daß er lebend in die Hände der Polizei fiel. (SAD)

Unsicherheit über Spaniens NATO-Kurs

Parlamentsdebatte erneut verschoben / Vorgezogene Wahlen?

ROLF GÖRTZ, Madrid

Zum dritten *Mal* sagte vorgestern abend die sozialistische Regierungspartei die mit Spannung erwartete Parlamentsdebatte über die spanische *Außen-* und Verteidigungspolitik ab. Die Debatte war ursprünglich für April 1985 angesetzt, dann auf Juni und auf Dezember verschoben worden.

Die Sprecher von Regierung und Opposition sollten sich vor allem darüber äußern, ob Spanien in der Atlantischen *Gemeinschaft bleiben solle* oder nicht. Bis auf die KP und eine marxistische Minderheit des Baskenlandes hatten sich alle Parteien, auch die Sozialisten, mehrheitlich für den Verbleib in der NATO ausgesprochen. Zögernd verhalten sich allerdings noch die Christdemokraten.

Entscheiden aber sollte darüber eine Volksabstimmung im Februar oder März. Ob die Bevölkerung sich dabei den Parlamentariern anschließt, ist bisher unklar. Die deswegen offensichtlich nervöse Regierung will jedenfalls eine Meinungsumfrage abwarten, die zur Zeit in der Bevölkerung durchgeführt wird.

Bis 1981 äußerten sich die Spanier mehrheitlich für die Atlantische Gemeinschaft. Danach machte die Sozialistische Partei – damals noch in der Opposition – aus ideologischen und wahltaktischen Gründen Stimmung gegen die NATO.

Als Multiplikator erreichte in den folgenden Jahren das stark nach links tendierende staatliche Fernsehen in der Bevölkerung tatsächlich eine Mehrheit gegen die Atlantische Gemeinschaft und gegen die amerikanischen Verbündeten. Nur langsam gelingt es jetzt Ministerpräsident Felipe Gonzalez, der in der Regierungsverantwortung entschieden seine Ansichten revidierte, diesen Trend wieder zurückzudrehen.

Ein weiterer Beweggrund, die Debatte zu verschieben, lieferte das Ergebnis der *Landtagswahlen* in *Galicien* vom Sonntag. Während die konservative Volkskoalition des Oppositionsführers Fraga Iribarne zum *ersten Mal die absolute Mehrheit im* Landtag erreichte und die Sozialistische Partei gegenüber den Generalwahlen von 1982 über drei Pro*zentpunkte verlor, stellte sich ein* überraschender, für die Sozialisten gefährlicher Wechsel im Zentrum ein.

Die Sozialisten hatten sich von dem „Demokratisch Sozialen Zentrum" (CDS) des Ex-Ministerpräsidenten Adolfo Suarez eine Unterstützung für die nächste Legislaturperiode nach den Parlamentswahlen Ende nächsten Jahres versprochen. Die Regierungspartei muß nämlich befürchten, bei diesen Wahlen ihre absolute Mehrheit im Parlament zu verlieren.

Die galicischen Wahlen ergaben jedoch als Test, daß die Zentrumswähler eine Mitte-Rechts-Gruppierung bevorzugen. So erreichte die neue, von dem katalanischen Politiker Miguel Roca ins Leben gerufene Liberale Zentrumspartei 19 Prozent der Stimmen.

Die Sozialisten müssen nun befürchten, daß sich dieser Trend auf „Bundesebene" ausdehnen könnte. Das aber würde ihre gesamte Konzeption durcheinanderbringen. Politische Kreise halten es deshalb für möglich, daß die Sozialistische Regierung die Parlamentswahlen nunmehr vorverlegen möchte.

In diesem Fall könnte auch die leidige Volksbefragung über die NATO abgesetzt werden, die ohnehin mit einem erheblichen Risiko für die Regierung Gonzalez – aber auch *für die* Verbündeten – verknüpft war. Eine außenpolitische Debatte würde sich nach vollzogenem EG-Beitritt am 1. Januar ohnehin günstiger auswirken. (SAD)

Israeli in Affäre Pollard verwickelt

dpa, Jerusalem

An dem Washingtoner Spionagefall Pollard war auch ein israelischer Diplomat beteiligt. Eine zwischenzeitliche Ausweisung dieses Kontaktmannes von Pollard wurde jedoch vom Jerusalemer Außenministerium dementiert. Jonathan Pollard war Experte für Terrorbekämpfung bei der US-Marine. Er soll den Israelis geheimes Material zugespielt haben und wurde deshalb erst vergangene Woche in Washington festgenommen.

Sonderminister Moshe Arens fürchtet jetzt um die Finanzhilfen der USA an Israel – 1985 mehr als zehn Milliarden Dollar. Als Präsident Reagan auf dem Rückflug von Genf über die Affäre unterrichtet wurde, soll er gefragt haben: „Warum tun sie das?"

Hassan fordert Terrorismus-Charta

dpa, Rabat

Ex Regierungschefs wie Willy Brandt, Helmut Schmidt und Bruno Kreisky sollten einen „Rat der Weisen" bilden, der nach den Vorstellungeo König Hassans von Marokko eine „internationale Charta gegen Terrorismus" ausarbeiten und der UNO vorlegen solle.

Hassan II. verurteilte die Entführung des ägyptischen Passagierflugzeuges und verlangte von den PLO-Führern eine Bestrafung der Terroristen, die im Namen des palästinensischen Widerstands Terrorakte begingen. Hassan II. wörtlich: „Wir werden sehen, welche Widerstandsorganisation das ist, die alle Unzufriedenen, alle Schmuggler, alle Waffenhändler und alle Drogenhändler um sich schart."

Bischöfe uneins über Rolle der Kirche

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Bei der Generaldebatte der Weltbischofssynode über die Situation der katholischen Kirche zwanzig Jahre nach Beendigung des II. Vatikanischen Konzils scheinen sich zwei verschiedene Strömungen zu profilieren. Sie unterscheiden sich in der Akzentsetzung bei der Behandlung des Themas Kirche. Eine starke Gruppe der *165* Synodalväter befaßt sich *haupt*sächlich mit der Kirche als Institution, deren Reform es gemäß des Geists und den Buchstaben des Konzils *zu vollenden gilt. Eine* andere Gruppe legt die Betonung auf das wiederzugewinnende Verständnis von der Kirche als einem Mysterium. *Das* frühere Spannungsverhältnis zwischen kirchlichem „Traditionalismus" und „Progressismus" wird damit offenbar auf eine neue Ebene transponiert.

Als Hauptvertreter der Mysterium-Akzentsetzung traten in den letzten Generalkongregationen der Synode unter anderem der deutsche Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Ratzinger, der Bischof von Berlin, Kardinal Meißner, und der Erzbischof von Utrecht, Kardinal Simonis, hervor. Auf der anderen Seite des synodalen Spektrums stehen in erster Linie Bischöfe aus Lateinamerika und aus den Kirchen der Dritten Welt.

Ratzinger sprach in seinem Diskussionsbeitrag von dem Paradoxon, daß das Thema Kirche in der nachkonziliaren Zeit zu einem der umstrittensten Themen geworden sei, obwohl sich das Konzil eingehender und radikaler als jedes andere zuvor gerade damit befaßt habe. In der allgemeinen Sicht und auch in der Sicht der Christen scheine die Kirche auf ihren institutionellen Aspekt reduziert zu sein. Sie stoße auf ähnlichen Argwohn wie andere internationale Organisationen. Es sei deshalb entscheidend, die Kirche aufs neue als Mysterium begreifen zu lernen.

Die ersten vollverzinkten Limousinen. Audi 100. Audi 200.

Ein Audi 100, Audi 200 oder Avant ist mit neuen Maßstäben zu messen. Diese Modelle warten mit einem einzigartigen Novum auf. Neben den ohnehin schon beispielhaften Korrosionsschutzmaßnahmen gibt Audi diesen Limousinen eine vollständig verzinkte Karosserie mit auf den Weg. Ein wirkungsvoller Dauerschutz gegen aggressive Umwelteinflüsse. Rundum, selbst an Ecken und Kanten. Mit diesen sensationellen Langzeitlimousinen ist das Thema Korrosion praktisch erledigt. Und was das für den Werterhalt dieser Automobile ausmacht, läßt sich leicht abschätzen. Erfahren Sie alles über die neuen Werte im Automobilbau. Bei Ihrem V.A.G Partner.



Wer hat die flinksten Mikrochips?

Bereits zum fünften Mal wählten Computer-Fachjournalisten den „Computer des Jahres". Vier Kategorien standen zur Diskussion: Personal-Computer, Home-Computer, Handheld-Computer und Portable-Computer. Der Wahl kommt erhebliches internationales Gewicht zu, da in der Jury neben der Fachpresse aus sechs europäischen Ländern auch Journalisten aus den USA ihr Votum abgaben.

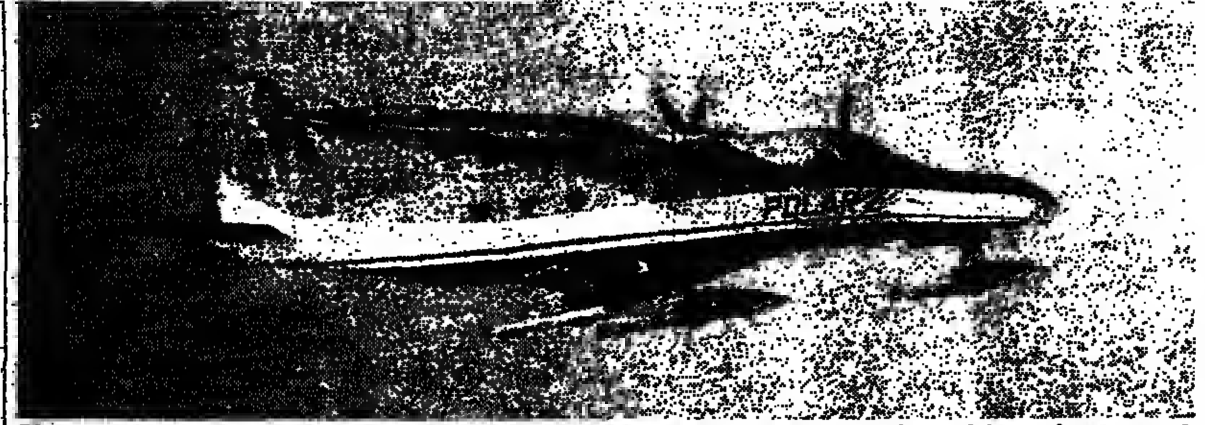
Die für die Wahl ausschlaggebenden Kriterien können dabei durchaus als praxisnahe Orientierungshilfe beim Computerkauf gelten: ausgereiftes System, Marktverbreitung, eigenständiges Konzept, technologisch richtungweisend.

Doch seitdem allein in der Bundesrepublik etwa zwei Millionen Mikrocomputer eine mehr oder minder exponierte Stellung erreicht haben, ist diesem Ereignis breite Aufmerksamkeit sicher, und sei es zunächst nur als Hilfestellung für eine Kaufentscheidung.

Sieger in der Kategorie der tragbaren Computer wurde der PX-4 von Epson, ein vor allem auf technisch-wissenschaftlichen Einsatz *zugeschnittenes Modell. Hinter* Epson landeten das Tandy-Modell 200 und der Toshiba T 1100 auf den weiteren Plätzen der Handheld-Kategorie.

In der Kategorie der Personal-Computer schaffte der Atari 520 ST des ehemaligen Commodore-Gründers Jack Tramil den Sprung auf Platz 1 vor dem Evolutionsmodell IBM PC-AT des weltgrößten Computerherstellers, gefolgt vom Compaq Deskpro 286.

Bei den Home-Computern steht mit dem Schneider CPC erstmals ein deutsches Produkt ganz oben, gefolgt vom Atari 130 XE und dem erst seit kurzem lieferbaren Commodore 128. Der hinter IBM auf dem US-Markt erfolgreichste PC-Hersteller Compaq placierte sich in der Kategorie Portable-Computer vor dem Modell DG One des amerikanischen Großrechner-Herstellers Data General; auf dem dritten Platz der britische Apricot-Portable gemeinsam mit dem Olivetti M 21. D. T.



Die „Polar 2" ist sowohl mit einem Rad-, als auch mit einem Skifahrwerk und umfangreichem wissenschaftlichen Gerät ausgestattet WERKFOTO: DORNIER

Eiswächter im sechsten Kontinent

Zwei deutsche Polar-Expeditionsflugzeuge bereiten sich auf ihren Weg zum Südpol vor

Von DIETER THIERBACH

Die Bundesrepublik hat nach ihrem Beitritt zum Antarktisvertrag und dem damit verbundenem aktiven Einsatz im Südpolargebiet seit 1979 mit Förderung des Bundesministers für Forschung und Technologie eine hochmoderne Technologie in rund 70 Einzelvorhaben entwickelt. Dabei steht das 1982 in Dienst gestellte Forschungs- und Versorgungsschiff „Polarstern" unangefochten an der Spitze.

Bei den deutschen Antarktisexpeditionen ist seit 1983 mit der Spezialversion der von zwei Turbo-Prop-Triebwerken angetriebenen Dornier 228 ein *moderner Meß-* und Transportflugzeugtyp eingeführt, der in seiner robusten und zuverlässigen Konstruktion, technischen Ausstattung, großer Vielseitigkeit und hohen Leistungsfähigkeit die Anforderungen der Polarforschung erfüllt. Die Polarversion der Dornier 228 gilt in Fachkreisen als das modernste Flugzeug dieser Kategorie in der Antarktis.

Im Verlauf der jetzt bevorstehenden südpolaren Sommerperiode 1985/86 werden erneut im Rahmen der Antarktis-Kampagne des Alfred-Wegener-Instituts für Polarforschung (Bremerhaven) zwei speziell ausgerüstete Expeditionsflugzeuge dieses *Typs zum Einsatz kommen.*

„Polar 2" und „Polar 4" starten noch in dieser Woche vom Werkflugplatz Oberpfaffenhofen bei München zu ihrer in Teilstrecken geflogenen Überführung. Die beiden Expeditionsflugzeuge werden von einem Flugbetriebsteam, bestehend aus vier Piloten und drei Technikern, fliegerisch und technisch betreut. In sechs bis sieben Tagen soll nach Zwischen*landungen* in *Malaga (Spanien), Las* Palmas (Kanarische Inseln), Ile de Sal (Kap-Verde-Inseln) und einem sich anschließenden über 3000 km langen Direktflug über den Südatlantik das insgesamt rund 19 000 km entfernte Punta Arenas am Südzipfel Chiles erreicht werden.

Nach ihrer Ankunft werden sie binnen einer Woche auf die Antarktis-Konfiguration umgestellt. Im wesentlichen gehört dazu der Anbau der Skier an das Rad-Fahrwerk sowie eine spezielle Polarausrüstung. Danach erfolgt der Weiterflug über Kap Hoorn und das Südpolarmeer zur rund 1250 km entfernten chilenischen Station „Teniente Marsh". Bis zur ei*gentlichen diesjährigen Einsatzbasis,* der Georg-von-Neumayer-Station an der Bucht der Weddell-See, besuchen „Polar 2" und „Polar 4" noch mehrere ausländische Stationen.

Zwischen dem 15. Dezember 1985 und dem 10. Februar 1986 sollen die *beiden Expeditionsflugzeuge dann* sowohl von der ganzjährig betriebenen Georg-von-Neumayer-Station als auch von der durch ihre verstellbare Stelzenkonstruktion für zukünftige Stationen richtungsweisenden deutschen Sommerstation auf dem Filchner-Schelfeis Meß- und Transporteinsätze durchführen.

Seine Feuerprobe hat der Maschinentyp bereits beim Einsatz während der deutschen Nordviktorialand-Expedition, *Ganovex IV* (German Antarctic North Victoria Land Expedition) bestanden, bei der vom 2. Dezember 1984 bis 26. Januar 1985 insgesamt nahezu 50 000 Profilkilometer aerophysikalisch am Rossmeer – auf *der anderen Seite der Antarktis – un*ter den schwierigsten technischen, klimatischen und logistischen Bedingungen vermessen wurden. Die Flugzeuge drangen dabei in Gebiete vor, die nie zuvor ein Mensch betreten hat.

Gegenüber der bisherigen „Polar"-Ausführung wurden die Spezifikationen für beide Flugzeuge aufgrund der Einsatzerfahrungen erweitert und für eine verlängerte Reichweite bei gleichzeitiger Erhöhung der Nutzlast modifiziert. Hierzu wurden u. a. Verstärkungen an der Zellenstruktur im Tragwerk- und Fahrwerksbereich zur notwendigen Erhöhung der Abflugmasse auf über sechs Tonnen vorgenommen.

Während die jetzt schon zum dritten Mal in der Antarktis zum Einsatz kommende „Polar 2" sonst weitgehend unverändert blieb, erhielt die völlig neue „Polar 4" neben einer Druckbetankungsvorrichtung und einem fortschrittlicheren Avionikpaket *eine vergrößerte Tankkapazität* im Flügel. „Polar 4" dient als Transportflugzeug zur Versorgung und zum Transport des wissenschaftlichen Teams.

Insgesamt sind sind ca. 43 000 Meßkilometer in insgesamt 135 Flugstunden geplant. Zur *Meßausrüstung* der „Polar 2" gehören u. a. eine Reihenmeßkamera, Magnetometeranlagen und Geräte, die mit Hilfe elektromagnetischer Reflexion die Mächtigkeiten von Eisbedeckungen erfassen und Spalten im Eis aufspüren.

Maulkorb für Programm-Piraten

Wie Computer-Software vor Nachahmern und Raubkopierern geschützt werden kann

Von HARALD WATERMANN

Neuere Untersuchungen zeigen, *daß allein* für den deutschen Markt der Mikrocomputer-Software eine Steigerung von jetzt 3,53 Milliarden Mark Umsatz auf 7,99 Milliarden Mark im Jahr 1988 zu erwarten ist. Diese Computerprogramme vor unerlaubter Nachahmung und vor Raubkopierern zu schützen, wird dabei zu einem immer dringlicheren Problem.

Die Kosten für die Entwicklung von Computerprogrammen sind enorm in die Höhe geschnellt. Der Aufwand für Forschung und Entwicklung eines Programms liegt *meist* bei weit über einer Million Mark. Bei diesen Zahlen kann es dann auch nicht verwundern, daß dieser lukrative Markt sich gegen kriminelle Eingriffe wehren muß. Allein im Jahre 1984 wurden nahezu 1000 Strafanzeigen wegen Software-Piraterie erstattet.

In den inzwischen ergangenen Verurteilungen wurden die Täter zu empfindlichen Geldstrafen wegen Urheberrechts- und Warenzeichenverletzung verurteilt. So ist es nur allzu verständlich, daß die Hersteller ein großes Interesse daran haben, das mit großem *intuitiven, zeitlichen* und finanziellen Aufwand erstellte Wirtschaftsgut zu schützen.

Die Schutzmöglichkeiten für Computer-Software und die noch nicht abgeschlossene Rechtsentwicklung hat der Münchener Patentanwalt Jürgen Betten kürzlich im Rahmen des „2. Münchner Patentgesprächs" vorgestellt.

Eine *wichtige* Schutzmöglichkeit bietet das Patentrecht. Sowohl im Europäischen wie auch im Deutschen Patentamt hat eine liberalere Praxis dazu geführt, daß man Programmen, die einen technischen Charakter besitzen und die einen technischen Beitrag leisten, Patentschutz einräumt. Dazu zählen in erster Linie programmgesteuerte Maschinen, Geräte und Verfahren zur Herstellung von Gegenständen oder zur Steuerung von technischen Prozessen.

Die wichtigste und umfassendste Schutzmöglichkeit für Software bietet derzeit das Urheberrecht. *In* der seit dem 1. 7. 1985 geltenden Fassung des Urherrechtsgesetzes werden „Programme für die Datenverarbeitung" bei Sprachwerken eingeordnet. Der Urheberrechtsschutz bei Software-Programmen entsteht damit ohne *Formalitäten,* er bedarf keiner Anmeldung oder Registrierung und ist auch international wirksam.

Diese rechtliche *Wirkung* hätte bei den Software-Herstellern große Erleichterung ausgelöst, wäre da nicht das „Inkasso-Programm"-Urteil des Bundesgerichtshofes vom 9. Mai 1985. Der BGH hat damals entschieden, daß Computerprogramme grundsätzlich als Schriftwerk durch das Urheberrecht geschützt sind, allerdings nur die Programme, deren Gestaltung deutlich über das hinausgeht, was bei der Erstellung von Computerprogrammen dem Durchschnittskönnen entspricht.

Den Herstellern obliegt es danach, *einen Grad hoher Innovation zu* erreichen und dies durch eine entsprechende Dokumentation nachzuweisen, zumindest in wichtigen Programmteilen. Hersteller von durchschnittlichen Programmen müssen sich somit verstärkt zum Vertragsschutz und zum Schutz aus dem Wettbewerbsrecht hinwenden. Letzteres gilt allerdings nicht für Kopien zur privaten Nutzung. Mit diesen Schutzmöglichkeiten *steht* den Software-Herstellern ein ausreichendes rechtliches Instrumentarium zur Verfügung, das sich in der Praxis allerdings erst noch bewähren muß.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Wiesenbrüterprogramm

Frankfurt (dg) – Das von der bayrischen Landesregierung eingerichtete „Wiesenbrüterprogramm" erfreut sich so *großer* Beliebtheit bei den Bauern, daß die im Etat vorgesehenen Mittel von 1,5 Millionen Mark 1985 schon nicht mehr ausreichen und zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen. Ausgleichszahlungen erhalten solche Landwirte, die Wiesen mit Brut- und Aufzuchtrevieren bedrohter Vogelarten vom 15. März bis 30. Juni von der Bewirtschaftung weitgehend ausnehmen.

Genetischer Fingerprint

London (AP) – Die britische Polizei will in Kürze eine neue Methode zur Überführung von Straftätern einführen, die sich ähnlich revolutionär auswirken dürfte wie die Daktyloskopie, die Auswertung von Fingerabdrücken. Die an der Universität Leicester entwickelte Methode beruht darauf, daß auch die Körperflüssigkeit eines jeden Menschen unverwechselbare Merkmale aufweist. Sie werden von der Desoxyribonucleinsäure (DNS) festgelegt, dem Träger der genetischen Information in den Zellen. Die neue Methode ermöglicht die Bestimmung dieser Charakteristika. Das Innenministerium kündigte gestern an, die Neuerung werde innerhalb weniger Monate in der Gerichtsmedizin eingeführt.

Neue Krebstherapie?

Washington (AP) – Nach ersten erfolgversprechenden Tests hat das Amerikanische Krebsinstitut die *Schirmherrschaft* über zwei großangelegte klinische Versuchsreihen übernommen, in denen eine neuartige Behandlungsmethode für die häufigste Lungenkrebsform angewandt wird. Wie gestern in New Orleans berichtet wurde, umfaßt die *neue* Therapie *Bestrahlungen* und die Behandlung mit dem Hormon Thymosin, das die negativen Nebenwirkungen der Bestrahlung abschwächt. 42 an inoperablem Lungenkrebs leidende Patienten sind bereits nach der neuen Methode behandelt worden. Die Versuche umfassen 400 Patienten in 25 Behandlungszeotren.

Was gilt für die SPD in der deutschen Frage?

Dregger spricht von unwürdigem Hin und Her / „Die Teilung Deutschlands ist nicht das letzte Wort der Geschichte"

DW. Bonn

Auf die sich verstärkenden Dissonanzen innerhalb der SPD in der Diskussion um die Deutschlandpolitik hat der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags pointiert hingewiesen. Die WELT dokumentiert wesentliche Auszüge der Dregger-Rede:

Die SPD ist auch in der Deutschlandpolitik nicht mehr glaubwürdig. Im Godesberger Programm heißt es noch: Die SPD steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit. Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk. Erst in einem wiedervereinten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können.

Das kann ich Wort für Wort unterschreiben. Nur: Diese klare Position gilt heute nicht mehr in der SPD. In der SPD sind diese Aussagen nicht mehr mehrheitsfähig.

Sonst hätte Herr Rau die bedauerliche Äußerung des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Frage nicht mit unverhohlener Genugtuung kommentiert.

Sonst hätten Herr Apel und viele andere in der SPD nicht gesagt, die deutsche Frage sei nicht mehr offen.

Sonst hätte Herr Lafontaine nicht die gemeinsame Staatsbürgerschaft der Deutschen in Frage gestellt, wie jetzt in Ost-Berlin. Herr Brandt hat sich von dieser Position Lafontaines distanziert – ich frage: Für wie lange und aus welchen Motiven? Herr Vogel hat Herrn Lafontaine interpretiert.

Dieses unwürdige Hin und Her der SPD – ausgerechnet dann, wenn es um Deutschland geht – erhellt die Kluft, die sich zwischen der SPD des Godesberger Programms und der SPD von heute aufgetan hat.

Wenn Sie wieder glaubwürdig werden wollen in der Deutschlandpolitik, meine Damen und Herren der SPD, dann müssen Sie uns und dem deutschen Volk verbindlich sagen, was Sie eigentlich wollen: Stehen Sie zur Verfassung oder nicht? Ist für Sie die DDR Ausland oder nicht? Ist für Sie die deutsche Frage offen oder begraben? Was gilt?

Wir jedenfalls bleiben dabei, daß die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas nicht die letzte Antwort der Geschichte sein kann. Wir halten daran fest, daß die jetzige, aus Krieg und den Konflikten der Siegermächte entstandene Ordnung Europas durch eine Friedensordnung abgelöst werden muß, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der europäischen Völker und auf ausgehandelten Friedensverträgen der europäischen Staaten mit den beiden Weltmächten beruht. Die Überwindung der Konfrontation der Weltmächte ist dazu ebenso notwendig wie die Wahrung unserer Grundsatzpositionen in der Berlin- und Deutschlandpolitik.

Darauf hat der oberste Beamte der amerikanischen Schutzmacht in Berlin, Herr Kornblum, kurz vor der Begegnung Reagans mit Gorbatschow in Genf in klarer und überzeugender Weise hingewiesen (FAZ und WELT vom 21. 11. 1985).

Selbst Gorbatschow hat das nicht ausgeschlossen. Auf die Frage eines Journalisten in Genf nach der deutschen Wiedervereinigung hat er auf die KSZE verwiesen. Diese schließt die friedliche Veränderung von Grenzen nicht aus.

Sie, meine Damen und Herren der SPD, werden immer mehr ins Abseits geraten. Sie haben Ihre Moral in der Deutschlandpolitik verloren. Sie denken geschichtsfremd. Wer geschichtsfremd denkt und sich beflissen Tagesopportunitäten unterwirft, wird von der Geschichte widerlegt werden. Wir jedenfalls sind überzeugt und wir werden dafür eintreten, daß die friedliche Verständigung zwischen den Weltmächten, zu der – wie wir alle hoffen – in Genf der Grund gelegt wurde, die deutsche und die europäische Frage nicht unbeantwortet lassen wird.

Aber nicht nur die Inhalte Ihrer außen- und sicherheitspolitischen Aktivitäten sind kritikwürdig, sondern auch Ihre Methoden.

a) Wenn die oppositionelle SPD mit regierenden kommunistischen Parteien „Abkommen" schließt, dann betreibt sie eine Nebenaußenpolitik, die illegitim ist und den deutschen Interessen schadet.

Die SPD bietet dadurch den kommunistischen Führungen die Möglichkeit, die gewählte deutsche Regierung gegen eine Opposition, die sich Regierungsfunktionen anmaßt, auszuspielen.

Ich verurteile dieses skandalöse Verhalten der SPD, für das es in der Geschichte demokratischer Länder kein Beispiel gibt.

b) Die „Frankfurter Rundschau" hat zum letzten Besuch von Herrn Brandt in Moskau folgendes geschrieben:

„Die Sowjets können mit der Brandt-Visite zufrieden sein. Soviel Gleichklänge bei der Erörterung so sensibler Themen wie der Rüstungskontrollpolitik, der bilateralen Beziehungen und der Weltlage hatte es schon lange nicht mehr zwischen dem Kreml und einem nichtkommunistischen Gast gegeben." (29. Mai 1985)

Wenn das zutreffen sollte, Herr Kollege Brandt, dann hätten Sie weder uns noch der Sowjetunion einen Dienst erwiesen.

Professor Karl Kaiser, Ihr Parteifreund und außenpolitischer Experte, hat Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, aus dringendem Anlaß ins Stammbuch geschrieben:

„Äquidistanz von beiden Weltmächten ist der Anfang vom Ende deutscher und westeuropäischer Sicherheit."

c) Ich jedenfalls werde in der nächsten Woche in Moskau nichts anderes sagen als ich im Juni in Washington gesagt habe.

Ich will niemanden täuschen, weder die eine noch die andere Seite.

Natürlich wollen wir zu beiden Weltmächten möglichst gute Beziehungen, aber wir können nicht zu beiden gleich gute Beziehungen unterhalten.

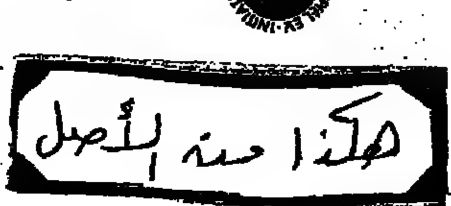
Solange die Sowjetunion an der Teilung Berlins, Deutschlands und Europas festhält, solange sie nicht darauf verzichtet, Nachbarvölker gegen ihren Willen in ein kommunistisches Weltsystem einzufügen, wie zur Zeit Afghanistan, solange wir durch ihre weit überlegene Militärmacht, ihre expansive Ideologie der Weltrevolution unter sowjetischer Führung und ihre offensive Militärdoktrin bedroht sind, solange darf es keinen Zweifel geben, wer unser Verbündeter und neben den europäischen Alliierten unser Sicherheitspartner ist. Das sind die USA. Unser Verhältnis zu den USA ist daher notwendigerweise ein anderes als das zur Sowjetunion. Wer – wie Sie, meine Damen und Herren der SPD – Verschiedenes mit dem gleichen Begriff (nämlich Sicherheitspartnerschaft) belegt, verwirrt die Menschen. Das ist nirgendwo gefährlicher als in der Außen- und Sicherheitspolitik. Ich fordere Sie auf, das im Interesse unseres Landes zu bedenken.

Sicherheitspartnerschaft mit den USA darf möglichst gute Beziehungen zur Sowjetunion nicht ausschließen. Das Bemühen darum ist notwendig im Interesse des Friedens.

Unser Ziel ist ein vereinigtes Deutschland als Gliedstaat eines vereinigten Europas. Das wäre nicht ein Zurück zum Vorkriegszustand, der zwei Weltkriege ausgelöst hat. Die von uns angestrebte Friedensordnung wäre für eine defensive Sowjetunion ein Gewinn. Ein in Nationalstaaten gegliedertes aber vereinigtes Europa könnte nicht offensiv sein, da das Ziele voraussetzen würde, auf die sich die europäischen Staaten niemals einigen könnten. Es wäre ebenso wenig offensivfähig, um einen historischen Vergleich zu nennen, wie das alte Reich, das 1806 untergegangen ist.

Ein in Nationalstaaten gegliedertes, aber vereinigtes Europa würde es beiden Weltmächten ersparen, sich in Europa *hautnah* und *hochgerüstet* einander gegenüberzustehen.





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Kritiker von Weimar

In dem Leitartikel von Lothar Schmidt-Mühlisch in der WELT vom 23. November hat mich besonders der vorletzte Satz angesprochen: „Die extreme Radikalität der Kunst in der Weimarer Republik hat entscheidend jenes Vakuum, jene Angst, jene Bodenlosigkeit gefördert, die den erlösenden Führer ad portas rief."

Organ der Zentrumspartei, die in der Weimarer Zeit eine Schlüsselstellung einnahm, war die Berliner „Germania". Ihr Chefredakteur Hermann Orth, ein überzeugter Demokrat und Republikaner, mußte weichen, als Papen die Aktienmehrheit der „Germania" an sich gerissen hatte. Orth sagte mir während des „Dritten Reiches", daß am Untergang der Weimarer Republik wesentlich jene Kreise – Schmidt-Mühlisch nennt sie die Radikalen – mitschuldig geworden seien, die, in welcher Form auch immer, mit ihren ständigen Forderungen nach der echten, eben radikalen, Revolution der SPD keine Ruhe gelassen hätten. So hat die dermaßen verunsicherte SPD schließlich 1930 die letzte auf eine parlamentarische Mehrheit gestützte Reichsregierung Hermann Müller auffliegen lassen.

Damit entstand dank der radikalen Künstler, zu denen wir auch den wegen seines blendenden Stils gerühmten Kurt Tucholsky zu rechnen haben, jenes verhängnisvolle Vakuum, von dem Schmidt-Mühlisch spricht. Ich erinnere mich noch sehr deutlich an die Stelle aus einem Gedicht von Tucholsky: „Wir dachten unter kaiserlichem Zwange an eine Republik – und nun ist's die." Die Republik ist ja abgeschafft worden, freilich auf eine ganz andere Weise, als die Radikalen sie sich gewünscht hatten.

Erst in der Emigration soll wenigstens manchen von ihnen, meines Wissens gehörte Tucholsky zu ihnen, bewußt geworden sein, was sie durch ihre unaufhörliche ätzende Kritik an der Republik bewirkt hatten.

Dr. Hans Preuschoff,
Neuenrade 1

Wortspiel und Rotwelsch

„Leserbrief: Weißer Schimmel": WELT vom 15. November

Der von Ihrem Leser Hauschild vermutete und von Ihrer Leserin Schleich offensichtlich übernommene Zusammenhang zwischen klammheimlich und Klamm ist natürlich abwegig. Das Wort Klamm hat die gleiche Wurzel wie Beklemmung und bezeichnet einen sich verengenden Einschnitt. Klammheimlich hingegen ist zunächst nicht verwandt mit dem lateinischen clam. Dieses leitet sich von lat. celare (verhüllen) ab.

Klammheimlich kommt von dem griechischen kleptein = stehlen (vgl. Kleptomanie sowie Rotwelsch: klemmen). Das Wort bedeutet heimlich, verstohlen wie ein Dieb, und ich finde nachgerade, daß es ein hübsches Wort ist.

Unsere Sprache liebt solche Zusammenstellungen. Aus der Fülle der Beispiele nenne ich: wieselflink, pfeilschnell, spindeldürr, klitzeklein, mausetot. Das letztere hat nichts mit Maus zu tun; es ist eine Umdeutung von hebräisch mot/mawät = tot (vgl. schachmatt: König – Scheich – tot). Mausetot bedeutet tot-tot und stellt somit eine Verdoppelung in dem Sinne dar, wie sie von Herrn Hauschild so heftig befehdet und nicht zutreffend mit dem Begriff Hendiadyoin belegt wird. Solche Tautologien und Pleonasmen sind in unserer Sprache nicht selten. Ich nenne nur: Schloß und Riegel (ein echtes Hendiadyoin), Angst und Bange, ganz und gar, mit meinen eigenen Augen, Tragbahre. Das letztere ist ein besonders instruktives Beispiel. Bahre ist verwandt mit Sanskrit: bharami und lat. ferre = tragen (vergl. fruchtbar oder Adebar: Odin = Odem = Atem: Adebar = Lebensträger). Tragbahre also = Tragtrage?!

Mit freundlichem Gruß
Dr. Jürgen Schwerdtfeger,
Dannewerk

Man hat es hier mit einer der vielen scherzhaften Tautologien aus dem Studentenjargon zu tun, die unser Alltagsdeutsch so hübsch beleben.

Meist haben die fahrenden Schüler ihr Idiom allerdings eher mit hebräischen Elementen aus dem Rotwelsch der deutschen Vaganten und Ganoven angereichert. Beispiele: „mausetot" kommt nicht von „Maus", sondern von hebräisch „mauss" = tot; „alter Socken" für Tattergreis hängt nicht mit einer Beinbekleidung zusammen, sondern mit „soken" = alt. In der Redensart vom „kranken Gaul" ist „gaul" eine entstellte Form von „chaule" = krank. Und nicht einmal „Mores lehren" ist auf lateinisch „mores" = Sitten, Moral zurückzuführen, sondern auf hebräisch/jiddisch „moire" = Furcht. Wobei es aber, da semitische und indogermanische Sprachen urverwandt sind, möglich ist, daß beide Wörter auf den gleichen Wortstamm zurückgehen, so daß sich im lateinischen „mores" die traurige Einsicht niederschlüge, daß sich der Mensch nur aus Angst (vor Strafe) moralisch verhält.

Dr. Salcia Landmann,
St. Gallen

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Wort des Tages

„Niemand kann den Schleier wegziehen, den die Vorsehung gewiß mit tiefer Weisheit über das Jenseits gezogen hat."

Wilhelm von Humboldt, deutscher Gelehrter und Staatsmann (1767–1835)

Warum nur sie?

„Laßt doch die Dichter reisen": WELT vom 22. November

Erwin Wickert hat auf dem „Kulturforum" in Budapest gesagt, „wenigstens den Schriftstellern" sollte es erlaubt sein, ins Ausland zu reisen und sich dort umzusehen.

Wieso eigentlich wenigstens die Schriftsteller? Wieso nicht meine Vettern in der Uckermark? Sie will ich hier sehen. Auf den Besuch der Propagandisten mit Feder und Gitarre, die links reden, aber rechts leben möchten, kann ich dagegen leicht verzichten.

Dr. Ernst-Heinrich Stahr,
Dudenhofen

Unverfroren

Mit welcher Unverfrorenheit verfügt der DGB eigentlich über die von allen Arbeitnehmern aufgebrachten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, um ihre Kasse zu schonen? Es ist sehr einfach, mit einer Strategie der Teilstreiks bei kleinen, wichtigen Betrieben, große Unternehmen lahmzulegen. Relativ wenig Geld aus der Streikkasse wird dazu benötigt. Den Rest zahlen alle Bürger, ob für oder gegen den Streik. Gefragt werden sie nicht.

Das somit gesparte Geld wird dann wohl zur Sanierung der gewerkschaftlichen Unternehmungen, wie etwa die dubiose Neue Heimat, verwendet.

Zweierlei Recht: Aussperrung ist unsozial, indirekter Streik mit Hilfe des Geldes aller Arbeitnehmer ist sozial.

Oscar Godeffroy,
Hamburg 13

Informiert?

„Die Briten fühlten Rau auf den Zahn": WELT vom 23. November

Sehr geehrte Redaktion,

es spricht nicht gerade für die sonst so gelobte angebliche Wohlinformiertheit der britischen Diplomatie, wenn man Herrn Rau, seines Zeichens NRW-Ministerpräsident, erst auf den Zahn zu fühlen müssen glaubte und nicht weiß, daß

- Nordrhein-Westfalen unter Raus sozialdemokratischer Führung in den Schulden schier erstickt, worauf ihn sein eigener Finanzminister Posser kürzlich noch warnend hinwies.
- Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit der nahezu höchsten Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt ist,
- die völlige Mißwirtschaft dazu geführt hat, daß einige Städte, u. a. Duisburg, vor der Pleite stehen.
- Bayern Lehrer einstellen kann, NRW dagegen nicht,
- Raus wirtschaftspolitische Äußerungen auf einer totalen Unkenntnis der Realität beruhen.

Frau Thatcher würde sich selbst einen solchen Politiker tunlichst vom Leibe halten! Ihm dann noch eine „große Zukunft" zu prophezeien, konnte wohl nur ein Witz sein.

Mit freundlichen Grüßen
Wilhelm Kühn,
Düsseldorf 1

Personalien

EHRUNGEN

Der Bundespräsident hat dem Präsidenten der Handwerkskammer Hannover, Dipl.-Ing. **Jürgen Ohlendorf**, das Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Kammerpräsident Ohlendorf, dem bereits im Jahre 1980 das Verdienstkreuz am Bande des Bundesverdienstordens verliehen worden war, hat sich von Anfang seiner beruflichen Laufbahn an stets für die Belange und Interessen des Handwerks eingesetzt und seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Nach zehnjähriger Tätigkeit als Vizepräsident der Handwerkskammer Hannover wurde er am 17. Mai 1984 zum Präsidenten der Handwerkskammer gewählt.

*

Das thailändische Königshaus hat **Ulrich K. Wegener**, den Kommandeur des Grenzschutzkommandos West in Bonn, ausgezeichnet. König **Bhumibol** verlieh Wegener das „Große Offizierskreuz" des Ordens „Weißer Elefant". Thailands Botschafter Dr. **Kosol Sindhvananda** überreichte Wegener in Bonn die Auszeichnung. König Bhumibol würdigte mit der Ordensverleihung Wegeners große Verdienste auf dem Gebiet der internationalen Terrorismusbekämpfung. Bei dem Aufbau einer der GSG 9 ähnlichen Truppe in Thailand hatte Wegener dem Staat mit Erfahrung und Rat gedient.

*

Dem Leipziger Maler **Hartwig Ebersbach** ist der jährlich in Düsseldorf verliehene „Kunstpreis der Künstler" zuerkannt worden. Die Auszeichnung, die im Vorfeld der „Großen Kunstausstellung" der nordrhein-westfälischen Künstler vergeben wird, ist mit 4000 Mark dotiert. Ebersbach ist auf der „Großen Kunstausstellung", die am kommenden Sonntag eröffnet wird, mit fünf großen Werken vertreten. Der „DDR"-Kunst ist eine Sonderschau innerhalb der „Großen Kunstausstellung" gewidmet. Ob der Leipziger zur Preisvergabe am 1. Dezember nach Düsseldorf kommen kann, sei bislang unklar.

*

Mit der Karmarsch-Denkmünze der Hannoverschen Hochschulgemeinschaft ist in diesem Jahr Professor Dr. techn. **Ernst Fiala** ausgezeichnet worden. Fiala ist Mitglied des Vorstandes des VW-Konzerns und dort für das Ressort „Forschung und Entwicklung" zuständig. Die Karmarsch-Denkmünze wurde Professor Fiala im Rahmen einer Feierstunde im Beisein des Präsidenten der Universität Hannover, Professor Dr. **Hinrich Seidel**, vom Vorsitzenden der Hannoverschen Hochschulgemeinschaft, Dr. **Günter Sühle** überreicht. Diese Denkmünze wird seit 1925 alle zwei Jahre an Persönlichkeiten verliehen, die Technik und Wirtschaft besonders gefördert haben.

KIRCHE

Der Bischof von Essen, Dr. **Franz Hengsbach**, bleibt bis auf weiteres im Amt. Wie es das kirchliche Recht vorschreibt, hatte er aus Anlaß der Vollendung seines 75. Lebensjahres am 10. September 1985 dem Papst seinen Rücktritt angeboten. Der Heilige Vater hat darauf jetzt geantwortet und den „Ruhrbischof" gebeten, seine bisherige Aufgabe unbefristet weiter wahrzunehmen. Hengsbach hat die Nachricht aus Rom wenige Tage nach dem 28. Jahrestag seiner Ernennung zum Bischof erhalten. Seit dem 1. Januar 1958 leitet er das damals gegründete jüngste Bistum der Bundesrepublik. Hengsbach ist außerdem seit Jahren Vorsitzender der bischöflichen Aktion für „Adveniat". Die Gründung dieses Hilfswerks der deutschen Katholiken für die Kirche in Lateinamerika geht auf seine Initiative zurück.

*

Zum neuen Bischof im nordargentinischen Goya hat Papst **Johannes Paul II.** den 49jährigen, aus Deutschland stammenden Geistlichen **Luis Theodor Stöckler** ernannt. Stöckler, am 12. April 1936 in Eichelborn geboren und 1960 in Paderborn zum Priester geweiht, ist seit 15 Jahren in Argentinien tätig.

VERANSTALTUNG

Zu einer seit 14 Jahren geübten Tradition des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschland gehört es, in einer Sitzungswoche des Parlaments in Bonn seinen großen Weihnachtsbasar zu präsentieren. In der Parlamentarischen Gesellschaft in der Dahlmannstraße 7, im Clubhaus der Abgeordneten, öffneten sich in dieser Woche wieder die Tore zu einer Spielzeugausstellung, in der 2700 Gegenstände, Holz- und Keramikarbeiten, Stofftiere und Batik präsentiert werden. Die Ausstellung ist bis zum 1. Dezember auch samstags und sonntags geöffnet. Sie findet bei Politikern und Bürgern zunehmend Anklang. Die stattlichen Verkaufserlöse aus den Vorjahren flossen zurück in die Arbeit des Christlichen Jugenddorfwerkes, das zur Zeit mehr als 80 000 Jugendliche betreut. **Martin Grüner**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, eröffnete den Basar zusammen mit dem Präsidenten der Organisation, Dr. **Christopher Dannenmann**. Die Arbeit des Jugenddorfwerkes, das heute über 112 Jugenddörfer verfügt und seit 1947 besteht, zeichnet sich durch Vielfalt aus: Waisen, Behinderte und Lernbehinderte, aber auch Ausländer und junge Aussiedler aus dem Osten finden hier Aufnahme.

Ford macht hochwertige Technologie erschwinglich.

❞Um mich, den Ford Scorpio 2.0 i, mit Anti-Blockier-System, verstellbarem Lenkrad, umklappbarer Rücksitzlehne, 85 kW/115 PS etc. zu testen, brauchen Sie schon etwas länger.

Serienmäßig. Das integrierte Anti-Blockier-System. Der Scorpio bleibt auch bei einer Vollbremsung lenkfähig.



Nehmen Sie sich Zeit, mich mal ganz kennenzulernen. Und fahren Sie mich in Ruhe probe. Bei Ihrem Ford-Händler.❞

Scorpio Ford

Es führt kein Weg mehr zurück in die Isolation

Eine Analyse der amerikanischen Sicherheitspolitik seit 1945

Denjenigen, die in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern fortgesetzt gegen den amerikanischen „Imperialismus" auf die Straßen gehen und Ronald Reagan für einen Kriegshetzer halten, weil er für das Verhältnis des Westens zur Sowjetunion andere Vorstellungen entwickelt hat als seine Vorgänger, sei diese Studie dringend empfohlen. Unter dem Titel „Aggressive USA?" – mit einem großen Fragezeichen – hat Kurt Spillmann in einem gemessen an der Vielschichtigkeit des Themas schmalen, aber vorzüglich dokumentierten Band die Sicherheitspolitik der USA seit dem Zweiten Weltkrieg mit kühler Objektivität analysiert.

Für den Autor, der an der Universität Zürich über neuere amerikanische Geschichte liest, geht es vor allem um eine „Versachlichung" der Diskussion, die in Europa seit der berühmten Rede aufgebrochen ist, mit der Präsident Reagan am 23. März 1983 sein umwälzendes strategisches Konzept der Weltraum-Verteidigung vorlegte.

Die gemischten Gefühle, mit denen Westeuropa auf das wiedererwachte Selbstbewußtsein Amerikas als einer globalen, eines Tages vielleicht wieder unverwundbaren Großmacht reagierte, setzen in der Sicht Spillmanns eine neue Einstellung zu den sicherheitspolitischen Faktoren voraus, die sich für die europäischen NATO-Partner aus dieser Entwicklung ergeben müssen.

Als zentrales Problem für die Zukunft des Atlantischen Bündnisses tritt dabei die Gefahr des Unilateralismus in Erscheinung, die sich beiderseits des Atlantiks abzuzeichnen beginnt. Spillmann ist überzeugt, daß Reagan zu Unrecht der heimlichen Planung eines nuklearen Erstschlages unter dem Schutz eines *Defensiv-Systems* verdächtigt wird, was in der internationalen Diskussion mit dem irreführenden Etikett „Krieg der Sterne" versehen wurde. Dieses Risiko sei schon aufgrund des Selbstverständnisses auszuschließen, das

Kurt Spillmann:
Aggressive USA?
Amerikanische Sicherheitspolitik 1945–1985. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart. 223 S., 34 Mark.

Amerika aus seiner Geschichte und aus dem Glauben an die Vorbildlichkeit gewonnen habe, mit der die in der antikolonialistischen Tradition wurzelnden USA jeden Gedanken an die Unterwerfung fremder Gebiete von vornherein ausschließen.

Der fundamentale Gegensatz zwischen dem weltrevolutionären Expansionismus der Sowjetunion und der Defensiv-Mentalität, die durch den puritanischen Idealismus der Amerikaner vorgeformt ist, wird in Europa sicher nicht immer mit ausreichender Deutlichkeit erkannt.

Viele der transatlantischen Mißverständnisse, meint Spillmann, beruhen für die Europäer auf dem indifferenten Schwarz-Weiß-Denken, zu dem die amerikanische Außenpolitik durch den elementaren Antagonismus von sowjetischer Offensive und demokratischer Defensive verleitet wird. Trotz der Rückschläge, die Amerika nach dem Ersten Weltkrieg mit seinem frühen Anlauf zu globaler Verantwortung erlebte, und trotz der noch schwerer wiegenden Enttäuschungen, die nach 1945 der kalte Krieg brachte, glaubt der Verfasser nicht daran, es könnte für die Vereinigten Staaten künftig noch eine Verabschiedung aus ihrer Weltverantwortung geben.

Offensichtlich bürgt schon die sich übersteigernde Technologisierung der Sicherheitsprobleme dafür, daß der Neo-Isolationismus keine wirkliche Chance mehr hat.

Eine „Festung Amerika" hinter dem Schild der Weltraum-Defensive ist allein deshalb kaum vorstellbar, weil sich seine völlige Undurchlässigkeit – wenn überhaupt – erst im nächsten Jahrtausend erweisen würde. Viel bedenklicher ist schon die Verwirrung, die der langdauernde Disput über eine total revolutionierte Sicherheit in der öffentlichen Meinung Europas und Amerikas anzurichten droht.

Spillmann hat einleuchtende Argumente, um beide Seiten vor dem rechthaberischen Unilateralismus zu warnen, der sich aus der schwer zu *entziffernden Vielschichtigkeit* der neuen Situation entwickeln könnte.

HEINZ BARTH



Julia Wosnessenskaja
FOTO: LUDWIG HÜBEL

Frauen in Leningrad

Julia Wosnessenskaja, gebürtige Leningraderin und heute in München lebend, wurde aus der Sowjetunion ausgewiesen. Sie hatte dort nonkonformistische Gedichte veröffentlicht, Dissidenten unterstützt und den ersten und einzigen feministisch orientierten Frauenklub in der Sowjetunion gegründet. Das trug ihr die Verbannung nach Sibirien und anschließend zwei Jahre *Lagerhaft* ein.

Daß ihr Buch weit über das hinausgeht, was bislang von sowjetischen Autoren oder von westlichen Berichterstattern über das Leben der Frauen in diesem Lande des real existierenden Sozialismus geschrieben wurde, ist nicht zuletzt auf das erstaunliche Gedächtnis und Aufnahmevermögen der Autorin zurückzuführen, die eine bedrängende Fülle von dem wiederzugeben vermag, was sie in elitären russischen Literatenzirkeln, in abgelegenen Kolchosen und Fabriken, in

Julia Wosnessenskaja:
Das Frauen-Dekameron
Roitmann Verlag, München. 344 S., 34,80 Mark.

Schulen, Krankenhäusern und Gefängnissen entweder selbst erlebt oder von anderen gehört hat.

Der Reichtum des Stoffes wird von der Autorin in die Form des klassischen Dekameron gegossen. Zehn Frauen – darunter eine Theaterregisseurin, eine obdachlose Streunerin und eine Parteifunktionärin –, die nach geglückten Geburten auf einer Leningrader Entbindungsstation liegen und wegen einer Quarantäne nicht nach Hause entlassen werden können, erzählen sich zehn Tage lang *selbsterlebte Geschichten.*

Beeindruckend sind dabei das Ausmaß der Glücksempfindung, zu der diese Menschen unter oft tristen und schweren Lebensbedingungen immer wieder fähig sind. Die Kulisse dafür ist jedoch keineswegs das offiziell propagierte fortschrittliche Sozialwesen, sondern vielmehr eine kleinbürgerliche Gartenlaubenwelt.

Von den zehn fiktiven Erzählerinnen, hinter denen ja viele Millionen Frauen aus Fleisch und Blut stehen, war nur eine zum offenen Protest bereit: Julia Wosnessenskaja selbst. Den Protest, den sie drüben anmeldete, setzt sie im Westen fort.

BERND NIELSEN-STOKKEBY

Waren wir an allem schuld?

Ein Franzose über die „unruhige Großmacht" Deutschland

Die eigentliche Staatskunst Bismarcks bestand nicht darin, die kleindeutsche Reichseinigung zustande gebracht zu haben, sondern die sich daraus ergebende politische Konstellation eines „Reiches als Nation" dem Europa der Nationalstaaten so darzustellen, daß dies zunächst mit dem national entschärften Reich existieren zu können glaubte. Die europäische Auffassung, diese nationale Reichseinigung sei ein revolutionärer Akt, dem der Französischen Revolution vergleichbar, beeinträchtigte die Bismarckschen Erfolge, das Reich in das Konzert der europäischen Mächte relativ behutsam einzufügen, zunächst nicht. Aber unausweichlich wurde die Dynamik des nunmehr zur „verspäteten Nation" zusammengefaßten Reiches in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht immer stärker.

Dieser konkurrierende Aufstieg *Deutschlands zur Großmacht oder* zur „Weltmacht" im damaligen Sinne ist nun zweifellos der Vorgang, aus dem heraus die Epoche der Weltkriege zu verstehen ist. Die Reaktionen namentlich Englands und Frankreichs *auf den Aufstieg des Reiches* sind bekannt – schon am Ende des 19. Jahrhunderts mußten die Deutschen auch mit einer Politik des „Germany must perish" rechnen. Druck und Gegendruck, Weltmarktkonkurrenz und Neid, Unbedenklichkeit des Ausbreitens, Einfordern der Rechte einer europäischen Großmacht, Einkreisung, Bündnispolitik und „Pläne, die, verfehlt, zurückgefallen auf der Erfinder Haupt" kennzeichnen die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Überschauen wir diese im ganzen, und zwar von uns, von Deutschland her, so scheint die Bezeichnung der „gescheiterten Großmacht" für dies nunmehr geteilte und besetzte Land schon ein Euphemismus zu sein.

Daß sich die Entwicklung von jenem Nachbarn im Westen her, der durch die präventive Auslösung des Krieges von 1870/71 so hohen Anteil an den Geschicken Europas und Deutschlands hatte und der einmal ganz und zweimal fast unter den Schlägen der „unruhigen Großmacht" zu Boden ging, anders ausnehmen muß, kann – und hier ist Andreas Hillgruber in seinem Vorwort beizupflichten – ein nützlicher Verweis darauf sein, wie die deutsche

Raymond Poidevin:
Die unruhige Großmacht
Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert. Einführung von Andreas Hillgruber. Deutsch von Christine Diefenbacher. Ploetz Verlag, Freiburg/Stuttgart. 448 S., 48 Mark.

Geschichte sich in der Sicht eines immerhin nicht unbedeutenden französischen Historikers darstellt.

Aber Poidevins Geschichte Deutschlands von 1896 bis heute ist eine eigentümliche Umwendung der nationzentrierten Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts – insofern für die französische Mentalität in der Tat aufschlußreich. Stand bei jener die eigene Nation als der eigentliche Akteur im Mittelpunkt des Geschehens, so in Poidevins Darstellung der fremde Akteur, die Deutschen. Kein Wunder, daß jetzt deren Geschichte – entsprechend der nationalistischen Ausrichtung – im wesentlichen von ihnen selbst her dargestellt wird; kein Wunder aber auch, daß sie insgesamt im wesentlichen negativ erscheint bedrohlich.

Die Deutschen sind und bleiben bis heute für diesen französischen Historiker das dynamische, expansive, ruhelose Volk im Herzen Europas. Weder geopolitische noch tiefergehende historische Erklärungen werden bemüht. „Expansion" bleibt der Schlüsselbegriff für die deutsche Geschichte, und zwar nicht nur über die Niederlage von 1918 hinaus, sondern auch über die von 1945, über die Teilung, die Besetzung und die Einbindung in die Blöcke hinweg.

In der anachronistischen, nationbezogenen Sichtweise des Verfassers, dessen Grundlage die Entwicklung der deutsch-französischen Wirtschaftsgeschichte und dessen Stärke Wirtschaftsvergleiche sind, wird Deutschland zum sozusagen einzigen Akteur – womit Kriegsschuldfragen, sowohl was den Ersten wie den Zweiten Weltkrieg angeht, nebenher miterledigt werden. Zeithistorisch um mindestens 20 Jahre hinter der Forschung zurück und von der Haltung her aus der Mentalität des 19. Jahrhunderts geschrieben: Man fragt sich, wieso der renommierte Geschichtsverlag Ploetz ein solches Werk herausbringt, dessen Materialfülle zwar nützlich sein könnte, wenn sie (was überhaupt nicht der Fall ist) durchgehend belegt wäre, dessen Haltung aber bestenfalls nichts anderes als eine Art von furchterregender Bewunderung ist, die weder Deutschland noch Frankreich noch gar einer europäischen Zukunft der Verständigung einen Dienst erweist.

BERNARD WILLMS

Türkischer Jahrhundertzeuge

Wer mit älteren Türken der Oberschicht zusammenkommt, wundert sich immer wieder sowohl über ihre Beherrschung der deutschen Sprache als auch über die Sympathie, die sie unserem Land entgegenbringen. An der Waffenbrüderschaft des Ersten Weltkriegs allein kann es kaum liegen. Eine Erklärung des Phänomens gibt Muammer Tuksavul mit seinem Buch „Eine bittere Freundschaft".

Der Autor hat noch das alte Osmanische Reich in seiner Endphase erlebt. Farbig und bilderreich erzählt der Sohn eines Richters von seiner Jugend in Mekka und Alexandria, vom Leben einer türkischen Großfamilie des oberen Mittelstandes. Dabei wird eine Welt lebendig, die in dieser Art mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und des Reichs der Sultane als Folge der Niederlage untergegangen ist.

Der November 1917 bringt den großen Einschnitt in der Existenz des Autors, dessen Vater im Jahr zuvor verstorben war und die Familie ziemlich mittellos zurückgelassen *hatte: Mit einem Stipendium* versehen, fährt er nach Deutschland, um hier sein Abitur zu machen und, so möglich, später zu studieren. Mit scharfer Beobachtungsgabe, mit stillem Humor und viel Verständnis für die ihm zuerst völlig fremde Welt beschreibt er Begegnungen, Verhältnisse und Umstände.

Als eine Art Exote ist er der Gegenstand von viel Neugier. Aber er erfährt auch Hilfsbereitschaft und

Muammer Tuksavul:
Eine bittere Freundschaft
Erinnerungen eines türkischen Jahrhundertzeugen. Econ Verlag, Düsseldorf. 432 S., 39,80 Mark.

Zuneigung. Sechzig und mehr Jahre später wird, wenn er davon schreibt, noch einmal seine Dankbarkeit spürbar, die Gefühle eines jungen Menschen in einem fremden Land.

Zu den ergreifendsten Passagen des Buchs gehört die Darstellung, wie Tuksavul im Auftrag der türkischen Regierung im Januar 1946 das zerstörte Deutschland besuchte und dabei auch den Professor fand, bei dem er 1929 in Darmstadt sein Examen als Diplomingenieur der Chemie gemacht hatte. Ihm ist das Buch gewidmet.

Ist der Rückblick auf das Deutschland des verlorenen Weltkriegs und der Inflation, der Weimarer Republik und des heraufziehenden neuen Nationalismus aus der Sicht eines Ausländers schon interessant, so sind es seine Mitteilungen über den Aufbau der neuen Türkei nicht minder. Anhand konkreter, selbst erlebter und erlittener Beispiele macht der Autor deutlich, was es bedeutete, das zurückgebliebene-ländliche Anatolien und seine Bewohner an die Moderne heranzuführen. Tuksavul, der 1931 eine Deutsche heiratete, läßt ahnen, warum der Reformator Atatürk fast ein halbes Jahrhundert nach seinem Tod noch so verehrt wird.

Das bessere Verstehen zwischen seinem eigenen Volk und dem Volk, dem er seine Ausbildung und die Fähigkeit verdankt, beim Aufbau seiner Heimat mitzuhelfen, ist die Triebfeder des greisen Verfassers. Indem er sein Land, seine Landsleute und ihre Verhaltensweisen erklärt, wirbt er um jenes Entgegenkommen, das ihm als jungem Menschen in entscheidenden Situationen immer wieder in Deutschland begegnete.

Dies ist ein Buch, das gleichzeitig fesselt, informiert und nachdenklich stimmt; der Bericht eines Man*nes, der in gutem Sinne in zwei* Ländern daheim ist. Muammer Tuksavul schließt mit dem Sprichwort „Dost adji söyler" (Der Freund redet bitter) – das heißt, er sagt die Wahrheit.

HENK OHNESORGE

Wege aus der „Playboy-Demokratie"

Ein Symposion von Politikern und Pragmatikern zur Tendenzwende

Er zählt zu den unbequemen und gleichzeitig anregenden Vor- und Querdenkern eines lutherisch geprägten Reformkonservatismus: Klaus Hornung, Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Reutlingen. In dem Symposion „Mut zur Wende" schart er Wissenschaftler und Praktiker der gleichen geistigen Wellenlänge um sich. Sie kommen aus verschiedenen beruflichen und weltanschaulichen Himmelsrichtungen, doch eines verbindet sie alle: Sie sind Fundamentalisten, die – bei allem Respekt vor den Leistungen der derzeitigen Bundesregierung – ein Verweilen auf ausgetretenen Pfaden beklagen.

Zu den ethischen Fundamentalisten gehören Nikolaus Lobkowicz, Philosoph und Politologe an der Katholischen Universität Eichstätt, die ebenfalls den Unionsparteien in kritischer Solidarität verbundene Psychotherapeutin Christa Meves und schließlich der national-ökonomische Emeritus Heinz-Dietrich Ortlieb (immer noch SPD-Mitglied). Sie konstatieren übereinstimmend: Eine geistige Wende hat seit dem Herbst 1982 noch nicht stattgefunden.

Christa Meves hadert mit den Unionsparteien wegen deren vermeintlicher Gleichgültigkeit gegenüber dem Abtreibungs-Boom. Sie kritisiert zudem die von Heiner Geißler verantworteten familienpolitischen Zielvorstellungen. Ihr Verdikt ist hart: „Mit solchen Zielen unterscheidet sich aber die Familienpolitik der CDU

Klaus Hornung (Hrsg.):
Mut zur Wende
Grundlagen und Auftrag einer Politik der Erneuerung. Sinus Verlag, Krefeld. 205 S., 23,80 Mark.

kaum von den familienfeindlichen Tendenzen der vorherigen SPD/FDP-Regierung."

Konsequent wie bereits vor 30 Jahren bekämpft Heinz-Dietrich Ortlieb alle Laisser-faire-Tendenzen und fordert eine Überwindung der „Playboy-Demokratie" durch eine strenge Korrelation von „Rechten und Pflichten", von *„Anspruch und Leistung"*.

Zu den ethischen Fundamentalisten gesellen sich mit den Unionsabgeordenten Hans Graf Huyn und Herbert Hupka die deutschlandpolitischen Fundamentalisten, die sich vehement gegen jede Fortinterpretation der Ostverträge vom Status quo zu Grenzanerkennungsverträgen zur Wehr setzen.

Eine Rückbesinnung auf die Grundsätze der Verteidigungspolitik bieten Dieter Farwick, Referatsleiter im Bundesministerium der Verteidigung, und Brigadegeneral a. D. Heinz Karst. Weist der eine auf Defizite im westlichen Verteidigungsbundnis hin, so erläutert der andere das Traditions- und Sinndefizit in der Bundeswehr.

Wie Wolfgang Brezinka, Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Konstanz, erläutert, verkam das „Bürgerrecht auf Bildung" zum „Bürgerrecht auf Abitur" – und verursachte psychische Schäden bei zahlreichen überforderten und allzu lange der Berufswelt entzogenen Jugendlichen. Wolfgang Götzer, CSU-MdB und jugendpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, registriert zwar mit Sorge das große Linkspotential bei Jugendlichen (33 Prozent aller 16- bis 18jährigen sollen mit der SPD, 12 Prozent mit den „Grünen" sympathisieren), er sieht aber eine Chance der Unionsparteien, durch „Übereinstimmung von Programm und Tat" junge Menschen zu überzeugen.

Sicherlich werden auch Gleichge*sinnte* in dem vorliegenden Symposion manches vermissen – Probleme wie Umweltbelastung und Arbeitslosigkeit bleiben augespart –, doch es vermittelt eine ganze Reihe nützlicher Denkanstöße.

GISELHER SCHMIDT

TENNIS

Boris Beckers erster Gegner: Michiel Schapers

sid, Melbourne

Nicht der Neusser Wolfgang Popp, sondern der Holländer Michiel Schapers wird heute der erste Gegner von Wimbledonsieger Boris Becker in der zweiten Runde der Australischen Tennis-Meisterschaften in Melbourne sein. Schapers, beim Bundesligaklub Klipper Hamburg unter Vertrag, besiegte Popp in einem Marathon-Match mit 6:1, 6:7, 6:3, 1:6, 6:2. Gegen Becker rechnet sich der Holländer schon vor dem ersten Aufschlag wenig aus: „Ich befürchte, es wird ein aussichtsloser Kampf. Aber meine Chance werde ich suchen."

Wolfgang Popp war am dritten Tag der Titelkämpfe in Kooyong einer von drei deutschen Spielern, die gescheitert sind. Vor ihm war bereits der 20 Jahre alte Amberger Ricki Osterthun mit 2:6, 0:6, 7:5, 7:6, 6:8 an dem australischen Qualifikanten Laurie Warder gescheitert. Anschließend unterlag Bettina Bunge (Aschaffenburg) mit 4:6, 2:6 der Australierin Dianne Balestrat. Bettina Bunge scheiterte einmal mehr an ihren schwachen Nerven. Wie schon vor einer Woche in Sydney führte sie auch diesmal wieder scheinbar sicher gegen Dianne Balestrat – unter ihrem Mädchennamen Fromholtz 1977 an gleicher Stelle Finalistin – mit 4:2, verlor dann neun Spiele hintereinander und schließlich das ganze Match.

Damir Keretic (Stuttgart) profitierte von einer Oberschenkelverletzung des Briten Stephen Shaw und kam so zu einem 6:4, 2:1-Abbruchsieg.

FUSSBALL / Noch mehr Hallen-Turniere – Gibt es bald eine Europaliga?

Weltmeisterschaft mit 24 Teams für 1988 geplant. Der DFB zögert noch

sid, Frankfurt

Alle Jahre wieder, wenn die Eis- und Schneezeit über die deutschen *Fußball-Stadien hereinbricht* und die Profis Schutz vor der Kälte in der Halle suchen, beginnt die Diskussion um die Frage erneut: Warum soll in den Wintermonaten nicht eine deutsche Meisterschaft in der Halle ausgespielt werden? Noch sperrt sich der Deutsche Fußball-Bund (DFB) dagegen, weil es auch Gegner des Hallen-Fußballs gibt. Wesentlich fortschrittlicher und mutiger dagegen zeigt sich jetzt der Internationale Fußball-Verband (FIFA). Mit der Ausrichtung einer ersten Weltmeisterschaft *im Hallen-Fußball will der* Verband 1988 Neuland betreten.

Der DFB gibt sich zu diesem Vorhaben noch zugeknöpft. Pressesprecher Rainer Holzschuh sagt: „Ohne Detailkenntnisse können wir dazu keine Stellung beziehen." Die Pläne der FIFA aber sind schon konkret: Das erste Weltturnier soll mit 24 Mannschaften im Januar oder Februar 1988 in Europa oder Nordamerika ausgetragen werden. In Nordamerikas Profi-Fußball hat eine Hallenmeisterschaft der inzwischen bankrotten Freiluft-Liga den Rang abgelaufen.

Schon im nächsten Jahr, so gab die FIFA in Zürich bekannt, sollen nach längeren Vorarbeiten und Probe-Turnieren weltweit gültige Regeln für den Hallen-Fußball festgelegt werden. Es wird sicherlich nicht ganz einfach sein, die drei praktizierten Richtungen im Hallen-Fußball (europäisch sowie nord- und südamerikanisch) zu einer einheitlichen Spielweise zu vereinen.

Die Europäer werden wahrscheinlich schon 1987 eine Europa-Liga für renommierte Klubs auf Kunstrasen oder Parkettboden erleben. Das planen zwei Österreicher, die das Geschehen auf eine internationale Ebene verlagern wollen. Der Grazer Werbe-Manager Hannes Kartwig und Heinz Schilcher, früher Profi bei Ajax Amsterdam und jetzt Repräsentant einer Sportartikelfirma in der Steiermark, haben einen Etat von rund 3 Millionen Mark für ihren europäischen *Hallen-Zirkus* kalkuliert.

Auch die Spielorte für Januar 1987 stehen bereits fest: Paris, Antwerpen, Zürich, Wien, München und Dortmund. Zusagen haben die beiden Österreicher bereits vorliegen vom FC Bayern München, von Borussia Dortmund, Grasshoppers Zürich, Rapid und Austria Wien, RSC Anderlecht sowie Ajax Amsterdam. Obwohl diese Veranstaltung von Privatleuten getragen wird, könnte diese Europa-Liga auch der FIFA wichtige Aufschlüsse über die Regeln und den Modus der geplanten WM vermitteln.

Nach den Erfolgen in der Vergangenheit *zieht es die Bundesligaklubs* in der bevorstehenden Winterpause wieder zu Turnieren in die warmen Hallen. Berlin, Bremen, Dortmund, Krefeld, Köln, Frankfurt, Karlsruhe, Stuttgart und München lauten die bedeutendsten Turnier-Stationen. Zwar gibt es neben den Befürwortern vor allem wegen der erhöhten Verletzungsgefahr weiterhin zahlreiche Gegner *wie etwa den Trainer Dettmar* Cramer: „Selbst wenn das Schuhwerk optimal auf den Untergrund abgestimmt ist, werden durch die abrupten Stopps, die kurzen Drehungen und Wendungen auf dem harten Untergrund die Gelenke, Bänder, Muskeln und Sehnen weitaus mehr strapaziert als auf Rasen." Doch nicht zuletzt die vor einigen Wochen vorgelegte Marktforschungsanalyse des DFB verdeutlicht, daß Hallen-Veranstaltungen den Interessen des Publikums entgegenkommen: Offensivspiel, viele Tore, Komfort und hautnahes Dabeisein.

Für die Vereine bleibt das Ausweichen in der Winterpause ohne nennenswerte Einkünfte vor allem ein dringend erforderliches Zubrot. So versucht zum Beispiel der Hamburger SV durch verstärktes Engagement, *das durch das Ausscheiden in* der ersten Runde des UEFA-Pokals entstandene Finanzloch zumindest ein wenig zu stopfen. Beim ersten Turnier von Bayern München in der Olympiahalle (5./6. Januar) etwa können die Hamburger im Falle eines Sieges immerhin 20 000 Mark kassieren. Gerade die süddeutschen Veranstalter sind derzeit bereits mit einer Ausdehnung des Spektakels befaßt. Eine übergreifende *Hallenrunde* mit mehreren Austragungsorten scheint schon in nächster Zukunft keine Utopie mehr zu sein.

FORMEL 1 / Hört jetzt auch noch Ferrari auf?

Buhlen um Niki Lauda: Der Star wird gebraucht

KLAUS BLUME, Bonn

Fliegt er oder fährt er?

Wer Niki Lauda glaubt, muß aufs Fliegen setzen: Denn die „Lauda Air" stockt auf, der Kreditrahmen für zwei Boeings vom Typ 737 ist bewilligt; schließlich stellt der künftige Besitzer nach seinem Rücktritt vom Autorennsport für die Banken keinen Risikofaktor mehr dar. In diesen Tagen absolviert er in England eine Pilotenschulung für die Boeing 737, und bei *seinen Kreditgebern stehe er ohnehin* im Wort. Die Formel 1 sei demnach längst kein Thema mehr für Lauda, *der Umzug von Ibiza nach Wien* auch deshalb beschlossene Sache.

Wer aber statt dessen lieber dem Hause BMW glauben möchte, muß auf das Lauda-Comeback setzen. Das Argument: Rund zehn Millionen Mark Jahres-Gage als Anzahlung auf eine der beiden neuen Lauda-Flugzeuge (Stückpreis: 15 bis 25 Millionen Mark) könnte selbst der dreimalige Formel-1-Weltmeister nicht zurückweisen, *wolle er nicht seinen Ruf* als Geschäftsmann aufs Spiel setzen. Peter Flohr, der Geschäftsführer der BMW-Motorsport GmbH, bleibt dabei: „Die Möglichkeit eines Vertrages mit Lauda besteht noch immer – zu fünfzehn Prozent."

Der Rücktritt des dreimaligen Formel-1-Weltmeisters ist ein Tatbestand, die Meldungen, die derzeit aus dem Hause BMW an die Öffentlichkeit gelangen, sind in erster Linie Hoffnungen – die obendrein notwendige Public Relations sind, um dem erfolglosen Formel-1-Team Brabham-BMW nach langer Dürrezeit positive *Schlagzeilen zu bescheren.* Denn ausgerechnet BMW-Partner Bernie Ecclestone, der Eigner des Brabham-Rennstalles, hat sich nämlich bei der Fahrerumverteilung für 1986 wie ein Tölpel angestellt. Er hatte nie damit gerechnet, seinen Starfahrer Nelson Piquet (Brasilien) nach *siebenjähriger Team-Treue an die* Konkurrenz zu verlieren. Ehe er sich versah, waren die vier Besten der Branche für 1986 unter Vertrag: Piquet, Rosberg, Alboreto und Prost. Doch keiner bei Brabham-BMW.

Dabei ist die Lage für Brabham-BMW ohnehin schon miserabel genug. 1983 Weltmeister, dann stets erfolglos. Mit den beiden Italienern Elio de Angelis und Riccardo Patrese kann Brabham-BMW auch nicht Weltmeister werden. Und dabei setzt BMW doch auf Formel-1-Erfolge als Verkaufsargument.

Und Ecclestone setzt auf Niki Lauda. Er braucht Lauda dringender denn je, um das Verkaufsargument „Die größte Show der Welt" bei *Sponsoren*, Fernsehgesellschaften und Publikum aufrecht zu erhalten. Denn es *steht nicht nur schlecht um Ecclestones* Team, es steht auch schlecht um Ecclestones Grand-Prix-Zirkus: die Zuschauerzahlen in der letzten Saison waren rückläufig, bei Ecclestone-Veranstaltungen sogar lausig. Den Automobilwerken wird die Formel 1 offenbar zu aufwendig. Zwei solide Teams haben sich für 1986 bereits abgemeldet: Renault und Alfa Romeo. Zwei weitere sind in finanziellen *Schwierigkeiten:* Osella *und* RAM. Eine anderes wiederum, bisher eines der Aushängeschilder dieser *Branche,* betreibt die Formel 1 nur noch halbherzig: Ferrari.

Auf der Ferrari-Werkspiste in Fiorano dreht der Amerikaner Bobby Rahal bereits fleißig seine Runden, mit einem March Cosworth-Indy. Die Ergebnisse dienen als Vorlage für eine eigene Konstruktion, denn Enzo Ferrari hat angekündigt, die Formel 1 zu verlassen, um sich in der amerikanischen Rennszene zu engagieren.

Vor diesen Hintergründen sind die Bemühungen von BMW und Brab*ham um Niki Lauda* zu sehen. Denn Lauda-Superstar als Nummer eins bei Brabham-BMW – das könnte der maroden Zunft noch einmal auf die Räder helfen.

Und *wie reagiert Lauda darauf?* Er hält sich raus, läßt vorzugsweise über österreichische Reporter dementieren oder auch mal bekanntgeben, er würde frühestens Anfang 1986 mit sich reden lassen. Dann, wenn Brabham-BMW seine Testfahrten mit Angelis und Patrese hinter sich habe. Möglicherweise *seien die beiden mit* dem neuen Fahrzeug dann so schnell, daß man ihn dann gar nicht mehr zurückholen muß.

Und möglicherweise hat sich Ecclestone bis dahin auch etwas andres einfallen lassen. Zur Zeit testet nämlich der frühere englische Motorrad-Weltmeister Barry Sheene im französischen Le Castellet den Brabham-BMW. Flohr: „Vielleicht ist der auch sehr schnell."

NACHRICHTEN

Wasmeier verletzt

Sestriere (dpa) – Markus Wasmeier, Weltmeister im Riesenslalom, zog sich beim Konditionstraining eine Knieverletzung zu. Für das gestrige Rennen von Sestriere erhielt er Startverbot. Es siegte der 22 jahre alte Italiener Robert Erlacher mit 25 hundertstel Sekunden Vorsprung vor dem Schweizer Joel Gaspoz. Josef Schick und Michael Eder belegten als beste deutsche Fahrer die Plätze 22 und 23.

Platini gewählt

London (sid) – Der Franzose Michel Platini (Juventus Turin) wurde von den Lesern der englischen Fachzeitschrift „World Soccer" zum Welt-Fußballspieler des Jahres gewählt.

26 Sänger für Mexiko

Köln (sid) – Franz Beckenbauer, Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, hat 26 Spieler zu einem Treffen am Sonntag nach Köln eingeladen. Wichtigstes Thema: Zusammen mit Peter Alexander besingen die Nationalspieler die WM-Schallplatte „Mexico, mi amor".

Lancia-Teams führen

Nottingham (sid) – Die beiden Lancia Teams mit den finnischen Fahrern *Markku Alen* und *Henri Toivonen* führen nach 50 der 65 Sonderprüfungen bei der RAC-Rallye in Nordengland, dem letzten WM-Lauf der Saison.

ZAHLEN

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, 11. Spieltag: Düsseldorf – Osterfeld 91:68.

VOLLEYBALL

Bundesliga, *Herren: VdS Berlin* – Dachau 3:2.

TENNIS

Australian Open, Damen, 1. Runde: Balestrat (Australien) – Bunge (Deutschland) 6:4, 6:2, Durie (England) – Minter (Australien) 6:4, 6:4, Evert-Lloyd (USA) – Fairbank (Südafrika) 6:1, 6:2. – **Herren**, 1. Runde: Keretic (Deutschland) – Shaw (England) 6:2, 2:1 aufgegeben, Schapers (Holland) – Popp (Deutschland) 6:1, 6:7, 6:3, 1:6, 6:3, Warder (Australien) – Osterthun *(Deutschland) 6:2, 6:0,* 5:7, *6:7, 8:6.*

SCHACH

Mannschafts-WM: Endstand: 1. UdSSR 37,5 Punkte, 2. Ungarn 34,5, 3. England 30,5, 4. Frankreich 28,5, 5. Rumänien 28,5, 6. Schweiz 27,5, 7. China 27,0, 8. Argentinein 25,5, 9. Deutschland 23,5, 10. Afrika 7,0.

STAND ● PUNKT / ***Deutsche Schachsportler – ein mattes Bild***

Der Trost ist dürftig: In Afrika, schließlich viel größer als die Bundesrepublik Deutschland, wird noch schwächer Schach gespielt als hierzulande. Die Afrikaner belegten Platz zehn bei der ersten offiziellen Mannschafts-Weltmeisterschaft im Schach, die Deutschen besiegten sie, nur sie, und wurden neunte. Da versinkt große Tradition in internationaler Bedeutungslosigkeit.

Ein solcher Absturz hat selbstverständlich viele Gründe. Einer, der wichtigste, geht an die Substanz dessen, was auch die deutschen Spieler sein wollen und worum sie kämpfen. Sie wollen nicht abgeschoben werden in die Rätselecken von Tageszeitungen und Illustrierten, nicht Nachbar sein von Skat-Aufgaben und Rösselsprung. Sie empfinden sich als Sportler.

Also dann: Robert Hübner, der beste deutsche Spieler, war bei der WM *in Luzern nicht dabei. Er sitzt weiter* im gelehrten Schmollwinkel. Sein Verzicht, so heißt es, soll Protest gegen den internationalen Verband sein, dem er „Verfügungsgewalt" über die Spieler vorwirft. Da mag er ja recht haben, der neue Weltmeister Garri Kasparow sieht das auch so. Aber er reagiert wirkungsvoller. Indem er Anatoli Karpow entthronte, ihn niederkämpfte und ausmanövrierte, fügte er auch dessen Freund, dem Weltschachbund-Präsidenten Campomanes, eine Niederlage zu. Spielen statt Schmollen – so geht es auch. Seine Kunst im Wettkampf zeigen, das ist Sport, im stillen Kämmerlein kunstvolle Gedankenmodelle entwerfen ist keiner.

Eric Lobron, der deutsche Meister, hat in Luzern gegen Karpow ein beachtliches Remis erreicht – aber er gewann keines seiner Spiele. Hatte er seine Kräfte kurz zuvor bei einem großen Turnier in New York erschöpft? Warum hat er dort gespielt, verlangt eine Weltmeisterschaft nicht eine andere Vorbereitung? Solche Fragen dürfen nur gestellt werden, wenn Schachspieler tatsächlich Sportler sind. Und sie glauben ja, welche zu sein. Wenn nicht, erübrigt sich alles. Dann verweisen wir sie hierzulande eben wieder ins Kaffeehaus und neben das Kreuzworträtsel.

que.

Denn ich weiß wohl, was für Gedanken ich über euch habe, spricht der Herr: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, daß ich euch gebe das Ende, des ihr wartet. (Jeremia 29, 11)

Gerda von Oertzen

geb. von Siemens

* 23. Mai 1922 † 19. November 1985

Joachim von Oertzen
Ebba von Oertzen
Hubertus, Achaz, Christian
Kristin Prinzessin Biron von Curland geb. von Oertzen
Michael Prinz Biron von Curland
Veronika, Alexander, Stephanie
Michaela Gräfin zu Waldburg-Wolfegg geb. von Oertzen
Wunibald Graf zu Waldburg-Wolfegg
Sophie, Isabelle, Ferdinand
Beatrix von Oertzen
Marion Freifrau von Wolff geb. von Siemens
Victor Freiherr von Wolff

8000 München 90, Rabenkopfstraße 27

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Der frühere Leiter der Abteilung Unterhaltende Musik des Westdeutschen Rundfunks

Professor Oskar Reisinger

ist am Freitag, dem 22. November 1985, im Alter von 77 Jahren in Köln verstorben.

Der kenntnisreiche Komponist wurde 1948 Programmgestalter beim damaligen NWDR in Köln und leitete die Abteilung Unterhaltende Musik von 1951 bis 1974.

Professor Oskar Reisinger war bei allen Kollegen beliebt, weil er ihnen ein väterlicher und gütiger Freund war.

Seine profunden musikalischen Kenntnisse und seine Fähigkeit, Qualitäten zu unterscheiden, sowie sein liebenswerter Humor schufen in seiner Umgebung eine angenehme Arbeitsatmosphäre.

Er erfand beliebte musikalische Sendereihen und hat sie bis zu seiner Pensionierung selbst gestaltet. Der Westdeutsche Rundfunk verdankt ihm viele Musikprogramme, die bei den Hörern großen Anklang fanden.

WESTDEUTSCHER RUNDFUNK KÖLN

Der Intendant	Für den Personalrat
Friedrich Nowottny	Rita Zimmermann

Die Exequien werden gehalten am Donnerstag, dem 28. November 1985, um 9.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Kunibert, Köln.

Die Beisetzung erfolgt am Freitag, dem 29. November 1985, um 11.00 Uhr in Salzburg auf dem Kommunal-Friedhof.

Am Samstag, dem 23. November 1985, verstarb unser ehemaliger Mitarbeiter und Direktor der Deutschen Shell AG, Herr

Dr. Walter Bauer

Er war bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1974 über 20 Jahre in vielfältigen Funktionen für unser Haus tätig, zuletzt 10 Jahre als Direktor für den Bereich Wirtschaftspolitik und Information. In verschiedenen Ausschüssen hat er unsere Gesellschaft als ständiges Mitglied vertreten.

Herr Dr. Bauer hat die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit unserer Gesellschaft in den Jahren wachsenden Interesses an energiepolitischen Fragen nachhaltig beeinflußt. Aufgrund seines starken persönlichen Engagements genoß er allgemein hohe Anerkennung und Wertschätzung.

Wir werden Herrn Dr. Bauer stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

DEUTSCHE SHELL AKTIENGESELLSCHAFT
Hamburg

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 29. 11. 1985, 11.00 Uhr, Friedhof Stiller Weg, Hamburg-Groß Flottbek.

DIE ● WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: *Axel Springer † Dr. Herbert Kremp*

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; *Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt:* Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; *Leserbriefe:* Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler, London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 0 22 019
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Kohl macht Briten Mut für Europa

● Fortsetzung von Seite 1

Partner darauf verzichteten, in der Allianz ihre spezifischen Interessen zu vertreten. Gute Beispiele hierfür böten die Diskussion über das Raketenabwehrsystem SDI und die Vorbereitung auf deo Genfer Gipfel.

Der Bundeskanzler nutzte seinen Aufenthalt in Cambridge, um den Satz aus seiner ersten Regierungserklärung zu bekräftigen, daß die Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland für den Westen und dessen Grundwerte „Teil unserer Staatsräson" sei. Jede verantwortungsbewußte Deutschlandpolitik müsse Nationalismus und neutralistischen Sonderwegen eine Absage erteilen. Zu einem Schlüsselsatz geriet Kohls Bemerkung, es gebe keinen Grund zu der Annahme, daß die Zuwendung zu den politischen Grundwerten des Westens „dort anders ist, wo Deutsche heute über ihr Schicksal nicht frei bestimmen können".

Gleichen Rang nahm des Kanzlers Hinweis darauf ein, daß die Bundesrepublik Deutschland „die Frage einer territorialen Vereinigung der Deutschen nicht in den Vordergrund" rücke. Die deutsche Spaltung sei „Teil des Antagonismus zwischen den totalitären Machtstruktureo des Ostens und den Demokratien des Westens". Ihre Überwindung setze deshalb grundlegende Veränderungen im Verhältnis von Ost und West voraus. Der Wille der Deutschen zum Frieden dürfe nicht zu dem Mißverständnis führen, „wir Deutschen würden uns mit jedem Stand der Dinge abfinden, der uns gewaltsam aufgezwungen wurde – ohne Rücksicht auf die Kontinuität unserer Geschichte und den Willen unseres Volkes".

Auch der Wille eines Volkes sei eine geschichtliche Kraft, die keine Politik ignorieren könne. Kohl: „Wir können auch niemals darauf verzichten, für die Verwirklichung der Menschenrechte jenseits der unser Land durchschneidenden Grenze einzutreten. In diesem Sinne betreibt die Bundesrepublik Deutschland keine Status-quo-Politik, und sie kann es auch nie tun – es sei denn, sie würde von der deutschen Geschichte Abschied nehmen und ihren eigenen Staatsgrundlagen untreu werden."

Stoltenberg: Große Steuerreform muß in wirtschaftliche Erneuerung passen

„Jede Entlastung soll verdient werden" / In der Etatdebatte sieht Apel leere Versprechungen

H. HECK / H.-J. MAHNKE, Bonn

Für die Bundesregierung ist eine große Steuerreform das wichtigste Ziel der nächsten Legislaturperiode. In der gestrigen Debatte des Bundestages, in der es vor allem um die Etats des Finanz- und Wirtschaftsministeriums ging, wurden die unterschiedlichen Vorstellungen der Koalitionspartei und der Opposition zu diesem Punkt noch einmal sehr deutlich, der in der Auseinandersetzung bereits jetzt einen breiten Raum einnahm.

Finanzminister Gerhard Stoltenberg stellte dabei fest, daß eine große Steuerreform, die nach den Vorstellungen der Regierungsparteien ein Volumen von rund 40 bis 50 Milliarden Mark haben soll, ihre positive Wirkung nur entfalten könne, wenn sie in das Konzept der marktwirtschaftlichen Erneuerung eingepaßt wird. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, nannte Stoltenberg wichtige Eckpunkte für eine Reform.

„Jede Steuerentlastung muß verdient werden." Sie müsse mit der Gesundung der öffentlichen Haushalte, mit niedrigen Zinsen und Preisen in Übereinstimmung gebracht werden. Hauptfinanzierungsquellen blieben eine Stärkung der volkswirtschaftlichen Kräfte und zugleich ein eng begrenztes Wachstum der Staatsausgaben. Jeder müsse bereit sein, der Steuerentlastung den Vorrang vor anderen finanzwirksamen Forderungen einzuräumen. An eine Selbstfinanzierung einer Steuerreform glaubt Stoltenberg jedoch nicht.

Zur Finanzierung reiche auch die Begrenzung der Ausgaben allein nicht. „Wir müssen daher den Abbau von Steuersubventionen und möglicherweise auch darüber hinausgehende Umschichtungsmöglichkeiten im Steuersystem in die Betrachtung einbeziehen", betonte ausdrücklich der Minister. Keineswegs dürfe der Fehler der Amerikaner wiederholt werden, die vor drei Jahren im Glauben an die Selbstfinanzierung von Steuersenkungen zu großzügige Entlastungsmaßnahmen ohne Rückführung der Ausgabenquoten beschlossen hätten und heute unter einem riesigen Schuldenberg litten.

Der Hauptansatzpunkt der Reform muß nach Ansicht Stoltenbergs der Einkommensteuertarif sein. Es gehe in erster Linie um eine Entlastung von 21 Millionen Steuerzahlern. Durch Abbau von Steuervergünstigungen sollten niedrigere Steuersätze auf einer breiteren Bemessungsgrundlage erreicht werden. Damit solle vermieden werden, daß immer weniger Steuerpflichtige immer höhere Steuern zahlen. Vor allem die jüngste Entwicklung in den USA, in Großbritannien und den Niederlanden mache eine weitergehende steuerliche Entlastung bei den Unternehmen dringend erforderlich.

Die Koalitionsparteien, darauf wies Stoltenberg nachdrücklich hin, stimmten bereits jetzt darin überein, daß die Grenzsteuerbelastung zurückgeführt werden müsse und über den gesamten Progressionsbereich gleichmäßig verlaufen sollte. „Ziel ist der linear-progressive Tarif." Einigkeit bestehe auch darin, daß neben dem Kinderfreibetrag auch der Grundfreibetrag erhöht werden müsse, um allen Steuerzahlern und ihren Familien ein steuerfreies Existenzminimum zu gewährleisten.

Im Hinblick auf die Ankündigungen für die Steuerreform mokierte sich der finanzpolitische Sprecher der SPD, Hans Apel, daß man sich „wechselseitig an unverbindlichen Versprechungen für eine ungewisse Zukunft" überbiete. Man könnte das alles als „Wahlspeck" und als Ablenkungsmanöver zur anstehenden mickrigen Steuersenkung abtun, wenn nicht als eine Finanzierungsquelle ein massiver Subventionsabbau angekündigt würde. Dem Finanzminister warf er vor, er habe während seiner dreijährigen Amtszeit entgegen vielerlei Ankündigungen die Beihilfen nicht reduziert, sondern massiv erhöht. Aber nun wolle Stoltenberg zur Finanzierung einer Steuerreform den Subventionen massiv zu Leibe rücken. „Wer soll an diesen Schwindel noch glauben?"

Apel kritisierte, daß in einer Nacht- und Nebelaktion den Landwirten Milliardensubventionen gewährt worden seien. Die Ansicht der SPD, dies helfe den bäuerlichen Familienbetrieben nicht, werde jetzt von unionsregierten Ländern aufgegriffen.

Diese Praxis steht nach Ansicht Apels im Widerspruch zur Weigerung Stoltenbergs, Mittel für das europäische Forschungsprogramm Eureka bereitzustellen. „Da fehlt Ihnen politisches Außenmaß." Er könne die politische und wirtschaftliche Dimension von Eureka nicht erkennen.

Als ein Dokument des Möglichen bezeichnete der FDP-Abgeordnete Wolfgang Weng den Haushalt 1986. Er warf der SPD-Opposition vor, bei ihr klafften finanzpolitisch Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Die Nettokreditaufnahme für den Etat 1986 sei zwar gegenüber dem ersten Entwurf um 1,9 auf 23,7 Milliarden Mark reduziert worden, trotzdem könne eine Steuerreform nicht allein aus sparsamer Haushaltsführung finanziert werden, wie es die CSU vorgeschlagen habe.

Der nordrhein-westfälische Finanzminister Diether Posser (SPD) erinnerte den Bundestag an seine Verantwortung für die Steuereinnahmen auch der Länder und warf der Bundesregierung vor, sie mache es sich mit weiteren Steuersenkungen zu leicht. Er sagte, die Regierung in Düsseldorf betreibe keine unverantwortliche Verschuldungspolitik. Nordrhein-Westfalen habe erhebliche gesamtwirtschaftliche Lasten wie bei Kohle und Stahl zu tragen.

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) reagierte darauf sehr scharf und hielt Posser entgegen, der Bund sei zwar für die Einnahmen mitverantwortlich, das Land jedoch für die Ausgabenpolitik.

Verteidigungsetat von SPD abgelehnt

gba. Bonn

Die Bundesregierung „bedauert" nach den Worten von Regierungssprecher Schmülling, „daß die SPD einmal mehr dem Verteidigungshaushalt ihre Zustimmung verweigert und damit die frühere Gemeinsamkeit in Sicherheitsfragen aufgekündigt hat". CDU/CSU und FDP hatten dem Verteidigungsetat von 49,9 Milliarden Mark zugestimmt, SPD und Grüne votierten wie im vergangenen Jahr dagegen. In der kontroversen Debatte hatte Verteidigungsminister Wörner drei vorrangige Aufgaben genannt: Sicherung des personellen Bestands, Abbau von Schwächen des Verteidigungssystems und verstärkte Nutzung moderner Technologie in der konventionellen Abwehr.

Rau prägt den Begriff „Überlebenspartnerschaft"

Sozialisten suchen eine Formel für ihre Sicherheitspolitik

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Embleme von NATO und SPD prangten eng nebeneinander an der großen Rückwand des Konferenzsaales: Seit gestern tagen in Bonn Repräsentanten der 14 sozialdemokratischen / sozialistischen Parteien aus den europäischen NATO-Staaten und versuchen gemeinsame Formulierungen über Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu finden. Es ist die Fortsetzung einer ersten Zusammenkunft im Frühjahr in Lissabon, und der Kreis ist entstanden aus den gemeinsamen Beratungen in der „Skandilux" (Dänemark, Norwegen plus Benelux-Staaten)- sowie der „Eursud" (Italien, Portugal, Spanien)-Gruppe, an denen SPD, französische Sozialisten und britische Labour Party jeweils nur als Beobachter teilgenommen hatten.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau sagte zur Begrüßung, daß man „gemeinsame Überzeugungen" vertrete, zu denen eben auch gehöre, daß „alle unsere Länder ihre Sicherheit im Rahmen des Bündnisses finden". Auch die Griechen hatten dem bereits in Lissabon ausdrücklich zugestimmt. Und Rau fuhr fort: „Das Wort ‚Ami go home' hat man aus dem Osten in den letzten zehn Jahren nicht mehr gehört, und man weiß sicher in den Ländern des Warschauer Vertrages, daß eine Wiederaufnahme dieses Slogans nicht realistisch wäre." Es gehöre eben auch zu den Ergebnissen der Ostpolitik der siebziger Jahre, daß „die Sowjetunion anerkannt hat, daß Sicherheitsfragen in und für Europa nicht ohne die USA zu lösen sind".

Es geht bei diesem zweiten Treffen in Bonn, in dem die SPD-Führung auch eine westliche Entsprechung zu ihren Parteikontakten mit östlichen Kommunisten sieht, unter anderem um eine Stärkung des sozialdemokratisch / sozialistischen Selbstbewußtseins, nachdem man in den vergangenen Jahren häufig aus der Regierung in die einflußlosere Opposition umziehen mußte. Rau faßte es in die Worte, daß „unser Ruf nicht überhört werden" könne und dies „für jede Partei gut sein" würde.

Die große Runde unter der Tagungsleitung von Egon Bahr ist ohne feste Tagesordnung, nur mit dem Ziel einer gemeinsam zu erarbeitenden Plattform an den Rhein gekommen. Allerdings haben als Auftrag der Lissaboner Runde Bahr, der Generalsekretär der französischen Sozialisten, Jacques Huntzinger, der Parteirats-Vorsitzende der italienischen PSI, Paolo Vittorelli, und der parlamentarische Geschäftsführer der niederländischen PVDA, Klaas de Vries, vorher jeweils unabhängig voneinander Positionspapiere erarbeitet, die eine Grundlage für die offene Diskussion hinter hermetisch verschlossenen Türen bieten sollen. Wie von Teilnehmern eingeräumt wird, bestehen allerdings in Einzelfragen zwischen diesen Papieren durchaus noch „Divergenzen".

Zu den gemeinsam von allen bereits in Portugal unterstrichenen gemeinsamen sicherheitspolitischen Grundlagen gehört auch, daß „der amerikanische Nuklearschirm nicht zu ersetzen" sei – auch nicht durch Frankreich. Aber das Bonner Treffen könne, so ist eine der Erwartungen, vielleicht durch die Franzosen selbst mehr Klarheit darüber bringen, welche Rolle denn in Paris der Force de frappe für die Zukunft in der europäischen Sicherheitspolitik zugemessen werde.

Wenn sich bis heute abend die Hoffnungen auf ein gemeinsam erarbeitetes sicherheitpolitisches Papier erfüllen sollten, das über die bilateralen Festschreibungen zwischen SPD und französischen Sozialisten aus dem Frühsommer hinausgehen und unter anderem auch die „Sicherheitsinteressen Europas gegenüber beiden Supermächten" definieren soll, ist die Fortsetzung der Runde fest eingeplant. Die Parteien wollen dann versuchen, wie es in der SPD-Führung heißt, auch „bisher noch nicht erörterte Substanzfragen" in Angriff zu nehmen, „zum Beispiel, ob denn die Abschreckung immer bleiben muß". Dabei wird auch das von Egon Bahr und Helmut Schmidt geprägte Wort von der „Sicherheitspartnerschaft" eine wesentliche Rolle spielen, das Rau gestern bereits in die Tagung einführte, als er die Genfer Gipfelgespräche würdigte: Reagan und Gorbatschow hätten deutlich gemacht, daß sie bereit zu sein scheinen, „vom Zustand der gegenseitig gesicherten Zerstörung" wegzukommen zu einer „Überlebens-Partnerschaft", aus der „in der nächsten Phase eine Sicherheitspartnerschaft werden" müsse.

Deutsche in Anschlag verwickelt?

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Ermittlungen zur Aufklärung des Bombenanschlages auf ein Einkaufszentrum der amerikanischen Streitkräfte in Frankfurt konzentrieren sich jetzt auf die Suche nach mutmaßlichen deutschen Helfern der Täter, die von Zeugen als Ausländer beschrieben worden waren. Eine heiße Spur gibt es nach Angaben aus Sicherheitskreisen noch nicht. Derzeit prüfen die Fachleute noch die Zusammensetzung des Sprengstoffes der Bombe, die ein Auto vor dem amerikanischen Supermarkt buchstäblich in Stücke zerrissen hatte. Zwar schließen die Fahnder nicht aus, daß Ausländer, möglicherweise Palästinenser, den Anschlag verübt haben. Ein denkbares Motiv wäre die Rache für das Eingreifen der amerikanischen Luftwaffe, das zur vorübergehenden Festsetzung der Entführer des Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro" in Italien geführt hatte. Es sei allerdings sehr unwahrscheinlich, so heißt es, daß die beiden als Araber beschriebenen mutmaßlichen Attentäter, die marokkanische Pässe besessen hatten, ohne jede Unterstützung in der Bundesrepublik Deutschland gehandelt hätten. Die beiden hatten auf einem Automarkt in Gravenbroich bei Frankfurt einen Gebrauchtwagen der Marke BMW gekauft und ihn tags darauf mit einer Sprengladung an Bord vor dem US-Supermarkt abgestellt. Zum einen hatten sie die günstige Kaufmöglichkeit kennen müssen. Zum anderen, argumentieren Sicherheitsexperten, mußten sie die deutschen Vorschriften kennen, nach denen ein Gebrauchtwagen beim Verkauf das alte Nummernschild behält, bis er binnen einer Frist von einer Woche auf den neuen Besitzer umgemeldet wird. Die Attentäter konnten deshalb einen Wagen mit einem echten, ordnungsgemäß gemeldeten Kennzeichen parken und sicher sein, daß dieses Fahrzeug auch bei einer Halter-Überprüfung durch die Polizei nicht auffallen würde.

Das Auto war auf demselben Gebrauchtwagenmarkt gekauft worden, auf dem auch der Wagen erstanden worden war, mit dem noch immer unbekannte Täter am 8. August einen Bombenanschlag auf dem US-Militärflughafen Frankfurt verübt hatten, bei dem zwei Menschen getötet worden waren.

Donnerstag, 28. November 1985
Nr. 277

WELT DER WIRTSCHAFT

Die Kohlen stimmen

Bm – Ob Veba oder VEW, immer wieder müssen sich die Vorstände beider Unternehmen die Frage anhören, warum sie sich in so hohem Maße an der deutschen Steinkohle und im speziellen Fall an der Ruhrkohle AG beteiligen. Hinter diesen Fragen steckt offensichtlich die Sorge, daß beide Unternehmen mit ihrem Kohle-Engagement Schaden nehmen könnten.

Dabei sollten all die, sie sonst das Hohelied der Kohle singen, zufrieden mit der Tatsache sein, daß sich nach der Stahlindustrie nun die neuen großen Kunden des Steinkohlenbergbaus dieses nach wie vor notleidenden Wirtschaftszweiges annehemen, die Verstromer nämlich.

Ihr Engegement hat keinen anderen Sinn als mit dafür zu sorgen, daß der Steinkohlenbergbau so rationell und marktnah wie nur möglich geführt wird – im Sinne einer möglichst niedrigen Kohlenrechnung für die Stromerzeuger. Denn es gibt wohl keinen Zweifel,

- daß der Jahrhundervertrag auch über 1990 hinaus fortgeschrieben,
- *daß Energie wieder knapp*
- und das der Bergbau wohl niemals auf subventionen verzichten können wird.

Der Kohle sind die neuen Anteilseigner recht, denn sie geben bereits zu erkennen, daß der Bergbau in die Lage versetzt werden muß, ein angemessenes Eigenkapital aufzubauen, ohne daß es sofort wieder gegen Subventionen aufgerechnet wird. Und wenn dann noch die Bergbau-Mitarbeiter ihr Subventionssysdrom verlieren, dann sollten *die Kohlen eigentlich stimmen.*

Vermengt

ed. – „Rin in die Kartoffeln – raus aus die Kartoffeln." Das ist alles, was dabei herauskommt, wenn Kommerz *mit Politik* vermengt wird, wenn versucht wird, mit wirtschaftlichen Repressalien politische Ziele zu erreichen. Bestes Beispiel: Der Stopp der Kreditvergabe amerikanischer Banken an Moskau nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan hat nicht eine einzige sowjetische Kompanie aus dem unterjochten Land verjagen können. Nach sechs Jahren Funkstille im amerikanisch-sowjetischen Kreditgeschäft drehen vier der größten amerikanischen Banken den Kredithahn nun wieder auf. Geschieht das wirklich nur wegen der atmosphärischen Verbesserungen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nach dem Genfer Gipfel? Davon, daß die wirtschaftlich in der Klemme steckenden Sowjets *US-Bankkredite* politisch honorieren, ist noch nichts zu hören. Oder denken die US-Banken nur daran, daß sie mit der Finanzierung von *Getreideexporten* in die UdSSR ihrer notleidenden Farmerkundschaft helfen können?

Isoliertes Pfund

Von WILHELM FURLER, London

Es ist deprimierend zu beobachten, wie unrealistisch von britischen Politikern *auch heute noch*, bald sieben Jahre nach der Gründung des Europäischen Währungssystems EWS, eine volle Mitgliedschaft Großbritanniens ablehnend beurteilt wird. Erst vor wenigen Tagen hat der Parlamentarische Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen, dem Abgeordnete aller Parteien im Unterhaus angehören, eine Vollmitgliedschaft Großbritanniens im Wechselkurs-Mechanismus des EWS als „unangebracht" zurückgewiesen.

Als das Währungssystem im Frühjahr 1979 von acht EG-Regierungen ins Lebens gerufen wurde, entschied sich die damalige Labour-Regierung, dem Wechselkurs-Mechanismus mit festen Wechselkursbandbreiten für die einzelnen Mitgliedswährungen fernzubleiben, und nur als EWS-Partner bei Grundsatzvereinbarungen aufzutreten. Das Argument lautete damals, die britische Wirtschaft sei nicht in der Lage, im Wettbewerb mit der deutschen zu bestehen; eine künstliche Stützung des Pfundkurses würde eine untragbare Belastung bedeuten.

Nach etlichen Berg- und Talfahrten ist das Pfund heute wieder bei der derselben D-Mark-Parität wie damals angelangt. Doch die Wettbewerbsfähigkeit Großbritanniens gegenüber der deutschen Wirtschaft hat sich seither um rund 28 Prozent verschlechtert. Dies ist nicht etwa die Folge des praktisch unveränderten Wechselkurses, sondern zu einem ganz erheblichen Teil das Resultat eben dieser selbstgewollten Isolation, dem Währungssystem fernzubleiben.

Damals genauso wie unlängst in dem Bericht des Parlamentsausschusses wurde die alte und fatale Position bezogen, Großbritannien könne sich einen Wettbewerbsvorteil dadurch ergattern, daß man den Pfundkurs fallen läßt. Strikte Kostenkontrolle und Inflationsbekämpfung sind dann, so der zugrunde liegende Trugschluß, längst nicht mehr so vordringlich.

Allein dieser Irrglaube, der unausgesprochen hinter den Empfehlungen gegen die volle EWS-Mitgliedschaft steckt, sollte Frau Thatcher ermuntern, die Wechselkurs-Isolation endlich und augenblicklich aufzugeben. Für die Regierungschefin ist es ein Unding, sich in ihrer bislang ablehnenden Haltung auf eine Stufe mit *den Verfassern des Anti-EWS-Berichtes* gestellt zu sehen.

Da zugegebenermaßen ein großer Teil von ihnen aus EG-feindlichen *Labour-Abgeordneten und möglicherweise* „überbritischen" Konservativen besteht, lautet die Empfehlung des gesamten Ausschusses im *Klartext, möglichst wenig mit Europa* zu tun zu haben, einen übergeordneten Finanzrahmen, der die Freiheit für inflationäre Programme einschränkt, *abzulehnen und trotz aller* schlechter Erfahrungen der Vergangenheit mit dem Versuch zu spielen, über den Wechselkurs Handelsvorteile zu manipulieren.

Der französischen Regierung ist die Bekämpfung der von ihr anfangs selbst verschuldeten Inflation vor al*lem deshalb gelungen*, weil sie entschlossen an ihrem Platz im EWS festgehalten hat. Heute kommt der britischen Wirtschaft immer beklem*mender* zum Bewußtsein, daß sie längst auch gegenüber einer zweiten europäischen Wirtschaftsmacht an Wettbewerbskraft verliert. Um diesen Prozeß zu stoppen und umzukehren, wären Wechselkursmanipulationen ein ungeeignetes und auf gefährliches Mittel.

In der britischen Wirtschaft, vom Industrieverband CBI über die Großbanken und Wirtschaftsforschungsinstitute bis hin zum Notenbankchef selbst, häufen sich die Aufforderungen an das Thatcher-Team, dem EWS endlich beizutreten. Denn für sie ist das immer wieder vorgebrachte Argument, das Pfund sei als Nordseeöl-Währung zu starken Schwankungen ausgeliefert, längst nicht mehr stichhaltig. Denn erstens sind die Zeiten extremer Ölpreisschwankungen erst einmal vorüber. Und zweitens wird der Status des Pfundes als Nordseeöl-Währung unaufhaltsam abgebaut.

Ist nicht die gegenwärtige Hochzinspolitik der Regierung Thatcher zur Verteidigung des Pfundes ohnehin genau das, was bei einer Vollmitgliedschaft im EWS zu erwarten wäre? Nur daß Großbritannien – was Importeure und Exporteure zu spüren bekommen – gegenüber den acht Mitgliedsländern durch die immer wiederkehrenden Kursschwankungen des Pfundes benachteiligt ist.

EG / Die Budgetminister einigen sich in Brüssel auf neuen Haushaltsentwurf

Süderweiterung der Gemeinschaft führt zu erheblich höheren Ausgaben

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal schlägt sich erwartungsgemäß in erheblich höheren Ausgaben der Gemeinschaft nieder. In 19stündigen Verhandlungen verständigten sich die Budgetminister gestern morgen auf einen neuen Haushaltsentwurf, der die Ansätze des Vorjahres um 14,9 Prozent übersteigt.

Die EG-Kommission hatte sogar Mehrkosten von 23,3 Prozent geltend gemacht. Auch das Europa Parlament wollte die Ausgaben noch kräftiger erhöhen. Der vom Rat in zweiter Lesung gebilligte Etat sieht Zahlungsermächtigungen von 32,68 Milliarden Ecu (rund 71,9 Milliarden Mark) vor. Gegenüber dem ersten Entwurf bedeutet dies eine Aufstokkung um rund 890 Millionen Ecu (1,96 Milliarden Mark). Nur so kann gesichert werden, daß die beiden neuen Mitgliedsländer nicht schon im ersten Jahr nach ihrem Beitritt zu Nettozahlern in der EG werden.

Ursprünglich hatte der Rat die von der Kommission geschätzten „Beitrittskosten" nur zu einem kleinen Teil in seinem Budgetentwurf berücksichtigt. Dabei geht es vor allem um Zahlungen aus den drei Strukturfonds. Da die neuen Mitgliedsländer nur schrittweise in die gemeinsame Agrarpolitik integriert werden, sind sie, um nicht Nettozahler zu werden, *von Anfang an auf* erhebliche Zuschüsse aus diesen „Finanztöpfen" angewiesen.

Die zunächst vom Rat geübte Zurückhaltung erklärt sich vor allem aus dem komplizierten Haushaltsverfahren der EG. So spekulierte der Rat darauf, daß ein Teil der benötigten Gelder im Rahmen der ohnehin vom Europa-Parlament vorgenommenen Aufstockungen aufgebracht werden und den neuen Mitgliedsländern zugute kommen würden.

Das Straßburger Haus scheute jedoch vor einem neuen Konflikt mit den Regierungen nicht zurück. Durch eine kräftige Überziehung seiner „Manövriermasse" machte es deutlich, daß die Verantwortung für die Zusagen an Spanien und Portugal beim Rat liege. Die Finanzminister sahen keinen anderen Ausweg, als jetzt nahezu die gesamten „Beitrittskosten" wieder in den Haushalt einzusetzen. Dagegen stimmten Großbritannien und Irland.

Immerhin bleibt der neue Entwurf um etwa 70,4 Millionen Mark hinter den von der Kommission veranschlagten Kosten zurück. Der als Beobachter an den Verhandlungen beteiligte spanische Regierungsvertreter drohte deshalb vorübergehend damit, das Problem am kommenden Montag vor die Konferenz der Regierungschefs zu bringen.

Auf Initiative der EG-Kommission beschloß der Rat eine Überprüfungsklausel. Danach soll die EG-Behörde bis Mitte 1986 klarstellen, ob das Geld für die Strukturfonds ausreicht und notfalls einen Ergänzungshaushalt vorschlagen. Für die Agrarkosten des Beitritts wurde bereits ein Zusatzbetrag von 250 Millionen Ecu (550 Millionen Mark) in Aussicht genommen.

Zu einem Ergänzungshaushalt wird es wohl schon wegen der noch schwer zu übersehenden Entwicklung der Agarausgaben kommen. Diese hängen vor allem von der Entwicklung des Dollarkurses, aber auch von den jährlichen Preisbeschlüssen der Agrarminister ab. Fürs erste sind die landwirtschaftlichen Marktordnungsausgaben für 1986 auf rund 21 *Milliarden Ecu (46,2 Milliarden Mark)* veranschlagt worden.

Langwierige Diskussionen gab es auch über den Wunsch der Kommission, *die immer stärker auseinander*klaffende Lücke zwischen Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen zu verkleinern. In den vergangenen *Jahren* hatten die Minister vielfach erheblich geringere Zahlungsermächtigungen beschlossen, weil die Zuschüsse für die im Rahmen der Fonds vorgesehenen Projekte meist erst nach einer gewissen Übergangsfrist ausgezahlt werden müssen.

Inzwischen besteht jedoch die Gefahr, daß die Fonds ihre Aufgaben nicht mehr voll erfüllen können. Die Kommission hatte eine erhebliche Aufstockung der Mittel zur Verringerung dieser „Altlast" beantragt. Statt drei Milliarden Mark bewilligte der Rat jedoch nur 880 Millionen.

INTERNATIONALE KONJUNKTUR

Ifo: In den Schwellenländern verschlechtert sich die Lage

DANKWARD SEITZ, München

Die internationale Konjunkturentwicklung für die nächsten sechs bis zwölf Monate wird weltweit insgesamt vorsicbtig optimistisch beurteilt. Zu diesem Ergebnis kommt die jüngste Umfrage des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung bei rund 500 führenden Wirtschaftsexperten in 50 Ländern. Auffallend dabei ist jedoch, daß nun gegenüber September 1984 sich docb relativ deutlicbe Unterschiede nach Regionen feststellen lassen.

Während so die wirtschaftliche Lage der Industrieländer weiterhin als *befriedigend* (Note: 5,2 nach 5,3) erachtet wird und ihre Zukunftschancen sogar noch etwas besser eingestuft werden, bekommen die Entwicklungsländer (4,3 nach 4,7) vor allem aber die Schwellenländer längst nicht mehr so gute Noten wie vor einem Jahr. Insbesondere bei letzteren hat sich die Lage (2,1 nach 3,6) nacb Meinung der Experten deutlich zum Schlecbteren verändert. Ebenso haben sich die Erwartungen merklicb eingetrübt.

Nicht nur diese Kombinatioo von ungünstiger Lagebeurteilung und Zukunftspessimismus geben, so das Ifo, Anlaß zur Sorge. Denn auch hinsichtlich ihrer mittelfristigen Wachstumsaussichten werden die Schwellenländer nun erheblich schlechter bewertet. So erwarten die Experten, daß das reale Bruttoinlandsprodukt dieser Staaten in den nächsten drei bis fünf Jahren durchschnittlich nur noch um 1,8 (September 1984: 2,4) Prozent wachsen wird. Wesentlich optimistischer ist man dagegen für die Entwicklungsländer, für die sogar eine Wachstumsrate von 4,3 (3,5) Prozent erwartet wird; in den Industriestaaten werden es 2,6 (2,7) Prozent sein.

Im Durchschnitt der erfaßten 50 Länder wird das Außenhandelsvolumen weiter steigen. In den Industriestaaten rechnet man mit einer Erhöhung der Exporte und Importe etwa im gleichen Ausmaß und einer leichten Verbesserung der Handelsbilanzen. Die Schwellen- und Entwicklungsländer dagegen wollen ihre Ausfuhren stärker steigern als die Einfuhren. Dennoch befürchten die Befragten eine Verschlecbterung der Zahlungsbilanzsituation.

Als unverändert günstig wird das Investitionsklima eingstuft, wobei dieses Bild allerdings von den Industrieländern dominiert wird. Einer leichten Verbesserung hier stehen deutliche Verschlechterungen in den beiden anderen Regionen gegenüber. Sowohl in den Schwellen- als auch in den Entwicklungsländern wurde nach Angaben des Ifo die Marke „befriedigend" spürbar unterschritten. Tendenzen zur Besserung sind nur in den Entwicklungsländen erkennbar.

Als zentrale wirtschaftliche Probleme in den Industrieländern werden weiterhin Arbeitslosigkeit und Staatsdefizit angeführt.

AUF EIN WORT



„Wir müssen jedem Mitarbeiter klarmachen, daß nicht nur die Zukunft des Unternehmens von einer verstärkten Marktorientierung abhängt, sondern daß auch sein Gehalt und sein Arbeitsplatz letztlich vom Kunden zur Verfügung gestellt werden."

Dr. Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, Berlin/München FOTO: WOLF P. PRANGE

Mehr Aufträge aus dem Inland

Mk. Bonn

Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im dritten Quartal fortgesetzt. Nach dem jüngsten Lagebericht des Bundeswirtschaftsministeriums nahm die Nachfrage nach Industrieprodukten im dritten Quartal preis- und saisonbereinigt gegenüber dem zweiten Vierteljahr um ein Prozent zu. Dabei expandierten die Inlandsaufträge um drei Prozent. Dies zeigt nach Ansicht des Ministeriums, daß die binnenwirtschaftlichen Auf*triebskräfte an Stärke gewonnen haben*. Die Auslandsbestellungen hingegen gingen gegenüber dem zweiten Quartal leicht um ein Prozent zurück.

PERSONALNEBENKOSTEN

Anstieg setzt sich fort, aber Tempo hat sich verlangsamt

Mk. Bonn

Die Dynamik der Personalnebenkosten hat sich zwar abgeschwächt, sie ist jedoch immer noch stärker als der Anstieg der Löhne und Gehälter. Dies geht aus einer Untersuchung des Bundeswirtschaftsministeriums hervor. Danach werden bei den Personalkosten unterschieden: das Entgelt für geleistete Arbeit (Zahlungen, die ausschließlich der geleisteten Arbeitszeit zuzurechnen sind) und die Personalnebenkosten, zu denen alle übrigen Kosten zählen wie Sonderzahlung, Vergütung arbeitsfreier Tage, Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen oder Ausbildungsvergütungen.

Die durchschnittlichen Personalkosten je Arbeitnehmer in der Industrie beliefen sich 1981 auf 48 355 Mark. Sie sind nach den Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft bis 1984 auf 53 700 Mark gestiegen. Damit haben sich die Personalkosten seit 1969 um 223,6 Prozent erhöht. Die Personalnebenkosten werden für 1984 mit 23 800 Mark angegeben. Dies bedeutet einen Zuwachs um 344,6 Prozent. Besonders kräftig war der Zuwachs in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Zwischen 1969 und 1975 wurde ein durchschnittlicher Zuwachs von 15,8 Prozent registriert, zwischen 1981 und 1984 waren es *noch 4,1 Prozent.*

Das Entgelt für geleistete Arbeit stieg von 1969 bis 1984 um 166 Prozent auf 29 900 Mark. Aufgrund der stärkeren Dynamik der Personalnebenkosten ist ihr Anteil an den Personalkosten von 32,3 Prozent 1969 auf 44,3 Prozent 1984 gestiegen. Gemessen an den direkten Entgelten erhöhten sich die Nebenkosten von 47,6 auf 79,6 Prozent.

WELTTEXTILABKOMMEN

Außenhandelsvereinigung für Abkehr vom Dirigismus

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Für eine Abkehr vom Dirigismus im internationalen Handel mit Textilien und Bekleidungsartikeln tritt die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE) ein. Die Interessenvertretung bedeutender Gruppen des deutschen Einzelhandels weist im Vorfeld des Anfang Dezember tagenden Textil-Komitees des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) darauf hin, „daß nach übereinstimmenden Berechnungen das Welttextilabkommen den Verbraucher in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit mindestens *15 Milliarden Mark* jährlich belastet".

Das im Juli auslaufende Welttextilabkommen müsse daher von einer *liberalen Übergangsregelung* abgelöst werden. Notwendig sei dies angesichts der Bemühungen um eine neue Welthandelsrunde, der restriktiven handelspolitischen Entwicklung in den USA und nicht zuletzt wegen der starken Verschuldung der meisten Entwicklungsländer. Vertretbar sei dies wegen der günstig verlaufenen Strukturanpassung in weiten Bereichen der Textil- und Bekleidungsindustrie und der ständig zunehmenden Exporterfolge beider Industriezweige.

Obwohl der Textil- und Bekleidungssektor zu den europäischen Industrien gehört, die durch internationale Abkommen und Zollmaßnahmen mit am meisten geschützt sind, hätte der Strukturwandel nicbt aufgehalten werden können. Selbst bei restriktivster Ausgestaltung dieses Abkommens lasse sicb auf Dauer kein einziger Arbeitsplatz sichern. *Überdies würden 30 Prozent* der Fertigwarenimporte von der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie selber getätigt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundeshaushalt 1986

Plan

Einnahmen 263,5 Milliarden DM		Ausgaben 263,5 Milliarden DM	
Lohn- und Einkommensteuer	77,2	Arbeit und Soziales	58,5
Umsatzsteuer	61,9	Verteidigung	49.9
Mineralölsteuer	25,0	Zinsen	34,2
Ertrag- und Körperschaftsteuer	21,1	Verkehr	25,4
Tabaksteuer	14,8	Jugend, Familie	18,2
Branntweinabgaben	[illegible]	Pensionen	9,6
Versicherungsteuer	[illegible]	Forschung	7,5
Bundesbankgewinn	12,5	Landwirtschaft	[illegible]
sonstiges	20,3	Entwicklungshilfe	[illegible]
Netto-Kreditaufnahme	23,7	Bau, Raumordnung	[illegible]
		Wirtschaft	4,8
		Bildung	4,1
		sonstiges	31,8

Im Bundeshaushalt 1986 bleibt der Anstieg der Ausgaben gegenüber dem Ausgabensoll 1985 mit plus 1,6 Prozent sehr niedrig; aber auch die Einnahmen steigen mit plus 2,3 Prozent nur wenig. Der Bedarf des Bundes an neuen Krediten sinkt im Vergleich zum geltenden Finanzplan von 25 auf 23,7 Mrd. DM. QUELLE: GLOBUS

„Höchster Überschuß der Leistungsbilanz"

Berlin (AP) – Den höchsten Überschuß in ihrer Geschicbte kann die Bundesrepublik in der diesjährigen Leistungsbilanz erwarten, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Wochenbericht veröffentlichte. „Im gesamten Jahr 1985 wird die Leistungsbilanz mit einem Aktivsaldo von etwa 40 Mrd. DM abschließen", erklärte das Berliner Institut. In den ersten drei Quartalen 1985 addiere sich der saisonbereinigte Überscbuß bereits auf rund 28 Mrd. DM, gut dreimal soviel wie in der entsprechenden Vorjahresperiode, hieß es.

Notierung ausgesetzt

Mannheim (dpa/VWD) – Die Aktienkursnotierung der Brown, Boveri und Cie AG (BBC), Mannheim, ist gestern „im Auftrag der AG Brown, Boveri und Cie, Baden/Schweiz, und im Einvernehmen mit BBC Mannheim" ausgesetzt worden, teilte BBC Mannheim zu dem überraschenden Schritt gestern mit. Der Verwaltungsrat der schweizerischen Muttergesellschaft berate, wie es auf Anfrage weiter heißt, am 2. Dezember über „Maßnahmen, die Auswirkungen auf den Börsenkurs von BBC Mannheim" haben könnten. Im Hause BBC Mannheim wird, wie inoffiziell verlautet, bereits seit einiger Zeit über eine Änderung im Gefüge des internationalen Konzerns spekuliert. Am Grundkapital von 156 Mill. DM an BBC Mannheim sind die AG Brown, Boveri mit rund 58 Prozent und freie Aktionäre mit 44 Prozent beteiligt.

Geringeres Defizit

Washington (dpa/VWD) – Das US-Handelsbilanzdefizit hat im Oktober 11,5 Mrd. Dollar betragen, eine leichte Besserung nacb dem Rekordminus von 15,5 Mrd. Dollar im September. Wie das Finanzministerium in Washington mitteilte, ergibt sich damit für die ersten zehn Monate dieses Jahres ein Fehlbetrag in der Außenhandelsbilanz von 118,1 Mrd. Dollar (rund 319 Mrd. DM). Das sind nur 5,18 Mrd. Dollar weniger als im Gesamtjahr 1984.

Höhere Spesen möglich

Bonn (AP) – Wer auf Dienstreise geht oder geschäftlich zu doppelter *Haushaltsführung* gezwungen ist, kann ab 1. Januar 1986 höhere Spesen voo der Steuer absetzen. Wie das Finanzministerium in Bonn gestern *mitteilte*, sollen die Lohnsteuer-Richtlinien und die Lohnsteuer-Durchführungsverordnung nach einer Übereinkunft zwischen dem Bund und den Finanzbehörden der Länder entsprechend geändert werden.

Einfuhrpreise gesunken

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Preise für Einfuhren in die Bundesrepublik sind im Oktober stark gefallen. Im Vergleich zum September sind sie um 2,8 Prozent billiger, im Vergleich zum Oktober 1984 um 4,7 Prozent. Dies teilte das Statistische Bundesamt *gestern* in Wiesbaden mit. Im September hatte die Jahresrate noch minus 1,4 Prozent und im August minus 0,6 Prozent betragen.

Garantie-Erklärung

Saarbrücken/Brüssel (dpa/VWD) – Die Bundesregierung hat bei der EG-Kommission in Brüssel eine Garantieerklärung zur Umsetzung des Sanierungskonzeptes für den Fortbestand der angeschlagenen Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, vorgelegt. Das wurde aus Kreisen der Brüsseler Behörde bekannt. Eine solche Erklärung ist nach dem sogenannten Beihilfecodex in der Stahlindustrie Voraussetzung für die endgültige Freigabe der von Bundes- und saarländischer Landesregierung beantragten staatlichen Hilfen von zusammen 470 Mill. DM an Arbed Saarstahl. Von diesem Gesamtbetrag soll das zum Luxemburger Arbed-Konzern gehörende Unternehmen 120 Mill. DM *noch* 1985 *erhalten.*

Heizölabsatz gestiegen

Eschborn (dpa/VWD) – Der Absatz von leichtem Heizöl ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres 1985 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 8,5 Prozent auf 28,5 Mill. Tonnen gestiegen. Der Verbrauch von Diesel nahm im gleichen Zeitraum um 4,3 Prozent auf 10,8 Mill. Tonnen zu. Das teilte das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, gestern mit. Insgesamt hat sich der Absatz aller Mineralölprodukte in den ersten drei Quartalen nur leicht um 2,6 Prozent auf 78,4 Mill. Tonnen erhöht.

BADEN-WÜRTTEMBERG

34 000 neue Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe

nl. Stuttgart

Gute Aussichten, in diesem Jahr im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet wieder mit einer überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aufwarten zu können, rechnet sich die baden-württembergische Industrie aus. Wie Landesverbandsvorsitzender Hans Freiländer in Stuttgart anläßlich der Mitgliederversammlung mitteilte, erwarte er einWachstum der Produktion und der Auftragseingänge von jeweils neun Prozent. Dabei sei freilich das durch einen mehrwöchigen Arbeitskampf beeinflußte niedrige Gesamtniveau des vergangenen Jahres zu berücksichtigen.

Träger des Wachstums sind vor allem der florierende Export sowie die starke Nachfrage nach Investitionsgütern. *Es sei zu erwarten, daß die* Aufschwungtendenzen im kommen*den Jahr anhielten. Zn hoffen sei, daß* auch die Konsumgüterkonjunktur in Fahrt komme und die Abwärtsfahrt der Bauwirtschaft abgebremst werde.

*Im verarbeitenden Gewerbe in Ba*den-Württemberg wurden innerhalb eines Jahres rund 34 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Demgegenüber sind allerdings im Bauhauptgewerbe im selben Zeitraum rund 16 000 Arbeitsplätze weggefallen. Freiländer machte deutlich, daß die Industrie des Südwestens weitgehend auf einer Linie mit dem Grundkonzept der Stuttgarter Landesregierung zur Bewältigung des Strukturwandels liege. „Zögerlich" nennt er *aber die Haltung der Landesregie*rung in der Frage des Baus eines weiteren Kernkraftwerks. Hier sollte spätestens bis 1987 eine Entscheidung fallen, damit dieses Mitte der neunziger Jahre in Betrieb gehen könne.

GRENZÜBERSCHREITENDER GÜTERVERKEHR / Rückenstärkung für Dollinger

DIHT für mehr Freizügigkeit in EG

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Wenn es um mehr Freizügigkeit für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft geht, dann steht selbst der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hinter der Politik von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger, die er sonst mit gebremstem Schaum häufig kritisiert. Nach Ansicht des DIHT sollte sich das Güterkraftverkehrsgewerbe, dessen Verband Dollinger scharf attackiert hatte, rasch auf den jüngsten Beschluß der EG-Verkehrsminister einstellen, *bis spätestens 1992 einen freien Ver*kehrsmarkt ohne mengenmäßige Beschränkungen zu schaffen und während der Übergangszeit die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen.

Dieser Beschluß zeige, wie recht Dollinger mit seiner Meinung hatte, *daß sich jeder*, der die deutsche Marktordnung für ein Muster halte, das sich auf Europa übertragen lasse, „in einer trügerischen Sicherheit wiege". Der Beschluß habe den Weg für ein koordiniertes Vorgehen bei der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen und für eine Marktordnung ohne Kontingente für den zwischenstaatlichen Verkehr geschaffen. Ob der Verkehrsausschuß des Bundestages weiterhin die Augen vor den europäischen Realitäten verschließen *will, möge er selbst entscheiden.* Der Ausschuß hatte sich unmittelbar vor dem Beschluß der Verkehrsminister für Kontingente ausgesprochen.

Das Güterkraftverkehrsgewerbe sollte sich nach Ansicht des DIHT aber nicht länger von gefällig formulierten Entschließungen beeindruk*ken lassen, deren Verfasser* für die Gestaltung der europäischen Verkehrspolitik letztlich nicht zuständig sind. Der Blick sollte mehr auf die Chancen als auf die Risiken gelenkt werden, die mit der Öffnung des europäischen Marktes im Verkehr verbunden sind.

Der grenzüberschreitende Verkehr sei der eigentliche Wachstumsmarkt des Straßengüterverkehrs. An diesem Verkehr ist das deutsche Verkehrsgewerbe *nacb Angaben des DIHT* in der Regel, in wichtigen Verbindungen sogar überdurchschnittlich, beteiligt. Eine Ausnahme sei der deutsch-niederländische Verkehr. Die restriktiven Wirkungen der bilateralen Kontingentierung träfen daher nicht zuletzt die deutschen Unternehmen. Es müsse bezweifelt werden, daß das deutsche Verkehrsgewerbe an der Beibehaltung der Kontingentierung ein Interesse haben könne. Die Verkehrsminister hatten beschlossen, während der Übergangszeit die bilateralen Kontingente auf einer diskriminierungsfreien Grundlage progressiv der Verkehrsentwicklung anzupassen und das Gemeinschaftskontingent fortzuentwickeln.

JAPAN

Gewinnrückgang der Industrie

VWD, Tokio

Um bis zu 10,9 Prozent dürften die Gewinne vor Steuern der 565 führenden japanischen börsennotierten Unternehmen der verarbeitenden Industrie im Geschäftsjahr zum 31. März 1986 gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Hauptursache hierfür sei die schnell zunehmende Stärke des Yen gegenüber dem Dollar, berichtet die Zeitung „Nihon Keizai". Es wäre der erste zweistellige Gewinnrückgang seit vier Jahren. Aus einer Untersuchung der Zeitung geht hervor, daß im ersten Halbjahr (April/September) ein Gewinnrückgang von 16,6 Prozent verzeichnet wurde.

629 in der Untersuchung berücksichtigte Unternehmen aus allen Industriebereichen – abgesehen von Elektrizitätswerken und Ölgesellschaften – werden im zweiten Halbjahr nach diesen Angaben voraussichtlich einen zusammengefaßten Gewinnzuwachs von nur 0,4 Prozent ausweisen können. Dies werde nicht ausreichen, um den Rückgang von 14,4 Prozent in den ersten sechs Monaten auszugleichen. Vor allem in den Bereichen Elektrogeräte, Präzisionsinstrumente, Fahrzeugbau und anderen exportorientierten Sektoren sowie in der Stahlindustrie werde sich die Gewinnsituation im zweiten Halbjahr voraussichtlich noch weiter verschlechtern.

ITALIEN / Die Situation der öffentlichen Finanzen hat mittlerweile dramatische Formen angenommen

Staatsschulden erreichen Bruttoinlandsprodukt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Binnen- und Außenverschuldung Italiens hat einen Grad erreicht, der ohne Gefahr für die innen- und außenwirtschaftliche Stabilität nicht mehr ausgedehnt werden kann. *Geradezu dramatisches Ausmaß hat dabei* die Staatsverschuldung angenommen. Sie wird Ende dieses Jahres erstmals so hoch sein wie das diesjährige Bruttoinlandsprodukt.

Das Kassendefizit der öffentlichen Hand seinerseits entspricht schon jetzt 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und ist damit ungefähr dreimal so hoch wie im Durchschnitt der übrigen Gemeinschaftsländer. Die Last der Zinsen, 61 000 Mrd. Lire (über 90 Mrd. DM) im laufenden und 105 000 Mrd. Lire im kommenden Jahr macht mittlerweile ein Viertel der laufenden Staatsausgaben aus. Das ist mehr als die Einkommensteuer einbringt.

Vor diesem Hintergrund begann im italienischen Senat am Dienstag die Lesung des Finanzgesetzes für das Jahr 1986, mit dem die Regierung Craxi den Haushalt sanieren und die außenwirtschaftliche Stabilität erreichen will. Der Textentwurf sieht für das kommende Jahr eine Höchstgrenze des Staatsdefizits von 139 277 Mrd. Lire (über 200 Mrd. DM) und die Inanspruchnahme des in- und ausländischen Kapitalmarktes im Umfang von maximal 188 640 Mrd. Lire (286 Mrd. DM) vor. Das heißt, daß der Kassenfehlbetrag der öffentlichen Hand im nächsten Jahr wahrscheinlich 110 000 Mrd. Lire (167 Mrd. DM) erreichen wird, rund zehn Prozent mehr als im laufenden. Da die Regierung in ihrem Wirtschaftsprogramm für 1986 eine Inflationsrate von sechs Prozent eingeplant hat, 2,5 Prozentpunkte unter der des laufenden Jahres, bedeutet dies, daß der Kassenfehlbetrag den des laufenden Jahres mit aller Wahrscheinlichkeit um real vier Prozent überschreiten wird.

Nach der Lesung durch den Senat geht der Finanzgesetzentwurf am 6. Dezember an die Abgeordnetenkammer, so daß das Gesetz sehr wahrscheinlich fristgerecht zum Jahresende verabschiedet werden dürfte.

Auf das Finanzgesetz stützt sich die wirtschaftspolitische Strategie der Regierung Craxi, die darauf gerichtet ist, die *Inflationsdifferenz* gegenüber den Partnerländern der Gemeinschaft zu reduzieren. Bisher haben die italienischen Stabilitätsbemühungen nur wenig Erfolg gehabt. Ursprünglich war vorgesehen, die Inflation von beinahe elf Prozent im Jahre 1984 auf sieben Prozent in diesem Jahr zu senken. Unerreicht geblieben ist dieses Ziel aber nicht nur wegen der anhaltend hohen Staatsverschuldung, sondern auch wegen der weiter ausgeprägten Lohn- und Lohnkostendynamik, die die in den anderen Gemeinschaftsländern noch immer beträchtlich übersteigt.

Mit ihrem Finanzgesetzentwurf versucht die Regierung Craxi jetzt in der Lohnpolitik, auch gegenüber der privaten Wirtschaft mit gutem Beispiel voranzugehen. Dazu gehört nicht nur die Festlegung einer Höchstgrenze für die Gehaltsverbesserungen im öffentlichen Dienst, sondern auch die Abschwächung der gleitenden Lohnskala des Index-Mechanismus, mit dem bisher quartalsweise Löhne und Gehälter den vorangegangen Preiserhöhungen automatisch angepaßt werden. In Zukunft wird die Kaufkraftangleichung nur noch halbjährlich erfolgen.

In der Haushaltspolitik versucht der Finanzgesetzentwurf vor allem den Grundsatz durchzusetzen, daß höheren öffentlichen Leistungen entsprechende Einnahmesteigerungen gegenüberstehen müssen.

Weitgehend ungelöst gelassen hat der Entwurf dagegen die Frage, wie in der Sozialversicherung und im öffentlichen Gesundheitswesen Ersparnisse erzielt werden können. Die überfällige Reform dieser beiden tief in den roten Zahlen steckenden Systeme hat sich die Regierung Craxi für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten.

BRASILIEN / Langfristige Umschuldung unwahrscheinlich

Verhandlungen ohne IWF?

K. S. Bonn

Die brasilianische Regierung will sich vom Internationalen Währungsfonds nicht vorschreiben lassen, mit welchem Programm sie die Wirtschaft des Landes sanieren wird. Nach zweitägigen Gesprächen mit dem IWF in Washington ließ Brasiliens Finanzminister Dilson Funaro keinen Zweifel daran, daß der lateinamerikanische Staat über eine Umschuldung eines Teils seiner mehr als 100 Mrd. Dollar Auslandsverbindlichkeiten direkt mit den internationalen Gläubigerbanken verhandeln will – ohne den IWF einzuschalten.

Das wäre jedoch ungewöhnlich. Normalerweise bestehen die Kreditinstitute darauf, daß problembehaftete Länder zunächst ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm mit dem IWF absprechen. Erst dann sind die Banken im allgemeinen bereit, Umschuldungsabkommen abzuschließen. Diese Erfahrung hat Brasilien Anfang des Jahres schon gemacht, als die damals noch regierende Militärregierung sich nicht an die Spielregeln hielt. Ein schon geschnürtes Umschuldungspaket über 45,3 Mrd. Dollar, die bis zum Jahr 2000 prolongiert werden sollten, blieb in den Schubladen der Gläubiger; dort liegt es immer noch. Chancen, diese Pläne zu verwirklichen, bestehen kaum noch.

Brasilien wird seine rund 700 Gläubiger bitten, kurzfristigere Umschuldungen vorzunehmen. Bislang stehen Regelungen für die Fälligkeiten dieses und des kommenden Jahres – rund 14 Mrd. Dollar – noch aus. Beschieden sich die Banken mit kurzfristigen Umschuldungen ohne den IWF, bestünde allerdings die Gefahr, daß einige Kreditinstitute aus den bestehenden Rahmenbedingungen ausscherten. Danach besteht für Brasilien eine Zusage für Handelskredite in Höhe von 10 Mrd. Dollar. Außerdem verfügen die Auslandsfilialen brasilianischer Banken über 5,6 Mrd. Dollar Eurogeld. Die internationalen Kreditinstitute ziehen ihre Einlagen im Augenblick nicht ab.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Wieder notiert

New York (VWD) – An der Aktienbörse in New York ist der Handel in Aktien der Texaco Inc. nach kurzer Zeit wieder aufgenommen worden. Die erste Kursnotiz lautete danach 32¾ Dollar. Gegenüber dem Stand zum Zeitpunkt der Suspendierung entspricht dies einem Plus von ¼ Punkt, gegenüber dem Schlußkurs vom Montag aber einem Minus von 1½ Punkten. Der Handel mit Texaco-Aktien war am Dienstag für kurze Zeit ausgesetzt worden, nachdem Gerüchte über einen möglicherweise bevorstehenden Konkursantrag zu einem deutlichen Nachgeben der Aktien des Unternehmens geführt hatten.

Kredit an Moskau

Washington (VWD) – Erstmals seit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 haben US-Großbanken der UdSSR wieder Darlehen gewährt. Die „New York Times" berichtete, ein US-Bankenkonsortium habe der UdSSR Anfang November einen Kredit über 400 Mill. Dollar eingeräumt. Der Zinssatz sei mit einem Viertel Punkt über der Londoner Interbankrate ungewöhnlich niedrig. Moskau könne den Kredit in mehreren Tranchen nach Belieben in den nächsten drei Jahren wahrnehmen, um damit Getreideeinfuhren aus Nordamerika zu finanzieren. Die jeweilige Tranche müsse innerhalb von 180 Tagen zurückgezahlt werden.

Portugal senkt Zinsen

Lissabon (AP) – Der portugiesische Finanzminister Miguel Cadilhe hat die Senkung der Kreditzinsen um vier Prozentpunkte und das Einfrieren des Wechselkurses des Escudos bis April 1986 bekanntgegeben. Der Zinssatz für Halbjahreskredite wird durch die Zinssenkung von 26,5 auf 22,5 Prozent ermäßigt. Mit dem Stopp der allmonatlichen Abwertung geht eine reale Verbilligung der Öleinfuhren und eine Erleichterung der Rückzahlung der Auslandsschuld einher, die bei 14 Mrd. Dollar liegt.

Keine EG-Intervention?

Brüssel (VWD) – Die EG wird sich möglicherweise doch nicht an der Tilgung der auf insgesamt 900 Mill. Pfund Sterling veranschlagten Verbindlichkeiten des Internationalen Zinnrats beteiligen, wurde am Rande einer Ratssitzung der EG-Außenminister bekannt. Wie es weiter hieß, bestehen in der Bundesrepublik, aber auch in Großbritannien „auf höchster politischer Ebene" Bedenken gegen jede staatliche Intervention zur Stabilisierung.

Gatt-Aufnahme beantragt

Genf (VWD) – Mexiko hat in Genf vor der Jahresversammlung des allgemeinen Zoll und Handelsabkommens (Gatt) die Aufnahme in das Gatt beantragt. Es handelt sich um den dritten Vorstoß des Landes in dieser Sache. Mexiko will sich an der jetzt in Vorbereitung befindlichen Gatt-Runde in vollem Umfang beteiligen.

Mediobanca-Privatisierung

Rom (VWD) – Nach den privaten Hauptaktionären hat nun auch die italienische Regierung einen Vorschlag zur weiteren Privatisierung der Mediobanca Spa ausgearbeitet, der in den nächsten Wochen verabschiedet werden dürfte. Wie aus Bankenkreisen verlautete, sieht der Vorschlag vor, daß sich die drei staatlichen Banken, die derzeit 56,6 Prozent der Mediobanca halten, in einem ersten Schritt ihre Beteiligung auf 50,1 Prozent und danach auf mindestens 45 Prozent senken.

US-Etappensieg im Aramid-Patentstreit

J. G. Düsseldorf

Die Wuppertaler Enka AG, Chemiefasertochter des holländischen Akzo-Konzerns, darf bis Oktober 1990 keine hochfeste Aramid-Kohlenstofffaser (Markenname Twaron), für die eine erste Großanlage in Holland bald betriebsbereit ist, in die USA liefern. Diesen Etappensieg hat der US-Chemiegigant DuPont de Nemours im langen Streit um (wechselseitige) Patentverletzung jetzt vor der amerikanischen International Trade Commission (ITC) errungen.

DuPont ist mit seiner Superfaser „Kevlar" bisher weltweit Marktführer und konnte vor dem ITC offensichtlich glaubhaft nachweisen, daß Akzo mit DuPont-Patenten bei der Herstellung seines Produktes arbeitet.

Der Unterlegene will zunächst die 60-Tage-Frist abwarten, in der US-Präsident Ronald Reagan diese Entscheidung aufheben kann, und danach notfalls die Berufungsinstanz anrufen. Enka verweist darauf, daß Twaron-Verarbeitungsprodukte dem US-Importverbot nicht unterliegen, und will seine Marktposition in Europa um so nachdrücklicher ausbauen.

FRANZÖSISCHER WEIN / Mehr deutsche Importe

AOC-Siegel lockt Käufer an

J. SCH. Paris

Für mehr als eine Mrd. Franc werden die Franzosen in diesem Jahr Qualitätsweine mit dem Siegel AOC (Appellation d'Origine Controlé) in der Bundesrepublik verkaufen. Die vor fünfzig Jahren geschaffene, über eine Herkunftsbezeichnung hinausgehende Weingarantie, die jetzt in Paris mit großen Jubiläumsveranstaltungen gefeiert wurde, scheint auch auf dem deutschen Markt zunehmende Beachtung zu finden – vor allem im Lichte des jüngsten österreichischen Weinskandals.

Die Bundesrepublik ist der größte Auslandskunde des französischen Weinbaus mit Käufen von rund drei Mill. Hektolitern im Jahr. Wertmäßig wird sie aber noch von den USA und Großbritannien übertroffen, da eine große Menge französischer Grundwein für die deutsche Weinbrand- und Sektherstellung gekauft wird. An AOC-Weinen importierte die Bundesrepublik 1984 (1983) 696 790 (640 292) Hektoliter für 994 (840) Mill. Franc.

An erster Stelle der Lieferanten liegt das Elsaß, das 28 Prozent des AOC-Weinexports in die Bundesrepublik stellte. Es folgten Bordeaux mit 22 Prozent, Beaujolais mit 13 Prozent und die Rhone-Weine mit zehn Prozent. Unter den AOC-Weinimporteuren wurde 1984 die Bundesrepublik auch mengenmäßig erstmals von Großbritannien übertroffen.

Gegenwärtig unterliegen 380 000 Hektar Rebland – etwa die Hälfte der französischen Anbaufläche – den AOC-Bestimmungen. Es handelt sich um rund 400 verschiedene Appellationen mit einer Jahresproduktion von 18 Mill. Hektolitern. Davon sind sechs Mill. für den Export bestimmt, deren Wert letztes Jahr 17 Mrd. Franc erreichte. Das AOC-Prädikat wird nach einer zehn- bis fünfzehnjährigen Warte- und Bewährungszeit vom „Institut National de Appellations d'Origine" (INAO) erteilt.

Die wichtigste Aufgabe des INAO besteht darin, die Produktionsbedingungen festzusetzen und deren Kontrolle zu sichern. Der Hektarertrag wird dabei je nach Appellation auf 25 bis 90 Hektoliter begrenzt. Wird die Norm wegen außergewöhnlich guter Wetterverhältnisse überschritten, dann wird der zuviel produzierte Wein deklassifiziert, das heißt, er darf nicht als AOC-Wein verkauft werden.

HOCHTIEF / Druck durch Personalaufwand wächst

Aufträge über Vorjahreswert

HANS BAUMANN, Essen

Gedämpft optimistisch klingt ein Aktionärsbrief der Hochtief AG vorm. Gebr. Helfmann, Essen, der Bilanz zieht für die ersten neun Monate 1985. Dennoch rechnet die Verwaltung für das ganze Jahr 1985 mit einem „zufriedenstellenden Ergebnis". Für 1984 waren aus einem Bilanzgewinn von 48 Mill. DM zehn DM Dividende und ein Bonus von zwei DM je Aktie verteilt worden. 80 Mill. DM waren in die Rücklagen eingestellt worden.

Die Bauleistung von Hochtief betrug in den ersten drei Quartalen 4,1 Mrd. DM, davon im Inland 2,47 und im Ausland 1,63 Mrd. DM. An dieser Leistung waren die Beteiligungsgesellschaften mit 34 Prozent beteiligt. In Arbeitsgemeinschaften wurden 19 Prozent erbracht. Die Auftragszugänge bei Hochtief übertrafen bis Ende September mit 4,17 Mrd. DM leicht den Vorjahreswert. Aus dem Inland stammen Aufträge über 2,19 Mrd. DM etwas unter Vorjahresstand und aus dem Ausland 1,68 Mrd. DM.

Der Auftragsbestand per Ende September wird von der Verwaltung mit 4,58 Mrd. DM angegeben, woran das Inland mit 2,19 und das Ausland mit 2,39 Mrd. DM beteiligt ist. An den Auftragszugängen aus dem Inland in Höhe von 2,49 Mrd. DM waren Bauten für die Wirtschaft mit etwa 60 Prozent beteiligt.

In der Bauwirtschaft der Bundesrepublik ist 1985 nach bisher vorliegenden Zahlen die Bauleistung gesunken. Das Bauhauptgewerbe meldet für die ersten acht Monate einen Rückgang der Bauproduktion um 15 Prozent und der geleisteten Arbeitsstunden um 19 Prozent. Diese Entwicklung wird auf Rückgänge im Wohnungsbau um 32 Prozent, im gewerblichen Bau um 11,7 Prozent und im öffentlichen Bau um 8,2 Prozent zurückgeführt.

Den im Auslandsgeschäft tätigen deutschen Baugesellschaften wurden bis zur Jahresmitte Aufträge für insgesamt 1,6 Mrd. DM erteilt gegenüber 2,4 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1984. Nach Hochtief ist zu befürchten, daß die Aufträge aus dem Ausland in diesem Jahr nicht einmal das niedrige Niveau des Jahres 1984 erreichen werden. Die Gründe: Die Ölförderländer stellen Aufträge zurück und den Entwicklungs- und Schwellenländern fehlt die Finanzkraft für neue Aufträge. Hochtief berichtet, daß sich der schon in den vergangenen Jahren harte Wettbewerb um das verringerte Auftragsvolumen weiter verschärft hat. Im Inland steigt der Kostendruck beim Personalaufwand.

Im Inland beschäftigte Hochtief Ende September 19 194 Mitarbeiter. Das sind 3,8 Prozent weniger gegenüber dem Vorjahr. Im Auslandsgeschäft beschäftigte das Unternehmen zum Stichtag 10 919 Mitarbeiter, das sind 1,1 Prozent mehr als vor einem Jahr.

FRANKREICH / Regierung entlastet Staatshaushalt

Subventionen gestrichen

J. Sch. Paris

Die französische Regierung hat die staatlichen Hilfen an die Industrie weiter zusammengestrichen. Nachdem die entsprechenden Ausgabenbewilligungen des Industrieministeriums für 1986 gegenüber den diesjährigen um 15,7 Prozent auf 23,4 Mrd. Franc gekürzt worden sind, wurde jetzt das Kreditvolumen des staatlichen „Fonds für die industrielle Modernisierung" (FIM) um zehn Prozent auf 3 Mrd. Franc reduziert. Darauf müssen die 1985 nicht in Anspruch genommenen Kredite (700 bis 800 Mill. Franc) angerechnet werden.

Die Einschränkung der zu Vorzugsbedingungen vor allem an die kleinen und mittleren Industrieunternehmen gewährten Investitionskredite erklärt sich zum Teil daraus, daß die Zeichnung der zur Refinanzierung dieser Kredite geschaffenen Investmentfonds (Codevi) in letzter Zeit nachgelassen hat. Außerdem können Unternehmen ab 1. Dezember Handelspapiere für die kurzfristige Finanzierung ausgeben.

Vor allem aber will die Regierung den Staatshaushalt entlasten. So wurden auch in anderen Bereichen die staatlichen Zinssubventionen wesentlich gekürzt, dabei für Außenhandelskredite von 5,2 auf 3,2 Mrd. Franc. Dies hat zum Teil die internationale Zinsbaisse ermöglicht.

Die gesamten staatlichen Programmbewilligungen an die Industrie werden im nächsten Jahr um 31 Prozent gekürzt. Wichtigster Posten sind die Eigenkapitalzuweisungen an die verstaatlichte Industrie, die sich von 11,9 auf 8,3 Mrd. Franc vermindern. Sie kommen praktisch nur noch den beiden Stahlkonzernen Usinor und Sacilor sowie dem Automobilkonzern Renault zugute. Die Subventionen an den staatlichen Kohlenbergbau werden dagegen leicht auf 7,24 (7,18) Mrd. Franc erhöht, während der Schiffbau lediglich 2,3 (3,5) Mrd. Franc erhält.

Außerhalb des Industriebudgets werden von der Postverwaltung 2,1 (1,8) Mrd. Franc der elektronischen Industrie an Hilfen zugewiesen. An subventionierten Forschungs- und Entwicklungskrediten stehen 2,4 Mrd. Franc zur Verfügung. Die Kredite für private Industrieunternehmen werden mit nur noch 2,46 (1,88) Mrd. Franc subventioniert.

OKAL / Die Fertigung wird auf drei Werke konzentriert

Schwieriges Baujahr 1985

dpa/VWD, Lauenstein

Die Okal-Gruppe, Lauenstein bei Hannover, nach eigenen Angaben größter deutscher Fertighaus-Hersteller, konzentriert ihre Fertigung. Nach Angaben von Geschäftsführer Otto Kreibaum ist dies aufgrund der veränderten Marktverhältnisse notwendig geworden. 1985 sei das schwierigste Baujahr gewesen, was auch noch Auswirkungen auf das erste Halbjahr 1986 habe.

Bisher fertigt Okal in allen fünf [illegible] Werken (Lauenstein, Bü[illegible], Wallstadt, Titisee-Neustadt und Eisendorf) die gesamte Produktpalette. Nunmehr wird die Hausfertigung auf die Standorte Lauenstein, Titisee-Neustadt und Büdingen konzentriert, was erhebliche Kostenvorteile bringe. Die Eigenständigkeit der regionalen Werke soll aber beibehalten werden, um einen reibungslosen Service bei der Montage [illegible].

Okal beschäftigt den Angaben zufolge gegenwärtig insgesamt 1500 (Ende 1984: 1800) Mitarbeiter. Durch die Konzentration, so Kreibaum, wird sich an der derzeitigen Personaldecke nichts ändern, da der Vertrieb ausgebaut werde. Kurzfristig sind für die Neuorganisation erhebliche Investitionen geplant. Insgesamt wird 1985 jedoch weniger investiert als im Vorjahr mit 22 Mill. DM.

Zur Ertragssituation sagte Kreibaum, daß Okal 1985 froh sei, wenn das Ergebnis „ausgeglichen" ausfalle. 1984 habe Okal schwarze Zahlen geschrieben. Das Produktionsergebnis der Gruppe in diesem Jahr wird mit 1550 (1984: 1631) Häusern angegeben. Für 1986 wird etwa die gleiche Zahl erwartet. Der Absatz wird für 1985 mit 1600 (2198) Einheiten angegeben. Der Umsatz dürfte in diesem Jahr rund 300 Mill. DM erreichen nach 433 Mill. DM in 1984.

VEBA / Bestes Ergebnis in der Geschichte des Unternehmens [illegible]

Dividende von „mindestens" [illegible]

HANS BAUMANN, Essen

Es war ein entscheidendes und zugleich das beste Jahr für die Veba AG, Düsseldorf. 1985 wurden der Strombereich neu geordnet, die Chemieverwaltung eingegliedert, mit den Venezolanern ein neuer Vertrag über die Schwerölverarbeitung in den Veba-Raffinerien im Süden der Bundesrepublik unterzeichnet, der Deutsche SB-Kauf an Asko veräußert, die Düngemittelsparte von Hüls sowie das Ammoniak- und Harnstoffwerk Brunsbüttel an Norsk Hydro abgegeben, in den USA die Chemie-Vertriebskette Nuodex erworben und große Erfolge bei der Deminex und bei der US-Beteiligung Mark Producing erzielt.

Nach den Worten von Vorstandsvorsitzenden Rudolf von Bennigsen-Foerder wurde die Veba-Struktur so gestrafft, daß man „für eine Schwächeperiode" gerüstet sei. Daß er mit dem Geschäftsjahr 1985 „sehr zufrieden" ist, läßt sich mit Zahlen belegen. In den ersten neun Monaten stieg der Konzernüberschuß um [illegible] Prozent auf 337 Mill. Mark. Diese Entwicklung wird auch im letzten Quartal anhalten. Das Gesamtergebnis wird noch einmal das schon gute Vorjahresergebnis übersteigen und erneut eine Dotierung der Rücklagen ermöglichen.

Ein Signal an die Aktionäre: Das Ergebnis wird „die Ausschüttung einer mindestens gleichbleibenden Dividende ermöglichen". Zu einer definitiveren Aussage war von Bennigsen vor der Presse nicht bereit. Er kann seinen Aufsichtsrat nicht präjudizieren, der erst im nächsten Frühjahr über die Dividende befinden wird. Dennoch ist es nicht unrealistisch anzunehmen, daß auch die Aktionäre am besten Ergebnis der Gesellschaft seit ihrem Bestehen teilhaben werden. Erst 1984 war die Dividende [illegible]

NAMEN

Gerhard Korinth, Verwaltungsdirektor der Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Solingen-Remscheid, wird heute 60 Jahre.

Benno Janßen, Geschäftsführer der Foto-Quelle Schickedanz & Co. und der Foto-Quelle Apollo-Augenoptik GmbH, Fürth, wurde zum Sprecher der Geschäftsleitung bestellt.

Jürgen Maximow, Projektleiter bei der Unternehmensberatungsgesellschaft Roland Berger & Partner, München, wurde zum Partner für strategische Planung berufen. **Dr. Otto Hirschbach**, bislang Leiter der Entwicklung Fertigungstechnik bei der Alfred Teves GmbH, Frankfurt, wurde zum Mitglied der Geschäftsleitung bei Roland Berger ernannt.

Ray Carrell wurde zum Europa-Direktor der Perkins-Gruppe ernannt. Er ist Nachfolger von **Brian J. Weedon**, der als Projekt-Direktor neue *Aufgaben in der Gruppe übernahm.*

Klaus Rüdiger Müller hat bei Texas Instruments als Projektleiter die Vertriebsverantwortung für Artificial Intelligence-Produkte des Unternehmensbereichs Datensysteme für die Bundesrepublik übernommen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Gelsenkirchen: Elgro-Eichhorn Großhandels-GmbH & Co. KG, Gladbeck; Bonnekoh GmbH & Co. KG, Gladbeck; **Gütersloh:** Landwehr Verwaltungs-GmbH; F. Landwehr GmbH & Co. KG; **Mönchengladbach:** Bühler Verwaltungsges. mbH; **Mühldorf a. Inn:** Nachl. d. Eduard Reimund Gottschling, Bäcker, Neuötting.

Anschlußkonkurs eröffnet: Osnabrück: Telewig Weigelt GmbH & Co. KG, Melle; Weigelt GmbH, Melle.

Vergleich beantragt: Osterholz-Scharmbeck: MV Massivhaus u. Handelsges. mbH, Ritterhude.

Aesculap-Werke weiter optimistisch

nl. Stuttgart

Keine Anzeichen sieht die auf dem Sektor chirurgischer Instrumente zu den führenden Anbieters zählende Aesculap-Werke AG, Tuttlingen, die befürchten ließen, daß die für das laufende Geschäftsjahr 1985/86 (30.9.) aufgestellten „wiederum optimistischen Zielsetzungen des Unternehmens beeinträchtigt werden könnten". Der Personalanstieg werde sich in langsamerer Form fortsetzen.

Ende des Berichtsjahres 1984/85 zählte Aesculap 1 913 Beschäftigte (plus 8,7 Prozent). Der Umsatz des Unternehmens nahm um 9,8 Prozent auf 201,3 Mill. DM zu, wobei sich der Exportanteil leicht auf 61,3 (61,8) Prozent verminderte. In Sachanlagen investiert wurden gut 10 Mill. DM. Zum Ergebnis wird angemerkt, es werde in Vorjahreshöhe liegen. Für je 1983/84 waren 9 DM Dividende je Aktie ausgeschüttet worden. Am 15,4 Mill. DM betragenden AK ist die B. Braun Melsungen mehrheitlich beteiligt.

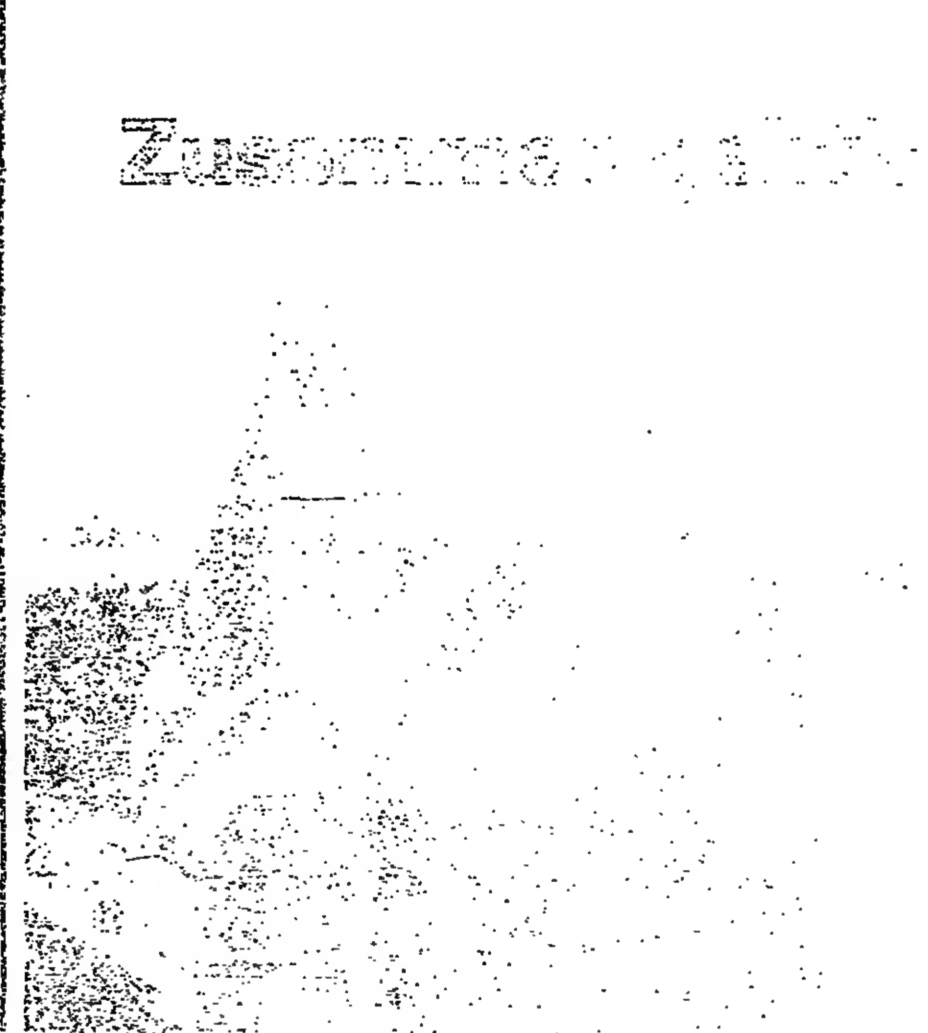
AQUA SIGNAL / Gemeinschaftsunternehmen mit US-Hersteller [illegible]

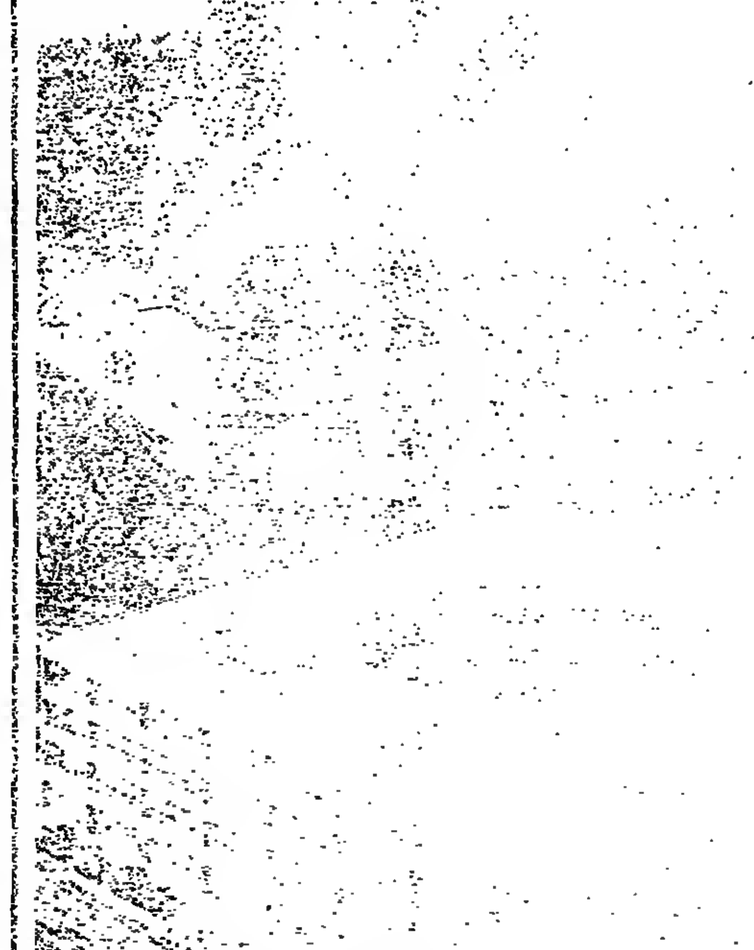
Beleuchtung für die Luft- und [illegible]

vw Bremen

Die mit ihren [illegible] Lichtquellen für den maritimen Bereich zur Weltspitze zählende Bremer Firma aqua signal Aßmann & Schlotter GmbH & Co KG wendet sich zu weiterer Aufwärtsentwicklung jetzt auch einem neuen Fertigungsbereich zu: der Produktion von Beleuchtungssystemen für die Luft- und Raumfahrt.

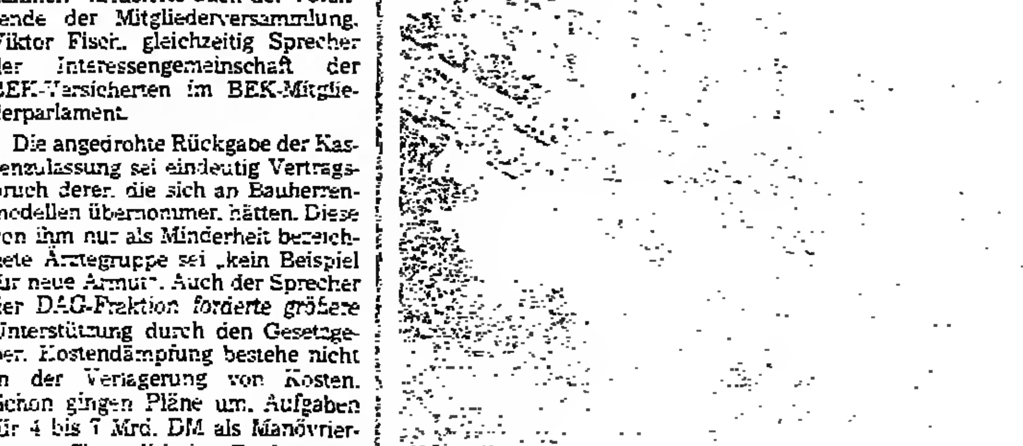
Für die gegen Ende 1986 anlaufende Produktion wird in [illegible] dem Bremer Unternehmen in Partnerschaft mit der amerikanischen Firma Grimes, Urbana/Ohio, ein gemeinsames neues Unternehmen, die „[illegible] GmbH & Co KG" in Bremen gegründet. Beide Partner sind an dem Geschäftskapital von insgesamt 350 000 DM je zur Hälfte beteiligt.





BARMER ERSATZKASSE / Scharfe Kritik an Zahnärzten und Pharmaindustrie

Beitragssätze bleiben 1986 stabil



[illegible] Essen

[illegible]

Prozent forderte Wagner mehr Einsicht von Krankenhäusern und Pharmaindustrie. Eine Verteuerung der Krankenhauspflege um 5,6 (1985: 6,1) Prozent und der Arzneien um 5,7 Prozent sei zu hoch. Die prognostizierte Ausgabensteigerung für ambulante Arztbehandlung um drei (1985: zwei) Prozent, beides jeweils unterhalb der Grundlohnsummensteigerung, sollte ein Zeichen setzen. Dennoch müßten die Ärzte noch mehr Kostenbewußtsein bei der Verschreibungspraxis demonstrieren. Laut Wagner machen größere Packungen und teurere Arzneien 50 Prozent des Pharma-Leistungszuwachses aus.

Der BEK-Vorstandsvorsitzende Hans Neusigl zeigte sich enttäuscht über das Ergebnis der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen vor wenigen Tagen. Er wandte sich gegen die Auffassung, allein die Beteiligten sollten sparen und dringend notwendiges staatliches Handeln (Strukturreform) könnte auf die nächste Wahlperiode verschoben werden.

Das Scheitern der Empfehlungsvereinbarung über die Zahnarzthonorare ab 1. 1. 1986 durch die Ärzte, ihr Verlassen der Konzertierten Aktion und die Androhung von „Kampfmaßnahmen" kritisierte auch der Vorsitzende der Mitgliederversammlung, Viktor Fisch, gleichzeitig Sprecher der Interessengemeinschaft der BEK-Versicherten im BEK-Mitgliederparlament.

Die angedrohte Rückgabe der Kassenzulassung sei eindeutig Vertragsbruch derer, die sich an Bauherrenmodellen übernommen hätten. Diese von ihm nur als Minderheit bezeichnete Ärztegruppe sei „kein Beispiel für neue Armut". Auch der Sprecher der DAG-Fraktion forderte größere Unterstützung durch den Gesetzgeber. Kostendämpfung bestehe nicht in der Verlagerung von Kosten. Schon gingen Pläne um, Aufgaben für 4 bis 7 Mrd. DM als Manövriermasse für politische Forderungen und Wünsche auf die Gesetzliche Krankenversicherung zu übertragen.

VEW / Dividende auf das erhöhte Kapital wird gehalten

Im Wind der Konjunktur

HANS BAUMANN, Dortmund

Die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, berichten von einer Belebung ihrer Geschäfte durch die günstige gesamtwirtschaftliche Lage und durch die kühle Witterung. Davon profitierten in den ersten neun Monaten 1985 sowohl der Absatz von Strom, von Gas und auch von Fernwärme. Dies teilt das Unternehmen in einem Aktionärsbrief mit. Die Umsatzerlöse der AG erhöhten sich um 354 Mill. DM auf 4,54 Mrd. DM,also um 8,5 Prozent. Der Konzernumsatz wird für die ersten drei Quartale mit 4,63 Mrd. DM angegeben.

Den Aktionären wird angekündigt, daß wahrscheinlich die Vorjahresdividende von 6 Mark je 50 DM nominal beibehalten werden und darüber hinaus die Rücklage dotiert werden kann. Der Dividendenaufwand steigt jedoch von 96 auf 102 Mill. DM, da das erhöhte Grundkapital von 1 Mrd. (800 Mill.) DM anteilig bedient werden muß. Den Rücklagen soll wieder ein zweistelliger Betrag zugeführt werden, heißt es in dem Aktiooärsbrief weiter.

Wie zu hören ist, will die Verwaltung auch in den kommenden Jahreo „sicherlicb" zwölf Prozent Dividende bezahlen. Das ist umso bemerkenswerter, als VEW nocb durch das Kraftwerk Lingen bis zur Inbetriebnahme 1988 jährlicb in der Größenordnung von 100 Mill. DM belastet wird von nicht aktivierten Aufwendungen wie Baugemeinkosten und Zinsen.

Zum Thorium-Hochtemperatur-Reaktor in Hamm, an dessen Betreibergesellschaft VEW mit 31 Prozent beteiligt sind, heißt es, daß dieser Reaktor Anfang 1986 an die Betreiber übergeben werden soll. Insgesamt hat der Reaktor vier Mrd. DM gekostet, wovon aus den öffentlichen Händen rund drei Mrd. DM kamen. Der Risikoanteil der VEW an diesem Reaktor beträgt noch rund 209 Mill. DM, wovon die letzten 24 Mill. DM jedoch 1986 abgerechnet werden.

Mit der Bundesregierung besteht ein Risikobeteiligungsvertrag, mit dem verhindert werden soll, daß dieser Pilot-Reaktor zur ewigen finanziellen Verlustquelle für VEW werden kann. Sollte der Reaktor unter 5000 Stunden im Jahr in Betrieb sein, dann würde der Bund einspringen, weil dann die Erzeugungskosten je kWh über 12,1 Pfennig steigen würden. Bei 7500 Stunden kann der Reaktor den Strom für 9,5 Pfennig liefern. Dann wäre die Rechnung der Betreibergesellschaft ausgeglichen, ja, sie könnte dann sogar eine kleine Reserve bilden.

Der Stromabsatz erhöhte sicb in den ersten neun Monaten 1985 um 2,3 Prozent. Allein die Cbemieindustrie bezog die Hälfte des Mehrabsatzes. Die Gaslieferungen stiegen um 6,5 Prozent. Der Fernwärmeabsatz kam um 8,4 Prozent voran.

WACKER-CHEMIE / Silicon-Produktion in Japan

US-Geschäft enttäuschte

sz. München

Nachdem der Wacker-Chemie-Konzern, München, 1984 mit einem Umsatzplus von 21,4 Prozent auf 2,52 Mrd. DM einen gewaltigen Sprung nach oben machen konnte, wird man im laufenden Jahr erheblicb kürzer treten müssen. Auf Basis der ersten zehn Monate rechnet Harald Seeberg, Mitglied der Gescbäftsführung, diesmal nur mit einem Wachstum von vier Prozent auf 2,62 Mrd. DM. Auch das Vorjahres-Ergebnis (Konzernüberscbuß: 102,1 nach 42,4 Mill. DM) wird kaum erreicht werden können.

Hauptgrund für die langsamere Gangart ist, so Seeberg, das „enttäuschende" US-Geschäft (minus zwölf Prozent und mehr). So sei es bei den amerikanischen Töchtern zu einem Umsatzeinbruch gekommen, deren Produktion 1984 noch um 40 Prozent auf 120 Mill. Dollar gestiegen war. Insbesondere wurde dabei die Wakker Siltronic Corp. vom Zusammenbruch des US-Halbleitermarktes getroffen. Wenn dennoch die Wacker-Chemitronic GmbH, Burghausen, 1985 auf ein Umsatzplus von elf Prozent auf 570 Mill. DM kommen wird, so nur wegen des guten Reinsiliciumgeschäfts in Europa und Fernost.

Bei der Muttergesellschaft Wakker-Chemie GmbH wird das schlechte US-Geschäft trotz besserer Entwicklung im Inland (plus vier Prozent), Europa (plus acht Prozent) und Asien (plus 30 Prozent) nur zu einem Plus von zwei Prozent auf 1,885 Mrd. DM führen. Für das Elektroschmelzwerk Kempten werdeo 154 Mill. DM (plus drei Prozent) erwartet.

Wohl nicht zuletzt, um vom US-Halbleitermarkt unabhängiger zu werden, hat man sicb bei Wacker nun entschlossen, auch eine Silicon-Produktion in Japan aufzubauen. Für den ersten Schritt, der scboo 1986 erfolgen soll, ist ein Investitionsvolumen von sechs Mill. DM vorgesehen. Dies werde ohne jegliche japanische Beteiligung geschehen.

Leichte Verluste wird Wacker 1985 auch wieder in der PVC-Sparte hinnehmen müssen, nachdem hier im vergangenen Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis erreicbt werden konnte. Auskömmliche Margen seien in diesem Geschäft wegen der weltweiten Überkapazitäten nicht möglich. Wegen des hoben Marktanteils in der Bundesrepublik (zehn Prozent) ist die PVC-Produktion bei Wacker mit 85 bis 90 Prozent der Gesamtkapazität von 350 000 Jahrestonnen aber noch recht gut ausgelastet.

NOWEDA / Gute Kostenstruktur erlaubt Dividende von wiederum zehn Prozent

Konzentration setzt sich weiter fort

ERWIN SCHNEIDER, Essen

In einem vehementen Plädoyer für das Genossenschaftswesen im Pharma-Großhandel erläuterte Dietrich L. Meyer, Vorstandsvorsitzender der Noweda e.G., Essen, den Vertretern der 1269 (1235) Mitglieder auf der Generalversammlung die Vorteile dieser Unternehmensform am hart umkämpften Markt, auf dem mit Kampfrabatten operiert würde, die sicb betriebswirtschaftlich nicht mehr rechtfertigten. Er betonte, daß angesichts des Konzentrationsprozesses einige Beobacbter glauben, daß sich dieser Markt in der letzten Runde der Aufteilung befinde. Nur mit hohem Kapitaleinsatz aber ließen sich nocb Marktanteile gewinnen. Meyer forderte die Apotheker auf, konsequent zu handeln, wenn sie mehr Einfluß haben wollten.

In der Bundesrepublik sind noch 33 (32) voll sortierte pharmazeutische Großhandelsunternehmen tätig. Sie erwirtschafteten 1984 einen Gesamtumsatz von rund 13,5 Mrd. DM, das waren nominal 7,2 (real 4,5) Prozent mehr als im Vorjahr. In diesem Markt sind lediglich 3 apothekereigene Unternehmen – EGWA, Noweda und Wiveda – vertreten. Sie erzielten im letzten Jahr einen Umsatz von 2,3 Mrd. DM, das bedeutete einen nominalen Zuwachs von 9,2 (real 6,5) Prozent. Mit dem über dem Branchendurchschnitt liegenden Wachstum erhöhte sich der Marktanteil auf 17 Prozent.

Für das Geschäftsjahr 1984/85 (30.6.) legt die Noweda einen zufriedenstellenden Abschluß vor. Nachdem für das Kalenderjahr 1984 noch eine hohe Umsatzsteigerung um 12 Prozent erreicht wurde, war im ersten Halbjahr 1985 schon eine allgemeine Schwäche des Marktes spürbar, die sich auch im zweiten Halbjahr fortsetzt. So wuchs der Umsatz im Berichtsjahr 1984/85 nominal nur um 7,3 (real 4,6) Prozent. Die Noweda-Gruppe mit den beiden verbundenen Unternehmen Pharca GmbH und der Handelsvereinigung Dietz & Richter, Gebrüder Lodde AG, Münster, setzte insgesamt 539 (503) Mill. DM um.

Auch wenn die Kosten, beeinflußt durch Einmalkosten bei Inbetriebnahme des Neubaus in Essen, mit 10,9 Prozent stärker stiegen als der Umsatz, bezeichnete Meyer deren Struktur als ausgezeichnet, gerade im Vergleicb zur Branche. Nach den hohen Investitionen von insgesamt 35 Mill. DM in den letzten Jahren, die sich durch eine Erhöhung der Produktivität um 9 Prozent im letzten Geschäftsjahr auszuzahlen beginnen, erreichte das Investitionsvolumen mit 4 Mill. DM wieder ein normales Niveau. Im laufenden Geschäftsjahr steht die Betriebsverlegung von Hanau nach Herford auf dem Plan, so daß auch ein Engpaß in Ostwestfalen durch eine verkehrsgünstigere Anbindung beseitigt wird.

Aus dem Gewinn der Gruppe, der mit 1,9 Mill. DM um 0,7 Mill. DM unter dem des Vorjahres liegt – vor allem wegen der Ende 1984 besonders im Norden und Westen der Bundesrepublik stark gestiegenen Rabatte, so der Geschäftsbericht –, wird wie erstmals im Vorjahr wieder eine gespaltene Dividende gezahlt. Für die drei ersten Pflichtanteile von je 2500 DM sind wieder 9 Prozent und für alle freiwilligen Anteile 10,8 Prozent. Der Bonus wurde allerdings gekürzt, für die Pflichtanteile gibt es nur noch 1 (3) Prozent, für die freiwilligen 1,2 (3,6) Prozent. Meyer wies jedoch darauf hin, daß die Verzinsung weiter über dem Kapitalmarktsatz liege. Den Rücklagen wurden 0,7 (1) Mill. DM zugeführt. Mit der positiven Entwicklung bei den Mitgliederzahlen stieg auch das Eigenkapital auf 16,3 (15,7) Prozent, ist damit aber lange nicht am erstrebten 20-Prozent-Ziel.

Hewlett-Packard hat kräftig zugelegt

nl. Stuttgart

Die Hewlett-Packard GmbH, Böblingen, deutsche Tocbter des gleichnamigen amerikanischen Elektronik-Konzerns, hat ihr hohes Wachstumstempo, das sie in den letzten fünf bis sechs Jahren mit Zuwachsraten beim Umsatz von durchschnittlich über 20 Prozent vorlegte, auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 1984/85 (31. Oktober) durchgehalten. Nach Angaben der Verwaltung vergrößerte sich der Umsatz in 1984/85 um 23 Prozent auf 2,6 (1983/84: 2,1) Mrd. DM. Zugenommen hat auch der Jahresüberscbuß um knapp zehn Prozent auf 140 (128) Mill. DM. Daraus errechnet sicb eine auf 5,4 (6,0) Prozent verringerte Umsatzrendite. Das Unternehmen habe im vergangenen Jahr 350 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Ende 1983/84 hatte Hewlett-Packard rund 4200 Mitarbeiter beschäftigt.

Zum Verlauf des Bericbtsjahres stellt die Verwaltung fest, sie sei mit dem Ergebnis zufrieden. Nach einem sehr starken ersten Halbjahr habe sicb der Auftragseingang im zweiten Halbjahr schwächer entwickelt. „Wir sehen aber jetzt bereits wieder positive Tendenzen", heißt es weiter.

Die Hewlett-Packard Company, Palo Alto/USA, verbuchte im Geschäftsjahr 1984/85 eine Steigerung des Konzernumsatzes um acht Prozent auf 6,51 Mrd. Dollar. Verringert hat sich allerdings der Gewinn nach Steuern um zehn Prozent auf 489 Mill. Dollar oder 1,91 Dollar je Aktie. Das Auftragsvolumen stieg im Berichtsjahr um ein Prozent auf 6,40 Mrd. Dollar. John A. Young, Präsident der Hewlett-Packard Company, kommentiert die Entwicklung so: „Wir sehen in den USA eine langsame Steigerung des Autragseingangs und sind der Meinung, daß die Elektronikbranche den Tiefpunkt hinter sicb hat. Von Quartal zu Quartal beobachten wir eine langsame, aber stetige Erholung." Die Kosten seien durch verschiedene Maßnahmen gesenkt und die Einstellungen eingeschränkt worden. Die Sparmaßnahmen würden in dem Maße reduziert, wie sich die Geschäftsentwicklung verbessere.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Größte Stranggießanlage

Dortmund (dpa/VWD) – Die Hoesch Stahl AG, Dortmund, hat jetzt ihre dritte Stranggießanlage in Betrieb genommen, die nach eigenen Angaben mit 2720 Millimeter Strangbreite die größte der Welt ist. Mit der Inbetriebnahme der 220 Mill. DM teuren Anlage sei die Modernisierung des Stahlbereichs, für die in den vergangenen drei Jahren rund 1,5 Mrd. DM investiert wurden, weitgehend abgeschlossen.

Seetours gut im Wind

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kreuzfahrtveranstalter Seetours International in Frankfurt lag in der abgelaufenen Saison gut im Wind. Mit 14 230 Kreuzfahrtgästen (1984: 11 075) und 85 000 Buchungen für Fährschiffpassagen (81 000) hat das Unternehmen im 25. Jahr seines Bestehens nacb den Worten des geschäftsführenden Gesellschafters Alf Pollak sein bisher bestes Ergebnis erzielt. In einem insgesamt stagnierenden Markt – in der Saison 1984/85 buchten erneut etwa 150 000 Bundesbürger eine Schiffsreise – habe Seetours seinen Marktanteil auf knapp zehn Prozent erhöhen können. Der Umsatz nahm um 10 Mill. auf insgesamt 74 Mill. DM zu. Am deutschen Reisemarkt haben Kreuzfahrten mit einem seit Jahren gleichbleibenden Anteil von weit unter einem Prozent nur untergeordnete Bedeutung.

Neue Arbeitsplätze

Melsungen (dpa/VWD) – Die B. Braun Melsungen AG will in Melsungen für rund 200 Mill. DM eine moderne Fertigungsstätte für medizinische Kunststoff-Einmalartikel errichten. Das Unternehmen beschäftigt am Standort Melsungen derzeit rund 3200 Mitarbeiter, mit dem neuen Werk sollen 300 neue Dauerarbeitsplätze entstehen.

OBI expandiert

Nürnberg (VWD) – Der Umsatz der rund 165 OBI-Bau- und Heimwerkermärkte wird 1985 die Milliardenmarke überschreiten. Nach Angaben der Heimwerker + Freizeitbedarf Handels-GmbH & Co KG, Wermelskirchen, lag der Umsatz im Vorjahr bei rund 770 Mill. DM. 1985 wurden 34 neue Märkte eröffnet, die nacb dem Franchise-Systeme organisiert sind. 1986 sollen rund 15 weitere Märkte hinzukommen.

Zusammenarbeit möglich

Berlin (dpa/VWD) – Der Zusammenarbeit zwischen der Badenwerk AG, Karlsruhe, und der Energie und Wasserwerke Rhein-Neckar AG, Mannheim, steht jetzt nichts mehr im Wege. Das Bundeskartellamt, Berlin, hat die im Mai ausgesprochene Untersagung zurückgenommen.

Milliardenmarkt

Hamburg (dpa/VWD) – China entwickelt sicb für den niederländischen Elektrokonzern Philips zu einem bedeutenden Markt. Cor van der Klugt, Vizepräsident und ab April 1986 Präsident der Unternehmensgruppe, hält 1986 einen Umsatz von 1 Mrd. hfl (880 Mill. DM) für möglich. In diesem Jahr dürfte nach Angaben von Philips in Hamburg ein Volumen von fast 500 Mill. hfl erreicht werden. Aufträge kamen unter anderem aus Shenzhen über 375 Mill. hfl zur Lieferung von Bildplattenspielern sowie der Ausrüstung und Montage einer Fabrik für solche Geräte. Außerdem wurde Philips beauftragt, 100 000 Farbfernsehgeräte im Wert von 115 Mill. hfl zu liefern.

Océ steigert Gewinn

Düsseldorf (Py.) – Die niederländische Unternehmensgruppe für (Konstruktions-)Büro-Kopierer, die Océ – van der Grinten N. V., Venlo, hat in den ersten drei Quartalen des Geschäftsjahres 1984/85 (30. 11.) das Betriebsergebnis, bedingt durch Anlaufkosten in den USA und stark gestiegene Forschungsaufwendungen, nur um 3,8 Prozent auf 103 Mill. hfl gesteigert. Dagegen nahm der Reingewinn um 18,9 auf 52 Mill. hfl zu. Der Konzernumsatz stieg um neun Prozent auf 1,45 Mrd. hfl.

DEGUSSA AG / Wachstum kam aus dem Ausland

Ergebnis in Vorjahreshöhe

adh. Frankfurt

Nach kräftigen Sprüngen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres hat sich das Wachstum bei der Degussa AG, Frankfurt, in der zweiten Hälfte etwas verringert. Für das Gesamtjahr 1984/85 (30. 9.) ergibt sich aber noch ein Umsatzplus von fünf Prozent auf 11,7 (i. V. 11,1) Mrd. DM im Konzern, teilt das Unternehmen im jetzt veröffentlichten Aktionärsbrief mit. In der AG macht der Umsatz knapp 9,3 (9,1) Mrd. DM aus; das mit zwei Prozent nur schwache Wachstum ist allein Folge der sinkenden Edelmetallnotierungen. Wird der Edelmetalleinsatz herausgerechnet, bleibt ein Plus von acht Prozent, heißt es in dem Aktionärsbrief weiter.

Wie sehr das Wachstum bei der Degussa in diesem Geschäftsjahr aus dem Ausland kam, verdeutlicht der auf 71 (68) Prozent gestiegene Auslandsanteil (in der AG 67 nach 63 Prozent), wobei die ausländischen Konzerngesellschaften ihren Anteil auf knapp 23 (20) Prozent steigerten.

Auf das Inland entfallen 3,1 (3,4) Mrd. DM vom AG-Umsatz, das ist ein Rückgang von 8,5 Prozent für das Gesamtjahr, auch dieser Rückgang ist freilich von den Edelmetallpreisen geprägt. Sie sorgten auch für einen Rückgang von vier Prozent im zweiten Halbjahr im Unternehmensbereich Metall, für das ganze Jahr bleibt ein Minus von 1,1 Prozent im mit 6,16 (6,23) Mrd. DM größten Unternehmensbereich der AG. (Im Konzern plus 9,2 Prozent auf 3,94 Mrd. DM), der bei vier Prozent höheren Preisen fünf Prozent mehr absetzte und ein Ergebnis „auf Höhe des guten Vorjahres" brachte.

Scbwächer entwickelte sich der mit 203 Mill. DM (AG: 373 Mill. DM Konzern) kleinste Bereich Pharma, wo hoher Aufwand für Forschung und Vertrieb (Degussa will hier erklärtermaßen wachsen) das Ergebnis beeinträchtigen.

Zufrieden ist der Vorstand mit den „sehr erfolgreichen" Beteiligungsgesellschaften in Brasilien und Belgien, ungünstiger sieht es bei den Asta-Werken und in den USA aus. Die Sachinvestitionen in der AG wuchsen um 38 Prozent auf 230 Mill. DM, die Zahl der Mitarbeiter ist um fünf Prozent auf 13 812 Beschäftigte (Konzern: 23 898) gestiegen. Die Ertragslage beschreibt der Vorstand mit „günstig", das habe sicb auch im neuen Jahr fortgesetzt.

PELZVEREDLER / Weiches Fell aus brettharter Rohware

Ideenreichtum unbegrenzt

INGE ADHAM, Frankfurt

„Jeder Betrieb hat heute Umweltprobleme", bekennt Ulrich Dienstmann, Vorsitzender des Fachverbandes Pelzveredlung. Denn die Veredler, durch deren handwerkliches Können aus oft bretthaften, luftgetrockneten Rohfellen erst ein schmeichelndes Fell wird, brauchen in jeder Menge Wasser und Chemikalien. Daß die 20 im Fachverband zusammengeschlossenen Unternehmen trotz behördlicher Auflagen und hoher Investitionen für die Entsorgung überleben, führt er vor allem auf den Ideenreichtum der Branche zurück.

Mehr noch: Zurichten kann inzwischen fast jeder Veredlungsbetrieb im Ausland billiger. Aber was die Deutschen veranstalten, die „Hochveredlung", das ist auch im Ausland gefragt, trotz der weitaus höheren Lohnkosten, die auch die Kosten für das Lohnveredeln treiben. Denn die Felle sind bei den Veredlungsbetrieben nur durchlaufende Posten. Sie freilich können sich sehen lassen; selbst aus unansehnlichen Karakulfellen ausgewachsener Tiere, die einst höchstens als Teppich Verwendung fanden, wird unter ihren Händen ein schmeichelndes Fell. „Es gibt heute Produkte, bei denen die Veredlung mehr kostet als das Fell", erinnert Dienstmann. Im Durchschnitt macht die Veredlung jedoch rund 25 bis 30 Prozent der Kosten für das fertige Produkt aus, vor 30 Jahren waren es erst zehn Prozent.

Gut 20 Millionen Felle für rund 147 Mill. DM haben die deutschen Veredler im vergangenen Jahr zugerichtet, in das Ausland ging veredeltes Fellwerk für gut 638 Mill. DM aus deutschen Betrieben (dies inklusive Fellwert). In diesem Jahr dürften beide Zahlen um zehn bis 15 Prozent steigen, Indiz für die wachsende Beliebtheit der in deutschen Veredlungsbetrieben immer leichter, weicher, aber auch haltbarer (und bunter) gewordenen Felle.

Aber auch die Deutschen haben wieder Lust am Pelz. Dafür sorgen nicht nur der kalte November, sondern auch die dank des sinkenden Dollarkurses stabilen oder teils sogar sinkenden Fellpreise und auch der Ehrgeiz von Veredlern und Kürschnern, auch einen „anständigen Pelz" für unter 2500 DM Verkaufspreis zu bieten. Gerade in dieser Preislage findet sich eine große Zahl von Erstkäufern. Sie aber versprechen, sehr bald zum Käufer weiterer Pelze zu werden: Der letzten Umfrage der Pelzindustrie zufolge planen elf Prozent aller Pelzbesitzer Neukäufe, bei den Nicht-Pelzbesitzern sind das nur drei bis vier Prozent. Insgesamt hat sich die Pelzsaison in diesem Jahr gut angelassen, nachdem im vergangenen Jahr der Einzelhandelsumsatz in der Bundesrepublik noch um 3,5 Prozent auf 2,7 Mrd. DM zurückgefallen war.

Nach wie vor sind die deutschen Damen aber Weltmeister im Pelzbesitz (40 Prozent aller Frauen zwischen 18 und 45 Jahren), gefolgt von den Österreicherinnen und den Amerikanerinnen, die aber alle ihren Pelz weniger als die Bundesbürger als tägliches Kleidungsstück sehen. Zwar liegt bei den Besitzerinnen von Pelzmänteln mit einem Anteil von 23 Prozent der Persianer (oft umgearbeitet in zweiter Generation) noch vorn, bei den Neukäufen ist er aber längst vom Nerz verdrängt worden. Die Felle, meist aus skandinavischer Zucht, werden auch in der kommenden Saison vorn bleiben, oft modisch, aber dezent eingefärbt.

Zu den neuesten Entwicklungen der Pelzveredlung gehört übrigens ein „waschbares" Fell, möglich macht es ein veränderter Gerbprozeß. Eine erste Kollektion von diesen Fellen, mit Pullovern kombiniert, soll auf der nächsten Pelzmesse im April gezeigt werden. Auf Wildware, also gejagte Tiere, greifen die Pelzleute kaum nocb zurück. Darauf entfallen nur knapp zehn Prozent der Felle, betonen die Veredler, die zum Beispiel das gefragte Muster geschützter Großkatzen durch Druck auf andere Fellarten darstellen.

Aktien weiter unter Druck

Aber auf ermäßigter Basis kurssteigernde Rückkäufe

DW. – Da nennenswerte Kaufaufträge aus dem Ausland auch an der Mittwochbörse ausgeblieben sind, setzte sich die Abwärtsbewegung fort. An den Verkäufen war sowohl die inländische Bankenkundschaft als auch der Berufshandel beteiligt. Auf Basis der ermäßigten Notierungen setzten in fast allen Standardaktien Rück- und Anlagekäufe ein, die zumindest einen Teil der eingetretenen Einbußen wieder ausglichen. Angesichts der besonderen markttechnischen Situation wurden die günstigen Firmennachrichten nicht beachtet.

Die Erklärung der Commerzbank über den für 1985 zu erwartenden Gewinn fand in deren Kursebensowenig Niederschlag wie der bei Bayer angekündigte Rekordabschluß. Beide Papiere waren rückläufig. Dabei konnten sich die Titel der Großchemie besser behaupten als die der Banken, wo lediglich BHF-Bank noch auf der Gewinnerseite lag. Aktien, bei denen es im Verlaufe keine Käufe gab, schlossen nicht selten um 20 bis 25 DM niedriger als an der Dienstagbörse. Bei Daimler, Mercedes und Porsche war dies trotz zwischenzeitlich eingetretener Kursbesserungen der Fall. Im Maschinenbaubereich lagen besonders Linde unter Druck. Karstadt-Aktien setzten den Abstieg zunächst ebenfalls fort, schlossen aber letztlich etwas höher als am Vortag. Im Versicherungsbereich wurden weitere spekulative Engagements aufgelöst, so daß auch hier überwiegend rückläufige Notierungen zu beobachten waren.

Frankfurt: Adt wurden um 7,50 DM zurückgenommen, Aesculap verminderten sich um 15 DM, Kugelfischer um 12 DM und Goldschmidt um 11 DM. Henninger zogen um 5 DM, Contigas um 14,50 DM und Braun AG um 10 DM an.

Düsseldorf: Bilfinger kletterten um 7 DM und Edelwitten um 10 DM. Dahlbusch Vz. befestigten sich um 5 DM. Hochtief verbilligten sich um 19 DM und Rheag um 2 DM. Hageda gewannen 4 DM und Keramag 7 DM.

Hamburg: HEW wurden mit plus 2,50 DM gehandelt und Bremer Vulkan zogen um 10 DM an. Phoenix Gummi gaben um 2 DM nach und Holsten Brauerei lagen um 2,50 DM leichter. Vereins- und Westbank gingen mit minus 3 DM aus dem Markt.

Berlin: Herlitz St. büßten 7 DM ein und die Vz. 8,50 DM. Schering verloren 8 DM. Rheinmetall Vz. verbesserten sich um 5 DM und Kempinski zogen um 4 DM an. Berliner Bank und DUB-Schultheiss büßten jeweils 1,50 DM ein.

München: Aigner gaben am Mittwoch um 17 DM, Audi um 10 DM auf 178 DM und Leonische Draht um 5 DM auf 540 DM nach. Jeweils 10 DM fester tendierten Hutschenreuther mit 390 DM und Krones mit 660 DM.

Stuttgart: Württ. Bad. Versicherung befestigten sich um 20 DM. Ara legten 90 DM zu. Zeag konnten sich um 8 DM verbessern. Porsche mußten 35 DM abgeben.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 247,33 (252,18)
WELT-Umsatzindex: 4448 (4689)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Paris

Johannesburg

Toronto

Wien

Stockholm

Singapur

Tokio

	27.11.	26.11.
Alps.	1640	1670
Bank of Tokyo	730	730
Sanyo Pharma	690	690
Bridgestone Tire	521	521
Canon	1180	1120
Daiichi Kogyo	645	640
Daiwa Sec.	775	780
Daiwa House	908	911
Eisai	1280	1300
Fuji Bank	1440	1430
Fuji Photo	2040	2050
Hitachi	705	715
Honda	1170	1150
Ikegai Iron	340	356
Kansai El. P.	1850	1880
Kao Soap	999	997
Kirin Brewery	748	755
Komatsu	510	507
Kubota Iron	340	350
Matsushita El. Ind.	1190	1200
Matsushita El. Wks.	909	919
Mitsubishi El.	344	346
Mitsubishi H. I.	356	374
Nikko Sec.	755	780

Sydney

Oslo

Zürich

	27.11.	26.11.
Ciba Geigy Inh.	3450	3620
Ciba Geigy Part.	2925	2950
Elektr. Watt	3275	3300
Georg Fischer Inh.	1160	1155
Mag. z. Globus Part.	1150	1120
H. La Roche 1/10	11575	11550
Holderbank	675	658
Italo-Suisse	312	310
Jacobs Suchard Inh.	7475	7425
Jelmoli	3000	3425
Landis Gyr	2240	2240
Mövenpick Inh.	5175	5100
Motor Columbus	1075	1100
Nestlé Inh.	8090	8100
Oerlikon-Bührle	1385	1395
Sandoz NA	4000	3990
Sandoz Inh.	10000	10075
Sandoz Part.	1750	1720
Art. A. Saurer	205	207
Schw. Bankges.	4950	4925
Schw. Bankverein	525	524
Schw. Kredit. A. Inh.	3450	3430
Schw. Rückv. Inh.	13550	13500
Schw. Volksp. Inh.	2410	2415
Sika -B-	4140	4100
Gebr. Sulzer Part.	485	495
Swissair	1540	1530
dgl. NA	1250	1255
Winterthur Inh.	5800	5750
Winterthur Part.	4940	4940
Zür. Vers. Inh.	5750	5750
Index: Schw. Kred.	469,70	465,40

Inlandszertifikate

Frankfurt: 27. 11. 1985

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 152,28 (154,34); Elektrowerte: 298,47 (304,77); Autowerte: 394,35 (407,94); Maschinenbau: 168,51 (172,14); Versorgungsaktien: 149,10 (151,89); Banken: 334,14 (341,05); Warenhäuser: 129,30 (132,05); Bauwirtschaft: 384,05 (386,48); Konsumgüterindustrie: 130,92 (131,49); Versicherung: 1253,78 (1276,15); Stahlpapiere: 168,54 (172,86).

Kursgewinner:

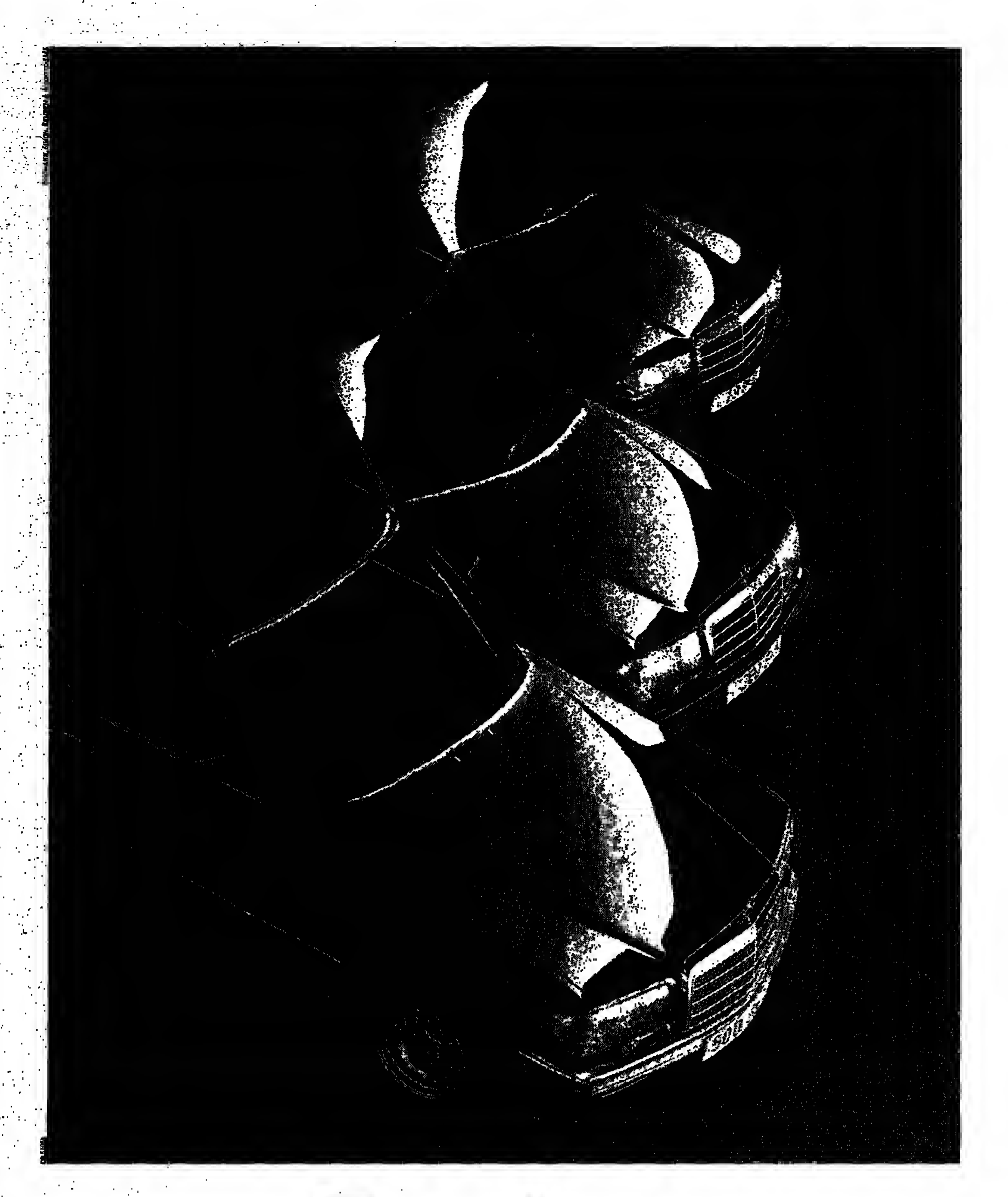
Kursverlierer:

Junge Aktien

Devisenmärkte

Am Devisenmarkt begann man am 27. November den Tag recht lebhaft mit Kursen um 2,55. Der Schwächeanfall des Vortages wirkte nach. Das Geschehen beruhigte sich später, ohne daß sich der Kurs wesentlich verändert hatte. Nach der amtlichen Notiz von 2,5495, wiederum ohne Beteiligung der Bundesbank, wurden am Nachmittag doch wieder höhere Kurse bewilligt. Ausschlaggebend dafür war das mit einem Defizit von 11,45 Milliarden Dollar niedrigere Außenhandelsdefizit für Oktober. Nach 2,5580 wurde gegen Geschäftsschluß 2,5530 erreicht. Klar vernachlässigt gegenüber der DM blieb der Japanische Yen. Er wurde heute um ¼ Prozent auf 1,2675 zurückgenommen. US-Dollar in: Amsterdam 2,8690; Brüssel 51,40; Paris 7,77; Mailand 1725,75; Wien 17,9190; Zürich 2,0912; Ir. Pfund/DM 3,092; Pfund/Dollar 1,4489; Pfund/DM 3,745.

Devisen und Sorten



Jeder Mercedes hat seine Größe.

Diese Größe zeigt sich in jeder Klasse.

Ob in der Kompaktklasse, die allein schon durch ihr Fahrwerkskonzept neue Maßstäbe gesetzt hat.

In der Mittleren Mercedes-Klasse, die mit völlig neu entwickelten Triebwerken und einer Vielzahl innovativer Lösungen den Fortschritt im Automobilbau deutlich macht.

Oder in dem neuen Programm der S-Klasse, die durch ihre Fahrqualitäten, ihren Raumkomfort und ihre Motorisierung zum Vorbild für Reiselimousinen geworden ist.

Jede Klasse hat ihre Größe.

Eine Größe, die sich nicht primär in Abmessungen und Äußerlichkeiten ausdrückt, sondern deren Maßstab die Qualität ist.

Eine Größe, die das Ergebnis konsequenter Entwicklungsarbeit und einer permanenten Suche nach immer neuen und besseren Lösungen ist.

Eine Größe, die aus der Ausgewogenheit aller Fahrzeugeigenschaften resultiert.

In allen drei Baureihen stecken die Merkmale, die einen Mercedes auszeichnen: Die vorbildliche Technik, die sprichwörtliche Qualität und die fast schon legendäre Zuverlässigkeit und Wertbeständigkeit.

Unser Ziel, das Auto in seinem Nutzen ständig zu verbessern, kommt auch in dem umfassenden Pkw-Angebot mit modernster Abgasreinigungstechnik zum Ausdruck.

So wird schon heute praktisch jeder Mercedes-Benz-Pkw mit Otto-Motor ab Werk auch mit geregeltem Dreiwegkatalysator angeboten.

Alle heutigen Mercedes-Benz-Pkw, ob mit oder ohne Katalysator, können mit unverbleitem Euro-Super betrieben werden.

Und mit unseren schadstoffarmen Diesel-Pkw fährt man bekanntlich seit langem umweltfreundlich.

Auch wenn sich alle Mercedes-Benz-Pkw in ihren wichtigsten Eigenschaften an den gleichen hohen Maßstäben orientieren, so bieten sie Ihnen dennoch Unterschiede genug, Ihre individuellen Wünsche zu erfüllen.

Jeder hat seine Größe.

Und an dieser Größe lassen wir uns gerne messen.



DAIMLER-BENZ AG

Renten nur wenig verändert

Wie schon an den Vortagen waren im öffentlichen Bereich lediglich Emissionen mit kürzeren Restlaufzeiten gesucht, ein Zeichen für die skeptische Einschätzung der künftigen Zinsentwicklung. Während sich Kurzläufer teilweise befestigten, bröckelten Langläufer weiter ab. Ausländer hielten sich mit Neuanschaffungen zurück. Das Geschäft bei den DM-Auslandsanleihen ist sehr still und der Abfluß bei den Neuemissionen nach wie vor zähflüssig, so daß dieser Marktsektor weiterhin als verstopft gelten kann.

Bundesanleihen

F	6½ dgl. 77	5/89	102,1	102,05
F	6 dgl. 77 I	7/89	106	105,85
F	6 dgl. 78 I	2/90	99,75	99,6
F	8 dgl. 80 II	1/90	102,15	106,95G
F	9 dgl. 01	3/91	110,1	109,9
F	10½ dgl. 01	9/91	111,7	117,7G
F	10¾ dgl. 81	11/1	116,75	116,9G
F	8 dgl. 80 I	2/92	106,8G	106,8G
F	10 dgl. 82	2/92	116,05	116,05G
F	9¾ dgl. 47	7/92	114,15G	114,15G
F	8 dgl. 82	11/92	102,05	102,05

Bundesbahn

Bundespost

F	6 Lowi.Rend.Bk.RS15	100,7	100,7
F	6 dgl. RS 16	100,7G	100,7G
F	6 dgl. RS 19	100,75G	100,75G
F	6 dgl. RS 77	100,1G	105,1G
F	7½ dgl. RS 27	101,5	101,5
F	6½ dgl. RS 60	101,65G	101,65G
F	7 dgl. 94	102,25G	102,25G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	104G	104G
F	7½ dgl. 107	103,5	103,5
F	9½ dgl. 126	104,65	104,65

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	100G	100T
F	7½ dgl. 82 o. O.	101,25G	101,25G
F	5¾ Jusco 85 m. O.	144G	102,75G
F	3⅞ dgl. 85 o. O.	99,4G	99,45
F	3½ Kansai Paint 84 m.O.	118G	118G
F	3½ dgl. 84 o. O.	84,25T	91,25G
F	5¾ Kaufhof 84 m. O.	145	151bG
F	5¾ Kaufhof 84 o. O.	79,7	79,5T
F	3¾ Linde Int. m. O.	160,5T	161,5
F	6½ dgl. o. O.	77,5	78,25
F	5½ Mitsubishi 84 m. O.	157G	161
F	3½ dgl. 84 o. O.	84,25	91,5
F	3¼ Nippon Flour 84 m.O	114G	114G
F	3½ dgl. 84 o. O.	92bB	92T

10¾ dgl. 81/89	112T	112,5G
9¾ dgl. 82/92	109,65	109G
9¾ dgl. 82/92 0	109,5G	109,5G
8¾ dgl. 82/92	106,25bB	106,2
7¾ dgl. 83/91	104,3	104,5T
8½ dgl. 83/95	107,6G	107,6
7¾ dgl. 84/94	104,35	104,25
8 dgl. 84/94	105,75G	105,75
7¾ dgl. 85/97	104,25	104,5G
6¾ dgl. 85/95	96,25	96G
7¾ Avril Fin. 84/94	105,35	103,35
7½ Aumar 73/88	101G	101,5G
1 Australien 72/87	–2bg	–2bg

5¾ dgl. 78/88	99	99G
6½ dgl. 79/89	100,75T	100,75bG
10¾ dgl. 81/91	110,75G	110,75G
9 dgl. 82/92	107,25	107,1
8¾ dgl. 82/90	107,25G	107,25G
7½ dgl. 83/91	104G	104
7½ dgl. 83/90	106G	106G
7¾ dgl. 84/94	104,15	104,5G
7¾ dgl. 84/92	103,75	103,75G
8¾ dgl. 85/97	96,2G	96,2
F Europarat 73/88	100,5	100,5
6½ dgl. 77/87	100,1bG	100,1bG
6½ dgl. 78/88	100,1G	100,1G
6¼ dgl. 78/88 B	100,25G	100,25

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Mit Verlusten schlossen am Dienstag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Fester, mit Ausnahme des Kassa-Monats, schloß Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	26.11.	26.11.
Dez.	327,50	329,50
März	327,50	327,50
Mai	307,50	308,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

26.11.	26.11.
40,00	41,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

ECU

ECU-Tageswerte

Private Krankenversicherung

Die Alternative

KHS. – Es mehren sich die Zweifel am Segen eines „umfassenden, möglichst vollständigen Versicherungsschutzes" durch den Staat, wie er gelegentlich gefordert wird. Die chronische Armut der öffentlichen Kassen bescherte die Erkenntnis, daß man vom Sozialstaat nicht Unmögliches erwarten darf.

Entlastung des staatlichen Sozialschutzes bei gleichzeitiger Stärkung der eigenverantwortlichen Vorsorge der Bürger heißt in dieser Lage die Devise marktwirtschaftlich orientierter Optimisten. In diesem Sinne wünschen sich die privaten Krankenversicherer vom Gesetzgeber eine „noch konsequentere Abgrenzung des privat- und sozialversicherten Personenkreises".

Heute präsentiert sich die private Krankenversicherung (PKV) im Rahmen des gegliederten Krankenversicherungssystems der Bundesrepublik als attraktive Alternative zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Offensichtlich gelingt es den PKV-Unternehmungen eher als den gesetzlichen Krankenversicherern mit den vielfältigen Kostenzwängen, die auf unser Gesundheitswesen einwirken, fertig zu werden.

Seit Ende der 70er Jahre wird bei ihnen mit Erfolg das im GKV-Bereich weniger populäre Instrument der Beitragsrückerstattung (bei Selbstbeteiligung der Versicherten an ihren ambulanten Krankheitskosten) praktiziert. Mehr als eine Milliarde Mark wurde beispielsweise 1984 den kostenbewußten PKV-Versicherten im Rahmen der Beitragsrückerstattung wieder zur Verfügung gestellt.

Dabei gelang es der privaten Krankenversicherung, insgesamt das bisherige Beitragsniveau stabil zu halten; einzelne PKV-Unternehmen konnten sogar Beitragssenkungen gewähren. Die Zahl der privat Krankenversicherten steigt: rund 174 000 wechselten 1984 von der GKV zu den privaten Krankenversicherern. Ihre bisherigen Mitgliedszeiten werden von der privaten Krankenversicherung ohne Wartezeiten anerkannt.

Attraktive Leistungspalette für individuellen Bedarf

Es war nicht immer so, daß die private Krankenversicherung (PKV) als Teil des gegliederten Vorsorgesystems den Stellenwert hatte, den sie verdiente. Da über 90 Prozent unserer Bevölkerung Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind, konnte man die weniger als zehn Prozent PKV-Versicherten leicht übersehen.

Dies ist heute anders. Bei Sozialpolitikern und – Übertrittszahlen beweisen es – auch bei den Versicherten wächst die Einsicht, daß die Bedeutung der PKV weit höher ist, als es ihr Anteil vermuten läßt.

Vor dem Hintergrund erheblicher Finanzschwierigkeiten der gesetzlichen Kassen kann sich Konkurrenz nur belebend auswirken. Gäbe es die PKV nicht – sie müßte erfunden werden. Als marktwirtschaftliches Element hilft sie mit, sozialpolitische Fehlsteuerungen sowie überzogene Bürokratisierung zu verhindern, und schafft innovative Vorsorgekonzepte dort, wo Bedarf entsteht (zum Beispiel Pflegekrankenversicherung); indem sie für Selbstverantwortung und persönliche Initiative auch im Vorsorgebereich eintritt, widersetzt sie sich Nivellierung und Anspruchsdenken in unserer Gesellschaft.

Die Notwendigkeit eines soliden Krankenversicherungsschutzes wird von niemandem – auch nicht von der PKV – in Abrede gestellt; aber der Weg dorthin ist umstritten. Nicht alle der in der GKV Versicherten bedürfen nach unserem Verständnis der Form und des Leistungsumfangs der sozialen Absicherung. Dies gilt insbesondere für den einige Millionen Personen umfassenden Kreis der freiwillig in der GKV Versicherten. Sie sind meist nicht sozial schutzbedürftig und gehören in den Bereich der PKV. Weniger gesetzliche und mehr private Krankenversicherung sollte Perspektive und Bestreben der Sozialpolitik sein – zum Vorteil des Ganzen und des einzelnen.

Versicherungsfrei – und damit auch frei in der Wahl ihres Versicherungsschutzes – sind Beamte, Selbständige, Freiberufler sowie unter bestimmten Voraussetzungen Angestellte. Bei letzteren besteht Versicherungspflicht in der gesetzlichen Versicherung nur bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe. Sie werden versicherungsfrei, wenn die Summe ihrer regelmäßigen Einkünfte die Versicherungspflichtgrenze überschreitet. Diese liegt 1985 bei 4050 Mark monatlich (48 600 Mark im Jahr) und erhöht sich zum Jahresbeginn 1986 auf 4200 Mark monatlich (50 400 Mark jährlich).

Folgende Übersicht zeigt, wieviel ein Angestellter monatlich mindestens verdienen muß, um die künftige Versicherungspflichtgrenze zu überschreiten:

Bei *zwölf* Gehältern: 4201 Mark;
bei *zwölf* Gehältern und vermögenswirksamen Leistungen (VL) 624 Mark: 4149 Mark;
bei *13* Gehältern und VL 624 Mark: 3829 Mark.

Wie man sieht, tritt die Versicherungsfreiheit schon ein, lange bevor das Monatsgehalt die Pflichtgrenze erreicht. Werden Urlaubs- oder Weihnachtsgeld oder ein 14. Monatsgehalt gezahlt, sinken diese Werte noch weiter.

Es sind folgende Ergebnisse denkbar:

- Angestellte, deren Einkünfte unterhalb der bisherigen Pflichtgrenze liegen, waren und bleiben versicherungspflichtig.
- Wer bisher versicherungsfrei war und es auch nach der Erhöhung der Pflichtgrenze bleibt, hat die Wahl zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung.
- Alle Angestellten, die zwischen 4050 Mark und 4200 Mark verdienen, werden zum 1. Januar 1986 von der Pflichtgrenze „überholt", können sich aber von der dann eintretenden Versicherungspflicht befreien lassen. Voraussetzung für die Befreiung ist der Nachweis einer privaten Krankenversicherung.

Im Gegensatz zur GKV betreibt die PKV eine grundsätzlich andere Art der Krankenversicherung mit spezifischen Merkmalen: *Auf der einen Seite* risikogerechte Personenbeiträge, auf deren Höhe jeder durch entsprechende Eigenbeteiligung selbst einwirken kann und die bei Nichtinanspruchnahme von Leistungen zum Teil zurückerstattet werden; auf der anderen Seite eine breite, attraktive Leistungspalette, die vom Basisschutz bis zu Spitzenangeboten reicht. Der Vergleich mit der gesetzlichen Krankenversicherung ist nicht einfach, aber er ist der Mühe wert.

Was vor Jahren noch als undenkbar galt, ist Wirklichkeit geworden: Der GKV-Beitrag für ein berufstätiges Ehepaar kann über 1000 Mark monatlich betragen. Bekanntlich tragen hiervon die Arbeitgeber die Hälfte. Es ist aber immer noch zu wenig bekannt, daß auch privat krankenversicherte Angestellte diesen Arbeitgeberzuschuß erhalten.

Die PKV braucht auch insofern den Vergleich nicht zu scheuen. So ist im Hause Barmenia ein Versicherungsschutz, dessen Umfang weitgehend dem der GKV entspricht, *für* ein 34jähriges berufstätiges Ehepaar bereits zu einem Monatsbeitrag von 221,43 Mark nach Abzug des Arbeitgeberanteils erhältlich. Hierbei wurde eine fast schon traditionelle Eigenbeteiligung wie auch eine Beitragsrückerstattung vernachlässigt.

Umfaßt der Versicherungsschutz im Krankenhaus die bessere privatärztliche Behandlung und die Unterbringung im Zweibettzimmer, so haben die zusätzlichen Leistungen ihren Preis; aber in dem genannten Beispiel erhöht sich die Belastung um noch nicht einmal 40 Mark.

Die Anziehungskraft der privaten Krankenversicherung ist ungebrochen: 1984 entschieden sich über 170 000 Personen für sie, weit mehr als die, die den umgekehrten Weg gingen. Man sieht, viele Bürger wissen oft genauer als manche Sozialpolitiker, wo ihre Interessen besser aufgehoben sind. GÜNTER VÖLKER

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Barmenia Versicherungen in Wuppertal.

Beitragssenkung ist kein leeres Wort

Von H. FROMMKNECHT

Die private Krankenversicherung (PKV) steht nach wie vor hoch im Kurs. So sind im ersten Halbjahr 1985 netto über 30 000 Versicherte aus der gesetzlichen Krankenversicherung zur PKV übergewechselt. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß sie 1984 ihre Beiträge weitgehend *stabil gehalten* hat. Mehrfach konnten Unternehmen sogar die Beiträge senken.

Die Beitragssenkungen waren möglich, weil die Schadenleistungen langsamer stiegen. Der Privatversicherte profitiert also unmittelbar davon, daß sich die Kosten günstiger entwickeln. Es ist deshalb erfreulich, daß sich die Aufwendungen der PKV auch 1985 voraussichtlich wieder etwas günstiger als bei der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) entwickeln werden.

Die PKV ist aber nicht nur an günstigen und „bezahlbaren" Beiträgen interessiert. Ihr ist es auch sehr wichtig, daß die Leistungen stimmen. Dies gilt vor allem für den Krankenhausbereich. Nach dem ab 1. Januar 1986 geltenden neuen Krankenhausrecht wurde für den Wahlleistungsbereich endlich festgelegt, daß die Preise zu den Leistungen in ein angemessenes Verhältnis gesetzt werden. Darüber hinaus arbeitet die PKV zur Zeit an einer Übersicht über das Preis-Leistungsverhältnis in den einzelnen deutschen Krankenhäusern. Dazu werden Patienten von ihr systematisch befragt.

Die PKV begrüßt, daß im gesundheitspolitischen Gesamtkonzept des Bundesarbeitsministers gefordert wird, mehr Subsidiarität zu praktizieren. Subsidiarität heißt vor allem, daß Anspruch auf Leistungen der staatlichen Schutzeinrichtungen nur haben soll, wer zur Selbsthilfe nicht imstande ist. Deshalb muß eine Belastung der sozialen Krankenversicherung durch Personen, die deren Schutz nicht benötigen, vermieden werden. Die private Krankenversicherung ist bereit hier mitzuhelfen, den Subsidiaritätsgedanken in praktische Politik umzusetzen.

Der Autor Heinrich Frommknecht ist Vorsitzender des Verbandes privater Krankenversicherer (PKV).

WECHSEL

Angestellte können sich befreien lassen

Py. Düsseldorf

Zum Jahreswechsel können Angestellte, die bisher in gesetzlichen Krankenkassen versichert sind, in die private Krankenversicherung überwechseln. Voraussetzung ist, daß sie 1986 mehr als 4200 (1985: 4050) Mark im Monatsdurchschnitt verdienen. Diese Summe schließt alle regelmäßigen Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgratifikationen und 13. Monatsgehalt ein, die auf zwölf Monate umgerechnet werden.

Ersatzkassenmitglieder können bis zum 7. Januar 1986 gegenüber ihrer Kasse den Austritt erklären. Zur Befreiung muß eine noch im Dezember *1985* abgeschlossene Krankenversicherung nachgewiesen werden.

SCHADEN 1983

Zum Jahresende droht jetzt die Verjährung

Py. Bonn

Wer aus einem im Jahr 1983 erlittenen Schaden noch Geld von der Versicherung zu bekommen hat, sollte jetzt sofort aktiv werden. Denn nach zwei Kalenderjahren verjähren diese Ansprüche. Darauf macht jetzt der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BKV) aufmerksam.

Es können noch Fälle ruhen, in denen es darauf ankommt, daß der Versicherte einen Gegenstand wiederbeschafft und dann aufgrund der Rechnung das Geld erstattet bekommt. Alte Arzt- und Krankenhausrechnungen sollten daraufhin überprüft werden, ob sie mit einem Versicherungsanspruch in Zusammenhang stehen.

AUTOVERSICHERUNG / Stichtag zum Jahresende

Rabattgewinn trotz Schaden

Zahlreiche Autofahrer, die 1985 einen Bagatellunfall verursachten, haben jetzt die Qual der Wahl: Sollen sie die entstandenen Schäden selbst zahlen oder von ihrer Versicherung ersetzen lassen? Der 31. Dezember ist dabei ein wichtiger Stichtag, um durch eine richtige Entscheidung Geld zu sparen.

Wer einen Schaden meldet, wird im nächsten Jahr in eine ungünstigere Schadenfreiheitsklasse eingestuft – er muß also mehr Prämie zahlen. Deshalb *kann es sinnvoll sein,* die Reparaturkosten aus eigener Tasche zu begleichen. Je nach Autogröße und Schadenfreiheitsrabatt kann es sich in solchen Situationen lohnen, einen Schaden bis zu 3000 Mark selbst zu bezahlen. Zwei Fälle sind denkbar. Erstens: Man hat den Schaden bereits aus eigener Tasche ersetzt. Dann kann man die Rechnung noch nachträglich bei der Versicherung einreichen. Der Stichtag ist der 31. Dezember 1985. Diesjährige Dezemberschäden können bis zum 31. Januar 1986 gemeldet werden. Der zweite Fall: Man ließ die Unfallschäden von der Versicherung regulieren. Dann kann man dennoch die Aufwendungen nachträglich der Versicherung zurückzahlen und seinen günstigen Rabatt behalten. Sechs Monate Bedenkzeit – gerechnet vom Unfalltag an – hat der Versicherte für die Rückerstattung. (AV)

FAHRZEUGVERSICHERUNG / „Unverbindliche Empfehlung" des HUK-Verbands für 1986

Prämienveränderung für Teil- und Vollkasko

In der Fahrzeugversicherung für Pkw (Teil- und Vollkasko) *führen Autoversicherer* ab 1986 Regionalklassen mit unterschiedlichen Beiträgen ein. Nach einer Empfehlung des HUK-Verbandes soll es bei Vollkasko acht, für Angehörige des öffentlichen Dienstes fünf Regionalklassen geben; für Teilkasko sind vier Klassen vorgesehen. Durch unterschiedlichen Schadenverlauf ergeben sich Prämienänderungen. Die vorgesehenen, unverbindlich empfohlenen Veränderungen (in Prozent):

Vollkasko; Tarifgruppe R

R 1 Stuttgart (Reg.Bez.) -12,8
R 2 Nürnberg (Stadt), Wuppertal, Tübingen (Reg.Bez.), Stuttgart (Stadt), *Bielefeld,* Braunschweig (Reg.Bez.) -10,2
R 3 Arnsberg (Reg.Bez.), Detmold (Reg.Bez.), Hannover (Stadt und Reg.Bez.), Bremen, Duisburg, Düsseldorf (Reg.-Bez.), Schleswig-Holstein, Mittelfranken, Freiburg (Reg.Bez.), Rheinhessen-Pfalz -4,5
R 4 Karlsruhe (Reg.Bez.), Münster (Reg.Bez.), Lüneburg (Reg.-Bez.), Schwaben, Hamburg, Bochum, *Essen, Weser-Ems,* Kassel (Reg.Bez.), Darmstadt (Reg.-Bez.) ±0
R 5 Oberfranken, Düsseldorf (Stadt), München (Stadt), Köln (Reg.Bez.), Koblenz (Reg.Bez.), Berlin, Dortmund +4,7
R 6 Gießen (Reg.Bez.), Köln (Stadt), Oberbayern, Unterfranken +8,2
R 7 Saarland, Frankfurt (Stadt), Trier (Reg.Bez.) +16,2
R 8 Oberpfalz, Niederbayern +31,7

Vollkasko; Tarifgruppe BR

BR 1 Stuttgart (Reg.Bez.), Nürnberg (Stadt) -16,3
BR 2 Stuttgart (Stadt), Tübingen (Reg.Bez.), Bielefeld (Stadt), *Detmold (Reg.Bez.),* Braunschweig (Reg.Bez.), Hannover (Stadt und Reg.Bez.), Münster (Reg.Bez.), Weser-Ems, Schwaben -7,6
BR 3 Oberfranken, Bremen, Mittelfranken, Rheinhessen-Pfalz, Wuppertal (Stadt), Arnsberg (Reg.Bez.), München (Stadt), Freiburg (Reg.Bez.), Schleswig-Holstein, Lüneburg (Reg.Bez.), Düsseldorf (Reg.Bez.), Kassel (Reg.Bez.), Unterfranken, Darmstadt (Reg.Bez.), Duisburg (Stadt), Köln (Reg.Bez.), Bochum (Stadt), Oberbayern ±0
BR 4 Karlsruhe (Reg.Bez.), Köln (Stadt), Koblenz (Reg.Bez.), Essen (Stadt), Dortmund (Stadt), Hamburg, Düsseldorf (Stadt), Gießen (Reg.Bez.), Saarland, Oberpfalz, Berlin, Frankfurt (Stadt) +9,4
BR 5 Trier (Reg.Bez.), Niederbayern +20,0

Teilkaskoversicherung

1 Oberfranken, Nürnberg (Stadt), *Stuttgart* (Reg.Bez.), Mittelfranken, Tübingen (Reg.-Bez.), Bielefeld (Stadt), Stuttgart (Stadt), Braunschweig (Reg.-Bez.), Unterfranken, Kassel (Reg.Bez.), Detmold (Reg.Bez.), Rheinhessen-Pfalz, Gießen (Reg.Bez.) -18,5
2 Schwaben, Hannover (Reg.-Bez.), Freiburg (Reg.Bez.), München (Stadt), Koblenz (Reg.-Bez.), Karlsruhe (Reg.Bez.), Arnsberg (Reg.Bez.), Wuppertal (Stadt), Oberbayern, Darmstadt (Reg.Bez.), Trier (Reg.Bez.), Weser-Ems, Saarland, Lüneburg (Reg.Bez.), Bochum (Stadt), Münster (Regierungsbezirk), Köln (Regierungsbezirk), Schleswig-Holstein, Oberpfalz, Bremen, Düsseldorf (Regierungsbezirk) ±0
3 Hannover (Stadt), Duisburg (Stadt), Dortmund (Stadt), Essen (Stadt), Düsseldorf (Stadt), Köln (Stadt), Niederbayern, Frankfurt (Stadt) +27,1
4 Berlin, Hamburg +46,5.

KOSTENFAKTOR KRANKENHAUS

Dämme gegen die Explosion der stationären Leistungen

Gut jede dritte Mark zahlen inzwischen die Unternehmen der privaten Krankenversicherung (PKV) für die Behandlung ihrer Kunden im Krankenhaus. Mit einem Anteil von etwa 36 Prozent an den Gesamtleistungen ist die stationäre Heilbehandlung der größte Kostenfaktor unter allen Leistungsarten geworden. Vor zehn Jahren lag der Anteil nocb bei 31 Prozent.

Bei den gesetzlichen Krankenkassen (GKV) liegt der Anteil der Krankenhauskosten zur Zeit bei etwa 33 Prozent. Kann man daraus schließen, daß diese Kassen ihre Klinikkosten besser im Griff haben? Wohl kaum, denn auch die GKV hat einen relativen Anteilzuwachs zu verzeichnen und dies, obgleich bei ihr die Gesamtkosten stärker gestiegen sind als bei der Privatversicherung und sie in der Vergangenheit mehr Möglichkeit vom Gesetzgeber bekam, die stationären Kosten zu beeinflussen. Die PKV hatte dagegen verhältnismäßig geringe Einflußmöglichkeiten, ihre Kosten für Krankenhaus und Klinikärzte zu steuern.

Die sonst üblichen Ansätze der PKV – wie Selbstbeteiligung oder Beitragsrückerstattung – scheiden aufgrund der Größenordnung der Rechnungsbeträge im Krankenhaus aus, einen Anreiz für den Versicherten zu bieten, über seine Beitragsbelastung aktive Kostendämpfung zu betreiben. Es blieb daher der PKV nur die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Bedingungswerke bei der Leistungsregulierung Kostendämpfungsmaßnahmen zu ergreifen. Dazu zählen neben der Prüfung der medizinischen Notwendigkeit eines stationären Aufenthaltes auch die Klärung, ob die Krankenhausverweildauer noch in einem medizinisch sinnvollen Maß steht.

Gleiches gilt auch für die Beurteilung der Liquidation durch die Krankenhausärzte, inwieweit sie in Art und Umfang der medizinischen Notwendigkeit entspricht. Solche Prüfungen wären jedoch äußerst problematisch gewesen, wenn sie auf dem Rücken der Versicherten ausgetragen worden wären.

Inzwischen zeigt sich bei allen Beteiligten Verständnis für solche Maßnahmen der PKV. Die Kostendämpfung im medizinischen Bereich ist durchaus populär geworden und findet die Akzeptanz der Versicherten, die ja zugleich auch Beitragszahler sind.

Einen wesentlichen Durchbruch zur Steuerung der Kosten im Krankenhaus verspricht sich die PKV besonders nach den jüngsten Gesetzgebungen im Gesundheitsbereich. Sowohl die Einführung der neuen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) als auch die Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes mit der entsprechenden Angleichung der Bundespflegesatzverordnung schaffen auch für die PKV zahlreiche Regularien, mit denen sie aktiv auf diesen beträchtlichen Kostenbereich einwirken kann.

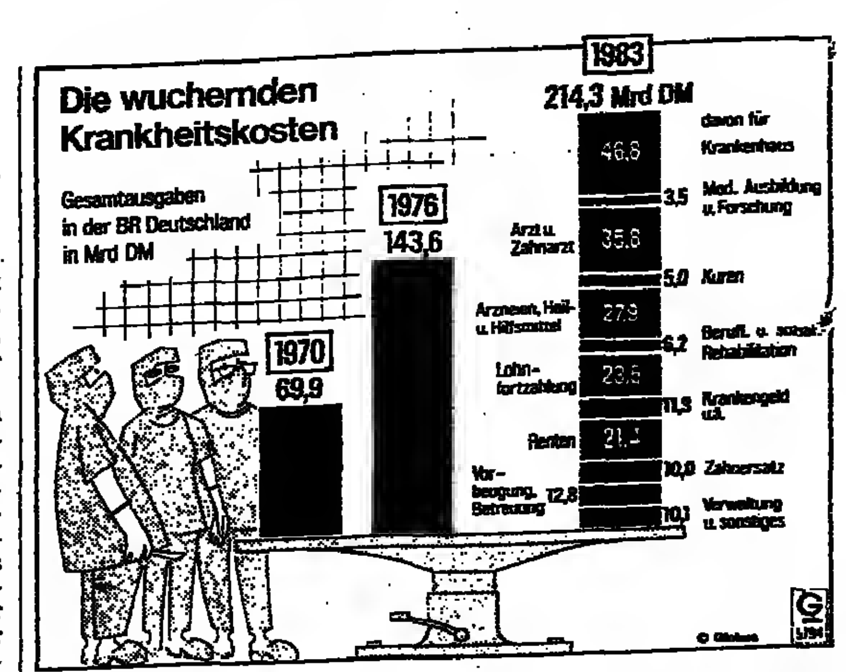
Das neue Krankenhausfinanzierungsgesetz sieht nunmehr die Mitwirkung der privaten Krankenversicherung bei der Krankenhausbedarfsplanung vor. Hier besteht für die PKV die Möglichkeit, aktiv die Bedarfsplanung der Bettenkapazität sowie die zweckmäßige Verteilung auf die einzelnen Versorgungsstufen und die unterschiedlichen Krankenhausträger mitzugestalten.

Die neue Bundespflegesatzverordnung bringt für die PKV unmittelbar Kostenentlastung, da jetzt bei Privatarztbehandlung bundeseinheitlich ein Arztkostenabschlag von fünf Prozent des allgemeinen Pflegesatzes für Selbstzahler eingerichtet wurde. Zusätzlich sind die Krankenhausärzte verpflichtet, ihr Honorar um 15 Prozent zu kürzen. Bei der Festlegung der Pflegesätze hat zwar die PKV nach wie vor kein Stimmrecht, immerhin hat sie jedoch nun in den neugeschaffenen Schiedsstellen eine unmittelbare Mitwirkungsmöglichkeit.

Erste positive Anzeichen aus den Neuregelungen sind in der Entwicklung der stationären Kosten in diesem Jahr zu erkennen. Die PKV sieht daher für die Zukunft gute Möglichkeiten der stärkeren Einwirkung auf die Kostenentwicklung im Krankenhaus. Sie wird sie zum Nutzen ihrer Versicherten richtig einsetzen.

GERD-WINAND IMEYER

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Hanse-Merkur Versicherungsgruppe, Hamburg.



Rund 214 Milliarden Mark sind 1984 für Vorbeugung, Behandlung und Krankheitsfolgekosten aufgewendet worden. Vor 14 Jahren betrug diese Summe erst knapp 70 Milliarden Mark für Krankenhaus, Arzneimittel und Lohnfortzahlung. Besonders beunruhigend an dieser Entwicklung ist, daß die Ausgaben im Gesundheitswesen rascher anstiegen als die Wirtschaftsleistung. Gegenüber 1970 erhöhte sich der Aufwand für Krankheit um 207 Prozent. Das Bruttosozialprodukt nahm im gleichen Zeitraum lediglich um 146 Prozent zu. Jede achte Mark, die wir verdienen – fast 13 Prozent der Wirtschaftsleistung – wird heute durch Krankheiten, Unfälle und deren Folgen verschlungen. GRAFIK: GLOBUS

RISIKOPRÜFUNG / Wartezeit und Leistungsanspruch

Probleme beim Wechsel

Die private Krankenversicherung (PKV) bietet ihren Versicherten im Rahmen individuell vereinbarter Verträge garantierten Schutz. Dennoch kann es vorkommen, daß ein Versicherungsnehmer die noch vorteilhafteren Bedingungen eines Konkurrenzunternehmens erst nach Vertragsabschluß erkennt.

Theoretisch ist ein Wechsel von einem privaten Versicherer zum anderen jederzeit möglich, praktisch ergeben sich hierbei aber oft Probleme: Die geltenden Kündigungsfristen müssen eingehalten werden. Man muß einen neuen Aufnahmeantrag stellen; darin sind unter anderem Fragen nach dem bisherigen Krankheitsverlauf zu beantworten. Daraufhin entscheidet der neu ausgewählte Versicherer, ob er die früheren Krankheiten in seinen Versicherungsschutz einbezieht, ob er den Beitrag um einen entsprechenden Risikozuschlag erhöht, oder den Antragsteller als „nicht versicherbares Risiko" zurückweist.

Übrigens werden nur beim Übertritt von der gesetzlichen zur privaten Krankenversicherung, nicht aber beim Wechsel innerhalb der PKV, die bisherigen Versicherungszeiten auf die Wartezeiten angerechnet. Bei einem Wechsel innerhalb der privaten Krankenversicherung müssen, ohne Rücksicht auf die Vorversicherungszeit beim bisherigen Versicherer, alle Wartezeiten voll abgelaufen sein, bevor Leistungsansprüche aus dem neuen Versicherungsvertrag entstehen.

Die Wartezeit beträgt normalerweise drei Monate. So kann sich beim Wechsel eine vorübergehende Lücke im Versicherungsschutz ergeben. Dabei können Krankheiten, die in der Wartezeit auftreten, zu empfindlichen finanziellen Belastungen des Versicherten führen.

KARL-HEINZ STEFAN

URTEILE

Werden die Beiträge für einen wegen Minderjährigkeit des Versicherungsnehmers schwebend unwirksamen Lebensversicherungsvertrag nach Erlangung der Volljährigkeit mit Kenntnis des Versicherungsnehmers über einen Zeitraum von drei Jahren gezahlt, so gilt dies als konkludent erteilte Genehmigung des Versicherungsnehmers. Der Vertrag wird damit rechtskräftig (LG Osnabrück; Az. 1 S 393/83, vom 4. Januar 1984).

*

Die unrichtige Beantwortung der Frage nach der Erstellung eines EKG ist jedenfalls dann, wenn das EKG routinemäßig und vorsorglich erstellt wurde und keinen krankhaften Befund ergeben hat, nicht als schuldhafte Verletzung der vertraglichen Anzeigepflicht zu werten (OLG Köln; Az. 5 U 9/84, vom 30. August 1984).

*

Für die Feststellung des Zeitpunktes der Berufsunfähigkeit im Sinne der Berufsunfähigkeits-Zusatzbedingungen ist die rückschauende Feststellung des Zeitpunktes maßgebend, zu dem erstmals ein Zustand gegeben war, der nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft keine Erwartungen mehr auf eine Besserung rechtfertigte (BGH; Az. IV a ZR 63/84, vom 22. Februar 1984).

Winterpflichten für Hausbesitzer

WR. Düsseldorf

Mit der Räum- und Streupflicht haben Hauseigentümer dafür zu sorgen, daß niemand auf Eis und Schnee zu Schaden kommt. Die örtlichen Vorschriften sind zwar unterschiedlich, doch ist davon auszugehen, daß werktags bis sieben, an Sonn- und Feiertagen bis acht Uhr die nachts eingetretene Eis- und Schneeglätte zu beseitigen ist. Eine (Grundbesitzer-) Haftpflichtversicherung ist kein Freibrief für die Vernachlässigung von Räum- und Streupflichten. Beim selbstbewohnten Einfamilienhaus deckt die Privat-Haftpflichtversicherung auch die Ansprüche aus winterlichen Gefahren ab.

BÜCHER

Adolf Bauer, Winfried Brosch, Günther Schneidewind: „Richtig versichert – besser versichert/Praktischer Ratgeber für alle Versicherungsnehmer"; Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, München/Münster; 344 Seiten, 29,80 Mark.

Der 1984 erstmals erschienene „Ratgeber" liegt in zweiter, überarbeiteter Auflage vor. Er enthält unter anderem die Sozialversicherungsgrößen für 1986, die Neuregelung der Hinterbliebenenrenten und des Invaliditätsschutzes für freiwillig Versicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung, die neuen Bestimmungen der Hausratversicherung (VHB 84).

KOSTEN / Existenzsicherung auch bei Krankheit

Tagegeld für Selbständige

Krankentagegelder können die Existenz manches kleinen Unternehmens retten helfen. Was so allgemein nur als ein bedeutungsloser Teil des privaten Krankenversicherungsschutzes angesehen wird, putzt sich im Notfall als Überlebenshilfe des „Ein-Mann-Betriebes" heraus.

Der Ausfall durch länger andauernde Krankheit bedeutet für den freien Handelsvertreter, den Freiberufler oder sonstwie selbständig Tätigen nicht nur den Verdienstausfall, sondern auch das Nichterreichbarsein und damit schnell das finanzielle Abseits. Hier können Tagegelder in ausreichender Höhe zumindest den Einsatz von Zeitarbeitskräften zur Aufrechterhaltung des Bürobetriebes ermöglichen.

Im einen oder anderen Fall ergibt sich sogar die volle Ersatzlösung durch das Einspringen eines bereits im Ruhestand befindlichen früheren Kollegen. Da dies alles Geld kostet, müssen diese Kosten für den Krankheitsfall abgesichert sein.

Für die Garantie, daß Büro und Telefon täglich fünf Stunden besetzt sind, muß mit Kosten von etwa 4000 Mark gerechnet werden. Eine „Leihsekretärin" kostet zwischen 26 und 36 Mark pro Stunde. Bei 22 Arbeitstagen sind das pro Tag um die 180 Mark. Da Krankentagegelder für jeden Tag der Krankheit – also auch für Sonnabend/Sonntag – ausgezahlt werden, müßte, um den entstehenden Bedarf zu versichern, ein Tagegeld über 130 Mark abgeschlossen werden.

Der Beitrag hierfür richtet sich, wie in der privaten Krankenversicherung üblich, nach dem persönlichen Risiko, also Alter, Geschlecht und eventuelle Vorerkrankungen. Dazu kommt, daß es verschieden lange Karenzzeiten gibt, ab denen der Versicherungsschutz in Kraft tritt. So muß für ein Tagegeld vom ersten Krankheitstag an natürlich mehr bezahlt werden als für eines mit Wirkung vom 14. Tag an.

Die Nova Krankenversicherung versichert Selbständige zum Beispiel ab dem achten Krankheitstag. Für einen 26jährigen kostet das pro zehn Mark Tagegeld 16 Mark monatlichen Beitrag. Um bei dem bereits genannten Kostenbeispiel zu bleiben, bedeutet dies einen monatlichen Beitrag von knapp 200 Mark.

Dieses Geld kann steuerlich vom Selbständigen abgesetzt werden. Nur muß er dann die Leistungen ebenfalls versteuern oder aber voll in seinen Betrieb investieren.

Tagegelder ab gewissen Höhen bereiten den Versicherern häufig Probleme beim Abschluß. Um die Möglichkeit der Ausnutzung in wirtschaftlich schwierigen Situationen auszuschließen, gibt es bei den meisten Anbietern durch Verkaufsvorschriften eingegrenzte Tagegeldhöhen.

Wer jedoch dem Versicherer eindeutig den eigenen Bedarf nachweisen kann, wird kaum auf Schwierigkeiten beim Abschluß stoßen.

GERHARD KÜHN

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Nova Versicherungen, Hamburg.

NACHRICHTEN

Vorruhestands-Regelung

München (WR) – Von der für die Versicherungswirtschaft geltenden Vorruhestandsregelung wird rege Gebrauch gemacht. Nach Angaben des Arbeitgeberverbands der Versicherungsunternehmen ist davon auszugehen, daß von den 5720 im Jahr 1985 anspruchsberechtigten Innendienstmitarbeitern rund 40 Prozent (2290) vorzeitig in den Ruhestand treten. 70 Prozent oder 1600 der freiwerdenden Arbeitsplätze werden wieder besetzt.

Informationsfilm

Düsseldorf (Py.) – Die stark im landwirtschaftlichen Versicherungsgeschäft tätige Concordia-Versicherungen (Karl-Wiechert-Allee 5, 3000 Hannover 61) bietet einen Informationsfilm (16 mm oder VHS Video-Kassette) über die Gebäude- und Inhaltsversicherung (Maschinen, Vieh, Vorräte) an. Der Film (mit Begleittexten und Informationsfibeln) wird kostenlos ausgeliehen.

Krankenhaus-„Michelin"

Köln (dpa) – Der Verband der privaten Krankenversicherer (PKV) erstellt durch Patientenbefragung eine Art „Krankenhaus-Michelin", der eine bessere Übersicht über die Angemessenheit von Preisen für die Wahlleistungen in den Krankenhäusern ermöglichen soll. Ein Probelauf ist bereits abgeschlossen, ein zweiter bei 7000 Patienten ist im Gange. Es geht unter anderem um die Ausstattung der Zimmer und die Qualität des Essens. Die Ergebnisse sollen die Verhandlungsbasis gegenüber den Krankenhäusern stärken.

Bei Krankheit – Privatpatient
Versicherte in der privaten Krankenversicherung

	1974	1985 (Umfang)
insgesamt	7,42 Mio	ca. 9,5 Mio
davon: Vollversicherte	4,20 Mio	5,14 Mio
Privat Zusatzversicherte aus der gesetzlichen Krankenversicherung	3,22	ca. 4,35
Privat Versicherte in % der Bevölkerung	12,0 %	15,6 %

© Globus

Neuneinhalb Millionen Menschen in der Bundesrepublik sind gegen das finanzielle Risiko Krankheit privat versichert. *Über fünf Millionen* haben eine Rundum-Versicherung, die alle Krankheitskosten abdeckt. Die in den letzten zehn Jahren gestiegene *Zahl der privat Versicherten* ist ein großer Erfolg, besonders vor dem Hintergrund des harten Wettbewerbs mit der Gesetzlichen Krankenversicherung, der immer wieder auch durch den Gesetzgeber verschärft wird. GRAFIK: GLOBUS

US-„Kavaliere"

Düsseldorf (WR) – Für sieben von zehn Amerikanern ist Versicherungsbetrug ein „akzeptables Delikt". Das ergab eine Umfrage des Insurance Information Institute. 74 Prozent der Befragten gaben an, ihre Mitbürger *würden nicht zögern, der Versicherung* eine übertriebene Schadenforderung zu melden. Von diesen 74 Prozent gehen 40 Prozent davon aus, solche Praktiken seien „weitverbreitet", und 34 Prozent, daß sie „mehr oder weniger verbreitet" sind.

25 Jahre Conti Sach

Düsseldorf (KHS) – Die Continentale Sachversicherung AG, Dortmund, besteht 25 Jahre. Sie wurde unter dem Namen Continentale Allgemeine Versicherungs-AG in Hannover gegründet, fünf Jahre später von der heutigen Continentale Krankenversicherung aG erworben und mit der eigenen Neugründung verschmolzen. Die Continentale Sach gehört zu den zehn größten Unfallversicherern. Die Unfallversicherung macht rund 50 Prozent des gesamten Prämienaufkommens von 159 Millionen Mark aus. Daneben werden alle Sach- und Schadenversicherungen betrieben.

Keine Auskunftspflicht

Düsseldorf (AU) – Die Frage des Arztes nach ihrer Krankenversicherung brauchen Privatpatienten nicht zu beantworten. Darauf hat jetzt der Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) hingewiesen. Vertragspartner des Arztes sei allein der Patient, nicht aber seine Versicherung. Vielfach liege es im Interesse des Patienten, seinen Versicherer nicht zu nennen, beispielsweise wenn dieser für besonders großzügige oder auch restriktive Tarife bekannt ist.

BEITRAGSRÜCKERSTATTUNGEN

Mittel gegen Kostenauftrieb

Die privaten Krankenversicherer bedienen sich unterschiedlich beurteilter Mittel und Methoden, um die *Kostenaufblähung im Gesundheitswesen* einzudämmen. Dazu gehört die seit Ende der 70er Jahre deutlich zunehmende Beitragsrückerstattung.

Bei der privaten Krankenversicherung (PKV) hängt – anders als bei den gesetzlichen Krankenkassen – die Beitragshöhe nicht vom Einkommen ab, sondern vom Eintrittsalter, vom Geschlecht des Versicherungsnehmers sowie vom Tarif, den er vereinbart hat. So ermöglichen es die privaten Krankenversicherer, die Beiträge den persönlichen Verhältnissen ihrer Kunden anzupassen und gegebenenfalls erheblich zu senken. Voraussetzung: Die Versicherten beteiligen sich selbst an ihren ambulanten Krankheitskosten.

Mehr als 1,03 (im Vorjahr: 0,68) Milliarden Mark stellten die 40 Mitgliedsunternehmen des PKV-Verbandes im Rahmen der Beitragsrückerstattung 1984 ihren Versicherten in unterschiedlicher Weise wieder zur Verfügung. Die Beiträge wurden entweder *bar ausgeschüttet, verrechnet* (um Beitragserhöhungen zu vermeiden) oder verwendet, um Beiträge zu senken.

Beitragsrückerstattungen ergeben sich als Folge vorangegangener Eigenleistungen des Versicherten, etwa

- durch Vereinbarung einer betragsmäßig oder prozentual festgelegten Selbstbeteiligung im Versicherungsschutz,
- durch Nichtvorlage von Rechnungen mit niedrigen Beträgen sowie
- durch gewollte oder ungewollte *Unterversicherung.*

Der privat Krankenversicherte kann mit seinem Versicherer eine frei *wählbare Selbstbeteiligung an den* Krankheitskosten vereinbaren, wobei ihm die darüber hinausgehenden Beträge in voller Höhe ersetzt werden. So wirkt die Selbstbeteiligung für den Versicherten entsprechend beitragsmindernd. Je höher seine jähr*liche Selbstbeteiligung ausfällt, desto* größer wird die Beitragsermäßigung sein.

Beispielsweise ermäßigt sich bei einer Selbstbeteiligung von 1200 Mark jährlich der Beitrag gegenüber einem Selbstbehalt von 100 Mark um mehr als 75 Prozent. Bei einer Selbstbeteiligung voo 2000 Mark sind es sogar 95 Prozent.

Neben Beitragsrückerstattungen in Form von Barausschüttungen stelleo die privaten Krankenversicherer ihren Versicherten hohe Beiträge zur Beitragsverrechnung zur Verfügung: 1984 waren es 488 (im Vorjahr: 308) Millionen Mark.

Hierdurch konnten die PKV-Unternehmen auf Beitragserhöhungen verzichten, es wurden sogar Beitragsnachlässe gewährt. Vor allem ältere Versicherte profitieren von dieser Verrechoung, die von einigen Versicherern sogar ausdrücklich als Sondernachlaß für Versicherte im Rentenalter im tariflichen Umfang garantiert worden ist.

KARL-HEINZ STEFAN

NEUE TARIFE

Programm „10-Plus"

Düsseldorf (Py.) – Eine Variante zum Thema „Geldanlage und Altersversorgung" hat sich die Kölner DEVK-Versicherungsgruppe einfallen lassen. Das Programm „10-Plus" ist die Verbindung einer Kapital-Lebensversicherung mit einem Immobilienfonds. Vom monatlichen Beitrag von rund 95, 125 oder 156 Mark wird ein Teil auf das Konto der Lebensversicherung gebucht, der andere Teil wandert in den Fonds. Die Besonderheit: Der Anleger zahlt zehn Jahre lang einen gleichbleibenden Betrag; danach kann er seine Zahlungen einstellen. Dann speisen Erträge aus dem im Immobilienfonds angesammelten Kapital die Lebensversicherung.

Für GKV-Versicherte

Dortmund (KHS) – Die ausschließliche Versicherung privatärztlicher Leistungen bei stationärer Krankenhausbehandlung ist nach dem neuen Spezialtarif der Continentalen Krankenversicherung – als 25jähriger zahlt man hierfür monatlich 14,54 Mark Prämie – vorgesehen. Besonders Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen (GKV), die bei üblicher Unterbringung im Mehrbettzimmer im Krankenhaus privatärztliche Behandlung wünschen, bietet der neue Tarif eine interessante Abrundung ihres bisherigen Versicherungsschutzes. Auch für privat Vollversicherte, die nur über einen Versicherungsschutz im Mehrbettzimmer ohne privatärztliche Behandlung verfügen, dürfte das Angebot der Continentalen eine bedarfsgerechte Ergänzung sein.

Neuer Pflegetarif

Hamburg (Py.) – Ab 1986 wird die Deutscher Ring Krankenversicherung VVaG, Hamburg, eine Pflegekrankenversicherung in Form eines Tagegeldtarifs anbieten. Als Pflegetagegeld kann ein Betrag zwischen 30 und 100 Mark pro Pflegetag versichert werden. Das ergibt je nach Pflegebedürftigkeit eine monatliche Leistung von 900 bis 3000 Mark. Sie werden auch bei häuslicher Pflege gezahlt. Ein 28jähriger Mann zahlt für ein Tagegeld von 50 Mark monatlich 21,50 Mark an Prämie, eine gleichaltrige Frau 26 Mark.

Sicher in den Ski-Urlaub

Düsseldorf (Py.) – Gegen die Folgen unangenehmer Urlaubserlebnisse bietet die Volksfürsorge Versicherungs-Gruppe, Hamburg, einen „Vierpack"-Vertrag an. Er umfaßt Wintersport-Geräte-, -Unfall-, -Haftpflicht- und -Rechtsschutz-Versicherung, kostet je Person für ein Jahr 30 Mark. Die Deckungssumme bei der Haftpflicht beträgt 500 000 Mark für Personen-, 50 000 Mark für Sach- und 4000 Mark für Vermögensschäden. Die Unfallversicherung zahlt für Personen über 14 (unter 14) Jahre: Todesfall 15 000 (5000) Mark, Invaliditätsfall 30 000 (40 000) Mark und Bergungskosten bis zu 1500 (1500) Mark.

60 JAHRE PRESSE-VERSORGUNG

Nicht nur für Redakteure

Seit 1926 existiert die Presse-Versorgung, eine nicht-kommerzielle gemeinsame Einrichtung von Verleger- und Journalistenorganisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Lebensversicherungen für Redakteure zu beschaffen, die die Versicherten oder ihre Angehörigen im Alter, bei Berufsunfähigkeit oder Tod des Verdieners finanziell absichern.

Die Tageszeitungsredakteure – seit 1974 auch die Redakteure an Zeitschriften – sind versicherungspflichtig. Tarifverträge regeln die Höhe der Beiträge, die je zur Hälfte vom Versicherten und seinem Verlag entrichtet werden. Sie stellen zusammen mit der gesetzlichen Rente eine ausreichende Grundversorgung sicher. Um sie noch zu erhöhen, kann der Pflichtversicherte zusätzlich freiwillige Versicherungen abschließen – und das zu denselben günstigen Konditionen.

Die günstigen Konditionen sind es auch, die inzwischen eine Reihe von Unternehmen der Kommunikationswirtschaft veranlaßt hat, Rahmenabkommen mit der Presse-Versorgung zu schließen, um so ihre journalistisch tätigen und gegebenenfalls auch ihre leitenden Mitarbeiter und deren Angehörige den Redakteuren ähnlich zu sichern.

So kommt es, daß sich die Presse-Versorgung in Stuttgart langsam, aber sicher zur größten europäischen Gruppenversicherung mit einer Bestandsversicherungssumme von 3,4 Milliarden Mark entwickelt hat. Nur 37 Mitarbeiter verwalten die über 47 000 Versicherungsverträge. Das spart Kosten. Geschäftsführer Claus Pfanner, seit 21 Jahren für die Presse-Versorgung tätig: „Das Entscheidende ist, daß wir keinen Außendienst unterhalten, sondern uns der Organisationen unserer Partner Allianz, Gerling und Colonia bedienen. Wir sind nämlich nicht selber Versicherer. Wir beschaffen nur besonders günstige Versicherungen."

Die Vertragsgesellschaften schließen für die Presse-Versorgung die Verträge ab und übernehmen auch das Versicherungsrisiko.

Die niedrigen Verwaltungskosten und die Tatsache, daß die Presse-Versorgung nur Treuhänder ohne eigenes Gewinnstreben ist, ermöglichen sehr niedrige Versicherungsbeiträge. Dennoch konnten beachtliche Überschüsse erwirtschaftet werden, die die Versicherungsleistungen aus den Verträgen alljährlich erhöhen. Während 1980 aus 39 000 Verträgen über eine Summe von 2,5 Milliarden Mark 116 Millionen Mark an Prämien ans Versorgungswerk flossen und ein Überschuß von 56 Millionen Mark erzielt wurde, brachten es 1984 47 000 Verträge über eine Summe von 3,4 Milliarden Mark (Prämie: 161 Millionen Mark) auf 109 Millionen Mark Überschuß.

Die Presse-Versorgung bietet ihre Lebensversicherungen auch Einzelpersonen an. Angesprochen sind alle Journalisten und Leitenden in Kommunikationsberufen: in Verlagen, bei Funk und Fernsehen, in Agenturen und Druckereien.

Dazu Dietrich Oppenberg, seit 1955 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Presse-Versorgung, NRZ-Herausgeber und Econ-Verleger: „Im freiwilligen Bereich gibt es noch einiges zu tun. Denn gerade in kleineren Unternehmen der Kommunikationsbranche ist eine betriebliche Altersversorgung kaum vorgesehen. Und mit den Einkünften aus der gesetzlichen Rentenversicherung allein ist ein angemessener Lebensstandard nicht gewährleistet. Das machen sich viele nicht frühzeitig klar."

DAGMAR GASSDORF

Fakten und Legenden: Taheris Khomeini-Biographie

Die Rache des Ayatollah

Nach den Gesetzen des Islam muß ein Mann 24 Stunden nach seinem Tod verbrannt werden. Für Khomeini jedoch gilt dieses Gesetz nicht. *Er hat seine ganze Autorität eingesetzt*, um diese Vorschrift in seinem Fall aufzuhebeo. Außerhalb des engsten Zirkels um Khomeini kann heute niemand mit Bestimmtheit sagen, ob der 85jährige Revolutionsführer noch lebt. Das ist heute gewiß die politisch interessanteste und bedeutendste Frage zum Thema Iran und Khomeini.

Die Frage ist vorläufig nicht zu beantworten. Dennoch kommt die Biographie Amir Taheris über „Chomeini und die Islamische Revolutioo" nicht zu früh. Der Biograpb bietet als



Antwort eine Fülle von Daten und Fakten, angefangen mit der Herkunft, der Jugendzeit, bis zu den Jahren im Exil, der Revolution und der Zeit nach 1979.

Taheri bekennt sich zum schiitischen Glauben. Die Faszination, die der Ayatollah auf ihn ausübt, ist unverkennbar. Sie gleitet manchmal ab in eine Legendenbildung, zum Beispiel, wenn er über die Kindheit des bei seiner Tante aufgewachsenen Nachfahren aus der Familie des Propheten spricht. Khomeini soll mit sechs Jahren den Koran auswendig gekannt und später immer an der Spitze der schiitischen Gelehrten gestanden haben. Das kontrastiert mit der vielfach belegten Tatsache, daß Khomeini nur über rudimentäre Kenntnisse der arabischen Sprache verfügt.

Bei der Legendenbildung und Erklärung islamischer Glaubensgrundsätze wird deutlich, daß der Autor kein wissenschaftliches Werk vorlegt, sondern nur umfassend und reichhaltig aus dem Leben Khomeinis erzählt. Das tut er nicbt schlecbt. Er bettet *seine Gestalt in die historischen* Umstände des Landes ein, wagt einige historiscbe Ausflüge und erklärt, allerdings vielfacb sehr langatmig, persische Eigenheiten und Ausdrücke. Anstelle zahlreicber geographischer Beschreibungeo wäre eine Karte, zum Beispiel im Buchumschlag, nützlicher gewesen. Auch *sollten bei einer zweiten Auflage*, die nach dem Ableben Khomeinis sicher in Aussicht genommen werden kann, die Stilbrüche („durcb den Kakao ziehen", „Pleite gehen" usf.) geglättet werden.

Besonders die Ethymologie scbeint *Taheri am Herzen zu liegen.* Seine linguistischen Exkurse sind zuweilen ermüdend. Sie geben jedoch indirekt Aufschluß über Taheris politischen Standort. Der langjährige persische Journalist (Jahrgang 1942) und heutige Emigrant lebt seit 1979 in London und Paris. Er arbeitet für linksliberale Blätter wie „Washington Post" und „Le Monde".

Bei manchen Behauptungen des Autors sind Zweifel angebracht. Zum Beispiel, wenn Taheri schreibt, daß 600 Untergrundkämpfer, die „den harten Kern der Teheraner Masseo" bildeten, imstande waren, „die Bevölkerung vor Angriffen der Polizei zu schützen und zugleich die Infiltration durch linke Gruppen zu verhindern". Oder wenn er mit knappen Sätzen die Problematik des arabisch-israelischen Konflikts und der PLO streift und bekannte Vorurteile über den israelischen Geheimdienst Mossad sowie über die katholische Kirche kritiklos übernimmt. Seit 1963 will er bereits eine Polarisierung in Iran mit dem Anfang vom Ende des Schah gesehen haben. Er fordert auch Zweifel heraus, wenn er sich recht zuversichtlicb über die Zukunft der islamischen Revolution äußert. Hier wären Hinweise auf breitere wissenschaftliche Unterlagen und Quellen angebracht gewesen. Taheri stützt sich dagegen *in solchen Fällen meist* auf die eigene Meinung.

Taheri ist aber bei aller Faszination für Khomeini und die islamiscbe Revolution nicht als bedingungsloser Anhänger des Revolutionsführers einzustufen. Er weist mit manchen Aussagen führender schiitischer Geistlicher auf die Rachsüchtigkeit und den Machthunger des Ayatollah hin. Diesen Eigenschaften verdankt er schließlich seine Exilanten-Existenz. Andererseits gehört er auch nicht zur Exil-Opposition, die im Bucb übrigens zu kurz kommt.

JÜRGEN LIMINSKI

Amir Taheri, „Chomeini und die Islamische Revolution", Hoffmann und Campe, Hamburg, 414 Seiten, 38 Mark.



Marivaux à la Tschechow: Maddalena Crippa als Prinzessin und Giancarlo Dettozi als Philosoph, Szene aus der Mailänder Aufführung am Piccolo Teatro FOTO: LUIGI CIMINAGHI

„Triumph der Liebe" von Marivaux als Triumph des A. Vitez in Mailand

Zerbrochene Herzen in Arkadien

Antoine Vitez, Direktor des Pariser Théâtre National Populaire, weigerte sich, Marivaux' „Triumpb der Liebe" aufzuführen. Die Erinnerung, meinte er, an die denkwürdige Inszenierung seines Vorgängers und Meisters Jean Vilar würde ihn lähmen. Doch dann kam es anders. Giorgio Strehler, Direktor des Théâtre de l'Europe in Paris und des Piccolo Teatro in Mailand, bot ihm seine Bühne und seine Schauspieler in der Via *Rovello an.* Vitez sagte zu.

Herausgekommen ist jetzt in Mailand eine herrliche Aufführung, in der Vitez zeigt, wie beunruhigend und zweideutig Marivaux zwischen scheinbar harmlosen Versteckspielen Gefühle seziert. Marivaux hatte die Hauptrolle, die der Prinzessin von Sparta, die einem Prinzen den von ihren Vorfahren usurpierten Thron zurückgeben will und sich dabei in den weltfremden Jüngling verliebt, einer italieniscben Schauspielerin auf den schönen Leib geschrieben. Vitez fand sie wieder: Maddalena Crippa bestätigt in der Hosenrolle eines weiblichen Don Giovanni ihr Prädikat als beste junge Schauspielerin Italiens. Scbön und zynisch, wie ein gefallener Engel, beherrscht sie die Szene, bevor sie, zerbrochene Herzen zurücklassend, mit ihrem Prinzen im Wald verschwindet.

Bühnenbildner Yannis Kokkos hat in einem bohen Blätterdickicht voller Vogelstimmen ein Arkadien unberührter Natur vor den dorischen Säulen einer Veranda wachsen lassen. Hier leben ein Philosopb und seine alternde Schwester, die den Prinzen aufgenommen und zur weltentsagenden Vernunft erzogen haben. In ihr Reich der Ordnung hrechen nicht nur die Prinzessin und ihre Vertraute (beide als Männer verkleidet) ein. Unter der Veranda leben in einer Höhle zwei Kerle, die – wie aus einem anderen Stück hierher verirrt – auftauchen, wenn die Herrschaft nicht da ist. Das sind Arlecchino (gespielt vom berühmtesten aller Harlekine, Ferruccio Soleri) und ein grober, erpresserischer Gärtner. Die Prinzessin betört, um ihren Prinzen erobern zu können, den Philosophen samt Schwester. Er verfällt der Frau, deren Verkleidung er sofort durchschaut, sie dem vermeintlichen Mann. In einer Szene wie aus dem absurden Theater gestehen die alten Geschwister einander ihre Heiratspläne und erkennen dann, wie erbarmungslos sie genarrt wurden.

„Triumph der Grausamkeit" könnte man die Marivaux-Komödie in den Händen von Antoine Vitez nennen. Der Regisseur macht nicht die Turtelei der Jungen zum Schwerpunkt seiner Inszenierung, sondern die vergebliche Abwehr der Älteren gegen den Einbruch der Gefühle, schließlich ihr Unterliegen und ihr Leid. Dem Stil des Hausherrn Strehler verblüffend verwandt, schwelgt diese Aufführung in Bildern eines lyrischen Realismus, findet das Gleichgewicht zwischen Zartheit und Zynismus, Heiterkeit und Trauer. Der Mailänder Triumpb des Regisseurs ist auch der seiner italienischen Akteure. Ihr intelligentes Spiel, aber auch die Veranda, vor der der Kirschgarten liegen könnte, erinnert mehr an die Seelenanatomie Tschechows als an die „galantérie un peu précieuse", die der Larousse unter dem Stichwort „Marivaudage" als typisches Merkmal für Marivaux nennt.

MONIKA v. ZITZEWITZ

Schönberg und Bartók an der Wiener Staatsoper

Freuds Couch ist dabei

„Traum und Wirklichkeit" hieß die große Jugendstil-Ausstellung des vergangenen Wiener Sommers. Unter dieses Motto schien auch Götz Friedrich seinen jüngsten Staatsopernabend gestellt zu haben: Bartóks „Herzog Blaubarts Burg" und Schönbergs „Erwartung" gerieten ihm zur traumatischen Reise in die verborgensten Schichten des weiblichen Unterbewußtseins. Sigmund Freuds Couch stand in beiden Einaktern nicht nur symbolisch, sondern höchst realistisch auf der Bühne.

In beiden Werken geht es um Emanzipation und Befreiung aus der tödlich-männlichen Umklammerung. Im „Blaubart", dessen Text von einem Mann (Béla Balázs) stammt, darf Judith – sobald sie alle Geheimnisse Blaubarts ergründet hat – nicht weiterleben; in „Erwartung", von weiblicher Hand (Marie Pappenheim) geschrieben, muß der Mann erst tot sein, bevor die Frau – die Wahrheit suchend und voller Selbstzweifel: Hat sie ihn selbst erschossen oder war's die andere? – sein wahres Seelchen erkennen kann.

Im hoch-expressionistischen Bühnenbildern von Hans Schavernoch, Alptraum-Räumen von suggestiver Farbkraft, versucht Götz Friedrich seine psychoanalytische Werkanalyse: Blaubart, mit der unvermeidlicben Peitsche in der Hand („Wenn du zum Weibe gehst . . ."), liegt auf der Couch, während Judith seine Seelen-Kammern nach und nach öffnet und ihm seine tiefsten Geheimnisse entlockt. Sie, vom wilden Trieb besessen, mehr zu wissen als ihr frommt, steigert sich zuletzt in einen wahren Taumel, ringt ihn nieder, um auch den letzten Schlüssel zu seinem Inneren an sich zu reißen. Zusammen *mit seinen früheren Frauen* muß sie zur Strafe – als schönstes Bild seiner Erinnerung – in die Erstarrung, in die ewige Nacht . . .

Klara Takacs und Siegmund Nimsgern gestalten diesen Psycho-Thriller (trotz der unverständlichen ungarischen Originalsprache) spannend wie einen Krimi. Jiři Kout bringt mit den Wiener Philharmonikern die kostbare Partitur zum leuchten, freilich mehr die impressionistischen Farben Bartóks herausstreichend als seine dissonanten Härten.

Schwer hatte es nach diesem fulminanten Beginn Karan Armstrong: Sie muß ja Schönbergs „Erwartung" im Alleingang bewältigen, muß das Seelendrama einer leicht hysterischen Frau an der Leiche ihres Geliebten als einsame Antagonistin gegen ein großes Orchester durchbringen. Wo es ihr an Wortdeutlichkeit, wohl auch an schillernder Jugendstil-Sinnlichkeit fehlte, half ihr ein assoziationsfreudiges Bühnenbild über die Gesangsmonotonie hinweg.

Statt des vorgeschriebenen Waldes hatte sie, in Plissé gekleidet (Kostüme: Lore Haas), einen devastierten Salon zu durchwandern, zerborsten und verstaubt wie nach einem Bombenangriff, von rotem Laub sanft bedeckt. Hier robbte, taumelte, stürzte, wankte und wirkte die Armstrong, zuletzt nacb einer gekonnten Rolle durchs Wasser auch noch klatschnaß, als verlassene, betrogene, liebende, suchende, leidende Frau. Ein bißchen viel auf einmal, aber immerhin wakker gesungen bei all der Gymnastik.

Ulf Schirmer formte am Pult Schönbergs Klangfarben-Melodie etwas weicb und nebulös nach – in Wien liebt man die einstige Moderne eben ohne Kanten und Schärfen. Großer Jubel.

ANDREA SEEBOHM

KULTURNOTIZEN

Den ältesten Athene-Tempel haben griechische Archäologen auf der Kykladen-Insel Paros gefunden.

„Plakate aus Israel", die zuerst in Bonn und Mainz (s. WELT v. 28. 9.) gezeigt wurden, sind nun bis 6. Februar auf Schloß Cappenberg (Kreis Unna) zu sehen.

Der deutsche Pianist Rolf Plagge und der Chilene Alfredo Perlschmidt teilen sich den ersten Preis des 7. Internationalen Klavierwettbewerbs in Montevideo.

Die Schauspielerin Grete Mosheim wurde zum Ehrenmitglied der Freien Volksbühne in Berlin ernannt.

Der Geiger Henryk Szeryng erhielt den monegassischen Karls-Orden.

Der Anthropologe Julio Caro Baroja erhielt den mit rund 83 000 Mark dotierten spanischen „Natinnalen Literaturpreis".

Eine Arbeitsgemeinschaft der literarischen Gesellschaften ist in Berlin von Vertretern solcher Vereinigungen gegründet worden.

Zum achtzehnten Mal: Verleihung der „Goldenen Europa" in Saarbrücken

Gefördert wird der pure Netzhautreiz

Die Schubladen heißen „Trend des Jahres", „*Aufsteiger national*" oder „Comeback des Jahres", und der Klang dieser Prädikate mutet so nach Verlegenheit an, wie die ganze Sache drumherum: Die „Goldene Europa" und das mit ihr verbundene Brimborium ist so überflüssig wie ein Kropf. Jeder in der leicbten Branche von Entertainment, Show und Pop-Musik weiß das, docb keiner spricht es deutlich aus.

Zum achtzehnten Mal wurde Anfang November die sechs Pfund schwere und etwa 2500 Mark teure „Europa", ein erlesen häßliches Ding im Stil eines pervertierten Brancusi, in Saarbrücken verliehen, der Heimatstadt dieser Einricbtung: Vergeben von SR 1, dem locker-flockigen Hörfunkprogramm der Europawelle Saar, sollte die glatte Dame dem Goldenen Löwen von Radio Luxemburg ein bißchen Angst einjagen und der poppigen Mehrsprachen-Anstalt Hörer abluchsen.

Nebeneffekte, eigentlicb die Haupt-Sachen: Die öffentliche Preisverleihung *in der Saarlandhalle*, dazu synchrone Hörfunkübertragung, Aufzeichnung für die ARD und, natürlich, jede Menge Publicity für die zum größten Teil nur sogenannten „Stars". Deren Provenienz, nach Plattenfirmen gesehen, ist dabei dermaßen *ausgewogen, daß* unterm Strich nicbts weiter herauskommen kann als gähnende Langeweile und ein Niveau, gegen das die Monotonie des Prix d'Eurovision *noch* Spitzenformat hat: „Wirkliche" Stars wie etwa Margot Werner oder Sally Oldfield waren und sind Mangelware. Namen wie Cindy & Bert, Chris Roberts, Jürgen Drews, Dschingis Khan, Nicki oder – in diesem Jahr – Purple Scbulz und *Modern* Talking gehören statt dessen dazu.

Das „wichtigste Sbowereignis" in den unterschiedlichsten Kategorien soll seit Anbeginn mit der „Europa" gekürt werden. Doch längst hat der Hörer, den man doch damit ködern wollte, auf die Wahlen keinen erheblichen Einfluß mehr, ist er doch, seit eine Jury aus Insidern die Würfel rollen läßt, nur mehr oder minder demoskopischer Vorwand für Komponisten, Autoren, „Künstler", Journalisten und Medienrepräsentanten – die Verleihung ist ein Possenspiel von ähnlicher Sterilität wie das Playback-Theater auf der Saarbrücker Bühne: Künstlichkeit statt Kunst, Management statt Qualität – ganz wie im richtigen Leben.

Goldene Europa – 21.00 Uhr, ARD

Wie gesagt, Ausnahmen bestätigen die Regel, und die Branche, die ihr alljährliches Saar-Happening zu einem Büffet- und Sbowmarathon quer *durch Deutschlands Plattenfirmen*-Landschaft macht, scheint doch zu merken, wie dringend nötig solche Ausnahmen sind. Daß Jennifer Rush als „*erfolgreichste in Deutschland* produzierte Künstlerin" 1985 eine Goldene Europa bekam, konnte niemanden mehr überraschen, der Ohren hat zu hören.

Da nimmt sicb die Ehrung Karlheinz Böhms für seine Hunger-Aktion „Menschen für Menschen" tatsächlich ganz scbön als Alibi-Ereignis aus, und Gott sei Dank sind dem Dirigentensohn sämtliche Mittel des Showbusiness recht, seine Botschaft der Humanität an den Konsumenten zu bringen, als daß er auf den Gedanken kommen könnte, sich in der Tür geirrt zu haben: Seit Bob Geldof gehören Hunger und Musik noch enger zusammen als in Kriegszeiten.

Ob solche Anregungen zur Nachdenklichkeit inmitten des Jahrmarktes der Eitelkeiten freilich dessen Provinzialismus in feschen Roben schmälern können, bleibt zu bezweifeln: Wie kommerziell motiviert dieses Gedümpel auf der Europawelle in Wirklichkeit noch immer ist, zeigt beispielsweise die seit drei Jahren fest dazugehörende Preisung des besten Videoclips aus der Musikbranche (1985: Duran Duran).

Nichts scheint symptomatischer als dies: Keine musikalische Qualität wird hier gekürt, sondern purer Netzhaut-Reiz; gefördert werden eben Voyeurismus und musikalisches Analphabetentum.

ALEXANDER SCHMITZ

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
Themen u. a.: „Suche Lehrstelle" – Durch eigenes Plakat zum Erfolg / Tanz in den Beruf – Ballett-Tänzer gefragt / Expertin vom Arbeitsamt gibt Auskunft
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Fußball-UEFA-Pokal
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Ein Platz für Tiere
Von Waschbären und Staren
Von und mit Bernhard Grzimek
Über eine Million Waschbären fallen in den USA den Schrotladungen der Hobbyjäger zum Opfer. Trotzdem sind die Kleinbären nicht auszurotten und haben keinerlei Furcht vor Menschen. Professor Grzimek berichtet außerdem über Stare, die in Scharen von Hunderttausenden sogar Greifvögel zum Absturz bringen.
16.55 Mission Terra (5)
Expeditionen zum blauen Planeten
17.25 Herr Rossi sucht das Glück
Zeichentrickfilm von Bruno Bozetto
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Jugend '85
Jugend und Politik
Kein Bock auf Null Bock?
21.00 Goldene Europa
Hits des Jahres – Erfolge '85
Moderation: Manfred Sexauer
Regie: Harald Schäfer
Aufzeichnung einer öffentlichen Veranstaltung aus der Saarlandhalle in Saarbrücken
22.45 Tagesthemen
23.15 ARD-Sport extra – aus Berlin
Basketball-WM-Qualifikation
Deutschland – Türkei
Reporter: Peter Grube
Aufzeichnung vom selben Abend aus der Deutschlandhalle
23.45 Der grüne Vogel
Deutscher Spielfilm (1980)
Mit Hannelore Elsner, Peter Andorai, Johanna Elbauer u. a.
Regie: Istvan Szabo
1.15 Tagesschau
1.20 Nachtgedanken

ZDF



16.00 heute
16.04 allahu akbar – Allah ist groß
1. Teil: Die fünf Grundpfeiler der islamischen Religion
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ein Fall für TKKG
4. Folge: Der Schlangenmensch
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Der Herzensbrecher
Willi lernt die charmante Französin Louise kennen und macht Ernst: Er verläßt die gemeinsame Wohnung und *Katharina*, zieht zu seinem neuen Schwarm und gründet mit ihr einen Hausstand. Allerdings nur kurze Zeit, dann kehrt er reumütig zurück . . .
19.00 heute
19.30 Peter Alexander:
Wir gratulieren
Show mit Musik und prominenten Gästen
Regie: Dieter Pröttl
21.00 Kinder Kinder
Als die Computer in die Schule kamen
Von Ulli Rothaus
21.45 heute-journal
22.05 China auf dem Weg ins Jahr 2000
Ein ZDF-Abend aus Peking
Durch die Sendung führt Gerd Helbig
Diskussionsleitung: Reinhard Appel
23.25 Venezuela im Film
Der Geist des Juan Topocho
Venezolanischer Spielfilm (1978)
Mit Virgilio Galindo, Tania Sarbia, Alexander Emilie u. a.
Regie: Cesar Bolivar
0.55 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Stehplatz im Bett
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Mit Paulette Goddard u. a.
Regie: Sidney Lanfield
21.35 Filmtip
21.45 Landesspiegel
Mit guten Ideen und wenig Geld
22.15 Fremd – fern – farbig
Kultur der Gastarbeiter
Ihr wollt uns nur als Fremde sehen
23.00 Jazz bis 30
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 10 Jahre danach – Die Nordsee damals und heute
20.00 Tagesschau
20.15 Die Blechtrommel
Deutscher Spielfilm (1978)
Nach Günter Grass
Mit David Bennent, Mario Adorf, Angela Winkler u. a.
Regie: Volker Schlöndorff
22.35 Kultur aktuell
23.25 Jazzfest Berlin 1985
0.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 SFB-Computer-Club (4)
19.05 L – wie Lastwagen
19.20 Besuch bei einem Häuptlingssohn
Amerikanischer Spielfilm (1974)
20.50 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Begegnung am Kaukasus
Auf Entdeckungsreise in Armenien
22.30 Ein jeglicher wird seinen Lohn empfangen . . . (2)

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Das kalte Licht
Drama von Carl Zuckmayer
Ein Atomphysiker (Peter Schütte) verrät Forschungsunterlagen an die *UdSSR* – aus ideellen Gründen.
21.05 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Vis à vis
22.55 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Kulturkalender
22.35 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.50 TV-Club Saar

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Die Rebellion
Fernsehspiel
Nach einer Novelle von Joseph Roth
20.20 Glockenspiel in Flandern
20.45 Feiern mit Gott
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Paragraph 51 Seelenarzt Dr. Laduner
Schweizer Spielfilm (1945)
23.25 Rundschau
23.30 Actualités

SAT 1

13.30 Kum Kum
Grotto, der Zauberer
14.00 Kung Fu
Caine und die tote Katze
15.00 Quips
Der Nachlaß – ein Waldbauer und das Sterben im Wald
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
Amanda ist die Größte
17.00 Drei Engel für Charlie
Mord-Hotel exklusiv
18.00 Abenteuer Wildnis
Frühlingsturnier in der Tundra
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Mikosch im Geheimdienst
Österreichischer Spielfilm (1959)
Mit Gunther Philipp, Walter Gross, Kurt Grosskurth u. a.
Regie: Franz Marischka
Kaiser Franz-Joseph auf Besuch in Bad Ischl. Der Geheimdienst hat einen Hinweis auf russische Agenten bekommen . . .
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 High Chaparral
Surtee
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künstler, Sport und Wetter
22.15 Krieg und Frieden
Sowjetischer Spielfilm (1965)
Teil 4
0.00 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

17.00 sportreport
Nachlese: UEFA-Pokal
3. Runde, Hinspiele
18.00 Bilder aus Deutschland
Regional-Magazin
19.00 heute
19.30 Derrick
Der L-Faktor
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Schaltzentrale Hirn
Hirnforschung in Österreich
Dokumentation von Bernhard Pelzl und Alois Kogler
22.45 „. . . und mit der Waffe zu verteidigen"
Österreichisches Bundesheer im 30. Jahr seit seiner Gründung
23.45 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.00 Richtig schenken, leicht gemacht
Das passende Spielzeug für Ihr Kind
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 RTL-Spiel
19.30 Delvecchio
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Western-Patrouille
Amerikanischer Spielfilm (1965)
Mit Robert Fuller, Jocelyn Lane, Dan Duryea u. a.
Regie: Earl Bellamy
22.15 Open end – Typisch RTL
22.47 Wetter / Horoskop
Betthupferl

KRITIK

Tieffliegender Beobachter

Die **Monitor-Redaktion** (ARD) blickte demoskopisch zurück auf den Genfer Gipfel. Ein Meinungsumfrage-Institut hatte im Auftrag zu ergründen, ob die Befragten glaubten, daß durch das Treffen das Wettrüsten gebremst werden würde: 53 Prozent Zuversichtliche, 45 Prozent Skeptiker. Dann: Wer ist sympathischer, Reagan oder Gorbatscbow? 32 Prozent mochten diesen lieber, 23 jenen. Schließlich: Welche der begleitenden Gattinnen machte einen besseren Eindruck? 46 Prozent bevorzugten die Gorbatschowa, nur zwölf Prozent votierten für Nancy. Das sind schon Fragen. Charme vor der Kamera gleich Friedfertigkeit – in Moskau wird man zufrieden sein. Doch nun stimmte Herrn Bednarz nichts anderes nachdenklich, als die Tatsache, daß Jugendliche – sie waren besonders befragt worden – einen so hohen Anteil von Skepsis gegenüber zukünftigen Abrüstungsbemühungen aufwiesen und lenkte, psychologisch geschickt, im zweiten Beitrag auf die Lärmbelästigung durch tieffliegende Düsenjäger der Bundesluftwaffe über. Hätte der Mahner aber nicht mahnen müssen? Denn solche Umfrageergebnisse sind ernstzunehmende Signale für den getrübten Blick der Befragten und Folge der massenpsychologischen Könnerschaft der Kreml-Strategen.

PETER FISCHER

Auszug aus dem Gehäuse

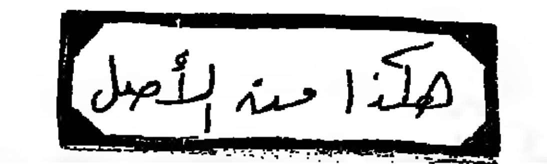
Aucb die Großstadt will wieder „Heimat" sein. Aber kann sie das? Finden die Bürger auch in ihr geborgenes, liebenswertes Leben? Die Fragen, wie geschaffen für eine **Spielraum**-Diskussion (ZDF), wurden diesmal zwar *in einer* untypischen Großstadt – in München – debattiert, doch filterte Peter Huemer virtuos die Schwerpunkte beraus. Er hatte die Runde aus Bürgern und Experten geschickt zusammengestellt.

Die einst gefeierten Perfektionssiedlungen der 60er Jahre, 15 Jahre später als unerträgliche Schlafstädte gescholten, Probleme der Isolation, der Eintönigkeit, der mangelnden Kommunikation – dies sind Themen, die schon tausendfach durchdiskutiert wurden, und wieder wurde deutlich, daß bei Architekten und Planungsbehörden längst ein Umdenken im Gange ist. Ein Rückblick auf den früheren Trend ließ den wirklichen Hintergrund jener Wohnsilo-Mentalität aufblitzen: die radikal a-historische Utopie einer neuen Gesellschaft, die sich ihr Gehäuse gab, das kaum jemandem zur „Heimat" wurde. Der nicht formulierte, aber greifbare Schluß aus dieser Erkenntnis: die Vermittlung von „Heimat" möge das Kriterium künftigen Städtebaus bilden.

HERMANN A. GRIESSER



Hannelore Elsner und Peter Andorai in dem deutschen Spielfilm „Der grüne Vogel" – 23.45 Uhr (ARD) FOTO: URSULA RÖHNERT



Nun buddelt mal schön!

G. C. R. – So manche Reform beschert uns wieder, was vor gar nicht langer Zeiten wegreformiert wurde. Die Landesarchäologen im Rheinland, die amtlich bestallten Maulwürfe, die den geschichtsträchtigen Boden nach Zeugnissen grauer Vorzeiten durchpflügen, durften jetzt diese Erfahrung *machen*.

Zwischen 1958 und 1963 hatten sie gut 160 Arbeiter in Lohn und Brot, die mit dem Spaten wirkten. In der Zeit festigte sich unter der Leitung von Hugo Borger, heute Generaldirektor der Kölner Museen und seit zwölf Jahren Vorsitzender des Verbandes der Landesarchäologen, der internationale Ruf der rheinischen Bodendenkmalpflege.

Der Bauwirtschaft mißfiel damals jedoch, was sie als „kommunale Schattenwirtschaft" apostrophierte. Also mußte der Landschaftsverband *zur Förderung* der Bauwirtschaft, die Arbeiter entlassen. Diesselben Leute wurden nun von den Archäologen bei Baufirmen ausgeliehen. Das ging solange gut, wie es kein Arbeitnehmerüberlassungsgesetz gab.

Kaum hatte dieses Gesetz jedoch Rechtskraft, waren die Archäologen plötzlich Kriminelle. Ihrem gesetzlichen Auftrag gemäß erteilten sie den *Firmenarbeitern* nämlich Weisungen. Nach Meinung der Arbeitsgerichte durften sie das aber nicht. Also mußten, um dem Gesetz zu genügen, die Spaten eingemottet werden, ging darüber auch so mancher wichtige Fund unwiederbringlich verloren.

47 Arbeiter erklagten sich jetzt – mit dem Segen der ÖTV obwohl sie künftig weniger verdienen als beim freien Unternehmer – eine Festanstellung beim Landschaftsverband, da sie, laut arbeitsgerichtlicher Auffassung, ja schon *Bedienstete* des Landschaftsverbandes waren. Dieser begnügte sich erstaunlicherweise jedoch nicht damit, die Eingeklagten einzustellen, sondern schuf noch zusätzlich 30 weitere Planstellen. Bei einem angepeilten Haushaltsdefizit von 50 Millionen Mark eine mutige Sache.

Nun können die Archäologen wieder wie in den fünfziger Jahren mit eigenen Leuten buddeln. Ob die Sache billiger wird, mochte der Landschaftsverband nicht zu sagen. Es gibt Skeptiker, die daran zweifeln, aber zu ändern ist nun nichts mehr. Die Reform ist tot, es lebe die Reform – und sei es die gerichtsnotorische.

Angst vorm „Russischen Roulette": Warum Kunsthistoriker die „DDR" verlassen

Ein Buch war sein Verhängnis

Die Kulturfunktionäre der „DDR" mochten diesen Kunsthistoriker nicht. Dieter Schmidt, ein unabhängiger Kunstwissenschaftler, stand in *gutem* Ruf bei vielen „DDR"-Künstlern. Man wußte von ihm, daß er gewissen Herren nicht zum Munde redete. So eröffnete er in den letzten Jahren Ausstellungen der unabhängigen Friedensbewegung in kircheneigenen Räumen. Er gehörte zu den wenigen Kunstwissenschaftlern in der „DDR", die an dem geschönten Lebenslauf und den frühen Nazibildern des Herrn Sitte Anstoß nahmen. Nicht die Irrtümer Willy Sittes standen dabei zur Debatte, sondern der schlechte Umgang mit der Wahrheit. Mit den Vorzeigekünstlern der „DDR", *hatte Schmidt nicht* viel im Sinn. Es war bekannt, daß er dies bei geeigneten Anlässen offen auszusprechen pflegte. Mitte Januar 1984 wurde Dieter Schmidt angeblich wegen staatsfeindlicher Hetze und Propaganda verhaftet. Bereits sechs Wochen später schob man ihn in die Bundesrepublik ab. Einige namhafte Verbandsmitglieder wie Fritz Cremer sollen sich für seine Freilassung eingesetzt haben. *Die bewährte Methode*, Kritiker loszuwerden, hatte wieder einmal funktioniert.

Ein Einzelfall ist das nicht. Seit Bestehen der „DDR" verließen viele Kunsthistoriker von Rang das Land, weil sie sich in ihrer wissenschaftlichen Arbeit behindert fühlten, es leid waren, sich immer wieder mit ignoranten Funktionären auseinandersetzen zu müssen. So entschloß sich *1959* der international angesehene Kunsthistoriker Heinz Ladendorf, damals Direktor des Kunsthistorischen Institutes an der Karl-Marx-Universität Leipzig (KHI), mit all seinen Assistenten und nahezu der Hälfte seiner Studenten die „DDR" zu verlassen. Auch Sigfried Asche, der angesehene Direktor der Wartburgstiftung, verließ zu dieser Zeit seine Wirkungsstätte und begab sich in die Bundesrepublik. Auch ihn hatten die ständigen Querelen durch die übergeordneten Stellen vertrieben. Noch heute, 1985, werden alle seine Arbeiten über die Wartburg in „DDR"-Publikationen unterschlagen.

Nach dem Mauerbau waren solche spontanen Schritte nicht mehr möglich. Trotzdem unterwarfen sich die Fachleute nicht bedingungslos der Partei. So protestierte einige Jahre später der Nestor der „DDR"-Kunstgeschichtsforschung, Direktor des KHI und des Leipziger Museums für *bildende Künste, Johannes Jahn*, öffentlich gegen die Sprengung der alten *Universitätskirche in Leipzig*. Der aufmüpfige Professor verlor postwendend seine Ämter, konnte sich jedoch ins Altenteil retten. Ende der 70er Jahre verließ der Kunsthistoriker Werner Timm, langjähriger Direktor des Kupferstichkabinetts in Ost-Berlin und Autor wichtiger kunstwissenschaftlicher Bücher, mit Genehmigung der Behörden die „DDR". Auch er ging, weil er nicht forschen durfte, wie er es für richtig und wichtig hielt.

Die Gründe, warum die Kunsthistoriker gesicherte Arbeitsplätze aufgeben, sind „DDR"-typisch. Wissenschaftler, die z. B. Vorlesungen über italienische Renaissance halten, haben oft weder die Originale, über die sie zu referieren haben, noch die Paläste und Kirchen in Florenz oder Rom gesehen. Mein Ordinarius, der Kunsthistoriker und Maler Hans Schulze aus Leipzig, sah erst im Alter von 75 Jahren bei seinen Rentnerreisen in den Westen Amsterdam und die Hauptwerke Rembrandts im Original.

Nur ein kleiner Stamm parteitreuer Wissenschaftler darf ohne weiteres in *„kapitalistische" Länder reisen*. Alle anderen werden sehr schnell auf ihre Grenzen aufmerksam gemacht. Viele junge Kunstwissenschaftler und Kunsthistoriker weichen deshalb in die Historie aus, sie scheint problemloser. Aber nicht selten ist auch das eine Art „Russisches Roulette", wenn sich die Meinung der Partei – und damit die Sicht auf die Geschichte – wieder einmal geändert hat.

Wer aber das Feld der „DDR"-Gegenwartskunst beackert, mit den jungen unorthodoxen Malern der inoffiziellen 2. Kulturebene in Berührung kommt, kann schnell – und oft ungewollt – im Abseits landen. Klaus Werner, Kunsthistoriker und Leiter der Ostberliner Galerie Arkade, mußte das erfahren. Er wurde 1981 von dieser Position zwangsweise entbunden. Seine gezielte Förderung avantgardistischer junger Maler, seine Unterstützung der Aktionskunst von Karl-Marx-Städter Künstlern hatte den Kulturfunktionären mißfallen.

1976 eröffnete der Leiter des Kreismuseums Schloß Hinterglauchau eine Ausstellung des Thüringer Malers und Grafikers Gerhard Altenbourg, der damals noch nicht in der „DDR" ausgestellt wurde. Genossen der Staatssicherheit beschlagnahmten 260 Kataloge, brachten einen Tag später 90 Stück zurück und bezahlten den Rest. Die Kataloge waren nun in *sicheren Händen. Der Mut des* Ausstellungsverantwortlichen Uhlmann *hatte jedoch böse Folgen, er wurde* aller seiner Funktionen enthoben und dann wegen angeblicher Veruntreuung von Museumsgut verhaftet. Denn die Staatssicherheit ist immer bemüht, politische Fälle zu kriminalisieren. 1984 ist Uhlmann in die Bundesrepublik ausgereist.

Daß Kunsthistoriker, Kunstwissenschaftler, Museologen in der „DDR" alle Möglichkeiten nutzen, sich über den Stand der modernen westeuropäischen Kunst zu informieren, liegt auf der Hand. Die Kulturabteilungen der westlichen Botschaften und der *Ständigen Vertretung* in Ost-Berlin bieten dafür eine gute Möglichkeit. Den staatlich angestellten Kunsthistorikern in der „DDR" ist jedoch ohne offizielle Genehmigung jeglicher Kontakt zu solchen Institutionen untersagt. Das mußten Gerd-H. Zuchold, Archäologe in den staatlichen Museen Ost-Berlin, und Rolf Karnahl, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kupferstichkabinett in Ost-Berlin, erfahren. Beiden wurden illegale Kontakte und Gespräche in westlichen Botschaften vorgeworfen und beide erhielten strenge Verweise.

Das war der Beginn ihres beruflichen Niederganges. In weitere politische Mißhelligkeiten geraten (u. a. Hausverbot für die staatlichen Ostberliner Museen), mußten sie ihre Arbeitsplätze an diesen Instituten aufgeben. Beide Wissenschaftler beantragten die Ausreise und verließen später die „DDR".

Diese Fälle stehen stellvertretend für eine Reihe von Maßregelungen anderen Mitarbeiter. So hatte der Theologe Christian Pietsch, bis 1980 Mitarbeiter an den Staatlichen Museen in Ost-Berlin, einen Bestandskatalog der Skulpturengalerie der Staatlichen Museen Preußische Kulturbesitz in Berlin-West für die Bibliothek der Skulpturenabteilung in Ost-Berlin zur wissenschaftlichen Arbeit als Geschenk entgegengenommen. We*gen dieser angeblich illegalen Hand*lung – die der „DDR" Devisen einsparen half – wurde er ebenfalls gemaßregelt, so daß Pietsch nach weiteren Querelen gezwungen war, das Museum zu verlassen.

Kunstwissenschaftler, die dem *Prokrustesbett der Parteiideologen* entgehen wollen, leben wie die unangepaßten Künstler gefährlich. Der junge Kunstwissenschaftler Dieter Brookmann, als Leiter der Rostocker Galerie am Boulevard enthoben, ist jetzt als Kellner auf der Weißen Flotte in Dresden anzutreffen.

SIGHARD POHL



ZEITSCHRIFTENKRITIK: Das „Kursbuch" begibt sich auf die Suche nach der anderen Hälfte Europas

Sind Dissidenten eine seltsam radikale Enklave?

Recht hatte sie, die Bundesbahn, als sie anläßlich des 150. Jahrestags der Eröffnung der Eisenbahnstrecke Nürnberg–Fürth auf die Nostalgie baute. Die Eisenbahn ist eben nicht ein Verkehrsmittel unter anderen, sondern die Verkörperung einer Epoche zwischen der Postkutschenzeit und der Ära von Auto und Flugzeug.

Nehmen wir hinzu, daß just in dieser Epoche Marx an seinem System bastelte, dann ist nicht unbegreiflich, daß eine Zeitschrift, die an die Spitze der (Randgruppen-)Revolution treten wollte, sich „Kursbuch" nannte und Hans Magnus Enzensberger auf den Ideenbahnhof stellte, die rote Mütze auf dem Kopf, das dicke Buch mit *allen denkbaren Anschlüssen unter* dem Arm.

Erfolge ließen nicht auf sich warten. Als Studenten mit Ho-Ho-Ho-Tschi-Min-Geschrei über den Kurfürstendamm rannten, warf Suhrkamp 50 000 Exemplare von „Kursbuch 13" – „Die Studenten und die Macht" auf den Markt. Tempi passati.

Heute erscheint das „Kursbuch" vierteljährlich im weniger spektakulären Rotbuch-Verlag (Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 20). Die schmucklose Aufmachung blieb die alte, annähernd auch der Preis und der Umfang von 200 Seiten. Doch paßt ein solches „dickes Heft" mehr für das vorrevolutionäre Rußland mit seinen über endlose Ebenen stampfenden Zügen und seinen träge dahintröpfelnden Sommerabenden im Kirschgarten einer Datscha als für unsere herumsausenden Manager, deren Beitrag zur Lesekultur darin besteht, jeden Text von mehr als zwei Seiten dem Reißwolf zu übergeben.

Thema von „Kursbuch" 81 ist die „andere Hälfte Europas", also jener 1945 von der Sowjetunion umgedrehte „cordon sanitaire", das „Zwischeneuropa" Wirsingschen Angedenkens, konsequenterweise unter Ausschluß der „DDR". In diesem Staatengürtel gehöre die „athletische Epoche" des Kommunismus ebenso der Vergangenheit an wie das heroische Aufbegehren. Solidarność sei ein historisch zu erklärendes Aufflackern in der *„letzten Bastion der Romantik"* (Martin Pollack).

In seinem Aufsatz „Organisierte Bequemlichkeit" beschreibt Richard Swartz, Osteuropa-Korrespondent von „Svenska Dagbladet", wie Anpassung an die Stelle von Unterdrückung trat. „*Handeln wie alle* anderen handeln ... Alle Bürger sind in einem oder mehreren Kollektiven eingebunden, ob es sich um einen freien Künstler, einen Pensionär, einen Philatelisten handelt ... Das Kollektiv steckt die Grenzen für den Bürger ab: es kastriert wirksam den Individualismus, der es aufzulösen droht, verteidigt aber erfolgreich gegen die Umwelt den Grad von Individualismus, den es selbst bereitwillig zulassen will."

Angesichts dieses mit der Großfamilie des Balkans (zadruga) verwandten Kollektivs wird der Kommunist „ein Bürger, der sich anzupassen weiß, ein Kämpfer für das kleinere Übel, ein entpolitisiertes Wesen mit *symbolischen politischen Gesten*" (István Eörsi). An den Marxismus glaubt er nicht, pflegt ihn aber als Instrument sozialer Kontrolle, das unfehlbar Anpassungsreflexe hervorruft.

Und die Dissidenten? Sie bilden eine „mikroskopische und ziemlich seltsame – nämlich seltsam radikale – Enklave innerhalb einer einheitlichen und ganz anders erscheinenden Gesellschaft" (Václav Havel). Da sie „außerhalb des Koordinatensystems der Zweckmäßigkeit" stehen, können sie in einer von der faktischen Macht strikt getrennten „Welt der Wahrheit" leben und mit sich selbst identisch sein. Gefahr drohe ihnen nur, falls sie, wenn auch hypothetisch, mit der taktischen Macht mithalten wollten.

CASPAR von SCHRENCK-NOTZING

Triumph für eine „Etoile" in Berlin: Sylvie Guillem tanzte Mahlers Adagietto

Kühles Tanzspiel zum Canto Jondo

Ein Traumpaar des klassischen Tanzes. Genauer gesagt: Jeden Tanzes schlechthin. Denn die klassische Regel kann sich natürlich alle nur erdenkbaren Freiheiten *nehmen*, ohne sich je zu verlieren. Der sogenannte freie Tanz jedoch kann sich *nicht* in allgemeingültige Bindungen formaler Art schicken, schon einzig deswegen, weil im Jenseits der vielgerühmten freien Technik jeder andere kontrollierbare Technik fehlt. Sylvie Guillem, zwanzigjährige Etoile der Pariser Oper, verfügt jedoch über jede. Sie ist frei wie der Vogel in der Luft. Sie singt tatsächlich Tanz.

Im Rahmen des neuen Ballettabends der Deutschen Oper Berlin tanzte (gastweise leider nur) das Wunderkind des Balletts, in dem man ebenso eine neue Fonteyn wie eine neue Tanaquil LeClercq sehen kann, an der starken Hand des vorzüglichen Ivan Michaud aus Genf ein von Oscar Araiz choreographiertes Duo zum vielgeplagten Adagietto aus Mahlers 5. Sinfonie: Eine ruhig dahinfließende, schimmernde Konstellation von Wendungen, Hebungen, Körperneigungen, aufs exquisiteste ausgeführt.

Wie Sylvie Guillem dabei ihren Körper modellhaft regt, jeden Ansatz zu einer Bewegung schon ins formal bedeutende hebend, das war augenöffnend zu sehen. Es ging geradezu um das leise Abrollen von Kunst unter der Haut, das unter die Haut ging.

Die Guillem demonstriert nicht. Sie tanzt. Mit Selbstverständlichkeit artikuliert sich jeder Schritt aufs reinste und ausdrucksreichste. Einmal läuft eine leichte Welle über den Körper hin, ein sublimes Bewegungsgekräusel, wie man es zuvor noch nie sah. Das Feinste im Tanz wird anschaulich und mit den zartesten Mitteln. Es verdeutlicht sich ohne Nachdruck. Es setzt lediglich seine Existenz frei vor aller Augen.

Es gab ungeheuren Jubel für diese sich rein hervorfilternde Ungeheuerlichkeit tänzerischer Schönheit im geschliffensten klassischen Stil, barfuß übrigens vorgetragen und nicht einmal auf die Spitze gestellt.

Die Ovationen schlossen Ivan Michaud ein, einen Paradejungen des Balletts, kraftvoll und elegant, sozusagen tänzerisch durchgestylt von der Zehenspitze bis zur blonden Lokke. Er war der Guillem weit mehr als die übliche schöne „Begleitdogge", wie Franziska Gräfin Reventlow wohl gesagt hätte. Er verstand es, mit der Guillem zu atmen, zwei Körper zutiefst durchdrungen von einem einzigen Geist. Das sieht man selten. Und die Choreographie? – sie störte nicht.

Araiz' Arbeit gibt sich maßvoll, auch in der Erfindung. Sie zieht die zwölf Minuten des Adagietto mit feinem Verständnis für tänzerische Abfolgen durch, läßt sich auf keine Knickung der Linien ein. Sie segelt mit dem leichten Mahlerschen Wind in den Jubelhafen. Glänzendes Handwerk.

So läßt sich auch zunächst die unter dem Titel „Iberica" von Araiz choreographierte Suite an. Zur Musik von Carlos Jurinach setzt es im „Canto Jondo" ein kühles Spiel mit dem spanischen Tanzmodell. Es wird ausgeweidet, um wie bei einer choreographischen Organverpflanzung einen iberischen Lungenlappen hier, eine Herzklappe dort dem eher akademisch tänzerischen Ablauf einzubauen. Das tut zunächst seine Wirkung.

Nur steigert sie sich nicht über Albeniz' „*Sevilla*" und die „*Rhapsodie espagnole*" Ravels bis ins Finale hinein. Sie hat ihr Pulver lange vor Schluß verschossen, und wenn Araiz erklärt, er habe sich die iberischen Bilder seiner Choreographie nicht gewählt, sie hätten ihn heimgesucht, dann muß man betrübt konstatieren: Groß dürfte das Gedränge dabei nicht gerade gewesen sein.

KLAUS GEITEL



Gemäßigt spanisch: Beatrice Belando tanzt Ravels „Iberica" in Berlin FOTO: STORY PRESS



Von animalischen Pflanzen umwuchert: Die „Ganze Stadt" (1935/36) von Max Ernst, aus der Ausstellung in Bonn FOTO WOLFGANG MORELL

Künstliche Landschaften: Bonn zeigt Max Ernst

Des Mondes Grammatik

Darin ist man sich einig: Landschaften im eigentlichen Sinn hat Max Ernst nie gemalt. Planeten: ja, auch Gärten und Golfströme, und vor allem Wälder, ganze Serien von Wäldern, mit oder ohne Sonne, Mond, Blumen oder Vögeln. Aber Landschaften? Von daher überrascht es, wenn jetzt das Kunstmuseum Bonn, in Zusammenarbeit mit der Galerie Beyeler, Basel, wo eine kleinere Auswahl bereits im Sommer zu sehen war, eine Ausstellung arrangiert, die vorgibt, „Landschaften" von Max Ernst zu zeigen. Es ist zugleich der *Einstand* von *Katharina Schmidt als* neuer Institutsleiterin. Ihr ist es gelungen, dank der vielfältigen persönlichen Beziehungen, die sie während der zurückliegenden fünf Jahre Leitung der Kunsthalle Baden-Baden hat anknüpfen können, die Ausstellung auf 70 Exponate (aus der Zeit von 1908 bis 1974) aufzustocken.

Aber die Frage bleibt: Sind das Landschaften, die uns da vorgeführt werden? Max Ernst malte lieber Tapetenwände als „Wald und Sonne" (1920), Stalagmiten aus Tropfsteinhöhlen anstatt „Zypressen" (1939). Die „Grätenwälder" von 1927 sind eher Formexperimente mit gestanztem Blech (woraus farbige Grate entstanden, aus denen dann Gräten wurden). Und die „Natur im Morgenlicht" (1938) ähnelt mehr einem Dschungel der Lüste als der Topographie einer Landschaft.

Aber greifen wir ein Beispiel heraus: die berühmte „Ganze Stadt" von 1935/36 aus dem Kunsthaus Zürich. Wir sehen einen Burgberg, im Vordergrund Schlinggewächse, über al*lem* der Mond. Oder genauer: Der Mittelgrund wird beherrscht von einem rot-braunen Berg, pyramidal abgetreppt, ein archaisch anmutender Komplex einer Zitadelle (?), einer Tempelstadt (?). Vorne: Pflanzenwildwuchs, falbe Farben, betäubendes Gewirr. Und über allem ein giftig-grüner (im Katalog gelber) Mond.

Und noch einmal. Der Tempelberg: eine künstliche, gleichwohl ungeregelte, die Waagerechte dominierende Struktur etwas unterhalb der Mittelachse. Menschen sind nirgends zu sehen. Vorne, ganz vorne dann schöne, chaotische Natur, Halme, Stengel, Blätter, Blüten, Fasern, Pollen, Kapseln, gerippt, gereckt, geknickt. Alles wächst, verdirbt, greift aus, umschlingt, erwürgt, blüht auf. Der geregelt ungeregelte *Lebenslauf* der *Natur*. Aber der Vordergrund hat keinen Bezug zur Mittelpartie. Es gibt keine Brücke zwischen Nähe und Ferne. Und über all dieser seltsamen Beziehungslosigkeit thront ein riesiger Mond. Oben. Ganz vorne? Oder ganz *hinten?*

Das Bild verwirrt, es beunruhigt. Sein Kalkül, die stabile Komposition, steht in hartem Kontrast zur vegetativen Unberechenbarkeit. Hier will man nicht wohnen. Hier kann man nicht wohnen. Die kompositionelle Harmonie bläst einen mit *giftigem* Atem an. Ein Bild, das mordet. Dennoch ist es ungeheuer faszinierend, sich als Opfer zu fühlen.

Ernsts Bilder sind von einer verführerischen Bedrohlichkeit, vor allem die aus den 30er Jahren. Wer will, mag darin die Bedrückung der feindlichen Zeitumstände sehen. Heutzutage empfindet man eher die Beklemmung eines offenen und zugleich unentwirrbaren Raumes, einer Landschaft, jawohl, einer Landschaft, deren Wirklichkeit aufgehoben ist an einem *unbestimmten* Ort zu einer unbestimmbaren Zeit. Schon in den frühen Blättern wird eine „Landschaft mit Bäumen" vorgestellt, die so nicht zu denken ist, die gleichwohl existiert, nämlich erstens als Frottage des Künstlers, 1925 mit Bleistift auf Papier durchgerieben, und zweitens als Gegenentwurf zur Wirklichkeit, als Vision.

So gesehen ist Max Ernst doch ein Landschaftsmaler. Daß es sich dabei um extrem künstliche Landschaften handelt, das macht die Verwirrung *nicht geringer*. Aber *Landschaften*, die sich nicht selbst meinen, haben nun einmal eine eigene Grammatik. (Bis 26. Jan., Madrid: Febr./März, Kat. 35 Mark)

WOLFGANG MINATY

Phillip Borsos Film „Das mörderische Paradies"

Die Tribüne verlassen

Abgestumpft und ausgebrannt fühlt sich Malcolm Anderson nach acht Jahren als Polizeireporter in Miami. Zu viele verstümmelte Opfer und zu viele seelisch verkrüppelte Täter hat er schon beschreiben müssen. Also plant er seine *Kündigung*, um sich bei einem Provinzblatt in Colorado endlich den Sonnenseiten seines Gewerbes zuzuwenden. So beginnt „Das mörderische Paradies".

In Florida jedoch herrscht gerade jene beklemmend schwüle Treibhaus*hitze, die alle Verbrechenskur*ven hochschnellen läßt. So wundert sich niemand, als eines Tages am Strand ein erschossenes Mädchen gefunden wird. Nur diesen einen Schock noch will Malcolm seinen Lesern mit der routinierten Mischung aus Mitleid und Abscheu auf den Frühstückstisch legen. Bis er in der Redaktion einen Anruf des Mörders bekommt.

Um jeden Zweifel auszuschließen, erzählt ihm der Unbekannte von jenem Zettel, den er der Leiche in die Hosentasche geschoben hat. Die Botschaft lautet *knapp und grausam*: „Nummer eins". Von nun an wird Malcolm unfreiwillig zum einzigen Vertrauten des Killers, der ihm jeweils haargenau die *Fundorte* seiner weiteren Opfer verrät. Malcolm, so befiehlt der mysteriöse Anrufer, soll nur schreiben. In Wahrheit aber hat er die geschützte Tribüne des Beobachters längst verlassen.

Zweifellos befindet sich Regisseur Phillip Borsos in bester Gesellschaft, wenn er fragwürdige Methoden der Medien und die Sensationslust ihres Publikums anprangert. Doch hinter so berühmten Vorbildern wie Orson Welles Geniestreich „Citizen Kane" oder Billy Wilders bitterer Parabel „Reporter des Satans" muß das amerikanische Filmdebüt des in Kanada lebenden Australiers zwangsläufig *zurückbleiben. Zumal sich Borsos in* eine fatale Zwickmühle drängen läßt.

Immer wieder opfert er seine kritischen Ambitionen der spektakulären Krimihandlung. Ein Fehler, der seinem Film jene moralische Ernsthaftigkeit raubt, die etwa „Die Sensationsreporterin" besaß. Andererseits widmet er sich seinem bizarren Thriller nie mit jenem visuellen Fanatismus, der etwa die Filme von Brian de *Palma zu fiebrigen Alpträumen* macht.

Viel zu bieder buchstabiert Borsos die bekannte Bildersprache des Genres nach und nimmt überdies Zuflucht zu abgegriffenen Symbolen. Stets werden düster dräuende Gewitterwolken als bedeutungsschweres Menetekel bemüht. Kann die stimmungsvolle Fotografie von Frank Tidy solche Platitüden einigermaßen wettmachen, so lassen sich die Fehler des Besetzungsbüros kaum korrigieren.

Der nachdenkliche Hauptdarsteller Kurt Russell *wird viel zu schwach* von der Gier nach Ruhm gepackt, während Mariel Hemingway schon bei schlichtesten Gefühlsäußerungen hart an die Grenze ihres Schauspieltalents stößt. So kann nur ein Mime faszinieren: Richard Jordan, der den Mörder mit einer dämonischen Raffinesse und Brutalität spielt, die man so schnell nicht vergißt.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

Für eine Europäische Kunststiftung

PHG. Berlin

Um „Geld und die internationale Kunstentwicklung" ging es bei einem internationalen Symposiums beim Berliner Aspen Institute, an dem Museumsleute der Alten und Neuen Welt sowie Vertreter großer Stiftungen teilnahmen. Ein Hauptthema waren die hohen Preise der Kunstwerke bei den großen Auktionen und *deren Auswirkungen auf* den Kunstmarkt. Deshalb wurde vorgeschlagen, eine private europäische Stiftung ins Leben zu rufen, um der finanziellen Überlegenheit der amerikanischen Institutionen entgegenzuwirken und national bedeutsames Kulturgut mit gemeinsamen Anstrengungen dem jeweiligen Land erhalten zu können.

„Dienst nach Vorschrift" am Königlichen Theater

dap. Kopenhagen

„Dienst nach Vorschrift" machen die Opernsänger und Schauspieler am Königlichen Theater in Kopen*hagen seit Mittwoch*. Mit dieser Aktion, der sich voraussichtlich auch die Ballettänzer anschließen werden, soll gegen die Entlassung von 13 Künstlern protestiert werden. Bei Erkrankungen eines Sängers oder Schauspielers soll deshalb kein Kollege als kurzfristiger Ersatz einspringen wird. Außerdem werden zusätzlichen Proben abgelehnt.

Gemeinsamer Verkauf bei atlas und prokino

dpa. München

Die Filmverleih-Unternehmen atlas und prokino haben sich auf eine künftige gemeinsame Filmvermie*tung geeinigt*. Die „Verbindung einer effizienten Verkaufsstruktur (atlas) mit einer exzellenten Filmauswahl (prokino)" soll die gemeinsame Marktposition stärken. Die erste gemeinsame Staffel soll zu den Berliner Filmfestspielen im Februar 1986 vorgestellt werden.

Ostdeutsche Musikgeschichte

hrl. Bensberg

Eine vierbändige „Musikgeschichte der Deutschen im Osten Mitteleuropas" erarbeitet das Institut für ostdeutsche Musik in Bensberg. Das Manuskript des ersten Teilbandes „Schlesien" von Lothar Hoffmann-Erbrecht liegt bereits vor. Die Publikation ergänzt die vom Institut herausgegebene *Schallplatten-„Anthologie ostdeutscher Musik"*.

Ein Museum für Enver Hodscha

rst. Tirana

In der albanischen Hauptstadt Tirana soll ein Museum über das Leben und Wirken des langjährigen albanischen Parteichefs Enver Hodscha errichtet und damit das „Werk unseres geliebten Führers" verewigt werden. Auf den zentralen Plätzen aller albanischen Städte will man *außerdem* Enver-Hodscha-Denkmäler errichten.

Martin Pfeideler †

Nach langer, schwerer Krankheit starb in Berlin der Journalist Martin Pfeideler im Alter von 73 Jahren. Unter *seinem* Pseudonym Friedrich Forrer war er auch den Lesern der WELT bekanntgeworden. Pfeideler, viele Jahre als Korrespondent im Dienst der Züricher „Weltwoche" und Mitarbeiter der „Neuen Zeitung", von WELT am SONNTAG und „Berliner Morgenpost", stammte aus der Prignitz. Er schrieb auch historische (u.a. „Heimat ohne Gnade", „Sieger ohne Waffen") und biographische Romane (z.B. über Mendelssohn-Bartholdy und Savarin).

hrk.

Atlantis-Start: Weltraum wird zur „Baustelle“

SAD/DW. Kap Canaveral

Wenige Stunden nach ihrem aufsehenerregenden Nachtstart von Kap Canaveral hat die amerikanische Raumfähre „Atlantis“ gestern morgen als ersten von insgesamt dreien einen mexikanischen Fernmeldesatelliten auf eine Umlaufbahn geschickt, aus der er sich mit seinem eigenen Triebwerk in eine höhere Bahn schoß. Tausende von Schaulustigen verfolgten den nächtlichen Start. Einen mehr als 200 Meter langen Feuerschweif hinter sich herziehend, der noch auf Kuba zu sehen war, flogen die Trägerraketen mit der Fähre über den mondbeschienenen Atlantik hinaus.

Während des einwöchigen Fluges sollen die sieben Astronauten an Bord, unter ihnen zum ersten Mal ein Mexikaner, probeweise eine „Baustelle“ im Weltraum einrichten und, in einer Übung für die Montage späterer Raumstationen, frei im All schwebend *Metallbausteine zusammenfügen* und wieder auseinandernehmen.

Die Raumstationen der Nasa, an deren Design und Bau sich Europa beteiligen wird, sollten ursprünglich 1992 einsatzbereit sein. Dann nämlich jährt sich die Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus zum 500. Mal. Aus finanziellen Gründen wird die Raumstation jetzt aber mindestens zwei, vielleicht sogar erst vier Jahre später zur Verfügung stehen. Diese Nasa-Raumstation wird übrigens nicht, wie oft fälschlich berichtet, „Columbus“ genannt. „Columbus“ heißt lediglich der europäische Beitrag, das deutsch-italienische Wohn- und Labor-Teil.

Die „Grundmauern“ dieser ständig bemannten Raumstation im All in rund 500 Kilometer Höhe über der Erde werden aus einem weitverzweigten „Gestänge“ aus Stahl- oder Aluminiumbalken oder -röhren bestehen. Welches Material sich für die Raumstation besonders eignet, soll sich im Laufe dieses Fluges, des 23. einer amerikanischen Raumfähre, herausstellen.

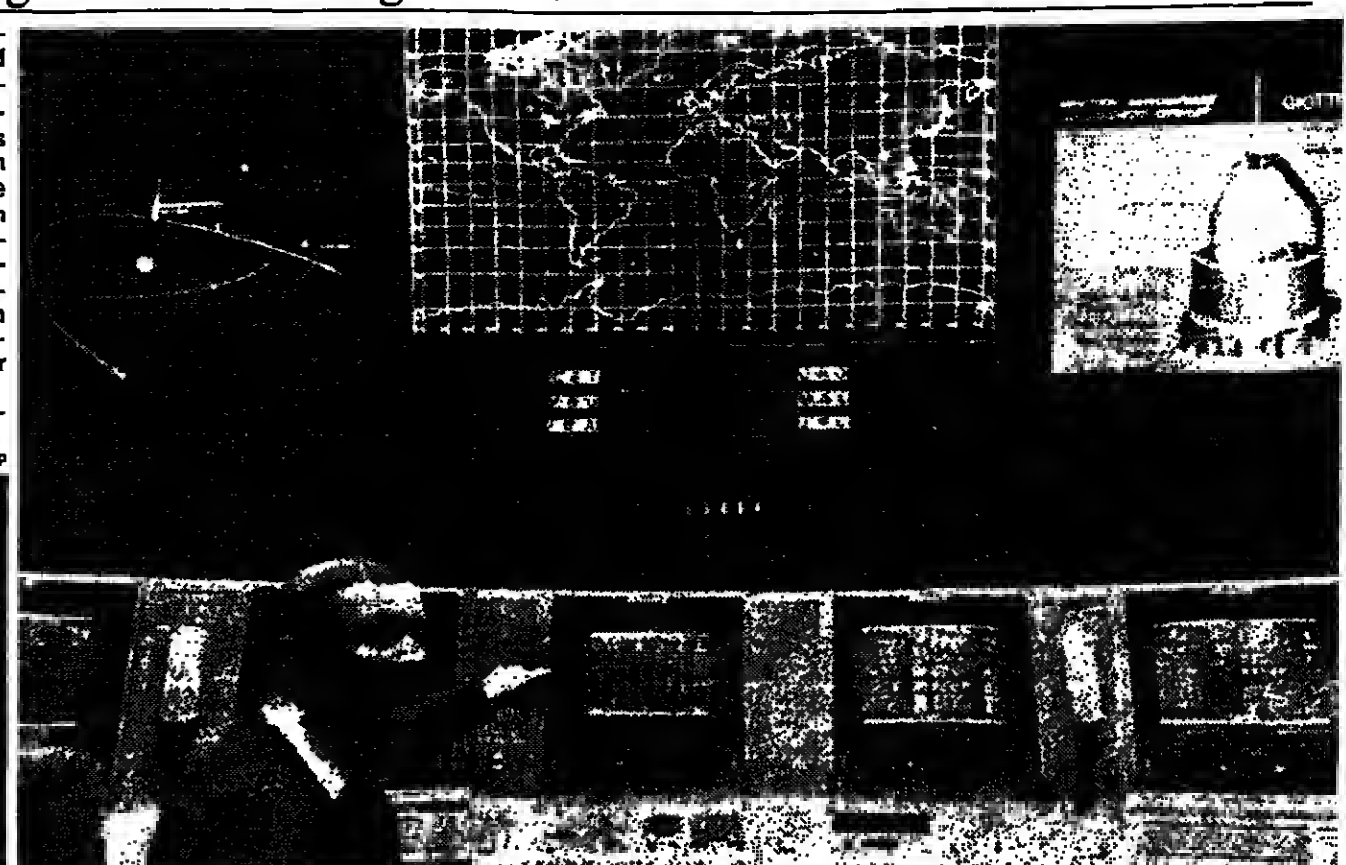
Zwei der Astronauten – Jerry Ross und Sherwood Spring, der „Woody“ genannt wird – werden die Montage der Stangen an zwei aufeinanderfolgenden Tagen jeweils zwischen drei und fünf Stunden „draußen“, in der Frachtluke, üben. Ross: „Wir haben Schienen und Gestänge von unterschiedlicher Länge und Durchmesser mit, die wir montieren müssen. Das Gestänge soll bis in eine Höhe von 13,5 Meter aufgebaut werden.“

Bei dieser Montage müssen Einzelteile bewegt werden, die ein Erdengewicht von 27 Kilogramm haben. „Das Gewicht ist im All unerheblich“, erläutert Woody, „aber die Masse bleibt die gleiche, und sie zu handhaben, wird nicht einfach sein.“ Der erste Montage-Tag ist morgen.

Komet Halley erreichte bisher größte Annäherung an die Erde / Mit dem Fernrohr zu entdecken







Der britische Naturforscher Edmund Halley (l.) prophezeihte die periodische Wiederkehr des nach ihm benannten Kometen (l. u. eine Aufnahme aus dem Jahre 1910). Wissenschaftler des European Space Operation Centre in Darmstadt (r.) beobachten den Flug der Forschungssonde „Giotto“ zum Halleyschen Kometen FOTOS: DPA (2)/AP

Lichtbesen und Zuchtrute Gottes

Nur einmal im Leben ist es den meisten Menschen vergönnt, den Halleyschen Kometen zu sehen, denn er zieht nur etwa alle 76 Jahre nahe genug vorbei, um von der Erde aus gesichtet zu werden. Zwar wird der Komet erst am 9. Februar des kommenden Jahres den sonnennächsten Punkt seiner Bahn (das Perihel) erreichen und am hellsten erstrahlen; doch hat er sich uns mittlerweile so weit genähert, daß ihn auch Amateurastronomen mit einem guten Feldstecher oder einem kleinen Teleskop erkennen können – vorausgesetzt, das Wetter spielt mit. Allerdings sollte man außerhalb der Lichter der Städte und bei geringem Mondschein sein Glück versuchen. Zur Zeit durchwandert der Komet das Sternbild der Fische (siehe Grafik).

Zum erstenmal erwähnt wurde die Erscheinung des Kometen als „Lichtbesen“ in chinesischen Aufzeichnungen 240 v. Chr. Seitdem wurden 28 weitere Erscheinungen festgehalten, einige davon in künstlerischen Darstellungen wie dem Teppich von Bayeux. In Mittelalter und früher Neuzeit war man der festen Überzeugung, daß die Kometen mit ihren Schweifen so etwas wie Zuchtruten Gottes und Boten für drohendes Unheil seien. Kriege, Pest, Überschwemmungen und Mißbildungen bei Menschen und Tieren wurden auf ihr Konto geschrieben. Im Jahre 1301 beeindruckte er den italienischen Maler Giotto so sehr, daß er ihn als Stern von Bethlehem in sein Fresco „Die Anbetung der Heiligen Drei Könige“ aufnahm. Da der Komet aber regelmäßig alle 74 bis 79 Jahre erscheint, fiel seine Erscheinung in das Jahr elf vor Christi Geburt.

Der englische Astronom Edmond Halley (1656 bis 1742) versuchte als einer der ersten, die Bahnen von Kometen zu berechnen. Dabei fiel ihm auf, daß sich die Bahnen dreier Kometen, die im Abstand von 76 Jahren erschienen waren, stark ähnelten. Er schloß daraus, daß es sich dabei um denselben Schweifstern handeln müsse. „Wenn der Komet um das Jahr 1785 wiederkehrt, so wird die Nachwelt nicht aberkennen, daß ein Engländer es vorhergesagt hat“, prophezeite er im Jahr 1705. Er behielt recht, denn der Komet verspätete sich nur um ein Jahr und trägt seitdem seinen Namen. Strittig blieb, wie man den Namen „Halley“ aussprechen sollte. Um die Verwirrung zwischen „Hällie“, „Hahlie“ und „Hehlie“ zu beseitigen, wurden sämtliche „Halleys“, die man im Londoner Telefonbuch fand, befragt. Die Mehrheit bekannte sich zu der Variante „Hällie“.

Der Halley ist der prominenteste Vertreter unter einigen hundert Milliarden Kometen, die die Sonne umkreisen. Vermutlich ist diese Kometenwolke vor etwa 4,6 Milliarden Jahren zusammen mit der Sonne und den Planeten entstanden.

Einige der Kometen, so auch der Halley, kommen so nahe an Fixsternen vorbei, daß ihre kreisförmige Bahn zu einer Ellipse verändert wird. Der Durchmesser des festen Kometenkernes beträgt nur etwa fünf Kilometer. Als „schmutzigen Schneeball“ bezeichnen ihn die Astronomen, da er aus gefrorenen Gasen und eingelagerten Staubteilchen besteht. Nähert er sich der Sonne, verdampft das Eis und bildet eine Atmospäre aus Gas und Staub um den Kopf, die sogenannte Koma. Ihr Durchmesser beträgt etwa 500 000 Kilometer und ändert sich wegen der konstanten UV-Strahlung der Sonne kaum.

Die Veränderung der Gestalt des Kometen wird durch seinen Schweif bedingt. Leonardo da Vinci schrieb: „Der Komet scheint seine Gestalt zu verändern, so daß er einmal rund ist, ein anderes Mal langgezogen oder gespalten in zwei oder drei Teile, dann wieder vereint, und manchmal ist er unsichtbar und kommt dann wieder zum Vorschein.“ Der Schweif wird durch den Teilchenstrom von der Sonne, den sogenannten Sonnenwind, in seine unterschiedlichen Gestalten geblasen. Er ist stark abhängig von der Aktivität der Sonne. Da wir uns zur Zeit in einer Phase geringerer Aktivität befinden, wird die Erscheinung des Halley diesmal weniger spektakulär sein.

Bei seiner letzten Erscheinung 1910 konnte der Komet zum ersten Mal photographiert werden. Für den Durchgang '86 hat die Internationale Halley-Wacht, ein Zusammenschluß der Kometen-Forscher, fünf Raumsonden, darunter „Giotto“, einen Satelliten und einen Sonderflug des Space-Shuttle aufgeboten. Außerdem werden alle erdgebundenen Teleskope an der Beobachtung teilnehmen. Die Wissenschaftler sind besonders an dem Kometen interessiert, da er sich wahrscheinlich seit der Entstehung des Sonnensystems wenig verändert hat und so Auskunft über die Frühgeschichte unseres Planetensystems geben kann.

Wer sich seine Begeisterung für den Kometen etwas kosten lassen will, sollte Anfang nächsten Jahres auf die südliche Halbkugel reisen. Dort wird der Halley sich für längere Zeit und heller präsentieren als im Norden. Es werden sogar Kreuzfahrten angeboten – unter fachmännischer Begleitung im „Schein des Kometen“. ANNETTE TUFFS

Die Bahn des Kometen Halley am Himmel: Bis Mitte Dezember bewegt er sich durch das Sternbild der Fische.

Ärztliche Schweigepflicht hat Grenzen

AP, Kassel

Das Bundessozialgericht in Kassel hat in einem Modellprozeß entschieden, daß die ärztliche Schweigepflicht nur die unbefugte Offenbarung von persönlichen Patientendaten verbietet. Dagegen können Ärzte verpflichtet werden, der Kassenärztlichen Vereinigung Röntgenaufnahmen und medizinische Befunde von Patienten zur Leistungskontrolle vorzulegen. Die Richter erklärten, zur Sicherung der ärztlichen Versorgung der Krankenkassenpatienten müßten nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit auch verfassungsmäßige Bedenken zurücktreten. Damit wies das Gericht in letzter Instanz die Klage eines Arztes aus Hamburg ab, gegen den die Kassenärztliche Vereinigung eine Verwarnung ausgesprochen hatte, weil er sich weigerte, 17 Röntgenaufnahmen und Befunde dazu vorzulegen. Die Aufforderung zur Vorlage der Unterlagen verstoße nicht gegen böherrangiges Recht, befand das Gericht. (Az.: Bundessozialgericht 6 RKa 14/83)

„Aus“ für Motorräder

dpa, Köln

Den „frisierten“ Motorrädern und Mopeds, denen von ihren meist jugendlichen Besitzern zusätzliche PS gegen mehr Krach und Schmutz im Abgas entlockt wurden, droht das „Aus“. Schon im kommenden Jahr sollen vom Technischen Überwachungsverein (TÜV) zusammen mit der Polizei mobile Motorradprüfstände erprobt werden. Die Geräte zeigen Manipulationen dieser Art sofort an. Maschinen, die nicht mehr der Zulassung entsprechen, werden stillgelegt.

Mildes Urteil für Rowdys

dpa, Duisburg

Jugendstrafen auf Bewährung verhängte gestern die Jugendstrafkammer des Duisburger Landgerichts im „Steinwerfer-Prozeß“ gegen fünf zwischen 18 und 20 Jahre alte Anhänger des Fußball-Zweitligisten MSV Duisburg. Sie wurden für schuldig befunden, am 3. August 1985 einen Bus mit Fans des FC Homburg auf der Autobahn A 3 mit Steinen beworfen und dabei drei Insassen verletzt zu haben. Der Staatsanwalt hatte viereinhalb Jahre Jugendstrafe ohne Bewährung gefordert. Die Anklage lautete auf versuchten Mord (diesen Vorwurf wies das Gericht zurück), gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr und gefährliche Körperverletzung.

ZU GUTER LETZT

„Gummibärchen sind unsere Geheimwaffe gegen ‚Hamburger‘“ – Kommentar eines Firmenvertreters der Süßwarenindustrie zum Export-Boom von Gummibärchen in die USA.

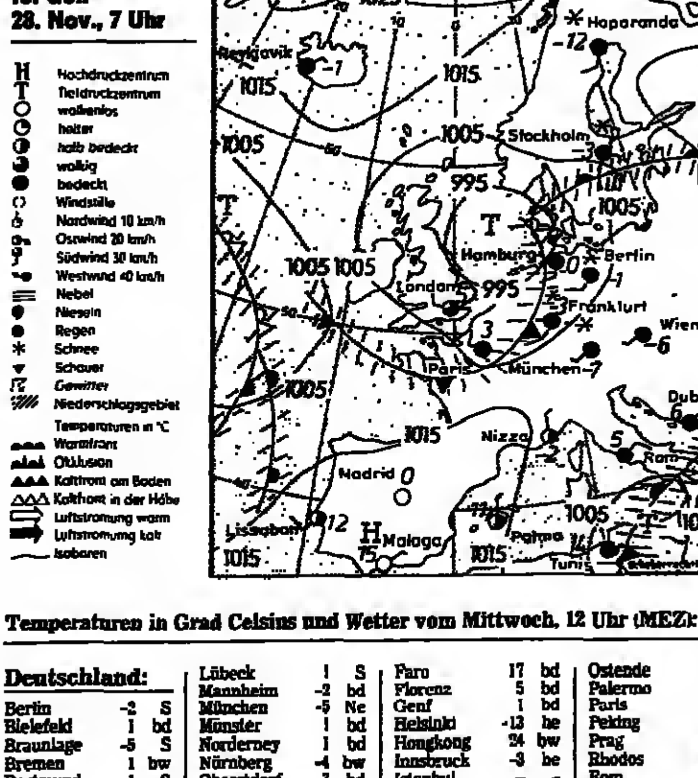
WETTER: Zeitweise Schneefall

Lage: Ausläufer eines umfangreichen Tiefs über der Nordsee überqueren mit zeitweiligem Schneefall Deutschland nach Südosten.

Vorhersage für Donnerstag: Meist bedeckt und zeitweise Schneefall. Im Tagesverlauf von Nordwesten her Übergang zu wechselnder Bewölkung und einzelne Schnee schauer, im Küstenbereich auch Schneeregenschauer. Temperaturen zwischen minus 3 Grad im Südosten und plus 2 Grad im Nordwesten. Tiefstwerte nachts zwischen null und minus 6 Grad. Schwacher bis mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten: Am Freitag im Süden verbreitet noch Schneefall. Im Norden wechselhaft mit Schneeschauern. Vorerst noch kalt.

Sonnenaufgang am Freitag: 8.01 Uhr*, Untergang: 16.19 Uhr; **Mondaufgang:** 17.10 Uhr, Untergang: 10.17 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	-2	S
Bielefeld	1	bd
Braunlage	-5	S
Bremen	1	bw
Dortmund	1	S
Dresden	-1	bw
Düsseldorf	2	bd
Erfurt	-2	bw
Essen	1	bd
Feldberg/S.	-8	he
Flensburg	-1	bd
Frankfurt/M.	-2	bd
Freiburg	-5	he
Garmisch	-2	bw
Greifswald	-1	S
Hamburg	1	S
Hannover	0	S
Kahler Asten	-5	S
Kassel	-2	S
Kempten	-3	bw
Kiel	0	bd
Koblenz	1	bd
Köln-Bonn	2	bd
Konstanz	0	wl
Leipzig	-1	he
List/Sylt	-1	bd
Lübeck	1	S
Mannheim	-2	bd
München	-5	Ne
Münster	1	bd
Norderney	1	bd
Nürnberg	-4	bw
Oberstdorf	-3	bd
Passau	-2	wl
Saarbrücken	-4	bw
Stuttgart	-3	he
Trier	-2	S
Zugspitze	-15	he

Ausland:		
Algier	14	R
Amsterdam	1	S
Athen	19	bw
Barcelona	8	bw
Belgrad	2	bd
Bordeaux	4	wl
Bozen	5	he
Brüssel	2	bw
Budapest	0	bw
Bukarest	3	R
Casablanca	10	bw
Dublin	3	he
Dubrovnik	13	he
Edinburgh	2	he
Faro	17	bd
Florenz	5	bd
Genf	1	bd
Helsinki	-13	he
Hongkong	24	bw
Innsbruck	-3	he
Istanbul	–	–
Kairo	24	he
Klagenfurt	0	he
Konstanza	7	R
Kopenhagen	0	S
Korfu	15	bw
Las Palmas	24	he
Leningrad	-10	he
Lissabon	13	bw
Locarno	5	he
London	4	bd
Los Angeles	14	he
Luxemburg	-3	S
Madrid	7	he
Mailand	7	he
Malaga	20	he
Mallorca	12	bw
Moskau	-5	S
Neapel	13	he
New York	7	bw
Nizza	10	he
Oslo	-6	S
Ostende	4	R
Palermo	16	R
Paris	2	bd
Peking	10	bw
Prag	-4	he
Rhodos	20	he
Rom	10	bw
Salzburg	-1	bw
Singapur	–	–
Split	11	he
Stockholm	-2	S
Straßburg	-5	bw
Tel Aviv	21	wl
Tokio	15	he
Tunis	21	he
Valencia	9	Sp
Varna	7	a
Venedig	5	bw
Warschau	-7	bw
Wien	-3	he
Zürich	-1	wl

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

LEUTE HEUTE

Zweitklassig

10 000 Mark Ordnungsgeld muß **Norbert Hähnel** zahlen. Das entschied gestern das Bonner Landgericht. Der Berliner hatte mit seiner Rock-Band den rheinischen Sänger **Hans-Georg „Heino“ Kramm** imitiert und verstieß damit gegen das Verbot des Gerichts, den Namen Heinos in Konzerten zu verwenden.

Viertklassig

Falls sich die Einstellung der Briten zur Wirtschaft nicht ändert, befürchtet Kronprinz **Charles** ein Absinken Großbritanniens zu einer „viertklassigen Nation“. In einer Rede in Edinburgh sagte der Prinz: „Das Land versagt als Handelsnation, weil die Meinung besteht, daß britische Firmen die Lieferfristen nicht einhalten und die Qualität zu wünschen übrig läßt.“

Mehr als nur Hilfe für Hungernde

Vor 40 Jahren wurde die Organisation „Care“ gegründet / 9,5 Millionen Pakete

MARIA GROHME, Bonn

„Care ist das Zauberwort praktischer Humanität“ – so ist in einem Beitrag einer Zeitschrift vom 19. 3. 1948 zu lesen. Das Wort ist eine Abkürzung aus „Cooperative for American Remittances to Europe“ und steht für eine beispiellose Hilfsaktion, die die Bürger der Vereinigten Staaten für Bekannte und Verwandte im vom Krieg zerstörten Europa organisiert hatten. Was als spontane Hilfe begonnen hatte, wurde wenig später durch amerikanische Wohlfahrtsverbände zu einer festen Einrichtung: 22 Hilfsorganisationen gründeten am 27. November 1945 „Care“, um den Hungernden in Europa zu helfen.

Für anfangs 15, später zehn Dollar wurden Pakete zusammengestellt, die das Überleben sichern und darüber hinaus eine Botschaft vermitteln sollten: „Wir hoffen, daß unsere Bemühungen dazu beitragen, ein solides Fundament für das Vertrauen zu bauen, das so nötig ist für Frieden und Zusammenarbeit der Völker“ – schrieb der Direktor der Care-Mission in Berlin, Donald A. Ostrander, in dem erwähnten Beitrag.

In Deutschland fror und hungerte man in jenen Nachkriegsjahren. Es war nicht einmal mehr das Nötigste zum Leben da. 800 – rationierte – Kalorien standen jedem Deutschen zu. Es ist darum heute kaum noch nachzuvollziehen, was für die Betroffenen das Wort „Care“ bedeutete. Wer ein Care-Paket erhielt, hatte 31 129 Kalorien zu verteilen.

Das Paket enthielt Grundnahrungsmittel und „Luxus“, von dem man kaum zu träumen wagte: Butter und Kaffee; Zigaretten für die Erwachsenen, Kakao und Schokolade für die Kinder. Zudem Dinge, die man nur vom Hörensagen kannte, wenn überhaupt: Trockenmilch und Kaugummi. Außer Nahrungsmittelpaketen verschickte Care auch Kleidungsstücke, später Werkzeuge.

Für diejenigen, die keine verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen nach Amerika hatten, kam Hilfe durch eine parallele Aktion, die „Cralog“. Deren Sendungen gingen direkt an die Wohlfahrtsverbände, die sie an bedürftige Familien weiterleiteten. 70 Prozent aller Care-Aufträge waren an deutsche Empfänger gerichtet.

Insgesamt 9 534 822 Pakete im Wert von 362 Millionen Mark kamen von 1945 bis 1960, als die Care-Mission für Deutschland abgeschlossen wurde, über den Atlantik. Doch die Idee lebt weiter. 1979 gründete Care, das international tätig blieb, eine deutsche Sektion.

Vom Versuch, den Gehorsam zu teilen

Der Traditionalistenbischof Marcel Lefebvre wird 80 / Wunsch nach einem Nachfolger

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Ein 80jähriger Rebell sucht einen Nachfolger. Wie aus dem Vatikan zu hören ist, hat der am 29. November 1905 geborene, im Juli 1976 „a divinis“ suspendierte ehemalige französische Missionserzbischof Marcel Lefebvre dem Papst seinen Wunsch nach Ernennung eines Bischofs aus den Reihen seiner ultratraditionalistischen Anhänger signalisiert. Daß dieser Bitte entsprochen wird, ist freilich kaum zu erwarten. Repräsentiert doch Lefebvre die Kräfte des konservativen Aufstandes gegen die kirchliche Reformpolitik des 2. Vatikanischen Konzils, deren volle Verwirklichung gerade jetzt wieder von der großen Mehrheit der in Rom tagenden Weltbischofssynode angemahnt wird.

Der aus Tourcoing stammende 1970 als Titularerzbischof von Sinnada in Phrygien zurückgetretene Nordfranzose hatte schon während des Konzils zur Gruppe der kompromißlosen Traditionalisten gehört. In der Diskussion über die Religionsfreiheit hatte er beispielsweise erklärt, daß ein „wirkliches Recht“ auf Freiheit nur die katholische Kirche habe. Im Gegensatz zu seinen bischöflichen Gesinnungsfreunden hatte er auch nach Verabschiedung der konziliaren Reformdokumente auf seinem Standpunkt beharrt. Er lehnte vor allem die Liturgiereform mit ihren in der Volkssprache zelebrierten Messen ab. Sowohl dem Konzil als auch dem Papst bestritt er das Recht, von der Kirchentradition zu weichen.

In dem von ihm gegründeten Priesterseminar von Econe in der Schweiz erzog er Priesteramtskandidaten weiterhin im konzilfeindlichen Geist, auch nachdem ihm die kanonische Genehmigung für dieses Seminar entzogen worden war. Und er weihte weiterhin aus diesem Seminar hervorgegangene Priester, obwohl ihm mit der Suspendierung „a divinis“ solche Weihen und sogar das Zelebrieren der Messe verboten worden war.

Seine Gemeinde von Traditionalisten setzt sich vorwiegend aus Franzosen zusammen, hat aber auch Anhänger in der Schweiz und Deutschland. In letzter Zeit hat sie angeblich neuen Zulauf erhalten, obwohl Johannes Paul II. ihrer Position vor einem Jahr mit der bedingten Erlaubnis, wieder lateinische Messen zelebrieren zu dürfen, in gewisser Weise entgegengekommen war.

Das große Problem der Lefebvre-Anhänger ist das hohe Alter ihres „Meisters“. Nur er selbst kann als Bischof neue Priester weihen. Diese Weihen sind nach seiner Suspendierung „a divinis“ zwar unerlaubt, jedoch kirchenrechtlich gültig. Wenn er seiner Gemeinde über seinen Tod hinaus Priesternachwuchs sichern will, braucht er einen bischöflichen Nachfolger. Nähme er selbst, ohne Erlaubnis des Papstes, eine Bischofsweihe vor, würde er ein regelrechtes Schisma, eine wenn auch kleine Kirchenspaltung provozieren.

In dem Buch „Zur Lage des Glaubens“ bezeichnet der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Ratzinger, die Position Lefebvres als „unlogisch“. Der Bischof bekunde auf der einen Seite strengste Treue zur Lehrverkündigung des ersten Vatikanums mit seiner Definition des päpstlichen Primats, verweigere aber auf der anderen Seite dem Papst den Gehorsam. „Ist etwa der Gehorsam gegenüber dem Heiligen Stuhl teilbar nach Jahren oder nach der Nähe einer Lehre zu vorgegebenen eigenen Überzeugungen?“ fragt der Kardinal.

Der „Club der Betrogenen“ und die stete Hoffnung

Eine Wienerin tat sich mit Leidensgenossen zusammen

KURT POLLAK, Wien

In Wien gibt es einen seltsamen Klub, den „Club der gebrochenen Herzen“. Die bisher 25 Mitglieder (21 von ihnen sind weiblich) nennen sich weniger sentimental aber dafür um so treffender „Club der Betrogenen“. Einmal in der Woche treffen sie sich in einem Wiener Heurigenlokal, um einander zu trösten. Denn sie haben ein gemeinsames Schicksal: Sie sind die Opfer fremdgehender Ehepartner.

Keiner von ihnen will sich aber am ungetreuen Partner rächen oder ihm gar mit gleicher Münze heimzahlen. Im Gegenteil: Sie hoffen, daß ihre Partner eines Tages wieder Tisch und Bett mit ihnen teilen werden – und würden alles großmütig verzeihen.

Vor ein paar Wochen gründete die attraktive 53jährige Wienerin Charlotte Czapka, Mutter von fünf erwachsenen Kindern, diesen Klub, nachdem sie von ihrem Mann wegen einer jüngeren Frau verlassen wurde. Der handelte offenbar in Torschlußpanik, ist er doch immerhin schon 67 Jahre alt.

Charlotte Czapka inserierte in einer Wochenzeitung, in dem sie andere Betrogene beiderlei Geschlechts zur Mitgliedschaft in ihrem „Club der Betrogenen“ suchte. Prompt meldeten sich 20 Leidensgenossen.

Nun will die Klubgründerin den „Club der gebrochenen Herzen“ auch an anderen Orten einführen. „Eine der Hauptursachen menschlicher Aggression ist enttäuschte Liebe“, meint sie und beruft sich auf eine Statistik, nach der in Österreich 41 Prozent aller Ehemänner und 36 Prozent aller Ehefrauen fremdgehen. In der Bundesrepublik Deutschland sollen 49 Prozent der Männer, dafür aber nur 20 Prozent der Ehefrauen ihr Glück zeitweise bei einem fremden Partner suchen.

Hauptanliegen der betrogenen Klubmitglieder: „Wir wollen unsere Partner wieder zurückgewinnen. Unsere Initiativen sollen ihnen zeigen, welches Leid sie uns angetan haben.“ Hoffnung schenkt ihnen eine andere Statistik, aus der hervorgeht, daß 90 Prozent aller untreuen Männer, aber nur 20 Prozent der Ehefrauen reumütig zu ihren Partnern zurückkehren.

هكذا من الأصل